

AUFTRAG



Schwerpunkt:
Flüchtlinge und Asylanten

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

BESINNNLICHES

| | |
|---|----|
| Der Menschwerdung Gottes gemäß leben | 3 |
| Predigt des französischen Militärbischofs Mgr. Michel Dubost beim Gottesdienst der deutsch-französischen Brigade am 15. 11 1992 in Donaueschingen | 5 |
| Für eine Kultur des Lebens | 8 |
| Augustinus: Vom Frieden zur Ordnung, von der Ordnung zum Frieden – Sind Feindbilder noch unerläßlich (<i>Johannes Cofalka</i>) | 10 |
| Welttag des Friedens 1993 | 16 |
| Geleitwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (<i>Bischof Karl Lehmann</i>) | 16 |
| Einführung in das Thema | 18 |
| Friede in Gerechtigkeit | 30 |
| Entwicklung, der neue Name für Friede | 33 |
| Solidarität, der Weg zum Frieden und zur Entwicklung | 34 |
| Christliche Armut – Option für die Armen | 36 |
| Daß Gott nie einen Fehler macht | 39 |
| Gedanken und Empfindungen im Krieg (<i>Helmut Fettweis</i>) | 40 |
| Das letzte Jahr (<i>Unbekannt</i>) | 40 |
| Verwirklichung der Vorstellungen des II. Vatikanischen Konzils über die Verantwortung der Laien in der Kirche (<i>Heinrich Havermann</i>) | 45 |

FLÜCHTLINGE UND ASYLANTEN

| | |
|--|----|
| Flüchtlinge eine Herausforderung zur Solidarität | 58 |
| Einführung | 58 |
| I. Flüchtlinge Gestern und Heute: Die Tragik eines sich weltweit verschärfenden Problems | 59 |
| II. Herausforderungen für die Völkergemeinschaft | 63 |
| III. Der Weg der Solidarität | 68 |
| IV. Die Liebe der Kirche zu den Flüchtlingen | 72 |
| Schlußbetrachtung | 76 |
| Erklärung der deutschen Bischöfe zur Flüchtlings- und Asylproblematik | 77 |
| Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Aufnahme von Flüchtlingen und zum Asylrecht | 79 |
| Wort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Bischof Karl Lehmann gegen Antisemitismus und antijüdische Aktionen | 83 |
| „Ursachen der Flucht, nicht Flüchtlinge bekämpfen!“ | 85 |
| Engagement und Solidarität | 86 |
| ZdK-Präsidentin verurteilt Ausschreitungen gegen Ausländer | 87 |

KIRCHE UND STAAT

| | |
|---|-----|
| Zur Lage der Katholischen Militärseelsorge in Deutschland | 89 |
| Erste Konferenz der Europäischen Militärbischöfe in Fulda (<i>Jürgen Bringmann</i>) | 95 |
| Wir begleiten unsere Soldaten überallhin (<i>Heribert Lemberger</i>) | 100 |
| Polnische Katholiken in Deutschland (<i>Joachim Georg Görlich</i>) | 102 |

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

| | |
|---|-----|
| Nöte der Zeit (<i>Helmut Fettweis</i>) | 104 |
| Betreuung und Fürsorge der Soldaten und ihrer Familien (<i>Josef König</i>) | 108 |

| | |
|--|-----|
| Ein kinderfrohes Land? (<i>Helmut Fettweis</i>) | 113 |
| Knud Lavard – Ein Heiliger im Norden (<i>Günter Thyé</i>) | 116 |
| Neue Struktur der polnischen Armee (<i>Joachim G. Görlich</i>) | 120 |
| Der ECU und die Gefahren (<i>Helmut Fettweis</i>) | 121 |
| Gemeinde der deutschsprachigen Katholiken in Washington, D.C. (<i>Alfons Mappes</i>) | 122 |
| Entwicklungshilfe (<i>H. G. Justenhoven</i>) | 123 |
| 16. Weltkongreß der katholischen Presse | 125 |
| Mees ist neuer Präsident der UCIP | 125 |
| Den Sprachlosen eine Stimme geben | 127 |
| Islam im Vormarsch (<i>Wilhelm Lehmstämpfer</i>) | 128 |
| „Unkonventionelle“ Medizin (<i>Willy Trost</i>) | 144 |

AUS GKS, PGR UND AMI

| | |
|---|-----|
| Informationsreise des Laienapostolats der Katholischen Militärseelsorge nach Polen | 147 |
| Polnische Impressionen | 147 |
| Kurzreisebericht (<i>H. G. Justenhoven</i>) | 147 |
| Freunde durch Begegnung (<i>Volker Traßer</i>) | 148 |
| Die Polen (<i>Maciej Kazimierz Sarbiewski</i>) | 159 |
| Ein Katholisches Forum von Soldatenfamilien (<i>Stanislaw Lukaszewski</i>) | 160 |
| Bundesvorstandssitzung der GKS in Münster | 163 |
| Militärseelsorge beste Laienarbeit | 163 |
| Verantwortungsbewußt dienen | 164 |
| Gemeinsames Friedensseminar von Pax Christi und GKS (<i>Hans-Peter Bott</i>) | 165 |
| Katholische Soldaten fragen nach neuer Sicherheitspolitik (<i>Karl-Heinz Woitzik</i>) | 166 |
| Wenn Soldaten Frieden sagen (<i>Helmut Fettweis</i>) | 167 |
| Wochenende der Begegnung (<i>Hiltrud und Günter Thyé</i>) | 170 |
| Zweites Wochenende der Begegnung in Nienhagen (<i>Gert Wilhelm</i>) | 175 |
| 91. Deutscher Katholikentag (<i>Kurt Leixl</i>) | 177 |
| Beobachtungen und Ereignisse bei der Konferenz des Apostolat Militaire International (AMI) in Santa Fe de Bogotá/Col. (<i>Günter Thyé</i>) | 179 |
| GKS-Chronik (<i>Heinz Köpplinger</i>) | 184 |

INFORMATIONEN

| | |
|---|-----|
| Diozese Köln – Ein neuer Weihbischof (<i>Helmut Fettweis</i>) | 186 |
| Schreiben der deutschen Bischöfe über den priesterlichen Dienst | 187 |
| ZKD-Präsidentin zum 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas | 189 |
| Dresdner Katholikentag im Zeichen der inneren Einheit Deutschlands | 190 |
| ZdK versichert jüdischen Mitbürgern seine Solidarität | 191 |
| Herbert Tintelott neuer Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände | 192 |
| Begegnungstagung Kirche/Wirtschaft in Dresden | 192 |
| Die Bibel – lebendig im Klassenzimmer (<i>Martin Dauth</i>) | 194 |
| Eine Brücke zur Jugend | 195 |
| Deutsch-französische Begegnungen | 196 |
| Junge Leute aus Osteuropa suchen Brieffreunde in Deutschland | 196 |
| Wen interessiert ein Brieffreund in den USA? | 196 |
| KBE-Leitlinien | 197 |
| Heinz-Josef Kessmann neuer geschäftsführender Direktor | 198 |
| Kirchliche Museen und Schatzkammern in Deutschland | 198 |

BESINNLICHES

Der Mensch- werdung Gottes gemäß leben

Eine Betrachtung vertrauter Bilder der Weihnacht

Für Franz von Sales hat das Ereignis der Menschwerdung Gottes nicht nur Auswirkungen auf das Gottesbild, sondern ebenso auf das Menschenbild. Franziskus Eisenbach, Weihbischof von Mainz, beschreibt anhand der fünf Geheimnisse des Freudenreichen Rosenkranzes, was es für uns Menschen heute bedeutet, wenn Gott Mensch wird.

„Und das Wort ist Fleisch geworden und hat unter uns gewohnt, und wir haben seine Herrlichkeit gesehen.“ (Joh 1,14) Gott ist Mensch geworden, vertraute Sätze... Der Johannes Prolog, ein vertrautes Evangelium – Weihnachten für Weihnachten. Gott wurde Mensch: Dieser Satz gehört zu den Eckpfeilern unseres Glaubenshauses wie auch die übrigen Kernaussagen des Credo: Er wurde für uns gekreuzigt, ist begraben worden, am dritten Tage auferstanden, aufgefahren in den Himmel...

Vertraute Bilder

Vertrautes, aber durch die lange Gewöhnung, den ständigen Um-

gang nicht auch allzu Vertrautes? Vielleicht melden sich in unserer Vorstellung gewohnte Bilder, Assoziationen: Verkündigungsszene, Anbetung der Hirten und Weisen, Flucht nach Ägypten. Aber besteht nicht die Gefahr, um den Vergleich vom Glaubensgebäude dahin auszuweiten, daß uns diese Bilder mit der Zeit fremd werden, weit weggerückt, gleichsam wie die Protraits einer Ahnengalerie, an denen wir zwar tagtäglich vorbeigehen, deren Namen und Bedeutung wir kennen, die aber dennoch Bilder aus der Vergangenheit bleiben? Zwar ehrwürdige Bilder, Heiligenportraits gewissermaßen, aber für den Betrachter unserer Zeit manchmal mit nicht mehr Wirkung als der einer gewissen Scheu oder Verlegenheit?

Ist das wirklich so? Wie geht es mir mit diesem Satz: Gott ist Mensch geworden? Ich möchte versuchen, einmal selbst eine solche Runde zu machen, bei den vertrauten Bildern der Weihnacht stehen-zubleiben, sie zu betrachten und mich auf diese Weise über einige Ikonen meines persönlichen Glaubenslebens in das Geheimnis der Menschwerdung hineinzumeditieren. Vielleicht werden die Bilder dann so lebendig, daß mein eigenes Leben von der Menschwerdung Gottes her Gestalt, Profil, Farbe gewinnen darf. So möchte ich einen Betrachtungsweg vor-

schlagen, der die fünf Marien-Ikonen des Freudenreichen Rosenkranzes als Zugangswege zum Geheimnis der Menschwerdung befragt.

Fünf Geheimnisse

1. Bild: Den Du vom Heiligen Geist empfangen hast

Ein Bild, das ich in der Krümme meines Bischofsstabes auf meinen Wegen durch die Pfarreien mit mir trage. Im Blick auf Maria kommt mir die Ungeheuerlichkeit der Gottesehnsucht entgegen, Gottes, der für den einzig geliebten Sohn eine Mutter erbittet. Hier spricht ein Gott, der in seiner Liebe zur Schöpfung so weit geht, daß er sich ihren Gesetzen von Wachsen und Werden anvertrauen will und sich jetzt schon so weit entäußert, daß er im Engel zum Bittsteller wird. Menschwerdung heißt für mich hier: Gott gibt seine Heilspläne als Bittender in meine Hände, in meinen Leib, in mein konkretes Leben.

2. Bild: Den Du zu Elisabeth getragen hast

Begegnung zweier Frauen, liebevoller fraulicher Dienst und darin erste Epiphanie: Was im Verborgenen, heilsgewirkt, heranwächst, will in den Lobpreis, hilft in der gegenseitigen Erkenntnis den eigenen Weg weiterzugehen. Wie gut, wenn in meinen täglichen Begegnungen diese Deutung immer wie-

der gelingt: Du bist ein Gesegneter, Du bist eine Gesegnete. Und wie gut, wenn es mir andere zusagen, daß sie in meinem Kommen die verborgene Gegenwart meines Gottes erkennen.

3. Bild: Den Du zu Bethlehem geboren hast

Menschwerdung hat einen Ort! Wenn auch nicht in der Herberge, trotz Ausweisung und Ausgrenzung: Gott hat sich unbeirrt einen Ort gesucht. Er wohnt dort, wo ihm Menschen Wohnung geben – in der Liebe von Maria und Josef. Überall ist Bethlehem, wo es Maria und Josef gibt, die das Kind lieben und für es sorgen. Überall dort, wo man meinen Gott nicht will, fragt er mich, ob ich ihm einen Ort der Menschwerdung schenken kann: ob ich für ihn eintrete und sein Wort durch meine Worte, durch meine Verkündigung vor dem Zugrundegehen bewahre.

4. Bild: Den Du im Tempel aufgeopfert hast

Jegliche männliche Erstgeburt gehört dem Herrn... Welche Freude, Gott dem Vater seinen Sohn in aller Ausdrücklichkeit von Ritus und Sitte vorzustellen, ihm zu zeigen, daß sein Heilsplan wirklich menschlich angekommen und angenommen wurde und nun in eine neue Gehorsamsbindung hineingestellt werden soll. Wann gelingt mir das – daß ich zu dieser Ausdrücklichkeit fähig werde: Gott,

Deine Pläne sind bei mir angekommen, so habe ich sie verstanden, ich übergebe sie Dir erneut als Dein Eigentum. Immer wieder ist doch die Versuchung, mit dem „Eigenen“, dem Verdienten, dem Selbstgemachten loszulaufen, und seien es die eigenen Kinder.

5. Bild: Den Du im Tempel wiedergefunden hast

Gott wird für Maria befremdlich in der Weise, wie er den Sohn führt. Immer wieder heißt es loszulassen, um wiederzufinden, um dem sich verändernden, auch mein Leben verändernden Gottessohn begegnen zu können. Immer wieder heißt es, ihn unter der Führung des Geistes beim Vater zu suchen, um mit ihm dann aufs neue eine Strecke zu gehen. Niemals ist er dort, wo ich ihn festlege. Menschwerdung heißt für mich hier, in der Flexibilität des Gehorsams zu wachsen gegen alle Versuchungen der Starrheit und des daraus entstehenden Vorwurfs.

Menschwerdung Gottes in mir

Wenn ich die Marien-„Bilder meiner Ausstellung“ nun noch einmal abschreite, wird mir erschreckend deutlich, wie sehr sie gewissermaßen nur Türen sind, die in das Geheimnis der Inkarnation hineinführen. Türen aber wollen nur eines: durchschritten werden. Der Menschwerdung Gottes gemäß leben heißt für mich, selber in die Inkarnation Gottes durch die

Zeit hindurch hineinzugehen, heißt zulassen, daß Gott in mir, in meinem Leben, im Leben unserer Gemeinden und unserer Kirche Mensch wird, heute, morgen. Angelus Silesius sagt treffend: „Wird Christus tausendmal zu Bethlehem geboren und nicht in Dir: Du bleibst doch ewig verloren.“

(aus „Licht“ November/Dezember 1992)

Predigt des französischen Militärbischofs Mgr. Michel Dubost beim Gottesdienst der deutsch-fran- zösischen Brigade am 15.11.1992 in Donaueschingen

Wir befinden uns hier im Herzen der deutsch-französischen Brigade. Wir Franzosen gedenken jedes Jahr am 11. November unserer Toten und Kriegsoffer. Heute sind es die Deutschen, die Ihrer Toten gedenken. Ich sehe darin ein Zeichen. Nach dem Krieg hatten die ehemaligen Frontkämpfer von dem ersten Weltkrieg 1914–1918 in Verdun geschworen: „Nie wieder so etwas!“ Aber ihre verzweifelten Rufe konnten den 2. Welt-

krieg 1939 – 1945 nicht verhindern. Nach diesem Krieg hatten unsere Väter die Bande der Freundschaft und des Friedens zwischen unseren beiden Völkern geknüpft. Im militärischen Rahmen ist die deutsch-französische Brigade nur ein Beispiel dieser wieder gewonnenen Freundschaft.

Im Rahmen bedeutender Bündnisse bleibt dieses Beispiel nicht das einzige, und unsere Zusammenarbeit zeugt von unserem Willen, gemeinsam gegen die Grausamkeit der Welt gegenüber den Schwachen anzukämpfen. Und wieder einmal heulen die Hunde der Gewalt vor unseren Toren. Es gebührt mir nicht, im Angesicht dieser Gewalt, eine politische oder militärische Einrichtung zu segnen. Meine Aufgabe ist es vielmehr, im Namen Jesu Christi an die Grundsätze eines wirklichen Friedens und eines soliden politischen Aufbaus zu erinnern.

Das Lukas-Evangelium, welches wir gerade gelesen haben, gestattet es mir, drei Appelle an Sie zu richten. Den ersten Appell kennen Sie bestimmt: Johannes Paul II. machte ihn populär: *„Fürchtet Euch nicht, Erhebet Eure Häupter!“*

Gewalt ist ein Teil des menschlichen Seins. Generationen von Menschen gewannen den Eindruck, ihre Welt würde zusammenbrechen. Als Jesus in unserem heutigen Evangelium den Juden verkündete, es werde kein Stein des Tempels auf dem anderen blei-

ben, kündigte er nicht nur die Vernichtung Jerusalems an, sondern auch das Ende dessen, das ihnen als Nabel der Welt erschien und ihre Weltanschauung bedeutete.

Die Berliner Mauer ist gefallen. Die sowjetische Welt ist zusammengebrochen. Millionen von Menschen wollen vielleicht zu uns kommen. Die Gewalt der Waffen taucht wieder auf. Europa scheint zu wanken. Die Kirchen scheinen zu zögern. Jesus Christus sagt nicht: „Dies ist nicht wichtig“ oder „bleibt untätig“, sondern: *„Fürchtet Euch nicht, erhebet Eure Häupter!“* Könnt ihr dadurch Euer Leben verlieren? Wird die Welt zusammenbrechen? Jesus Christus sagt nicht: „Tut so, als würdet Ihr nichts davon merken.“ Jesus Christus sagt: „Und doch wird Euch kein Haar gekrümmt werden.“ Euer Leben wird einen Sinn bekommen, es wird von Nutzen sein.

Der zweite Appell lautet: *„Durch Eure Beharrlichkeit werdet Ihr das Leben erhalten.“* Was heißt das, „beharren?“ Was gilt es weiter zu machen? Lukas' Text ist klar: man soll den Glauben nicht verlieren. Wir wissen, was Jesus Christus verlangt: Er behauptet, gelegen oder ungelegen, daß der Mensch es wagen sollte, aus sich selbst herauszuwachsen, um dem anderen zu begegnen. Dieser andere ist Gott, ist sein Bruder. Dem, der aus sich selbst herauswächst ist die Welt offen. Dem, der sich hingibt, verspricht Gott Glückseligkeit. Dies gilt für den einzelnen Men-

schen ebenso wie für die Völker. Sich hingeben bedeutet aber auch paradoxerweise, sich selbst zu lieben. Man kann sich nicht hingeben, wenn man sich selbst für überflüssig oder schlecht oder gar häßlich hält. Die Fähigkeit, sich hinzugeben, ist mit Selbstvertrauen verbunden; man sollte dabei nicht befürchten, sich selbst zu schaden. Sich hingeben bedeutet, die Existenz des anderen und dessen Anderssein wahrzunehmen und zu akzeptieren. Aus dieser Begegnung entspringt die Gewißheit des Guten. Sich hingeben bedeutet eine Herausforderung für den einzelnen Menschen. Sich hingeben bedeutet eine Herausforderung für die Völker.

Ohne Zweifel sind Deutsche und Franzosen wegen ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihres Temperaments verschieden. Unsere Freundschaft kann nur in dem Erhalt des Stolzes unserer beiden Kulturen, in der Entdeckung und dem Respektieren unserer Unterschiede, in unserer Großzügigkeit bestehen und in unserem Willen, im Dienste Europas und des Weltfriedens zu stehen.

Der letzte Appell lautet: *In Ruhe arbeiten*. Ich möchte Ihnen den Brief an die Thessalonicher sinngemäß wiedergeben, als ein Aufruf an die wirkliche Freiheit, die es uns ermöglicht, in Ruhe zu arbeiten. Gewiß dürfen die Christen vor der Armut, einer schlechten Wirtschaft und vor der Ungerechtigkeit nicht einfach resignieren. Gleich-

zeitig aber wissen sie, daß weder Reichtum noch eine perfekte Wirtschaft glücklich machen, und sie wissen auch, daß vollkommene Gerechtigkeit nicht von dieser Welt ist. Gewiß müssen sich Christen verteidigen und auch die Schwächeren verteidigen, denn sie wissen, daß ihr Leben nicht mit dem Tod aufhört. Die Besonnenheit der Christen ist nicht mit Gleichgültigkeit gleichzusetzen. Wir sind ruhig, oder sollten es zumindest sein, weil unsere Gründe zu leben – unsere Liebe zu Gott und unserem Nächsten – dieselben Gründe sind, die es uns ermöglichen, auch den Tod zu akzeptieren: da wir, wie Jesus Christus, den Tod akzeptieren, kann uns nichts erschüttern. Indem ich das sage, weiß ich, daß meine Worte an Heldentum appellieren. Es ist wahr, doch Heldentum ist der Preis des Friedens: Stärke, Großzügigkeit und Besonnenheit gewährleisten den Frieden. Dafür sollte man sich hingeben, den Tod verachten, und dieses ist schwer.

„Aber fürchtet Euch nicht, denn die Sonne der Gerechtigkeit wird aufgehen, und ihre Flügel bringen Heilung.“

(aus NIMM 1992/26)

*Ich bin der Weg und
die Wahrheit und
das Leben.*

(Johannes 14, 6)

Sich wecken lassen von dem Stern, der vor die Wolke der Prüfungen tritt.
Das Zeichen der Verheißung erkennen, frei entscheiden und
zum Wagnis des Glaubens stehen, auch wenn du unterwegs abtriffest vom Kurs,
das Anfangstempo nicht durchhältst oder belächelt wirst,
weil du nichts vorweisen kannst als deine Sehnsucht.
Suche weiter, finde, bete an, gib her, kehre heim und bezeuge die Erfüllung
der Verheißung, indem du Gott die Ehre gibst,
seinen Planeten pflegst und die Menschen liebgewinnst, jeden Tag mehr.

(aus „Blätter der Ermutigung“, Diözesanstelle KBA u. Medienreferat
Würzburg, Dezember 1992)

Für eine Kultur des Lebens

Bei der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Familienorganisationen in Europa vom 10. bis 14. Dezember 1991 erarbeiteten die Präsidenten und andere Repräsentanten von katholischen Familienorganisationen aus 14 Staaten Europas folgende Stellungnahme zum Schutz des Lebens:

1. Wir gehen von den nachfolgenden gemeinsamen Grundsätzen aus:

1. Das menschliche Leben hat einen unschätzbaren Wert.
2. Wir sind überzeugt vom Wert

und von der Würde jedes menschlichen Lebens. Jeder Mensch ist einmalig. Er kann und darf niemals als Objekt gesehen und behandelt werden.

3. Der Mensch ist nicht Herr über Leben. Wir lehnen Manipulationen am menschlichen Erbgut, gentechnologische Versuche, Versuche mit Embryonen, Euthanasie ab.

4. Das erste Recht des Menschen ist das Recht auf Leben. Alles was sich gegen das Leben stellt, alles, was die Integrität der menschlichen Person verletzt, alles, was der Würde des Menschen widerspricht, muß in der Gesellschaft zurückgewiesen werden.

5. Die Achtung vor dem Leben gilt umfassend vom Zeitpunkt der

Befruchtung bis zum letzten Augenblick des irdischen Lebens.

6. Leben und Liebe sollten untrennbar zueinander gehören. Im ehelichen Leben, in der liebenden Anwendung sowie in der Treue der Ehepartner entfaltet die Sexualität ihre volle Bedeutung. Das Kind ist dann willkommen mit all seinen menschlichen Bedürfnissen.

7. Die Würde der Person ist auch das Fundament für die Solidarität der Menschen untereinander.

8. Die Gesellschaft insgesamt hat solidarisch zum Kind, das geboren wird, zu stehen. Die soziale und gesellschaftliche Umwelt muß so gestaltet werden, daß sie der Annahme eines Kindes förderlich ist. Dies beinhaltet eine Unterstützung der werdenden Mutter in Notlagen, der alleinstehenden Mutter, der behinderten Kinder und ihrer Familien. Wir sind solidarisch mit den Frauen und den Ehepaaren, die sich in schwieriger Situation oder Notlage befinden; wir wollen ihnen helfen.

9. Die Gesellschaft muß sich um die Kranken kümmern, um die alten Menschen und es den Familien ermöglichen, sie bis zu ihrem Lebensende zu begleiten.

II. Im einzelnen fordern wir:

1. Alles menschliche Leben ist von der Befruchtung an bis zum natürlichen Tod zu schützen.

2. Die Lebensbedingungen der Mutter müssen so gestaltet werden, daß ihr das Ja zum Kind mög-

lich ist. Mutter und Kind bedürfen gemeinsam der Unterstützung.

3. Das Gesetz soll das Recht des ungeborenen Kindes auf Leben anerkennen, auch wenn es krank und behindert ist. Die Familien, die ein behindertes Kind erziehen, sollen besondere Unterstützung erhalten.

4. Wenn der Gesetzgeber den Gebrauch der künstlichen Befruchtung nicht vermeiden kann, sollen auf jeden Fall die Techniken nur Ehepaaren, bei denen beide Partner am Leben sind, vorbehalten sein. Das Gesetz soll die Samenspende von dritten Personen und die Produktion überzähliger Embryonen verbieten.

5. Die Regierungen müssen anerkennen, daß die Eltern die erste Verantwortung in der Erziehung ihrer Kinder haben. Dies gilt insbesondere im Bereich der Werterziehung, der emotionalen Erziehung und der Sexualerziehung.

Eltern sollen ohne diskriminiert oder finanziell belastet zu werden bei Bildungs- und Schulangeboten frei wählen können.

6. Die Möglichkeiten der Pflege für pflegebedürftige Menschen und der Aufbau der dafür erforderlichen Strukturen, die auch eine Begleitung der Schwerkranken und der Sterbenden erlauben, sind auszubauen. Nur so wird die Würde der Person bis zum Tod respektiert.

III. Daraus ergibt sich:

Die Regierungen sollen die

Rechte der Familien als Basis sowie als Zelle des sozialen und gesellschaftlichen Lebens anerkennen, bekräftigen und schützen. Sie müssen eine Politik für die Familien aufbauen und eine soziale, gemeinschaftliche, ökonomische und kulturelle Umwelt schaffen, die es den Familien ermöglicht, ihren Pflichten gegenüber dem ungeborenen und geborenen Leben wie in der Erziehung ihrer Kinder nachzukommen.

(aus „*Stimme der Familie*“ Heft 2/92)

Augustinus: Vom Frieden zur Ordnung, von der Ordnung zum Frieden – Sind Feindbilder noch unerlässlich?

Die scheinbar „nur“ antike Vorstellung des Heiligen Augustinus über den Frieden erhält in unserer Zeit unvermutet eine unmittelbare Bedeutung.

Augustinus formuliert in seinem Werk über den Gottesstaat (*De civitate Dei*)¹⁾ folgende Feststellung: „In Absicht auf Frieden führt man auch Kriege... Auch wer im Frieden lebt und dessen Beseitigung wünscht, ist nicht ein Gegner des

Friedens, sondern möchte nur einen anderen, seinen Wünschen entsprechenden Frieden. Er will also nicht, daß kein Friede sei, sondern, daß ein Friede sei, wie er ihn wünscht.“²⁾ Er ergänzt diesen Gedanken mit der Folgerung: „Auch die Bösen nehmen für ihren Frieden Kämpfe auf sich, um, wenn sie könnten, alle zu den Ihrigen zu machen, damit einer über alle und alles herrsche, wozu es aber nur dadurch kommen kann, daß die andern in diesen Frieden gern oder aus Furcht einwilligen.“³⁾

Ein dritter Aspekt befaßt sich mit der Sprache: „Man hat sich als herrschender Staat stets darum bemüht, den überwundenen Völkern auch die eigene Sprache aufzuerlegen. Es hat dabei nie an Dolmetschern gefehlt, sie waren stets im Überfluß zur Hand. Aber wie viele schwere Kriege, welche Verheerungen unter den Menschen, welches Blutvergießen hat das gekostet? Und wenn das alles vorüber war, war trotzdem das Elend dieser Übel nicht beendet.“⁴⁾

Augustinus zeichnet den Staat, der in seiner Entscheidung zwischen Krieg und Frieden steht: „In einen Konflikt gerät ein Staat, wenn er gegenüber der Gefahr eines Krieges entscheiden muß, ob er der Treue zum Verbündeten oder der eigenen Existenz den Vorrang gibt, oder erkennen muß, daß er vor der Gefährdung von Existenz und Treue steht.“⁵⁾

Der Melierdialog im „Peloponne-

sischen Krieg“ von Thukydides⁶⁾ liegt nahe: Die Melier beharren in einer engen, subjektiven Vorstellung auf ihrer vermeintlichen Unabhängigkeit und hoffen, in die Neutralität ausweichen zu können. Die Argumentation der Athener dagegen verweist die Melier auf die Präzedenz der Gegebenheit vor die Alternative: Unterwerfung oder Vernichtung. Drohung und Gewalt lassen den Meliern keinen Ausweg gegenüber der Macht Athens. Thukydides läßt die Athener die Schlußfolgerung sprechen: „Recht kommt im menschlichen Verkehr nur bei gleichem Kräfteverhältnis zur Geltung, die Stärkeren werden alles in ihrer Macht Stehende durchsetzen und die Schwachen sich fügen.“

Augustinus führt in seinem „Gottesstaat“ XXII,6 auch das Beispiel Sagunt an, in dem die ostspanische Stadt, mit Rom verbündet, (219 vor Chr.) nach einem diplomatischen Vorspiel von Hannibal erobert wurde. (Hierzu: Livius, *Ab urbe condita libri*, XXI,4f.). Die Stadt Sagunt stand vor der Entscheidung: Treue zum Verbündeten (der sie dann doch allein ließ) oder Überleben oder Verlust beider. „Ich sehe nicht“, so Augustinus, „wie die Saguntiner die Vorschrift (Ciceros) hätten befolgen können, die einen Krieg nur dann erlaubt, wenn er entweder für die Treue oder für das Überleben ausgefochten wird, die aber nicht sagt, wie man entscheiden soll, wenn beide zugleich gefährdet

sind, so daß man das eine nicht ohne den Verlust des anderen bewahren kann.“

Grundsätzliche Bedeutung erhält die Abhandlung des Hl. Augustinus über ein Wort in den Predigten zum Johannesevangelium⁷⁾ (Joh 14,27): „Frieden hinterlasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch. Nicht wie die Welt ihn gibt, gebe ich euch.“ Augustinus kommt zu dem Schluß, daß der Friede, den er uns hinterläßt und um den wir immer bitten müssen, eine für alle Zeiten gegebene Aufgabe aller Menschen, Staaten und Machthaber ist. Es liegt an uns, was wir aus dieser Hinterlassenschaft Gottes machen. Dagegen kann uns niemand seinen („meinen Frieden“) nehmen, da dieser in die Ewigkeit hineinreicht und vom Ziel sowie letzten Sinn her Erfüllung findet und darin eingeborgen ist. Diejenigen, die nur die Welt lieben, „geben sich den Frieden deshalb, um unbehelligt durch Streitigkeiten und Kriege, nicht in Gott, sondern ihre Freundin, die Welt zu genießen. Aber das kann kein wahrer Friede sein, wo keine wahre Eintracht ist, weil ihre Herzen getrennt sind.“⁸⁾

Triebkräfte, die sich nicht an Gott, sondern am Menschen orientieren, werden schließlich gegen den Menschen selbst wirksam. Falsche Orientierungen führen dazu, daß falsche Erkenntnisse zu falschen Handlungen führen. „Friede der vernünftigen Seele ist die geordnete Übereinstimmung

von Erkenntnis und Handlung.⁹⁾ Augustinus legt schon in einer seiner Frühschriften seinen Hörern und Lesern nahe, was das menschliche Handeln gefährdet: „Nicht, was die Vernunft von sich aus nicht kann, wird ihr zur Last gelegt, sondern, was sie zu wissen nicht anstrebt und was sie an nötiger Mühe versäumt, um sich die Fähigkeit zum rechten Handeln zu verschaffen.“¹⁰⁾ Das Verhängnis liegt dabei in dem Versäumnis.¹¹⁾

In seinem Spätwerk „De gratia et libero arbitrio“ kommt Augustinus zu dem Schluß: „Hüte dich zu glauben, man hätte etwa Wahreres sagen können als den Satz: „die Wurzel allen Übels ist die Habgier“ (1. Tim. 6,10), das heißt, mehr wollen als genügt.“¹²⁾

Unwissenheit dagegen bedeutet für Augustinus sowohl im Religiösen als auch in den Entscheidungen mitten in der Welt eine Gefahr: Durch Unwissenheit „hat der Mensch nicht die volle, freie Willensentscheidung zur Wahl. Unwissen hindert den Menschen an seiner Entfaltung.“ Das Bemühen um Wissen und Frömmigkeit ist Auftrag für jeden einzelnen.¹³⁾

Augustinus verpflichtet jedes Mitglied eines Staates zur Mitverantwortung für den Frieden. Denn im christlichen Staat ist Frieden der Verantwortung aller seiner Bürger anheimgegeben. Jeder trägt durch seine Handlungen dazu bei, daß die Ordnung, wie sie dem Willen Gottes entspricht, verwirklicht und damit Friede erhal-

ten wird.¹⁴⁾ Das ewige Gesetz Gottes „befiehlt, die natürliche Ordnung zu bewahren, und verbietet es, diese Ordnung zu stören.“¹⁵⁾ Erst das Ganze der Ordnung in seinem Zusammenhang ermöglicht die Erkenntnis über den Sinn aller Dinge und des Friedens. „Was örtlich begrenzt Anstoß bereitet, hat seine Ursache darin, daß man den Blick auf das Ganze verloren hat, mit dem jeder Teil zusammenstimmt.“¹⁶⁾ Ordnung und Friede haben für Augustinus eine zusammenwirkende Beziehung: „Ordnung ist die Bezogenheit der gleichen und ungleichen Dinge, die jedem seinen Platz zuweist“¹⁷⁾, und „Friede für alle Dinge ist die Ruhe der Ordnung“¹⁸⁾, denn „Frieden unter den Menschen ist die geordnete Eintracht“.¹⁹⁾ „Der Friede im Staat ist die geordnete Eintracht der Bürger in bezug auf Vertrauen, Vernunft, Befehl und Gehorsam.“²⁰⁾

Der folgende augustinische Satz über den Staat ist ein Stück abendländischer Weltanschauung und Geschichte: „Generaliter quippe civitas impiorum, cui non imperat Deus oboedienti sibi, ut sacrificium non offerat nisi tantum modo sibi, et per hoc in illa et animus corpori, ratioque vitii recte ac fideliter imperet, caret iustitiae veritate“ (Gottesstaat, XIX, 24). „Jeder Krieg“, so Augustinus in einem Brief an den Stadthalter Bonifatius, „ist ein Unrecht. . . Die Ungeerechtigkeit des Gegners zwingt den Weisen zu gerechten Kriegen,

und die Ungerechtigkeit ist es, die der Mensch beklagen muß, weil sie des Menschen Laster ist.“...²¹⁾

Wo Augustinus die Begriffe „gerecht“ und „Gerechtigkeit“²²⁾ gebraucht, versteht er sie in einem unverwechselbaren Sinne, nämlich in der Ableitung von der Treue Gottes. Aus Treue entsteht auch Verantwortung für den Staat. Der einzelne erscheint für Augustinus niemals von der Gesellschaft, der *civitas*, getrennt, weil ihm als Christ das Ganze wichtiger ist, als er selbst, und weil er in diesem Ganzen unter dem Kreuz geborgen und wie als das einzige Ganze angenommen ist.²³⁾ In der Handhabung von Gerechtigkeit unterscheiden sich bei Augustinus Weltstaat und Gottesstaat, deren eigentliches Wesen bestimmt wird von einer vorletzten, zeitlichen oder letzten, ewigen Zielsetzung. Diese Zielsetzung ist es dann auch, welchen Inhalt eine Gesellschaft dem Frieden gibt. Um zu wissen, was ein Volk kennzeichnet, muß man nur wissen, was dieses Volk liebt. „*Ut videatur qualis quisque populus sit, illa sunt intuenda quae diligit.*“²⁴⁾

Um überhaupt zum Verständnis über das Werk des Heiligen Augustinus zu kommen, muß man dessen Ausgangspunkt suchen. Er liegt in dem oben zitierten Wort aus dem Johannesevangelium: „Frieden hinterlasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch. Nicht wie die Welt ihn gibt, gebe ich euch“, sowie im Ganzen des Evan-

geliums begründet.

Bei allen diesen Überlegungen hat Augustinus niemals ein bestimmtes Feindbild vorausgesetzt, sondern Prinzipien aufgestellt, die erkennen lassen, aus welchen Antrieben Frieden und das Zusammenleben zwischen den Völkern verwirklicht wird.

Augustinus kämpft für die Bewahrung der Ethik im Zusammenleben der Völker und im Leben eines Volkes selbst. Er besteht auf klaren Grundprinzipien, ohne die jede Ethik unter dem Einfluß geordneten Fortschritts, des Konsums und egoistischer Maßlosigkeit zusammenbrechen muß. Von diesen Grundprinzipien ausgehend, ist von jedem Soldaten auch im Frieden ein hohes Maß an Tapferkeit, Bereitschaft und Ausbildungsstand zu erbringen.

Der gegenüber „Frieden“ und „Ordnung“ scheinbar paradoxe Schluß eines hohen soldatischen Engagements erhält seine Rechtfertigung aus den Wirklichkeiten Friede und Ordnung selbst, wenn sie nicht und überall aus den einmal gesetzten göttlichen Normen hergeleitet werden.

Eine subjektive Veranschlagung gegenüber dem Begriff „Feind“ findet sich bei Augustinus nicht. Konkretisierte, subjektive Feindbilder passen nicht in das Gesamtbild, das dieser Kirchenvater vom Frieden in der Welt entworfen hat.

Um so mehr Gewicht haben seine allgemeinen, unbestechlichen Aussagen. Von hier aus darf die

Frage gestellt werden, ob dem Feindbild überhaupt staatspolitische oder staatenpolitische Bedeutung zukommt.

Ideologische, parteipolitische oder nationalistische Feindbilder entstehen aus den nach eigenen Vorstellungen gefärbten Vorurteilen, ohne die realen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Zu den irrealen Einschätzungen der Wirklichkeit kommt dann jene in das Feindbild hineinprojizierte Vorstellung, was dazu führt, daß aus falschen Urteilen falsche Entscheidungen getroffen werden. Eine reale Beurteilung erfaßt das Problem entsprechend den erkannten Fakten treffender. Ideologisch gefärbte Feindbilder verfälschen jede Beurteilung. Bieten Strategien mit jeder nur möglichen Hochrüstung für alle Eventualitäten eines Krieges wirklich den Erfolg in der Verteidigung? Die Gefährdung geht heute nicht von der Berechnung möglicher gegnerischer Kräfte aus, sondern von der Unberechenbarkeit von Waffentypen und ihrer Anwendung sowie von einer unvorbereiteten, schlecht ausgebildeten und nicht kampfbereiten Truppe, wie die Weltgeschichte lehrt.

Die Gedanken des Heiligen Augustinus zwingen zum Nachdenken, so wie über viele Generationen hinweg das Werk von Clausewitz „Vom Kriege“ die Offiziersausbildung beschäftigt hat. Augustinus ist weder Militär noch Politiker. Aber er hat sich mit Militärs,

Politikern, Philosophen und mit den Zeitströmungen seiner Epoche und ihren Verführungen auseinandergesetzt. Augustinus hat keine schlaue Hintertriebenheit gelehrt, sondern in argloser Aufmerksamkeit jene Verantwortung für alle Zeiten wecken wollen, die Welt ohne Illusionen zu sehen. Wirklich illusionslos vermag aber nur der Christ zu sehen.

Augustinus schreibt sein Werk gegen Ende einer Zeit, da ein Weltreich zusammenbricht. 410 ist Rom dem Untergang preisgegeben, und 430 belagern die Vandalen unter Geiserich die Stadt Hippo, wo der Bischof Augustinus im Sterben liegt. Er weiß angesichts der Kriege und Wirren seiner Zeit, wovon er spricht. Ausgangs- und Endpunkt seiner „Strategie“ ist der Frieden. „Indem wir Frieden suchen, erfüllen wir die Voraussetzungen für Frieden.“⁽²⁵⁾

Für Augustinus ist Friede keine in sich bestehende Wirklichkeit. „Wer die Mitte verläßt, verliert sich in der Unermeßlichkeit vorletzter Dinge. Die Natur des Menschen gebietet es, überall die Einheit zu suchen.“⁽²⁶⁾

Feind der Einheit ist der Hochmut. „Der Hochmut ahmt in verkehrter Weise Gott nach. Der Hochmut haßt die Einheit wie die Gemeinschaft.“⁽²⁷⁾

Im Gottesstaat ist jeder einzelne einem gemeinsamen Gut und gemeinsamen Ziel, das Gott ist, verbunden. Das bewirkt Einheit untereinander, die hineinreicht in die

jetzt unvollendete, aber dann endgültig vollendete Welt. Wer vom Ziel her denkt, denkt anders als jene, die in der Vielzahl vorletzter Ziele die Orientierung verlieren und damit jede Ordnung verspielen und falschen Ordnungen verfallen. Das ist zusammenfassend das große Anliegen des Heiligen Augustinus. Augustinus läßt dabei keinen Zweifel darüber, daß die Freiheit des Menschen unangetastet bleibt. Die wahre Freiheit jedoch, im Handeln des freien Willens aus der Gnade, will die von Gott geschaffene Ordnung wieder herstellen. Augustinus unterscheidet daher deutlich den freien Willen (*liberum arbitrium*) von der Freiheit (*Libertas*).²⁸⁾ Gerechtigkeit in diesem Zusammenhang bedeutet im zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Leben die eigentliche Grundlage für Glück und Frieden, nicht aber Krieg und Gewalt, wobei der nur weltlichen Gerechtigkeit zumeist die *Caritas* fehlt.²⁹⁾

Im staatspolitischen und staatenpolitischen Leben ist daher den Christen die für alle Zeiten gültige Aufgabe gestellt, jene Gerechtigkeit beispielhaft zu verwirklichen, die dem Wohle des Ganzen dient. Aus der Sicht des Heiligen Augustinus muß sich mit der subjektiven Verwirklichung der objektiven Wahrheit des Evangeliums der Kirche auch das ethisch-pädagogische und sozial-politische Wirken der Christen immer mit jenem Weltverständnis auseinanderset-

zen, dessen Ziele nur eine diesseitig-materielle Lebensauffassung verfolgen.

Der Christ weiß sich stets in der Freiheit des Gehorsams gegenüber dem Glauben der Kirche, weil er ohne Illusionen aus dem Wissen lebt, daß diese Welt nicht aus sich selbst lebt und vollendet werden kann.

Augustinus hat in großer Demut erkannt und gelehrt, daß Gottes Wort, Tun und Sein zu einem gewissen Teil erkennbar ist, aber eben auch zu einem großen Teil nur dem Glauben „zugänglich“ ist. Zwei Jahre vor seinem Tod, im Jahre 428, schreibt er in einer seiner letzten Schriften: „Was nach christlicher Lehre offenbar ist, sollte doch nicht deshalb geleugnet werden, weil es nicht begriffen werden kann. Dürfen wir deshalb sagen, es sei nicht so, wovon wir einsehen, daß es so ist, nur weil wir nicht begreifen, warum oder wie es so ist?“³⁰⁾

Johannes Cofalka

Anmerkungen

- 1) Augustinus, Gottesstaat, Bibliothek der Kirchenväter, Kösel, Kempten, 1916, – Sancti Aurelii Augustini opera omnia, J. P. Migne, Patrologiae latinae, de civitate Dei, Tom. 41/42.
- 2) Gottesstaat, XIX, 12.
- 3) Gottesstaat, XIX, 13.
- 4) Gottesstaat, XIX, 7.
- 5) Gottesstaat, XXII, 6, siehe hierzu auch *Ab urbe condita libri XXI, 4f.*
- 6) Thukydides, Der Peloponnesische Krieg, Reclam Nr. 1807 – 11, S. 269.
- 7) Augustinus, Predigten über das Johan-

nesevangelium, Bibliothek der Kirchenväter, Kempten 1914, Bd. 2, S. 220.

- 8) Ebenda.
- 9) Gottesstaat, XIX, 14.
- 10) Augustinus, de libero arbitrio, Vom freien Willen, Opera omnia, Tom. 32, Migne, u. Bibl. d. Kirchenväter, Bd. I, S. 174 a.a.O.
- 11) Ebenda.
- 12) Augustinus, de gratia et libero arbitrio, XIII, 25, a.a.O., Migne.
- 13) A.a.O. de libero arbitrio, Migne.
- 14) Augustinus, Epistola, 189, ad Bonifacium, (de militiae honestate) a.a.O. Opera omnia, a.a.O., Migne.
- 15) Ebenda, u. Gottesstaat, XIX, 15.
- 16) Gottesstaat, II, 51.
- 17) Gottesstaat, XIX, 13.
- 18) Gottesstaat, XIX, 13.
- 19) Gottesstaat, XIX, 13.
- 20) De civitate Dei, Patrologia latinae, XIX, 13 – XXII, 6, Migne.
- 21) Augustinus, Epistola 189, ad Bonifacium (de militiae honestate). Opera omnia, a.a.O., Migne.
- 22) Ebenda.
- 23) Augustinus, de vera religione XXVII, 50, Migne.
- 24) Augustinus, Gottesstaat/de civitate Dei XIX, 24, Migne.
- 25) Epistolae 138, III, a.a.O., Migne.
- 26) Augustinus, de Ordine, I, 28, a.a.O., Migne, opera omnia.
- 27) Gottesstaat, XIX, 15, Bibl. d. Kirchenväter.
- 28) Opus imperf. contra Julianum, VI, 11, Migne.
- 29) In Epist. Joannis ad Parthos, VIII, 4, 5, Migne.
- 30) Aur. Augustini, „Geschenk der Beharrlichkeit“, Donum perseverantiae, opera omnia, Migne, 14, 37.

Welttag des Friedens 1993

Geleitwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

Am 1. Januar eines jeden Jahres begeht die ganze katholische Kirche den Welttag des Friedens. Immer wieder stellt uns dieser Tag das christliche Ethos des Friedens vor Augen. Er erinnert uns daran, daß der Friede den Menschen in Jesus Christus geschenkt ist und wir zu Zeugen des Friedens bestellt sind. Der Friede ist Gabe Gottes und Aufgabe des Menschen zugleich.

In der heutigen Situation der Welt ist der christliche Friedensdienst in besonderer Weise gefordert. Die Friedenshoffnungen, die sich an das Ende der ost-westlichen Blockkonfrontation und den Niedergang des totalitären Kommunismus geknüpft hatten, haben sich bisher nicht erfüllt. Alte Auseinandersetzungen werden wieder aufgegriffen, neue Konflikte sind entstanden. Mit Entsetzen müssen wir erleben, wie ganz in unserer Nähe, im ehemaligen Jugoslawien, ein brudermörderischer Krieg tobt. Aber auch in anderen Teilen der Welt wächst die Zahl der bewaffneten Kämpfe. All dies darf uns Christen nicht unberührt lassen. Wir sind herausgefordert zum unablässigen Gebet und zum tätigen Einsatz. Wir dürfen die Op-

fer der Gewalt nicht allein lassen. Wo immer möglich, wird die Kirche sich um eine Versöhnung der streitenden Parteien bemühen. Und wir müssen von der internationalen Politik energische Anstrengungen einfordern, um den Frieden weltweit zu sichern und da, wo er gebrochen wurde, wiederherzustellen.

Dabei darf nie vergessen werden, daß die Förderung des Friedens sowohl für die Staatengemeinschaft wie für uns Christen die erste und in gewisser Weise wichtigste Verpflichtung ist. Die Ursachen der Konflikte müssen bekämpft werden. Wir müssen auf gerechte Ordnungen des Zusammenlebens der Völker und auf würdige Lebensbedingungen für alle Menschen hinarbeiten. Anders kann der Friede nicht gewonnen werden. Denn Ungerechtigkeit und Krieg sind enge Verwandte, und Gerechtigkeit und Frieden sind es auch. „Der Friede wird das Werk der Gerechtigkeit sein“ (Jes 23,17).

Papst Johannes Paul II. hat den Weltfriedenstag 1992 unter das Leitwort gestellt: „Willst du den Frieden, komm den Armen entgegen“. Die Texte dieser Arbeitshilfe wollen dazu beitragen, die Kirchengemeinden, Verbände und Gruppen tiefer mit dem Anliegen und den spirituellen, ethischen und politischen Dimensionen dieses Wortes vertraut zu machen. Der Hl. Vater lenkt unseren Blick auf diejenigen, die in der heutigen Welt unter den Verhältnissen der

Not, des Elends und oft auch der Unterdrückung leben müssen. Sie entbehren der Gerechtigkeit, ohne die kein Friede ist und auch kein Friede gebaut werden kann. Die christliche Friedensbotschaft ruft uns deshalb in die Nähe der Armen. Der Dienst an ihnen ist Dienst am Frieden.

Die Kirchen und die Christen in Deutschland haben in den letzten Jahrzehnten durch eine Vielzahl von Aktivitäten gezeigt, daß sie am Schicksal der Armen in aller Welt Anteil nehmen. Besonderer Ausdruck der Hilfe ist die Arbeit der kirchlichen Hilfswerke, die vom Engagement und den Spenden der Gläubigen getragen werden. Mit dieser Hilfe, die stets auch politische Bemühungen für die Änderung ungerechter wirtschaftlicher und politischer Strukturen umschließt, dürfen wir auch heute, da sich die Probleme im eigenen Land mehren, nicht nachlassen.

Dies gebietet nicht nur die menschliche Gesinnung, die uns Christen mit unzähligen anderen Menschen im Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit verbindet. Die vorrangige Option für die Armen, die unsere Friedensarbeit bestimmt und die von Papst Johannes Paul II. bei der IV. Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Santo Domingo erst kürzlich so eindrucksvoll bestätigt wurde, ist mehr als eine sittliche Forderung oder ein politisches Programmwort. Sie rührt an unseren Glauben. Denn nach dem

Zeugnis des Evangeliums sind die Liebe zu Christus und die Liebe zu den Armen unlösbar ineinander verschränkt. „Herr“, fragen die Gerechten in der Rede Jesu vom Weltgericht, „wann haben wir dich hungrig gesehen und dir zu essen gegeben oder durstig und dir zu trinken gegeben? ... Darauf wird der König ihnen antworten: Amen, ich sage euch: Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ (Mt 25,35-40). Aus diesem Geist und aus dieser Praxis unseres Glaubens erwächst der Friede.

Bonn/Mainz, 20. Oktober 1992
Bischof Karl Lehmann

Einführung in das Thema

„Willst du den Frieden, komm den Armen entgegen“

Von Weihbischof Leo Schwarz
Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax

Armut: Eine Quelle des Unfriedens

„Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein.“ Immer wieder haben dies die christlichen Kirchen betont – gemeinsam und mit besonderer Eindringlichkeit in den erst wenige Jahre zurückliegenden Versammlungen des Ökumenischen Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung. Aber der Krieg findet statt. Und die Zahl seiner Schauplätze wächst. Besonders betroffenen stehen wir den Kämpfen im

ehemaligen Jugoslawien – praktisch vor unserer Haustür – gegenüber. Kriege und Bürgerkriege toben auch in den kaukasischen Regionen der GUS, in Georgien, im Sudan, in Somalia ... In manchen Ländern – wie in Peru – sind terroristische Bewegungen so stark geworden, daß sie bürgerkriegsähnliche Situationen herbeigeführt haben. Alles in allem: Der Krieg wütet, schlägt zu, trifft das Leben.

Die Gründe für die bewaffneten Konflikte in unserer Zeit, die teils auf der inner-, teils auf der zwischenstaatlichen Ebene ausgefochten werden, sind vielschichtig. Ansprüche von Völkern und Völkerschaften prallen aufeinander. Wirtschaftliche Interessen spielen oft ebenso eine Rolle wie der Kampf um politische Vorherrschaft. Nicht selten erleben wir, wie religiöse oder politisch-ideologische Bewegungen gewaltsam die Vormachtstellung anstreben.

„Willst du den Frieden, komm den Armen entgegen“ – das Leitwort des Weltfriedenstages 1993 geht nicht unmittelbar auf diese Ursachen gewalttätiger Auseinandersetzungen ein. Aber indem das Wort auf die Armut als eine wesentliche Quelle des Unfriedens verweist, leuchtet es gleichsam in die Tiefenstruktur der Konfliktgründe. Denn wo extreme Armut grassiert, kann kein Friede gedeihen. Wo viele wenig und wenige viel haben, da treibt es die Besitzenden und Mächtigen nur allzuoft

dazu, ihren privilegierten Status gegen die Ansprüche der Habenichtse zu verteidigen – notfalls mit Gewalt. Wie oft haben wir es in Ländern der „Dritten Welt“ erlebt, daß sogenannte „Eliten“ den Staat samt seiner militärischen und polizeilichen Sicherheitsorgane an sich gerissen haben, um die Armen, ihre Organisationen und Führungspersonen kleinzuhalten oder sich gar physisch vom Hals zu schaffen!

Menschenunwürdige Lebensverhältnisse sind auch der beste Nährboden für militant-revolutionäre Bewegungen verschiedenster Art, auch wenn die Armen selbst – wie wir aus der Geschichte wissen – selten die Träger und mindestens ebenso selten die Nutznießer revolutionärer Gewalt sind. Nicht zuletzt begünstigt die massenhafte Armut die Ausbreitung von Extremismus, Nationalismus und Fanatismus. Soziale Hoffnungslosigkeit macht empfänglich für primitive Feindbilder und die Versprechungen radikaler Lösungen. So werden ethnisch-kulturelle Unterschiede und religiöse Differenzen zu hochexplosivem Konfliktpotential zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen oder ganzen Völkern.

„Je mehr man für andere tut, desto mehr besitzt man. Je mehr man anderen gibt, desto mehr hat man.“ (Laotse)

Man kann die Situation im nördlichen Afrika als ein Beispiel für die enge Verschwisterung von Ar-

mut, Fanatismus und Gewalt ansehen. Viele weitere Beispiele wären hinzuzufügen. In Nordafrika hat man einige Jahrzehnte lang eine Politik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung verfolgt, die jedoch nicht die gewünschten Früchte erbracht hat. Große Teile der Bevölkerung sind arm geblieben oder noch weiter verarmt. So konnte ein fundamentalistischer Islam, der keineswegs mit dem Islam als ganzem gleichgesetzt werden darf, gerade bei den Armen und bei einer Jugend, die keine Zukunft sieht, immer stärkere Anhänger gewinnen. Diese religiös-fundamentalistische Welle hat dann vor einigen Jahren im Sudan – einem Land an der Schnittstelle zwischen dem arabischen und dem schwarzafrikanischen Raum – ein aggressives islamisches Regime an die Macht gebracht. Mit oft brutaler militärischer Gewalt geht diese Regierung gegen die im Süden des Landes lebende christliche oder nicht-islamische schwarze Bevölkerung vor, die sich ihrerseits dagegen wehrt, ihr Leben durch die Gesetze eines islamischen Fundamentalismus bestimmen zu lassen. Mehreres kommt in diesem Konflikt zusammen: die ethnischen Differenzen zwischen dem arabischen Norden und dem schwarzafrikanischen Süden des Landes ebenso wie die religiösen Unterschiede. Aber hinter all dem steht eine Verelendung der Massen, die in der gesamten nordafri-

kanischen Region einen religiösen Fanatismus emporgetragen hat, in dessen Gefolge wir heute im Sudan – unter den dort herrschenden besonders schwierigen Bedingungen – eine Explosion der Gewalt erleben.

Gerechtigkeit schafft Frieden

Es zeigt sich, wie eng menschenunwürdige Armut mit Gewalt und Krieg verschwistert ist. Wenn den Armen keine Gerechtigkeit widerfährt, wird es keinen Frieden geben. Das ist beileibe keine neue Erkenntnis. Schon beim Propheten Jesaja findet sich eine entsprechende Verhältnisbestimmung von Frieden und Gerechtigkeit: „Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein“ (Jes 23,17). Das gilt – unabhängig davon, ob wir das Prophetenwort in seinem religiösen Kontext oder aber nur auf einer säkularen politischen Ebene verstehen – auch heute. Die katholischen Bischöfe in Deutschland haben ihrem Friedenswort von 1983 deshalb den Titel gegeben: „Gerechtigkeit schafft Frieden“. Und sie haben – nicht anders als die Versammlungen im Rahmen des Ökumenischen Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung – daraus den Schluß gezogen, daß in der Friedenspolitik bei aller Notwendigkeit friedenssichernder Maßnahmen der Vorrang der Friedensförderung stets anerkannt und beachtet werden müsse.

Ohne Gerechtigkeit kein Friede – das ist, wie gesagt, keine Einsicht erst unserer Tage. Neu allerdings ist der Zusammenhang, indem wir diese Einsicht heute zu verstehen und zu realisieren haben. Denn wir leben in einer Welt, die zunehmend enger zusammenrückt: Die technischen Entwicklungen, vor allem im Verkehrs- und Kommunikationsbereich, haben die Welt „kleiner“ gemacht. In Wirtschaft, Zivilisation und Politik verstärken sich Einflüsse, Verflechtungen und Abhängigkeiten über traditionelle Grenzen und Schranken hinweg. Zunehmend nimmt so die „Eine Welt“ konkrete Gestalt an. Deshalb sollte sich niemand der Illusion hingeben, wir in den reichen Ländern des Westens könnten von den globalen Krisenerscheinungen, von Ungerechtigkeit und Unfrieden in der Welt unbetroffen bleiben. Die größer werdende Zahl von Armuts- und Kriegsflüchtlingen, die auch in unser Land kommen, zeugt davon, daß uns inmitten der Katastrophen dieser Zeit keine Zuschauerrolle zugebilligt wird. Jeder Provinzialismus im Denken und Handeln ist uns deshalb verwehrt. Frieden und Gerechtigkeit müssen heute im Weltmaßstab verwirklicht werden. In diesem Sinne hat Papst Paul VI. schon 1967 gesagt, daß Entwicklung der armen Länder und besonders der Masse der Armen in diesen Ländern, der neue Name für den Frieden in unserer Welt sei.¹⁾ Wir sind unwiderruflich vor die

Herausforderung der Einen Welt gestellt.

„Dem Hungrigen gehört das Brot, das du zurückhältst, dem Nackten das Kleidungsstück, das du im Schrank verwahrst, dem Barfüßigen der Schuh, der bei dir verfaßt, dem Bedürftigen das Silber, das du vergraben hast. Du tust also vielen unrecht, denen du hättest helfen können.“ Basilius der Große 330 – 379 n. Chr.

Eine Bilanz der Armut

Soziale Gerechtigkeit in der Einen Welt verwirklichen, damit Friede gedeihen kann – das ist angesichts des heutigen Zustandes der Welt eine gigantische Aufgabe. Immerhin liegen bereits mehr als drei Jahrzehnte internationaler Entwicklungspolitik und auch kirchlicher Entwicklungsarbeit hinter uns. Und die Bilanz ist ernüchternd. Gewiß: Es darf nicht unzulässig verallgemeinert werden. Die Entwicklungszusammenarbeit weist nicht nur Negativposten auf. Viele Projekte und Maßnahmen der internationalen Politik waren erfolgreich und haben Impulse für eine bessere wirtschaftliche und soziale Entwicklung in einer Reihe von Ländern gegeben. Vor allem die Arbeit der kirchlichen Hilfswerke verschiedener Konfessionen kann sich sehen lassen. Mit ihrer Unterstützung haben nicht wenige Partner vor Ort Wege in eine menschenwürdigere Zukunft gefunden. Aber dennoch: Die

Gesamtbilanz bleibt unbefriedigend.

Es ist nicht gelungen, die Massenarmut zu überwinden. Mehr als eine Milliarde Menschen lebt in absoluter Armut. 1,5 Milliarden sind ohne medizinische Versorgung. 1,7 Milliarden haben keinen Zugang zu hygienisch einwandfreiem Wasser. Immer noch kann rund 1 Milliarde Erwachsener nicht lesen und schreiben. Über 100 Millionen Kinder im Volksschulalter gehen nicht in die Schule. Die Zahl der unmittelbar vom Hungertod bedrohten Menschen ist kaum auszumachen. Das südliche und östliche Afrika erleidet derzeit die größte Dürre- und Hungerkatastrophe seit Menschengedenken. Es gibt alarmierende Hinweis der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen, daß die Weltnahrungsmittelproduktion schon seit Jahren aus dem Gleichgewicht geraten ist.

Das Wohlstandsgefälle zwischen den reichen und armen Ländern hat sich – sieht man einmal von einigen Staaten in Südost-Asien ab – im Laufe der Jahre massiv verschärft. Zwanzig Prozent der Menschheit, die zu den Reichen gehören, verfügen über 83 Prozent des weltweiten Bruttosozialproduktes. Zwanzig Prozent der Ärmsten müssen sich mit 1,4 Prozent zufriedengeben.

Viele Länder, vor allem Afrikas und Lateinamerikas, sind von der Weltschuldenkrise geschüttelt. Die externe Verschuldung der Län-

der des Südens hat inzwischen die Rekordsumme von rund 1,3 Billionen Dollar erreicht und erstickt in vielen Teilen Afrikas, Lateinamerikas und Südasiens die so dringend notwendige wirtschaftliche Erholung. Die Maßnahmen, die die Regierungen ergreifen müssen, um die Zinsen bezahlen zu können und um eine ökonomische Sanierung in Gang zu bringen, gehen überwiegend zu Lasten der Armut und zerstören zudem die Umwelt.

Auch die Weltbevölkerungsfrage verlangt unsere ganze Aufmerksamkeit. Jetzt sind es fast 260 000 Erdenbürger, die an jedem Tag geboren werden. Jedes Jahr 90 bis 100 Millionen mehr Mitmenschen. Die Ortskirchen versuchen auf ihre Weise, in Zusammenarbeit mit den kirchlichen Hilfswerken Antwort zu geben. Der Bevölkerungszuwachs hängt in starkem Maße mit der grassierenden Armut zusammen. Kinder bieten den Armen häufig das einzig mögliche soziale Netz, das den Lebensunterhalt der Familien garantiert. Das starke Bevölkerungswachstum verschärft aber andererseits auch die Armut noch weiter, denn es zehrt die Entwicklungsfortschritte auf und fördert den Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen.²⁾

Wir dürfen es nie vergessen: Hinter all diesen Zahlen und Problemen stehen konkrete Lebensschicksale. Die lateinamerikanischen Bischöfe unterstreichen dies sehr eindrücklich, wenn sie uns mit den „Gesichten der Ar-

mut“ konfrontieren: „Gesichter, die als Folge von Inflation, Auslandsverschuldung und sozialer Ungerechtigkeit von Hunger verzehrt sind, (...) Gesichter, die entsetzt sind über die tägliche, blinde Gewalt, angsterfüllte Gesichter der verwahrlosten Kinder, (...) durch Zeit und Arbeit gealterte Gesichter derer, die nicht das Minimum besitzen, um in Würde zu überleben.“³⁾ Trauen wir uns, in die leidenden Gesichter der Armen zu sehen? Können wir ihrem Blick standhalten, ohne uns von ihrer Armut bedrängen zu lassen?

Gründe der weltweiten Armutskrise

Die Gründe für die Krise vieler Entwicklungsländer sind vielschichtig. Zum Teil liegen sie in diesen Ländern selbst. In nicht wenigen Staaten haben sich Eliten unredlich bereichert. Korruption und Mißmanagement sind die größten Feinde des Fortschritts. Die notwendigen Agrarreformen sind in den meisten Fällen stecken geblieben. Demokratien, die den Hunger verwalten, haben es schwer. Rechtssicherheit wurde nur selten verwirklicht. Oft wurde statt dessen der Militär- und Sicherheitsapparat mit riesigen Summen ausgebaut, um gesellschaftliche Stabilität auf repressivem Wege und unter vielfacher Mißachtung elementarster Menschenrechte zu erzwingen.

Aber auch das Verhalten der reichen Industrieländer hat wenig

dazu beigetragen, die Situation der armen Länder und vor allem die Lage der Armen in diesen Staaten nachhaltig zu verbessern. Die Entwicklungszusammenarbeit hat auf der politischen Prioritätenliste stets nur einen nachgeordneten Platz eingenommen. Rüstungsexporte in die „Dritte Welt“ haben dortige Konflikte vielfach angeheizt; sie gehen zu Lasten der Armen. Gerade in den Zeiten der Ost-West-Konfrontation wurden Entwicklungshilfegelder der reichen Staaten oft als Mittel zur Unterstützung der Außenpolitik oder der Wirtschaft des eigenen Landes verwandt. Die Entwicklungspolitik wurde vielfach durch andere politische Vorgaben überlagert und behindert. Auch vom Umfang her blieb die Hilfe der ökonomisch entwickelten Länder mit wenigen Ausnahmen unter dem von den Vereinten Nationen proklamierten Ziel, 0,7 % des Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Dieses Ziel wurde bisher auch in der Bundesrepublik Deutschland in jedem Jahr aufs neue weit verfehlt.

„Wie würde die Geschichte über eine Generation urteilen, die alle Mittel besitzt, um die Bevölkerung des ganzen Planeten zu ernähren, sich aber in brudermörderischer Blindheit weigerte, dies zu tun?“

... Was für eine Wüste würde eine Welt sein, auf der das Elend nicht der Liebe begegnete, die Leben spendet?“ Papst Johannes Paul II.

Noch verheerender wirkt sich

die Handelspolitik aus, wie sie im Rahmen der EG betrieben wird. Nicht nur, daß in dem für viele Länder der „Dritten Welt“ zentralen Agrarbereich eine protektionistische Politik praktiziert wird. Darüber hinaus wird die Position der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt auch noch dadurch nachhaltig geschwächt, daß für europäische Produkte massive Exportsubventionen gewährt werden. Mehrere Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit einzelnen Gruppen von Entwicklungsländern bemühen sich zwar um eine fairere Regelung der Handelsbeziehungen bei bestimmten Erzeugnissen. Man kommt aber dennoch an der Tatsache nicht vorbei, daß die noch immer nicht überwundene protektionistische Politik der Industriestaaten, die dem eigenen Bekenntnis zum freien Welthandel diametral entgegensteht, die armen Länder des Südens weit mehr kostet, als diese an Entwicklungshilfegeldern erhalten.

Darüber hinaus wird heute auch im politischen Raum fast durchgängig anerkannt, daß die konkrete Entwicklungshilfepolitik der vergangenen Jahrzehnte einen entscheidenden Mangel aufwies. Lange Zeit war man bestrebt, die volkswirtschaftliche Gesamtentwicklung der Entwicklungsländer durch eine einseitig auf Wachstum ausgerichtete Strategie der Förderung des industriellen Sektors voranzutreiben. Es herrschte die Erwartung, daß die ökonomi-

schen Wachstumserfolge mit einer gewissen Verzögerung schließlich auch zu den Armen durchsickern würde. Diese Hoffnung – das wissen wir heute – hat sich nicht erfüllt. Die große Masse der Armen blieb auf der Strecke, auch in Ländern, die nicht unerhebliches Wachstum aufweisen konnten. Die ohnehin Wohlhabenden sind reicher geworden, die Armen aber sind weitgehend arm geblieben, die schändliche, menschenunwürdige Armut hat noch zugenommen.

Das entscheidende Manko dieser Entwicklungsstrategie bestand darin – dies hat auch der Deutsche Bundestag Ende 1990 festgestellt –, daß den Armen eine „eher passive Rolle“ zugewiesen wurde und man ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbsthilfe weithin ignorierte. Gerade die Entwicklungszusammenarbeit der Kirchen, wie sie in Deutschland vor allem durch die Hilfswerke Misereor und Brot für die Welt konzipiert und durchgeführt worden ist, hat demgegenüber gezeigt, daß eine durchgreifende Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen am ehesten da zu erwarten ist, wo die Kraft der Armen selbst ins Spiel gebracht wird. Als zentrale Erfahrung der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit ist deshalb festzuhalten: Entwicklung kann gelingen, wenn die Armen selbst Träger ihrer Entwicklung sind.

Die Kraft der Armen

An dieser Stelle unserer Überlegungen sollten wir uns erneut an das Leitwort des diesjährigen Weltfriedenstages erinnern: „Willst du den Frieden, komm den Armen entgegen“. Wenn man richtig hinsieht, so wird deutlich, daß die Armen hier keineswegs als passive Objekte unserer Hilfe verstanden werden. Denn man kann ja nur denen entgegenkommen, die sich selbst bereits auf den Weg gemacht haben. Nicht zu paternalistischer Betreuung sind wir aufgerufen, schon gar nicht dazu, den Armen erst einmal zu zeigen, „wo es langgeht“. Das von Papst Johannes Paul II. verwendete Bild setzt vielmehr voraus, daß die Armen schon auf dem Weg sind. Ihnen auf diesem Weg entgegenzukommen, sie auf ihrem eigenen Weg zu unterstützen, das ist die uns gestellte Aufgabe.

Und die Armen sind auf dem Weg! Zu Recht hat Papst Johannes Paul II. das „wachsende Bewußtsein für die Solidarität der Armen untereinander“ als eines der positiven Zeichen in der heutigen Welt bezeichnet.⁴⁾ Gewiß, nichts soll romantisch verklärt werden: Auch unter den Armen gibt es zahllose Konflikte; und der Egoismus wird nicht selten durch Not geschürt. Aber daneben erleben wir eine oft erstaunliche Kraft der Armen zu gemeinschaftlicher Selbsthilfe, die sich in einer Vielzahl von Aktivitäten äußert.

Elendsviertel- und Dorfbewohner organisieren ihr Überleben durch vielfältige wirtschaftliche Tätigkeiten im Rahmen des sogenannten informellen Sektors. Sie bemühen sich um die Erstellung einer wenigstens rudimentären Infrastruktur. Selbsthilfegruppen und Genossenschaften sind oft ein erster Schritt zu einer nachhaltigen Selbstorganisation der Armen. Zur Selbsthilfe gehört auch die Gründung von Interessenvertretungen, Gewerkschaften und politischen Organisationen, die den Anliegen der Armen in der Öffentlichkeit eine Stimme geben und ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung entgegenwirken.

„Wir dürfen die Armen nicht als Patienten behandeln, die ständig am Tropf hängen und scheinbar nur so überleben können. Sie müssen Subjekt ihrer eigenen Geschichte werden.“ Bischof Franz Kamphaus, Limburg

Mehr noch: Es ist – wie das Arbeitsdokument für die IV. Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Santo Domingo betont – vielerorts „eine echte Kultur der Armen“ entstanden. Sie umfaßt mehr als nur die gemeinsame Arbeit zur Verbesserung der materiellen Lebensumstände. Oft herrscht ein großer Sinn für konkrete mitmenschliche Solidarität. „Tief beeindruckend ist zu sehen,“ so die lateinamerikanischen Bischöfe, „wie die, die viel haben, niemals etwas übrig haben, während die, die wenig haben, immer

noch etwas finden, das sie miteinander teilen können.“⁵⁾ Und dieses Teilen greift nicht selten über den Bereich der materiellen Dinge hinaus. Oft staunend erleben Gäste aus den reichen Ländern, einen wie tiefen Sinn viele Arme für das gemeinsame Feiern haben. Hier werden nicht Güter, hier wird das Leben miteinander geteilt, damit für alle ein neues gemeinschaftliches Leben entsteht.

Die Kultur der Armen bestimmt in vielen Ländern des Südens auch das kirchliche und religiöse Leben. Das gilt besonders für die Basisgemeinschaften, bei denen der Einsatz für menschenwürdige Verhältnisse eingebunden ist in ein gemeinsames Leben aus dem Glauben. Die gemeinschaftliche Lektüre der biblischen Schriften, Gebet und gottesdienstliche Feiern lassen diese Gruppen die gottgewollte Würde der Armen und zugleich die Unwürdigkeit der ihnen zugemuteten Armut erkennen. Sie lernen verstehen, daß sie in all ihrer Armut von Gott gehalten sind und Er im Kampf um die Befreiung an ihrer Seite steht. Oft ist die Kraft der Armen eine Kraft aus dem Glauben.

Ob nicht gerade wir Christen aus den reichen Ländern hier etwas zu lernen hätten? Es scheint ja, daß es einen Reichtum der Armen gibt, der uns, die wir im materiellen Wohlstand leben, mehr und mehr abhanden kommt. Ist unser Mangel an spontaner Mitmenschlichkeit, an Gemeinschaft und le-

bensprägendem Glauben nicht auch eine – und nicht die geringste – Form der Armut? Ich denke: Wenn wir wirklich den Mut aufbringen, den Armen auf ihrem Weg entgegenzukommen und mit ihnen zu teilen, dann werden wir vielleicht mehr von ihnen zurückerhalten, als unsere oft auf das bloße „Haben“ fixierte Vorstellungskraft heute zu errahnen vermag.

*„Komm den Armen entgegen“ –
Für eine armenorientierte Entwicklungspolitik*

Eines jedenfalls ist klar: Die Armen sind im Aufbruch. Und all unsere Entwicklungszusammenarbeit wird nur erfolgreich sein können, wenn sie die Selbsthilfebewegung der Armen weit stärker als bisher wahrnimmt und unterstützt. Zugleich müssen die Ursachen von Armut entschieden bekämpft werden. Für die Politik der Industrieländer bedeutet das:

1. Die Entwicklungspolitik muß armenorientiert sein. Das heißt: Sämtliche Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit sind auf die Auswirkungen hin zu überprüfen, die sie für die Armen haben. Ausgebaut werden sollten jene Vorhaben, die eine Bekämpfung der Armut zum Ziel haben.

2. Die Entwicklungspolitik muß selbsthilfe- und beteiligungsorientiert sein. Das bedeutet: Vorrangig gefördert werden sollten solche Vorhaben, die die Selbsthilfe der Armen ermöglichen und fördern.

Dies kann aber nur gelingen, wenn die Armen auch selbst bestimmen können, wie und wohin sie sich entwickeln wollen.

3. Eine armuts- und beteiligungsorientierte Entwicklungspolitik muß abgestützt werden durch die Gesamtpolitik. Das heißt: Auch unsere Außen- und Verteidigungspolitik, auch unsere Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik ist auf ihre Folgen für die Armen hin zu befragen. Und sie ist daraufhin zu überprüfen, ob sie geeignet ist, die Handlungsspielräume der Armen zu erweitern.

4. Die Entwicklungspolitik muß weit entschlossener als bisher die äußeren Ursachen der Armut bekämpfen. Dies erfordert vor allem von uns die Bereitschaft, die Konsequenzen des sich aus den notwendigen Änderungen des Weltwirtschaftssystems ergebenden Strukturwandels auf uns zu nehmen. Das kann und wird vorübergehend sehr weh tun. Denn konkret bedeutet dies z. B., daß die Abschottung der europäischen Märkte gegen Erzeugnisse aus den Ländern des Südens, mit denen diese durchaus wettbewerbsfähig sind, beendet werden muß. Ebenso dringlich ist eine Lösung der internationalen Schuldenkrise, die die Volkswirtschaften vieler armer Länder stranguliert und Fortschritte in der ökonomischen Entwicklung verhindert.

5. Die Entwicklungskrise vieler Staaten hat – ich habe darauf bereits hingewiesen – allerdings

auch eine Reihe interner Gründe. Die Einwirkungsmöglichkeiten unserer Entwicklungspolitik sind hier begrenzt. Dennoch gibt es im Dialog zwischen den Regierungen, nicht zuletzt auch bei den Verhandlungen über die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern, durchaus legitime Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, daß die Politik in den Staaten des Südens die individuellen Freiheits- und politischen Organisations- und Teilhaberechte der Armen respektiert und auf ein größeres Maß an sozialer Gerechtigkeit hinarbeitet. Es ist bekannt, daß die Bundesregierung unter dem Stichwort der „Konditionalität“ der Entwicklungshilfe über eine Politik in dieser Richtung nachdenkt und erste Konzepte erstellt hat. Eine solche Politik wird allerdings nur dann auf Dauer glaubwürdig und überzeugend sein, wenn sie sich tatsächlich konsequent in den Dienst an den Menschenrechten und an den Armen stellt und sich nicht durch andere – seien es außen- oder handelspolitische – Interessen abdrängen läßt.

*„...komm den Armen entgegen“
– eine Herausforderung für die Kirche*

Der Aufruf zum Weltfriedenstag 1993 – „Willst du den Frieden, komm den Armen entgegen“ – ist an alle Menschen gerichtet, nicht zuletzt auch an diejenigen, die politische oder gesellschaftliche Ver-

antwortung tragen. Dennoch wissen wir Christen uns von diesem Wort in besonderer Weise angesprochen. Denn die Solidarität mit den Armen ist für uns nicht allein eine humanitär und politisch gut begründete Forderung. Es geht um noch mehr: Der Dienst an der Gerechtigkeit und am Frieden ist zugleich immer auch Praxis unseres Glaubens.

Wir wissen: Der Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Schon in den alttestamentlichen Schriften bezeichnet das Wort Friede (Schalom) das menschliche Heil und Ganzsein in seiner Fülle. Er umfaßt sowohl den einzelnen Menschen wie die Gemeinschaften und die Nationen. Friede: das ist Versöhnung unter den Menschen, mit der ganzen Schöpfung und schließlich – als Höhepunkt und Grundlegung des Friedens zugleich – Versöhnung mit Gott. Es ist klar. Diesen Frieden können wir nicht einfach herstellen, er ist unserer bloßen Machbarkeit entzogen. Der Friede muß uns von Gott geschenkt werden. Und er ist uns geschenkt! In Jesus Christus – so sind wir im Glauben überzeugt – haben sich die messianischen Verheißungen des Friedens, die uns vor allem in den Prophetenbüchern des Alten Testaments begegnen, erfüllt. Er ist unser Friede, denn in ihm ist das Reich Gottes, das Reich umfassender Versöhnung, das Reich des Friedens und der Gerechtigkeit unwiderruflich angebrochen. In Jesus ist der

Friede Gottes zur Welt gekommen und in die Geschichte dieser Welt eingesenkt. Das aber heißt auch: Der Friede ist den Mühen der Geschichte nicht enthoben. Er ist nicht nur Gabe, sondern zugleich Aufgabe. Unsere Aufgabe. Gläubig aus dem Frieden Gottes leben bedeutet darum: im Dienst am Frieden der Welt Zeuge des Friedens Gottes sein – und in diesem Zeugnis ist es Gott selbst, der seinen Frieden vollbringt.

Die Solidarität mit den Armen ist – so haben wir gesehen – eine vorrangige Aufgabe unseres Friedensdienstes. Und mit dieser Solidarität, die wir den Armen schulden, steht zugleich unser Glaube auf dem Spiel. Gerade wir Christen in den Wohlstandszonen dieser Welt vergessen allzu leicht, was in der Botschaft Jesu eindringlich bezeugt ist: Mit dem Rücken zu den Armen läßt Gott sich nicht lieben und sein Friede sich nicht bezeugen. Bei Jesus sind die Armen die vorrangigen Adressaten der Liebe Gottes; die christliche und kirchliche Nachfolge Jesu kann sich keine anderen Prioritäten aussuchen. Das Evangelium sagt uns: Wo wir den Armen und Unterdrückten nahe sind, da sind wir Christus nahe; die Begegnung mit den Ausgestoßenen soll uns zum Ort der Gottesbegegnung werden. Von dieser Verheißung her gewinnt auch die „vorrangige Option für die Armen“, zu der sich die Kirche bekennt, ihre eigentliche Tiefe. Von ihr her wird deutlich, daß die-

se Option mehr ist als ein politisches oder pastorales Programm. Sie ist die bleibende Ortsbestimmung der Nachfolge.

„Für mich liegt eine große Hoffnung darin, daß die Kirche zu den Armen geht. Die Kirche wird mehr und mehr die Kirche der Armen – von den Armen erneuert. Und durch diese Kirche der Armen ergibt sich die Hoffnung auf eine neue Welt, in der Freiheit, Liebe, Gerechtigkeit, Wahrheit nicht leere Worte, sondern eines Tages Wirklichkeit sind.“ Kardinal Aloísio Lorscheider, Fortaleza/Brasilien

Darum dürfen wir als Christen und Kirche nicht nachlassen in unserem Einsatz für diejenigen, die in der heutigen Welt an den Rand gedrängt sind. Wir dürfen in unserer eigenen Gesellschaft die Schwachen und Zu-kurz-Gekommenen nicht übersehen. Und wir müssen Flagge zeigen für eine menschenwürdige Behandlung auch der Fremden, die bei uns leben. Über den Problemen im eigenen Land werden wir jedoch die übergroße Not, die in vielen Teilen der Einen Welt herrscht, nicht vergessen dürfen. Für Christen, die glauben, daß jeder Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist, kann es keine geographischen Grenzen der Solidarität geben. Für unsere Hilfe gilt kein anderer Maßstab als die Not des Nächsten.

Deshalb müssen wir fortfahren, die Armen dieser Welt – wo immer sie leben mögen – in ihrem

Kampf gegen unerträgliche Lebensbedingungen zu unterstützen. Es geht darum, die materielle Hilfe, die von den kirchlichen Werken organisiert wird, zu verstärken. Dabei ist stets darauf zu achten, daß den Armen keine fertigen Lösungen von außen aufgezwängt werden, sondern ihre Eigeninitiative respektiert und gefördert wird. Es geht ebenso darum, die gesellschaftlichen und politischen Selbsthilfeorganisationen der Armen stärker als bisher zu unterstützen. Wir dürfen mit dieser Unterstützung gerade auch dann nicht nachlassen, wenn aus der Arbeit dieser Organisationen Konflikte erwachsen – in den Ländern der Armen oder auch bei uns. Ebenso notwendig ist es, daß die Kirchen bei den hiesigen Regierungen und auf der Ebene der internationalen Politik als Anwälte der Armen auftreten. Hier ist bereits vieles geschehen. Letztlich werden wir aber nur dann eine wirklich durchgreifende Politik im Interesse der armen Ländern durchsetzen können, wenn in der Bevölkerung ein entsprechender Wille und auch die Bereitschaft zu notwendigem Verzicht besteht. Auf einen solchen Bewußtseinswandel müssen wir hinarbeiten. Er kann gelingen, wenn sich eine breite Bewegung der Solidarität bildet, die Gerechtigkeit für die Armen in der Öffentlichkeit unserer Gesellschaft vernehmlich einfordert. Nicht nur die Amtsträger in der Kirche haben hier große Aufga-

ben. Auch die Hilfswerke, die kirchlichen Verbände, die Pfarrgemeinden und Gruppen sind gefordert. Jeder kann mittun, jeder wird gebraucht.⁶⁾

Die Solidarität mit den Armen ist nicht kostenlos zu haben. Sie kostet Geld und Zeit, Anstrengung und Kreativität, manchmal auch Mut. Fast kann man sagen: Solidarität macht arm. Doch führt sie uns gerade nicht in jene unerträgliche Armut, die heute einen großen Teil der Menschheit in ihrem Würgegriff gefangen hält. Denn sie hat nichts mit Zwang und auferlegtem Geschick zu tun: sie ist eine Gestalt der Freiheit. Sie macht frei von dem, was die Bibel den „Mammon“ nennt, und übt uns ein in ein neues Verständnis des Lebens: frei von dem Zwang, immer mehr besitzen zu wollen, um darin – oft verzweifelt – einen Sinn für unser Dasein zu finden: frei davon, stets nur um uns selbst und unsere Interessen zu kreisen. Gerade so eröffnet christliche Armut an der Seite der Armen neue Horizonte gelingenden Lebens. Sie stiftet Gemeinschaft: mit den Armen und mit Gott. Sie befreit uns zu seinem Frieden.

Anmerkungen:

- 1) Papst Paul VI.: Enzyklika „Populorum progressio“ (1967), Nr. 76.
- 2) Zum Problem des Weltbevölkerungswachstums sei hingewiesen auf die Broschüre: F. Böckle/H.-R. Hemmer/H. Kötter: Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt, Bonn 1990. Sie kann bei der Zentralstelle Weltkir-

che der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 5300 Bonn 1, bezogen werden.

- 3) IV. Generalkonferenz der lateinamerikanischen Bischöfe: Neue Evangelisierung, menschliche Entwicklung, christliche Kultur. Arbeitsdokument, 1992 (= Arbeitshilfen 89B, herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 5300 Bonn 1), Nr. 163.
- 4) Papst Johannes Paul II.: Enzyklika „Sollicitudo rei socialis“ (1987), Nr. 39.
- 5) S. Anm. 3, Nr. 178 – 180.
- 6) Zu den Möglichkeiten kirchlicher Entwicklungsarbeit vgl. die Erklärung „Gerechtigkeit für alle“, die von der Deutschen Kommission Justitia et Pax (Kaiserstr. 163, 5300 Bonn 1) 1991 herausgegeben worden ist.

Friede in Gerechtigkeit

Was bedeutet „Frieden“ im christlichen Verständnis? Wie steht es um den Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit? Inwiefern sind Frieden und Gerechtigkeit zugleich ein Geschenk Gottes und die Aufgabe der Menschen? Das sind die Fragen, auf die die folgenden Texte eine Antwort geben wollen. – Der erste Text ist der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils „Gaudium et spes“ entnommen; der zweite stammt aus der Erklärung „Gottes Gaben – Unsere Aufgabe“. Diese „Erklärung von Stuttgart“ ist im Rahmen des weltweiten ökumenischen Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung entstanden und bringt das gemeinsame Bekenntnis der christlichen

Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck.

Zweites Vatikanisches Konzil: Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et spes“ (1965)

„78. Der Friede besteht nicht darin, daß kein Krieg ist; er läßt sich auch nicht bloß durch das Gleichgewicht entgegengesetzter Kräfte sichern: er entspringt ferner nicht dem Machtgebot eines Starken; er heißt vielmehr mit Recht und eigentlich ein ‚Werk der Gerechtigkeit‘ (Is 32,17). Er ist die Frucht der Ordnung, die ihr göttlicher Gründer selbst in die menschliche Gesellschaft eingestiftet hat und die von den Menschen durch stetes Streben nach immer vollkommenerer Gerechtigkeit verwirklicht werden muß. Zwar wird das Gemeinwohl des Menschengeschlechts grundlegend vom ewigen Gesetz Gottes bestimmt, aber in seinen konkreten Anforderungen unterliegt es dem ständigen Wandel der Zeiten; darum ist der Friede niemals endgültiger Besitz, sondern immer wieder neu zu erfüllende Aufgabe. (. . .)

Dieser Friede kann auf Erden nicht erreicht werden ohne Sicherheit für das Wohl der Person und ohne daß die Menschen frei und vertrauensvoll die Reichtümer ihres Geistes und Herzens miteinander teilen. Der feste Wille, andere Menschen und Völker und ihre Würde zu achten, gepaart mit ein-

satzbereiter und tätiger Brüderlichkeit – das sind unerläßliche Voraussetzungen für den Aufbau des Friedens. So ist der Friede auch die Frucht der Liebe, die über das hinausgeht, was die Gerechtigkeit zu leisten vermag. Der irdische Friede, der seinen Ursprung in der Liebe zum Nächsten hat, ist aber auch Abbild und Wirkung des Friedens, den Christus gebracht hat und der von Gott dem Vater ausgeht. Dieser menschgewordene Sohn, der Friedensfürst, hat nämlich durch sein Kreuz alle Menschen mit Gott versöhnt und die Einheit aller in einem Volk und in einem Leib wiederhergestellt. Er hat den Haß an seinem eigenen Leib getötet, und, durch seine Auferstehung erhöht, hat er den Geist der Liebe in die Herzen der Menschen ausgegossen.

Das ist ein eindringlicher Aufruf an alle Christen: ‚die Wahrheit in Liebe zu tun‘ (Eph 4,15) und sich mit allen wahrhaft friedliebenden Menschen zu vereinen, um den Frieden zu erbeten und aufzubauen.

(...) 83. Um den Frieden aufzubauen, müssen vor allem die Ursachen der Zwietracht in der Welt, die zum Krieg führen, beseitigt werden, an erster Stelle die Ungerechtigkeiten. Nicht wenige entspringen allzu großen wirtschaftlichen Ungleichheiten oder auch der Verzögerung der notwendigen Hilfe.“

Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland: Gottes Gaben – Unsere Aufgabe. Die Erklärung von Stuttgart (1988)

„3.1 Was ist das Frieden?“

Frieden im christlichen Verständnis ist kein Zustand, sondern ein Prozeß. Dieser orientiert sich an dem Ziel eines gewaltfreien Zusammenlebens der Völker, einer Kultur der Liebe zwischen den Menschen, eines schonenden Umgangs mit der belebten und der unbelebten Natur und eines in Freundschaft mit Gott geführten Lebens. Frieden ist deshalb nicht einfach das Gegenteil von Krieg. Die Abwesenheit von Waffengewalt zwischen Staaten ist notwendig; sie reicht aber für die Verwirklichung von Frieden nicht aus.

In Jesus Christus ist uns die Fülle des Friedens als umfassendes Heil (Schalom) entgegengekommen. Im Alten Testament mündet es in den Bund Gottes mit dem Volk Israel und wird im gerechten Verhalten gegenüber dem Nächsten verwirklicht. Im Neuen Testament ist dieser Friede die Gabe Gottes, die uns durch Jesu Leben, Tod und Auferstehung geschenkt wird und im Heiligen Geist wirkt. Sie führt die endgültige Versöhnung zwischen Gott und den Menschen herauf und ermöglicht die Aussöhnung zwischen den Menschen. Sie wird uns zur ständigen Aufgabe, Unrecht und Gewalttat zu überwinden und zur Versöh-

nung der Menschen untereinander in Gerechtigkeit und Frieden beizutragen.

Friede ist für uns daher Geschenk und Auftrag zugleich. Die Einladung Jesu, ihm nachzufolgen, ermutigt uns, Konflikte anzugehen und Frieden zu stiften. Das erfordert nicht nur ein immer neues politisches Umdenken. Die ständige Neubesinnung auf den versöhnenden Tod Jesu Christi ist für uns eine Voraussetzung für solches Umdenken. Die Kirchen als Leib Christi stiften Frieden, indem sie den Weisungen zu Feindesliebe und überfließender Gerechtigkeit in der Bergpredigt folgen.

Frieden kann nur in einem umfassenden Prozeß gestaltet werden, in dem Krieursachen beseitigt werden und internationales Vertrauen aufgebaut wird. In dem Maße, in dem dies gelingt, werden die Androhung und Anwendung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen überwunden werden können.

3.11 ‚Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein‘ (Jes 32,17)

Zwischen Frieden und Gerechtigkeit besteht ein unlösbarer Zusammenhang. Der Friede ist das ‚Werk der Gerechtigkeit‘, indem Menschen ihr Verhalten an der göttlichen Gerechtigkeit ausrichten. Dabei sind die menschliche Würde, die in der durch Jesus Christus erfüllten Gottesebenbildlichkeit gründet, und das Existenzrecht aller Geschöpfe Maß und

Grenze menschlichen Handelns. Im Unfrieden kann keine umfassende Gerechtigkeit gedeihen, und ohne Gerechtigkeit läßt sich kein dauerhafter Friede aufbauen.

3.111 Die Gerechtigkeit nimmt für uns in Gottes Gerechtigkeit ihren Ausgang. Gott offenbart sich Israel in seiner Rettungs- und Heilstat (vgl. Ex 3,7). Er fordert als Antwort, daß jeder rechttut gegenüber dem Nächsten: ‚Lernt Gutes zu tun, sorgt für das Recht, helfe den Unterdrückten, verschaffe den Waisen Recht, tretet ein für die Witwen‘ (Jes 1,17). Daraus entsteht Gemeinschaft mit den Mitmenschen in Gerechtigkeit und Frieden. In Jesus erweist sich die Gerechtigkeit Gottes darin, daß er sich zu den Armen und Ausgestoßenen begibt. Er befreit sie aus ihrer Isolation und spricht ihnen Gerechtigkeit und Leben zu (Mt 5,6). Das ist mehr als Solidarität mit ihnen: Er greift die Sünde selbst an, die die ungerechten Verhältnisse unter den Menschen hervorruft. Zugleich aber ruft die Botschaft von der Liebe Gottes, wie sie Jesus verkündigt, die Sünder zur Abkehr von der Sünde und zur Hinwendung zu Gott. In seinem Leben, seinem Leiden, seinem Tod und seiner Auferstehung begründet er die Versöhnung der Menschen mit Gott und untereinander. Er erschließt uns die neuen Erfahrungen der ‚Gerechtigkeit Gottes‘ (Röm 3,25). Jesus selbst hat uns im Gleichnis (Mt 25,35 ff.) gesagt,

was das bedeutet: Das Tun des Gerechten richtet sich auf jene Grundbedürfnisse, jene Rechte des Menschen, die auch heute einzuklagen sind: Nahrung, Wohnung, Kleidung und Gesundheit; Freiheit und Würde des Menschen. In der Nachfolge Jesu werden die Menschen fähig, Frieden zu stiften; die Feindesliebe und die Goldene Regel, zentrale Weisungen der Bergpredigt, sind Leitlinien.

(Der Text ist enthalten in: Arbeitshilfen Nr. 70 – Europäische Ökumenische Versammlung, herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1989.)

Entwicklung, der neue Name für Friede

„Populorum progressio“ ist die erste Enzyklika, die ein Papst der internationalen sozialen Gerechtigkeit gewidmet hat. Deutlich unterstreicht Papst Paul VI. in dieser Enzyklika, daß Entwicklung mehr bedeutet als nur wirtschaftliches Wachstum: sie umfaßt den ganzen Menschen und die Gesellschaften in ihren vielfältigen Aspekten. Und: Niemand – kein Land und kein einzelner Mensch – darf von diesem Prozeß ausgeschlossen werden. So kann Entwicklung zum Weg des Friedens werden.

Papst Paul VI.: Enzyklika „Populorum progressio“ über die Entwicklung der Völker (1967)

„47. (...) es handelt sich nicht nur darum, den Hunger zu besie-

gen, die Armut einzudämmen. Der Kampf gegen das Elend, so dringend und notwendig er ist, ist zu wenig. Es geht darum, eine Welt zu bauen, wo jeder Mensch, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Abstammung, ein volles menschliches Leben führen kann, frei von Versklavung seitens der Menschen oder einer noch nicht hinreichend gebändigten Natur; eine Welt, wo die Freiheit nicht ein leeres Wort ist, wo der arme Lazarus an derselben Tafel mit dem Reichen sitzen kann. Das fordert von diesem ein hohes Maß an Hochherzigkeit, große Opfer und unermüdliche Anstrengungen. Jeder muß sein Gewissen erforschen, das ihn auf diese neuen Forderungen für unsere Zeit hinweist. (...)

48. Die Pflicht zur Solidarität unter den Menschen besteht auch für die Völker. „Es ist eine schwere Verpflichtung der hochentwickelten Länder, den aufstrebenden Völkern zu helfen.“ (...)

49. (...) Der Überfluß der reichen Ländern muß den ärmeren zustatten kommen. Die Regel, die einmal zugunsten der nächsten Angehörigen galt, muß heute auf die Gesamtheit der Weltnöte angewandt werden. Die Reichen haben davon den ersten Vorteil. Tun sie es nicht, so wird ihr hartnäckiger Geiz das Gericht Gottes und den Zorn der Armen erregen, und unabsehbar werden die Folgen sein.

76. Die zwischen den Völkern

bestehenden übergroßen Unterschiede der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse wie auch der Lehrmeinungen sind dazu angetan, Eifersucht und Uneinigkeiten hervorzurufen, und gefährden so immer wieder den Frieden. Nach der Rückkehr von Unserer Friedensreise zur UNO haben Wir vor den Konzilsvätern gesagt: „Die Daseinsbedingungen der Entwicklungsländer verdienen unsere gespannte Aufmerksamkeit, deutlicher gesagt: unsere Liebe zu den Armen in dieser Welt – und es sind unzählige Scharen – muß hellhöriger, aktiver, hochherziger werden.“ Das Elend bekämpfen und der Ungerechtigkeit entgegenzutreten heißt nicht nur die äußeren Lebensverhältnisse bessern, sondern auch am geistigen und sittlichen Fortschritt arbeiten und damit zum Nutzen der Menschheit beitragen. Der Friede besteht nicht einfach im Schweigen der Waffen, nicht einfach im immer schwankenden Gleichgewicht der Kräfte. Er muß Tag für Tag aufgebaut werden mit dem Ziel einer von Gott gewollten Ordnung, die eine vollkommene Gerechtigkeit unter den Menschen herbeiführt.“

Solidarität, der Weg zum Frieden und zur Entwicklung

Frieden und Entwicklung können nur auf dem Wege der Solidarität gesichert und gefördert werden. Daran erinnert Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika

„*Sollicitudo rei socialis*“, die er aus Anlaß des 20. Jahrestages von „*Populorum progressio*“ an die Kirche und alle Menschen guten Willens richtete. Solidarität meint dabei nicht nur ein Handlungsprinzip für die konkreten mitmenschlichen Beziehungen, sondern ebenso ein Gestaltungsprinzip für die Gesellschaften und die internationalen Strukturen.

Papst Johannes Paul II.: Enzyklika „*Sollicitudo rei socialis*: Zwanzig Jahre nach der Enzyklika *Populorum progressio*“ (1987)

„38. (...) (Die Solidarität) ist nicht ein Gefühl vagen Mitleids oder oberflächlicher Rührung wegen der Leiden so vieler Menschen nah oder fern. Im Gegenteil, sie ist die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das ‚Gemeinwohl‘ einzusetzen, das heißt für das Wohl aller und eines jeden, weil wir alle für alle verantwortlich sind. Eine solche Entschlossenheit gründet in der festen Überzeugung, daß gerade jene Gier nach Profit und jener Durst nach Macht, von denen bereits gesprochen wurde, es sind, die den Weg zur vollen Entwicklung aufhalten. Diese Haltungen und ‚Strukturen der Sünde‘ überwindet man nur – neben der notwendigen Hilfe der göttlichen Gnade – mit einer völlig entgegengesetzten Haltung: mit dem Einsatz für das Wohl des Nächsten zusammen mit der Bereitschaft, sich im Sinne des Evan-

geliums für den anderen zu ‚verlieren‘, anstatt ihn auszubeuten, und ihm zu ‚dienen‘, anstatt ihn um des eigenen Vorteils willen zu unterdrücken (vgl. Mt 10,40 – 42; 20,25; Mk 10,42 – 45; Lk 22,25 – 27).

39. Die Übung von Solidarität im Innern einer jeden Gesellschaft hat ihren Wert, wenn sich ihre verschiedenen Mitglieder gegenseitig als Personen anerkennen. Diejenigen, die am meisten Einfluß haben, weil sie über eine größere Anzahl von Gütern und Dienstleistungen verfügen, sollen sich verantwortlich für die Schwächsten fühlen und bereit sein, Anteil an ihrem Besitz zu geben. Auf derselben Linie von Solidarität sollten die Schwächsten ihrerseits keine rein passive oder gesellschaftsfeindlich Haltung einnehmen, sondern selbst tun, was ihnen zukommt, wobei sie durchaus auch ihre legitimen Rechte einfordern. Die Gruppen der Mittelschicht ihrerseits sollten nicht in egoistischer Weise auf ihrem Eigenvorteil bestehen, sondern auch die Interessen der anderen beachten.

Positive Zeichen in der heutigen Welt sind das wachsende Bewußtsein für die Solidarität der Armen untereinander, ihre Initiativen gegenseitiger Hilfe, die öffentlichen Kundgebungen im gesellschaftlichen Leben, wobei sie nicht zu Gewalt greifen, sondern die eigenen Bedürfnisse und ihre Rechte angesichts von Unwirksamkeit oder Korruption staatlicher Stellen deutlich machen. Kraft ihres Auf-

trages aus dem Evangelium fühlt sich die Kirche an die Seite der Armen gerufen, um die Berechtigung ihrer Forderungen zu ermitteln und zu deren Erfüllung beizutragen, ohne den Blick für das Wohl der einzelnen Guppen im Rahmen des Gemeinwohls aller zu verlieren.

Derselbe Maßstab wird analogerweise auf die internationalen Beziehungen angewandt. Die wechselseitige Abhängigkeit muß sich in eine Solidarität verwandeln, die auf dem Prinzip gründet, daß die Güter der Schöpfung für alle bestimmt sind: Was menschlicher Fleiß durch Verarbeitung von Rohstoffen und Arbeitsleistung hervorbringt, muß dem Wohl aller in gleicher Weise dienen.

Indem die stärkeren und reicheren Nationen jeglichen Imperialismus und alle Absichten, die eigene Hegemonie zu bewahren, überwinden, müssen sie sich für die anderen moralisch verantwortlich fühlen, bis ein wirklich internationales System geschaffen ist, das sich auf die Grundlage der Gleichheit aller Völker und auf die notwendige Achtung ihrer legitimen Unterschiede stützt. Die wirtschaftlich schwächeren Ländern oder jene, deren Menschen gerade noch überleben können, müssen mit Hilfe der anderen Völker und der internationalen Gemeinschaft in den Stand versetzt werden, mit ihren Schätzen an Menschlichkeit und Kultur, die sonst für immer verloren gehen würden, auch selbst einen Beitrag zum Gemein-

wohl zu leisten.

Die Solidarität hilft uns, den ‚anderen‘ – Person, Volk oder Nation – nicht als irgendein Mittel zu sehen, dessen Arbeitsfähigkeit und Körperkraft man zu niedrigen Kosten ausbeutet und den man, wenn er nicht mehr dient, zurückläßt, sondern als ein uns ‚gleiches‘ Wesen, eine ‚Hilfe‘ für uns (vgl. Gen 2,18,20), als einen Mitmenschen also, der genauso wie wir am Festmahl des Lebens teilnehmen soll, zu dem alle Menschen von Gott in gleicher Weise eingeladen sind. Hieraus folgt, wie wichtig es ist, das religiöse Gewissen der Menschen und Völker zu wecken.

(...)

Die ‚Strukturen der Sünde‘ und die Sünden, die dort einmünden, widersetzen sich mit gleicher Radikalität dem Frieden wie der Entwicklung, weil Entwicklung nach dem bekannten Ausdruck der Enzyklika Papst Paul VI. ‚der neue Name für den Frieden‘ ist.

Auf solche Weise wird Solidarität, wie wir sie vorschlagen, der Weg zum Frieden und zugleich zur Entwicklung. Der Weltfrieden ist in der Tat nicht denkbar ohne die Anerkennung von seiten der Verantwortlichen, daß die wechselseitige Abhängigkeit schon von sich aus (...) den Verzicht auf jede Form von wirtschaftlichem, militärischem oder politischem Imperialismus und die Verwandlung des gegenseitigen Mißtrauens in Zusammenarbeit fordert. Und dieses

ist gerade der ureigene Akt der Solidarität zwischen Einzelpersonen und Nationen.

Der Wahlspruch des Pontifikats meines verehrten Vorgängers Papst Pius XII. lautete: *Opus iustitiae pax* – der Friede, die Frucht der Gerechtigkeit. Heute könnte man mit derselben Genauigkeit und der gleichen Kraft biblischer Inspiration (vgl. Jes 32,17; Jak 3,18) sagen: *Opus solidaritatis pax* – Friede, die Frucht der Solidarität.

Das von allen so sehr ersehnte Ziel des Friedens wird gewiß mit der Verwirklichung der sozialen und internationalen Gerechtigkeit erreicht werden, aber auch mit der Übung jener Tugenden, die das Zusammenleben fördern und das Leben in Einheit lehren, um gemeinsam, im Geben und Nehmen, eine neue Gesellschaft und eine bessere Welt zu schaffen.“

(Die Enzyklika „*Sollicitudo rei socialis*“ ist als Nr. 82 der „Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls“, herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 5300 Bonn 1, erschienen.)

Christliche Armut – Option für die Armen

Christliches und kirchliches Leben in der Nachfolge Jesu sucht das Reich Gottes. Deshalb läßt es die gesellschaftlich üblichen Prioritäten – Besitz, Erfolg, Macht – hinter sich. Das ist gemeint, wenn wir von der christlichen Armut sprechen. Diese Armut aus dem

Geist des Evangeliums macht uns zugleich frei für diejenigen, die unter der Knechtschaft der ihnen aufgezwungenen, oft menschenunwürdigen Armut stehen. Sie macht uns frei zum Dienst an den Armen, denen die Liebe Gottes in besonderer Weise gilt und denen deshalb auch wir in vorrangiger Weise verpflichtet sind.

Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland: Beschluß „Unsere Hoffnung“ (1975)

„III. 2. Weg in die Armut

Der Weg in die Nachfolge führt immer auch in eine andere Gestalt der Armut und Freiheit: in die Armut und Freiheit der Liebe, in der Jesus am Ende selbst den Tod ‚überlistete‘, da er nichts mehr besaß, was dieser ihm hätte rauben können. Er hat alles gegeben, für alle. In solche Armut und Freiheit der Liebe, die sich zu allen gesandt weiß, ruft die Nachfolge.

Sie ruft uns dabei immer neu in ein solidarisches Verhältnis zu den Armen und Schwachen unserer Lebenswelt überhaupt. Eine kirchliche Gemeinschaft in der Nachfolge Jesu hat es hinzunehmen, wenn sie von den ‚Klugen und Mächtigen‘ (1 Kor 1,19–31) verachtet wird. Aber sie kann es sich – um der Nachfolge willen – nicht leisten, von den ‚Armen und Kleinen‘ verachtet zu werden, von denen, die keinen Menschen haben‘ (vgl. Joh 5,7). Sie nämlich

sind die Privilegierten bei Jesus, sie müssen auch die Privilegierten in seiner Kirche sein. Sie vor allem müssen sich von uns vertreten wissen. Deshalb sind in unserer Kirche gerade alle jene Initiativen zur Nachfolge von größter Bedeutung, die der Gefahr begegnen, daß wir in unserem sozialen Gefälle eine verbürgerlichte Religion werden, der das reale Leid der Armut und Not, des gesellschaftlichen Scheiterns und der sozialen Ächtung viel zu fremd geworden ist, ja, die diesem Leid selbst nur mit der Brille und den Maßstäben einer Wohlstandsgesellschaft begegnet.“

(Der Beschluß ist erschienen in der „Heftreihe Synodenbeschlüsse“, Nr. 18, herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 5300 Bonn 1.)

IV. Generalkonferenz der latein-amerikanischen Bischöfe in Santo Domingo: Neue Evangelisierung – menschliche Entwicklung – christliche Kultur (Arbeitsdokument), 1992

„3.1. Vorrangige Option für die Armen

Die vorrangige Option für die Armen fordert uns zur Vertiefung dieses wesentlichen Merkmals im Leben Jesu auf. Dieses Merkmal sollte sich in einer Kirche widerspiegeln, der es möglich ist, die Erfahrung, die Einstellung und die Lebensweise des bedürftigen Jesu nachzuleben. Nur so kann sie ihre prophetische Macht voll ausüben

und den Glauben an das Reich Gottes erwecken, das sie mit ihrem Zeugnis predigt.

Dies beinhaltet, daß wir uns mit den Schwächsten und Ärmsten Lateinamerikas im Sinne des Evangeliums solidarisch erklären und uns erfolgreich darum bemühen, daß sie ihre Stimme, ihre Stellung und ihre Rechte wiedererlangen, und daß wir Initiativen schaffen, die ihren Kampf um Gerechtigkeit als Voraussetzung für ihre Würde unterstützen. Die Armen sind zugleich Hauptakteure und Empfänger der Evangelisierung.“

(Das Dokument ist in der Reihe „Arbeitshilfen“, Nr. 89B, herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 5300 Bonn 1, erschienen.)

Deutsche Kommission Justitia et Pax: Gerechtigkeit für alle. Zur Grundlegung kirchlicher Entwicklungsarbeit (1991)

„1.3 (...) Mehr noch als andere müssen wir als Kirche uns selbst den Forderungen weltweiter Solidarität unterstellen. Solidarität ist vor allem gegenüber jenen notwendig, die ihrer besonders bedürfen. Deshalb bekennt sich die ganze Kirche, inspiriert vom Zeugnis der lateinamerikanischen Kirche, zu einer ‚vorrangigen und solidarischen Option für die Armen‘. Diese Option darf sich nicht in bloß unverbindlichem Wohlwollen gegenüber den Benachteiligten in der Ferne erschöpfen. Vielmehr weist sie uns, indem sie uns zu so-

lidarischem Einsatz für politische und soziale Gerechtigkeit und gegen Unterdrückung in ihren vielfältigen Erscheinungsformen herausfordert, an die Seite der Armen mit ihren Leiden und Hoffnungen, Erfahrungen und Kämpfen.

3.2 (...) Diakonie sagt, was die Kirche von ihrem Ursprung her ist und sein soll: Kirche für die anderen, Kirche für die Armen. Die Armen sagen, wohin die Kirche gehört, um an ihrem richtigen Platz zu sein. Solidarität zeigt, was Christsein ausmacht, wohin der Christ gehen muß, um bei seinem Nächsten und bei Christus zu sein. Die Christen werden durch das Evangelium auf einen Weg gebracht, der sie nicht von anderen entfernt, sondern ihnen näher bringt. Alle anderen Heilswege, denen das Element der Diakonie und der Solidarität fehlt, sind Sackgassen.

Solidarität mit den Armen ist eine unerläßliche Konsequenz aus dem christlichen Glauben. Doch darüber hinaus beschreibt sie zugleich den Ort und die Praxis, durch die sich die Identität der Christen und der Kirche stets neu herausbildet. Viele Christen haben während der letzten Jahrzehnte – insbesondere in Ländern der ‚Dritten Welt‘ – diese Erfahrung gemacht, die auch zu einer Erfahrung religiöser Erneuerung geworden ist: Sie gingen in die Viertel der Armen, teilten deren Leben und deren Not, wuchsen in die Welt der Besitzlosen und Entrechteten hin-

ein, aus deren Blickwinkel alle Dinge anders aussehen als vom Standpunkt jener, die in wirtschaftlich und sozial gesicherten Verhältnissen leben. Mit einem solchen Ortswechsel erschloß sich ihnen ein neues und vertieftes Verständnis von Christi ‚Transzendenz nach unten‘, von seiner Menschwerdung und Entäußerung (vgl. Phl 2,6 – 7).

Die Hinwendung zu Gott und die Hinwendung zu den Armen sind in der Tat nicht einander nachgeordnete oder gar gegenläufige, sondern gleichgerichtete Bewegungen. Christliches Handeln an der Seite der Armen ist nicht ein Anwendungsbereich des Glaubens unter anderen, sondern trifft ihn im Kern seiner Identität. ‚Der Heilige Geist läßt uns immer klarer entdecken, daß Heiligkeit heute den Einsatz für Gerechtigkeit und die Solidarität mit den Armen und Unterdrückten erfordert. Die Umgestaltung der Gesellschaft nach dem Plan Gottes gehört zur wahren Heiligkeit des Christen‘ (Weltbischofssynode 1987). Würde die Kirche, um mehr bei sich selbst zu sein, von der sozialen Praxis an der Seite der Armen abrücken, würde sie gerade das verlieren, was sie erhalten will: ihre Identität.“

(Die Erklärung „Gerechtigkeit für alle“ ist bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Kaiserstr. 163, 5300 Bonn 1, erhältlich.)

Daß Gott nie einen Fehler macht

(geschrieben in Stalingrad)

Der Verfasser dieser Verse ist unbekannt. Das Gedicht wurde im Jahre 1946, als in Stalingrad die verschütteten Keller gesäubert wurden, bei einem gefallenen deutschen Soldaten gefunden. Der Tote trug es in seiner Brieftasche.

Ein Kriegsgefangener, der bei der Bergung der Gefallenen eingesetzt war, brachte das Gedicht mit nach Deutschland. Als Vermächtnis der Toten von Stalingrad hat er es all die Jahre der Kriegsgefangenschaft bei sich getragen. „Es ist mir zum Kraft- und Trostlied geworden“, schreibt er dazu.

„Erscheinen meines Gottes
Wege
mir seltsam, rätselhaft und schwer
und geh’n die Wünsche, die ich
hege,
still unter in der Sorgen Meer,
will trüb und schwer der Tag verrinnen,
der mir nur Sorg und Leid gebracht,
dann darf ich mich auf eins besinnen:
Daß Gott nie einen Fehler macht.

Wenn unter ungelösten Fragen
mein Herz verzweiflungsvoll erbebt,
an Gottes Liebe will verzagen,
weil sich der Unverstand erhebt,
dann darf ich all mein müdes Sehen

an Gottes Rechte legen sacht
und sprechen unter vielen Tränen:
Daß Gott nie einen Fehler macht.

Drum still, mein Herz, und laß
vergeben,
was irdisch und vergänglich heißt.
Im Lichte droben wirst du sehen,
daß gut die Wege, die Er weist.
Und solltest du dein Liebstes mis-
sen,
ja, geht's durch finstre, kalte
Nacht,
halt fest an deinem seel'gen Wis-
sen:
Daß Gott nie einen Fehler macht.“

Gedanken und Empfindungen im Krieg

Der Krieg in Jugoslawien, die Unruhen in Georgien lassen unwillkürlich die Gedanken zurückgehen in eine Zeit, in der auch in der Mitte Europas mit Waffen gekämpft wurde.

In der langen Friedenszeit, die unser Volk bisher erleben durfte, ist zuweilen das Gefühl für die Grausamkeiten des Krieges verlorengegangen. Haß gegen Menschengruppen, ob Ausländer oder andere, ist immer der Vorbote von kriegerischen Auseinandersetzungen oder von Schwierigkeiten, die mit Waffen ausgetragen werden. Es ist daher gut, daß man sich an Hand von Zeitzeugen erinnern kann, wie die Menschen unter dem

Krieg auch in unserem Land gelitten haben.

Dabei soll diesmal weniger das Leid der Soldaten, die ihr junges Leben opfern mußten, verstümmelt oder krank heimkehrten, bedacht werden, sondern das Los jener, die immer unsichtbar und still trauern, die Not der Frauen.

Wie sich dieses Leid auch in den letzten Kriegsjahren bei jungen Menschen ausgeprägt hat, soll der nachstehende Beitrag einer damals knapp zwanzigjährigen Frau beschreiben.

Durch Zufall konnte der Bericht auf alten, beschriebenen Formblättern aus der Kriegszeit gerettet werden und wurde deshalb unbearbeitet der Redaktion zugeleitet.

Diese Aussagen regen zum Mitdenken an, aber sie sollen auch Kräfte des Helfens, Kräfte der Versöhnung wecken und anregen, immer wieder Wege des Friedens zu suchen.

Helmut Fettweis

Das letzte Jahr

Die Erde war aufgebrochen,
unendlich weit lag das Land vor
Dir.

Ausgebreitet und ganz sich offen-
barend.

Ogleich ein Nebel sich darüber
wob

und keusch verhüllte,
was deine Sinne werden fühlten.

Wie ein Symbol lag dieses Land
vor Dir,

unendlich weit zog sich die Straße hin.

Da wo Du gingst, war alles sonn-
durchbrochen was vor Dir lag,
die Straße, und das Land, ertrank-
ten im Nebel.

Und das war gut, so gingst Du nur
der Sonne froh entgegen,
sahst nicht den Anfang, noch das
Ende Deiner Landschaft.

Du sahst nur neben Dir die aufge-
brochenen Wiesen,
hörtest, vom Eis erlöst, die Moore
mit ihren Bächlein flüstern,
die lebensspendend durch die
Wiesen eilten.

Du fühltest rings die hohen Pap-
peln beben,

Du fühltest nur das Eine: „Herr, so
darf ich leben?“

Und Dein Gedanke und des Was-
sers Flüstern sowie das leise Be-
ben

in den Pappeln war wie ein einz-
'ges heißes Dank- und Bittgebet.

„Herr, daß wir leben dürfen!“

Dein Jubel war so laut, daß rings
die Vögel schrakten,
sie scheuchten auf und flogen Dir
voran.

Dir wurde plötzlich bang und
schwach,

Du wolltest Ihnen nach, –
da nahm sie schon der Nebel auf.

Da war es Dir, als müßtest Du
Dich eilen,
wie diese Vögel, selbst die Nebel
teilen

um zu erfahren, was da vor Dir lag.
Du wolltest beten, doch Dein Herz
blieb stumm.

Aus Deinem Munde quälte sich ein

Schrei:

„Oh Herr, zerreiß die Nebel, ich
brauche Licht, gib Licht!“ –

Der Nebel riß, – nicht, weil ein
Gott sich schenkte,

es war Dein Schrei, der seine Wän-
de sprengte,

Dein Schrei, mit seinem großen
Echo, denn mit Dir schrien viele.

Der Nebel riß, in Fetzen hing er von
den Bäumen

und tränkte schwer von ihren Stäm-
men.

Die Sonne stieg so rot und glü-
hend

und zog das Land in ihre Flut.

Unheimlich war's – im Lenze
schon verblühend,

lag deine Landschaft ganz im Blut.
Und alles, was da scheu zum Le-
ben drängte,

erstarrt' vor dieser Sonne, eh es
sich verschenkte

und durch die Bäume brach ein
Klagen.

Weh weinten Winde durch die Wie-
sen,

das Wasser wand sich müde wie
ein Wurm,

zum Eis erstarrt war wieder neu
sein Lauf.

Aus seinem Grunde stieg ein Wim-
mern auf:

„Das wird ein Frühling, dem kein
Sommer folgt.“

Dann kam ein Sturm über das
Land,

Häuser und Herzen facht' er in
Brand.

Es knickte und klirrte und krachte
und kreischte,

wie wenn ein Gott die Welt zer-

fleischte.

Längst war es Nacht, doch fehlten
alle Sterne
und eine Menschenmasse hob
sich aus der Ferne.

Der Sturm vertrieb sie von Hof
und Haus
und blies leise hinter ihnen die
Lichter aus.

Da warst auch Du nicht mehr allein,
allen wolltest Du Bruder und
Schwester sein.

Du nahmst die Hände von Kindern
und Müttern.

Du fühltest Greise am Arme zittern.

Ein Hund lief irrend durch die Menge
und sucht Schutz in dem Gedränge.

Ein Kind schrie auf und eine Mutter weinte.

Ein Vater fluchte, weil hier Gott verneinte.

Und ob es gleich aus tausend Kehlen schrie,
so stumm und starr war eine Nacht noch nie.

Und mit dem Schrei der Kreatur,
vereinte sich das Bersten der Natur.

Das war wie eine Hochzeit von Dämonen,
kam denn kein Gott, sie zu entthronen?

Doch Gott wand ab sein Angesicht,
soviel Jammer ertrug selbst seine Gottheit nicht.

Giergesättigt schlugen die Flammen hoch,

„Satan“ durch den Äther zog.

Häuser und Herzen standen in Brand,
die Menge verlor sich fern im Niemandsland.

Und plötzlich warst Du erneut wieder allein,
in der Ferne ertrank das Wimmern und Schrein.

Du kamst an Deiner Eltern Haus,
die Gardinen wehten zum Fenster hinaus.

Mit ihren Fetzen spielte der Wind,
unter dem Tor stand ein verwaistes Kind.

Dir wurden vom Weinen Deine Augen blind.

Da eiltest Du weiter, ohne Zeit und Weg,
das Wasser der Meere begleitete Dich träg'.

Ein Kuckuck zählte in der Ferne,
vor Deinem Jammer neigten sich die Sterne.

Noch einmal ging Dein Blick zurück,

was Du verließest, war wenig,
doch es war Dein Glück.

Dann beeiltest Du noch mehr Deinen Schritt,
war die Brücke gesprengt, nahm Dich keiner mehr mit.

Und eh Tag und Nacht noch die Hand gereicht,
hast Du endlich den großen Strom erreicht.

Die Brücke schwankte unter Deinen Füßen,
sterbend hörtest Du sie ihre Schwestern grüßen.

Und als Du betrat'st das andere Land,

da sang sie vom „Tand“ und „Menschenhand“.

Du schlepptest Dich durch die toten Straßen,

hier und da trieb noch ein Hund durch die Gassen.

Da vernahm ich vom Fenster Deinen müden Schritt.

Ich ging auf Dich zu und nahm Dich mit.

Und als der Mond unser Lager beschien,

da war's, als habe der Feind dem Feinde verziehn.

Dann kam der letzte Tag, gleißend und voller Pracht,

hob er sich Trost verheißend aus der Schale der Nacht.

Es war zwar nur die Liebe, die ihn krönte,

doch war's genug, das Dich verwöhnte.

Du freutest Dich an dem sonnigen Tag,

eine Lerche sang: „was auch kommen mag,

ich hab Dich lieb und das genügt.“

Und jubelnd sie in den Äther fliegt.

Doch als die Sonne gen Mittag stand,

ging wieder erneut ein Zittern durch's Land.

In der Ferne blecherte ein Schuß.

Da schloß Deinen Mund ein letzter Kuß.

Es geifte schon wieder der alte Haß,

im Jubeln getroffen, fiel vor Deinen Füßen, die Lerche ins Gras.

Ein Splitter hat beendet ihren jubelnden Flug,

war dieser Frühling denn nur Be-

trug?

Müde und hungrig bin ich heimgekommen.

Der Weg war weit, das Brot war hart

und alles hat man mir genommen, von der Kälte sind meine Glieder erstarrt.

Da steh ich nun vor meinem Haus, die Fenster sind dunkel, das Licht ging wohl aus?

Oder hast Du's gelöscht, weil ich nicht kam

und wie sonst des abends Deine Hände nahm.

So wärmend in die meinen fügte, die Stirn an Deinen Wangen schmiegte?

Hast Du denn damals, in jener letzten Nacht,

nicht geahnt, warum ich Dir Blumen gebracht?

Fiel Dir nicht auf, die Uhr stand still an der Wand,

da griff ich nach deiner Hand.

Und als ich Dich noch einmal umfing,

weinte irgendwo in der Welt ein Kind.

Hast Du nicht gespürt die ungelöschten Flammen?

Meine Seele schmolz mit der Deinen zusammen.

Sahst Du in meinen Augen nicht die Tränen glühen?

Sahst Du ringsum uns denn nicht das Verblühen,

von Blumen, eh sie Frucht getragen?

Hörtest Du nicht, wie ich, da draußen das Klagen?

Wir sprachen noch einmal von Lie-

be und Leid.

Ein Vogel sang draußen: „Ich fliege nun weit!“

Da wußt' ich, diese Stunde uns trennen muß.

Du neigtest Dich zum letzten Kuß.

Noch heute fühl ich, wie er brennt.

Es war Begierde und Verzicht.

In Deiner Hand war ich zum Instrument,

dem plötzlich eine Saite bricht.

Müde und hungrig bin ich heimgekommen,

der Weg war weit, doch die Sehnsucht trieb.

Und hat man mir auch die Heimat genommen,

aber meinem Herzen die Liebe blieb.

Nun steh ich wieder vor der Tür und tret' in den Raum,

in dem wir träumten einen zweiseamen Traum.

Der Strauß, den ich Dir zum Abschied gereicht,

liegt noch auf dem Tisch, doch welk und verbleicht

sind alle Blätter und Blüten.

Ich nehme ihn auf und will ihn hüten

wie unsere Liebe, bei Tag und bei Nacht.

Bis Du heimkommst aus dieser großen Schlacht,

so schlürf ich gierig den letzten Trunk

aus der Schale der Erinnerung.

Der Raum ist dunkel, ich mach kein Licht,

damit mir die Schale nicht zerbricht.

Dann nehm ich die Uhr und ziehe

sie auf,

wann wird sie beenden den neuen Lauf?

Wie viele Stunden muß sie noch schlagen,

bevor wir wieder zu hoffen wagen?

Nun geh ich ans Fenster und öffne es weit,

da hör ich, wie draußen ein Mensch nach mir schreit.

So laut und weh, doch hör nur ich den Ruf.

Für diesen Schrei, Gott nur mein Ohr erschuf.

Und plötzlich weiß ich, daß ich glücklich bin.

Und ist auch, was ich besaß, dahin.

Irgendwo ist noch ein Mensch, der mich braucht und liebt,

für den es nichts als meine Liebe gibt.

In seinen Träumen blick ich ihm entgegen,

da darf ich seine Hand in meine legen.

Ich schließe das Fenster und gehe zur Ruh.

Noch lächelnd fallen die Augen mir zu.

Da trittst Du ins Zimmer, leise und sacht,

bleibst bei mir, die ganze Nacht.

Und als sie sich neigt und die Sterne schwinden,

sah ich, wie sie Dir die Hände binden.

Da will ich schreien, Dich an mich ziehen.

Doch mit der Nacht, Gestalt und Traum entfliehen.

Am Tage bin ich nun wieder allein,

wann dürfen wir ewig auf immer beisammen sein?

Unbekannt

Verwirklichung der Vorstellungen des II. Vatikanischen Konzils über die Verantwortung der Laien in der Kirche

A. Einleitung

1. Themen zur Rolle und Verantwortung des Laien in der Kirche stehen heute auf der Tagesordnung zahlreicher kirchlicher Gremien und auf dem Programm vieler kirchlicher Bildungseinrichtungen. 1987 befaßte sich in Rom gar eine Bischofssynode ausschließlich mit diesem Thema. Muß das viele Reden über den Laien die Betroffenen froh oder vorsichtig stimmen? Kluge Vorsicht ist angebracht; denn unsere Erfahrung lehrt uns, daß ein Sachverhalt, der ständig im Gerede ist, zumindest problembeladen ist.

2. Da ist schon die Frage nach der Bedeutung des Wortes zu stellen. Der „LAIE“ ist im allgemeinen Verständnis dieses Wortes in der deutschen Sprache heute der „NICHTFACHMANN“. Deshalb steckt in dem Wort eine negative

Bedeutung, die auch nicht durch neue Definitionen einfach ersetzt werden kann. Nachdenkliche werden sich fragen, wie das vom griechischen Wort „LAOS = das Volk“ stammende Wort „Laie“ so degenerieren konnte, daß es fast die volle Bedeutung des ebenfalls aus dem griechischen kommenden Begriffs „IDIOTES = gemeiner Mann, Nichtkenner, Stümper“ annahm.

3. Das Nachdenken und Reden über die Rolle und Verantwortung des Laien in der Kirche unserer Tage wirft die Frage auf: „Hat es denn in früheren Tagen in der Kirche keine aktiven Laien gegeben?“ Aus meiner Heimat, dem nicht gerade im Zentrum der Weltgeschichte liegenden Oldenburger Münsterland, ist mir bekannt, daß bereits 1449 an der St.-Andreaskirche in Cloppenburg ein Kollegium von „radlude = Ratleuten“ die Teilhabe der Kirchspielgenossen an der Entwicklung ihrer Ortskirche zum Ausdruck brachte. Bedeutendere Personen der Geschichte haben die Kirche auch als Laien verständlicherweise stärker beeinflusst. Als gewiß bekannte Beispiele seien hier nur erwähnt der deutsche Kaiser Heinrich II., auf dessen Drängen das Credo in die Ordnung der Messe eingefügt wurde, und der polnische König Johann Sobieski, der vor der Schlacht am Kahlenberg bei Wien im Jahre 1683 dem Feldkaplan noch ministrierte, um anschließend die christlichen Streitkräfte Europas

gegen die türkischen Belagerer zu führen. Beide Persönlichkeiten haben nicht nur innerkirchlich gewirkt, sondern auch als Christen in der Welt ihren Mann gestanden.

4. Was ist heute das Besondere am Engagement von Laien? Welche Rolle spielen sie in der Kirche? Welche Verantwortung haben sie? Eine Antwort auf diese Fragen gewinnt man nur durch die Beschäftigung mit Texten des II. Vatikanischen Konzils. Darum soll zuerst der Versuch gemacht werden, die Vorstellungen dieses Konzils über die Verantwortung des Laien in der Kirche darzustellen, bevor dann die Organisation und die Aktivitäten von Laien in der Kirche unter den Soldaten der Deutschen Bundeswehr beschrieben werden.

B. Aussagen des II. Vaticanums zur Aufgabe des Laien

1. Am 18. November 1965 billigte Papst Paul VI. den am gleichen Tag von den Konzilsvätern mit 2307 Ja- zu nur 2 Nein-Stimmen verabschiedeten Text des „KONZILSDEKRETES ÜBER DAS APOSTOLAT DER LAIEN“. Das Konzil befaßte sich aber nicht nur bei der Arbeit an diesem Dekret mit der Stellung des Laien und seinem Wirken in der Kirche. Grundlegende Ausführungen dazu enthält ebenso die schon 1964 veröffentlichte „DOGMATISCHE KONSTITUTION ÜBER DIE KIRCHE“. Ent-

scheidende Fragen des Apostolates der Laien behandelt auch die große „PASTORALKONSTITUTION ÜBER DIE KIRCHE IN DER WELT VON HEUTE“.

2. Da die Laien Glieder der Kirche sind, ist es angebracht, erst einmal nach dem Verständnis von Kirche zu fragen, das uns das II. Vaticanum vorstellt, bevor wir nach Aussagen über den Laien suchen.

Wenn wir das Apostolische Glaubensbekenntnis sprechen, äußern wir zugleich eine Vorstellung über „... die heilige katholische Kirche, Gemeinschaft der Heiligen...“. Gemeinschaft – das ist für jeden Menschen eine Lebensnotwendigkeit. Gemeinschaft – das ist doch gleichbedeutend mit Geborgenheit und Offenheit, mit gegenseitiger Hilfe und gegenseitigem Verständnis, mit Achtung voreinander und Mitgefühl füreinander. Gemeinschaft bereichert das irdische Leben des Menschen. Ist deshalb Kirche nicht unsere Glaubensgemeinschaft?

Die Kirche als die vom Heiligen Geist geeinte Gemeinschaft der Gläubigen ist für die Welt das bleibende Zeichen der Nähe und Liebe Gottes. Sie ist mit den Worten der „DOGMATISCHEN KONSTITUTION ÜBER DIE KIRCHE“ „... gleichsam das Sakrament, das heißt Zeichen und Werkzeug für die innerste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der Menschheit...“.

Zu den Kernaussagen der gleichen Konstitution gehört die Aussage, daß die Kirche das Volk Gottes ist. Papst Johannes Paul II. weist in seinem nachsynodalen Schreiben über die Berufung und Sendung der Laien 1988 darauf hin, daß das Konzil versucht habe, das Wesen der Kirche auch mit den biblischen Bildern vom Schafstall, von der Herde, vom Weinstock, vom geistigen Haus und von der heiligen Stadt zu erläutern. Im Vordergrund habe bei diesen Erklärungsversuchen vor allem auch das Bild des Leibes gestanden, mit dem der heilige Paulus das Wesen der Kirche verdeutlichte. Der Papst schreibt ferner: „...communio ist das eigentliche Geheimnis der Kirche, wie das II. Vatikanische Konzil es uns mit dem berühmten Wort des heiligen Zyprian in Erinnerung ruft: ‚So erscheint die ganze Kirche als das von der Einheit des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes her geeinte Volk‘...“

Volk Gottes (LAOS THEU) – das ist die Vorstellung, in dem wir Laien uns als Glieder der Kirche erkennen. Gerade Soldaten dürften keine Schwierigkeit haben, sich in dem durch die Zeit auf Gott hin wandernden Volk zu sehen.

Gemeinsame Interessen, Bindungen, Gefühle und Erfahrungen kennzeichnen ein Volk. Keiner lebt allein; es glaubt auch keiner für sich allein! Wir stehen als Angehörige des Gottesvolkes in der Tradition derer, die vor uns an Christus

geglaubt haben. Wir stehen auch in der Gegenwart mit unserem Glauben nicht allein, sondern auf unserem Lebensweg werden wir getragen und tragen selbst ebenfalls. Für die, die neben uns gehen, und die, die nach uns kommen, tragen wir hinsichtlich des Zieles der Wanderung eine besondere Verantwortung – wie Soldaten ohne Mühe einsehen: Wir sollten uns auf dem Marsch stets so verhalten, stets so gehen, daß über die Richtung und über das Ziel keine Unklarheit besteht.

3. Ein Marsch ohne Ziel, ein Weg ohne ein Ankommen ist etwas Sinnloses. Von Sinnlosem nimmt der Mensch verständlicherweise schnell Abstand. Damit die Menschen zur Kirche finden und zu ihr halten, muß sie sie für ihr Ziel gewinnen.

Die Ziele ihres Handelns und den Zweck ihres Tuns leiten nicht nur Soldaten aus einem ihnen jeweils bekannten Auftrag ab. Der Auftrag der Kirche und all ihrer einzelnen Glieder ist letztlich zurückzuführen auf Jesu Sendungsworte an seine Jünger „... gehet hin und lehret alle Völker...“ (Mt. 28, 19). Für Sendung und Auftrag steht die lateinische Vokabel „MISSIO“, die wir in der Auftragsziffer der Befehlsgebung unserer englischen und französischen Kameraden übrigens wiederfinden. Ein entsprechendes dem Griechischen entommenes Wort ist das „Apostolat“. Den biblischen Auftrag Jesu an seine Jünger über-

trägt die Nummer 2 des „KONZILS-DEKRETS ÜBER DAS APOSTOLAT DER LAIEN“ folgendermaßen in eine gewiß gehobene, aber doch unserer Zeit angehörende Sprache:

„... Dazu ist die Kirche ins Leben getreten:

- sie soll zur Ehre Gottes des Vaters die Herrschaft Christi über die ganze Erde ausbreiten
- und so alle Menschen der heilbringenden Erlösung teilhaftig machen
- und durch diese Menschen soll die gesamte Welt auf Christus hin geordnet werden.

Jede Tätigkeit des mystischen Leibes, die auf dieses Ziel gerichtet ist, wird Apostolat genannt.“

Für gläubige Christen ist diese Definition des Begriffs „APOSTOLAT“ gewiß eine Herausforderung; sie ist mißverständlich für der Kirche fernstehende Menschen, die den Auftrag, die Herrschaft Christi über die ganze Erde auszubreiten, als Machtstreben der Kirche mißdeuten und zum Beweis ihres Verständnisses rasch auf Beispiele und Fehlentwicklungen in der Geschichte zurückgreifen könnten.

Daß das in unserer Sprache so belastete Wort „HERRSCHAFT“ etwas ganz anderes als die Machtausübung und das Aufzwingen eines fremden Willens ist, läßt die Definition vom Apostolat schon vermuten, wenn sie vom Auftrag spricht, allen Menschen die heilbringende Erlösung zu vermitteln.

Daß es die Sorge um den Men-

schen ist, die hinter dem Sendungsauftrag der Kirche steht, macht dann sehr deutlich die Nummer 3 der „PASTORALKONSTITUTION ÜBER DIE KIRCHE IN DER WELT VON HEUTE“. Die allen Menschen gemeinsamen existentiellen Fragen

- nach der Entwicklung der heutigen Welt,
- nach dem Ort und Auftrag des Menschen,
- nach dem Sinn seines Schaffens und
- nach dem letzten Ziel der Dinge und der Menschen

sollen uns Christen veranlassen, das Gespräch mit dem Nachbarn, dem Kameraden und dem gerade Nächsten zu suchen. In solchen Begegnungen können wir unseren Glauben an bzw. unser Vertrauen auf Jesus Christus bezeugen. Darin, vor allem aber in einer bewußt christlichen Gestaltung unseres Alltags, entsprechen wir der Zielbeschreibung von Kirche, die die schon angesprochene Nummer 3 der „PASTORALKONSTITUTION ÜBER DIE KIRCHE IN DER WELT VON HEUTE“ folgendermaßen umreißt:

„... Es geht um die Rettung der menschlichen Person, es geht um den rechten Aufbau der menschlichen Gesellschaft.

Der Mensch also, der eine und ganze Mensch, mit Leib und Seele, Herz und Gewissen, Vernunft und Willen steht im Mittelpunkt...“

Ist eine solche Sendung nicht immer eine aktuelle Herausforde-

rung? Ist ein solcher Auftrag nicht humanistischer als alles, was auf dem Markt der Ideologien angeboten wurde und noch angeboten wird? Müßte dieses Ziel der Kirche nicht das gesamte Gottesvolk, auch die Laien ansprechen können?

4. „... das Apostolat der Laien, das in deren christlicher Berufung selbst seinen Ursprung hat, kann in der Kirche niemals fehlen...“, stellt das „KONZILSDEKRET ÜBER DAS APOSTOLAT DER LAIEN“ gleich in seiner Einleitung fest. Über die Ziele des Laienapostolates kann man dann in der Nummer 5 des Dekretes folgendes lesen:

„Das Erlösungswerk Christi zielt an sich auf das Heil der Menschen, es umfaßt aber auch den Aufbau der gesamten zeitlichen Ordnung. Darum besteht die Sendung der Kirche nicht nur darin, die Botschaft und Gnade Christi den Menschen nahezubringen, sondern auch darin, die zeitliche Ordnung mit dem Geist des Evangeliums zu durchdringen und zu vervollkommen. Die Laien, die diese Sendung der Kirche vollziehen, üben also ihr Apostolat in der Kirche wie in der Welt, in der geistlichen wie in der weltlichen Ordnung aus...“

„Das Heil der Menschen“ und „die Vervollkommenung der zeitlichen Ordnung“ – das sind unsere Ziele. Kardinal Hengsbach schreibt dazu in seinem Kommentar zum „KONZILSDEKRET ÜBER

DAS APOSTOLAT DER LAIEN“:

„... Die Spannungseinheit der beiden genannten Ziele ist ... mitten unter uns gegenwärtig. Sie findet sich wieder in der Doppelpoligkeit von Zeitlichem und Ewigem, Welt und Kirche, Wirken der Kirche nach außen und Wirken der Kirche nach innen. Unter allen Gliedern der Kirche ist es jedoch der Laie, den diese Spannung in besonderem Maße trifft...“

Viele Laien fühlen sich durch die Lehren des II. Vatikanischen Konzils angesprochen und engagieren sich erfahrungsgemäß besonders in der Kirche. Für diese Laien hält schon die Einleitung des Konzilsdekretes mahnend die Erkenntnis bereit:

„... Unsere Zeit aber erfordert keinen geringeren Einsatz der Laien, im Gegenteil: Die gegenwärtigen Verhältnisse verlangen von ihnen ein durchaus intensiveres und weiteres Apostolat. Das dauernde Anwachsen der Menschheit, der Fortschritt von Wissenschaft und Technik, das engere Netz der gegenseitigen menschlichen Beziehungen haben nicht nur die Räume des Apostolates der Laien, die großenteils nur ihnen offenstehen, ins Unermeßliche erweitert; sie haben darüber hinaus auch neue Probleme hervorgerufen, die das eifrige Bemühen sachkundiger Laien erfordern. Dieses Apostolat wird um so dringlicher, als die Autonomie vieler Bereiche des menschlichen Lebens – und zwar mit vollem Recht – sehr gewachsen

ist...“

Sehr viel deutlicher umreißt noch die am 7. Dezember 1965 veröffentlichte „PASTORALKONSTITUTION ÜBER DIE KIRCHE IN DER WELT VON HEUTE“ die Berufung gerade der Laien zum Apostolat unter besonderer Berücksichtigung des Weltdienstes. Die Konzilsväter stellen dort in der Nummer 43 fest:

„... Die Laien sind eigentlich – wenn auch nicht ausschließlich – zuständig für die weltlichen Aufgaben und Tätigkeiten. Wenn sie also, sei es als einzelne, sei es in Gruppen, als Bürger dieser Welt aktiv werden, so sollen sie nicht nur die jedem einzelnen Bereiche eigenen Gesetze beobachten, sondern sich um gutes fachliches Wissen und Können in den einzelnen Sachgebieten bemühen... Ihrem recht geschulten Gewissen obliegt die Aufgabe, das göttliche Gesetz dem irdisch-bürgerlichen Leben aufzuprägen...“

5. In dieser Verpflichtung für den Weltdienst gibt die „PASTORALKONSTITUTION ÜBER DIE KIRCHE IN DER WELT VON HEUTE“ schon einen Hinweis auf die Formen des Laienapostolates, wenn sie die Möglichkeit von Aktivitäten anspricht: die Laien werden als einzelne oder in Gruppen aktiv. Das „KONZILSDEKRET ÜBER DAS APOSTOLAT DER LAIEN“ sagt zwar „... Es gibt viele Formen des Apostolates, durch die die Laien die Kirche aufbauen...“, nimmt dann aber nur eine grobe Untertei-

lung vor, und zwar in

- das Persönliche Apostolat, Nummer 17, und
- das Gemeinschaftliche Apostolat, Nummer 18.

Vom Persönlichen Apostolat kann eigentlich kein gläubiger Christ Urlaub nehmen. In seiner unmittelbaren Umgebung und in der örtlichen Gemeinde kann jeder auch für andere wirksam werden. In einer Pfarrgemeinde sollte deshalb oft an die Bereitschaft zum Persönlichen Apostolat und Engagement der vielen Ungebundenen appelliert werden, damit sie zumindest fallweise das Gemeindeleben der „ecclesia localis“ mittragen.

Aber die Beziehungen des gläubigen Christen zur Kirche werden nicht mehr allein von der Pfarrgemeinde umschlossen. Die Einflußbereiche, in denen er steht, decken sich kaum noch mit den Grenzen seiner Pfarrei. Hier greift nun die gemeinschaftliche Form des Laienapostolates, das im wesentlichen getragen wird von freien Initiativen und Gruppierungen. Solche Vereinigungen geben ihren Mitgliedern Halt, vermitteln ihnen Bildung und befähigen sie zu gemeinsamem Tun, ein Zweck, den das Konzilsdekret so setzt. Das Leben und das Apostolat im Rahmen dieser Vereinigungen ist überregional und spezifisch im Gegensatz zum Gemeindeleben, das immer lokal und allgemein christlich sein muß.

6. Daß alle Glieder der Kirche –

im Sinne des paulinischen Bildes vom Leib und der Bedeutung seiner Glieder – zum Apostolat berufen sind, unterstreicht sehr eindrucksvoll das Konzil in einer Negativaussage bei der Betrachtung von Formen und Wurzeln des Atheismus in der Nummer 19 der „PASTORALKONSTITUTION ÜBER DIE KIRCHE IN DER WELT VON HEUTE“. Es heißt dort:

„... Denn der Atheismus ist, genau betrachtet, nichts Ursprüngliches, sondern er entsteht vielmehr aus verschiedenen Ursachen, zu denen auch die kritische Reaktion gegen die Religionen, und zwar in einigen Gegenden vor allem gegen die christliche Religion, zählt. Deshalb können an dieser Entstehung des Atheismus die Gläubigen einen nicht geringen Anteil haben, insofern man sagen muß, daß sie durch Vernachlässigung der Glaubenserziehung, durch falsche Erklärung der Lehre oder auch durch die Mängel ihres religiösen, sittlichen und sozialen Lebens das echte Antlitz Gottes und der Religion eher verhüllen als offenbaren...“

C. Die Verwirklichung der Lehren des II. Vatikanischen Konzils

1. Schon vor dem II. vatikanischen Konzil gab es in Deutschland eine rege Aktivität von Laien. Mit dem Untergang des Heiligen Römischen Reiches waren im vorigen Jahrhundert viele Einrichtungen der Kirche säkularisiert wor-

den. Manches Bistum hatte über Jahrzehnte hinweg keinen Bischof. Als die katholische Kirche wieder einigermaßen organisiert war, brach der von Preußen ausgehende Kulturkampf los. Zusammen mit den Pfarrern vor Ort ermöglichten seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts katholische Vereine das Weiterleben der Kirche in Deutschland. Der ehemalige Präsident des in der Mitte des vorigen Jahrhunderts gegründeten Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Maier, wertete diese Laienarbeit in der Nummer 32 des RHEINSICHEN MERKURS am 7. August dieses Jahres sehr ausführlich, als er meinte:

„...da ist das eigenständige, dem kirchlichen Amt verbundene, doch von ihm unabhängige Laienapostolat. Die katholischen Laien haben im 19. und 20. Jahrhundert die Freiheit der Kirche verteidigt mit Hilfe sozialer und politischer Zusammenschlüsse, gestützt auf den Freiheits- und Gleichheitsgrundsatz der Verfassungen. Und sie haben in der katholischen Sozialbewegung versucht, die Kirche in der Industriegesellschaft zu beheimaten. – Die katholischen Laien haben dabei nicht nur für das kirchliche Amt gekämpft. Sie haben sich, im politischen und sozialen Bereich, auch davon freigekämpft und damit ein Stück jener ‚rechtmäßigen Autonomie der weltlichen Sachbereiche‘ erstritten, die das Zweite Vatikanische Konzil in seiner Pastoralkonstitu-

tion über die ‚Kirche in der Welt von heute‘ als Prinzip der Weltgestaltung durch die Gläubigen anerkannt hat. . .“

2. Die Vorstellungen des II. Vatikanischen Konzils wurden in Westdeutschland zu Beginn der siebziger Jahre von einer Versammlung aufgegriffen, die aus den Bischöfen und aus qualifizierten Vertretern des Klerus und der Laien bestand. Diese „Gemeinsame Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland“ trat in den Jahren von 1971 bis 1975 in Würzburg von Zeit zu Zeit zu Vollversammlungen zusammen und unternahm dabei den Versuch, die Vorstellungen des II. Vatikanischen Konzils deutschen Verhältnissen anzupassen. Den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs vertraten bei der Synode der Militärgeneralvikar Dr. Gritz, der Generalmajor Teusen und der damalige Bundesvorsitzende der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Oberst Dr. Korn. Die Gedanken des Konzils zum Laienapostolat verarbeitete die Synode in ihrem Beschluß zur „VERANTWORTUNG DES GANZEN GOTTESVOLKES FÜR DIE SENDUNG DER KIRCHE“. Dieser Beschluß wurde nach drei Jahre dauernden Beratungen 1975 in der Mai-Vollversammlung der Synode verabschiedet.

Dieser Synodenbeschluß enthält in seinem ersten Teil noch einmal grundlegende theologische Gedanken, aber auch schon an der

Praxis orientierte Bedingungen für eine Mitverantwortung von Laien. In seinem zweiten Teil beschreibt der Beschluß „Ort und Funktion der katholischen Verbände“, also die Rolle jener Vereinigungen, die das „KONZILSDEKRET ÜBER DAS APOSTOLAT DER LAIEN“ freie Initiativen und Gruppierungen nennt und die den deutschen Katholizismus der letzten 150 Jahre vor allem geprägt haben. Im dritten und letzten Teil entwickelt der Synodenbeschluß eine Rahmenordnung für Strukturen der Mitverantwortung in den Diözesen und führt damit in die katholische Kirche Deutschlands neuartige Laiengremien ein, die Räte.

Mit der Einführung dieser Räte entsprach die Synode der Nummer 26 des „KONZILSDEKRETS ÜBER DAS APOSTOLAT DER LAIEN“, in der die folgende Erwartung ausgedrückt ist:

„In den Diözesen sollen nach Möglichkeit beratende Gremien eingerichtet werden, die die apostolische Tätigkeit der Kirche im Bereich der Evangelisierung und Heiligung, im caritativen und sozialen Bereich und in anderen Bereichen bei entsprechender Zusammenarbeit von Klerikern und Ordensleuten mit den Laien unterstützen. . . Solche Gremien sollten, soweit möglich, auch auf pfarrlicher, zwischenpfarrlicher und interdiözesaner Ebene, aber auch im nationalen und internationalen Bereich geschaffen werden. . .“

3. Zwischen den altbewährten und bekannten katholischen Vereinen und den neu geschaffenen Räten entstanden in der Folgezeit schon mal Mißverständnisse und auch Konkurrenzsituationen. Die Einrichtung der Räte mit breit angelegten Wahlen weckte ein neues Engagement für die Kirche. Doch auch die Vereine und Verbände wollten sich wie bisher für die Kirche engagieren. Es drohte eine Gefahr, die Papst Johannes Paul II. in seinem nachsynodalen Schreiben von 1988 über die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt gar als Versuchung kennzeichnet, der die Laien nach dem Konzil leider nicht immer widerstanden hätten, nämlich:

„...Die Versuchung, ihr Interesse so stark auf die kirchlichen Dienste und Aufgaben zu konzentrieren, daß sie sich praktisch oft von ihrer Verantwortung im Beruf, in der Gesellschaft, in der Welt der Wirtschaft, der Kultur und der Politik dispensieren...“

Das oberste deutsche Laiengremium, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) sah sich 1978 gezwungen, das jeweils Besondere an der Arbeit der Verbände und der Räte herauszuarbeiten. Diese Stellungnahme zum „PROFIL DER KATHOLISCHEN VERBÄNDE“ gestattet, die folgenden Merkmale der Verbände gegenüber den Räten festzuhalten:

- (1) Verbände sind freie Initiativen, während die Räte einem kirchlichen Amt zugeordnete Gre-

mien sind.

- (2) Verbände wirken in von ihnen selbst bestimmten Sach-, Berufs- oder Lebensbereichen, während dem Amt zugeordnete Gremien immer dem Ganzen der Kirche bzw. der Gemeinde oder dem Bistum verpflichtet sind.
- (3) Verbände dürfen, sie müssen sogar auswählen – auch ihre Mitglieder, während Räte sich verantwortlich fühlen müssen für „Organisierte“ und „Nichtorganisierte“, für „Nahstehende“ und „Fernstehende“.
- (4) Verbände haben teil an der Sendung der Kirche, während Räte die Laienarbeit insgesamt auf ihrer jeweiligen Ebene koordinieren sollen.

4. Im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr gibt es seit den frühen sechziger Jahren eine freie Initiative von Soldaten, die sich als Katholiken in der Bundeswehr und als Soldaten in der Kirche engagieren und sich zu einem Verband zusammengeschlossen haben, der heute bekannt ist als GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS).

Diesem Verband an der Seite stehen auch im Bereich der Militärseelsorge dem jeweiligen kirchlichen Amt zugeordnete beratende Gremien. Am 26. Juli 1976 billigte der damalige Militärbischof die Ordnung für

- den Pfarrgemeinderat in den Seelsorgebezirken der Katholi-

- schen Militärseelsorge und
- die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs.
- 1986 wurde eine Ordnung für die Arbeitskonferenz beim Katholischen Wehrbereichsdekan, die mittlere Ebene also, veröffentlicht.

Damit bestehen im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs die gleichen Kräfte und Strukturen eines Laienapostolates wie in den anderen deutschen Diözesen. Wie diese entsendet der Jurisdiktionsbereich drei Vertreter in die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), wie viele andere katholischen Verbände Deutschlands hat auch die GKS Sitz und Stimme in der Vollversammlung des ZdK.

5. Einmal im Jahre – zur Frühjahrszeit tritt die „Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs“ zusammen.

Die Bezeichnung dieses Gremiums verrät nichts über seinen Zweck und seine Aufgaben. Im Hinblick auf die Zusammensetzung des Gremiums ist diese Bezeichnung sogar irreführend; denn auch die Frauen von Soldaten sind in dieser Versammlung in jedem Jahr vertreten, und ebenso können ihr die jugendlichen Kinder von Soldaten angehören.

Zweck und Aufgaben dieses

Gremiums sind kurz und knapp dargestellt, wenn man sagt: Die Zentrale Versammlung (ZV) ist der Diözesanrat des Katholischen Militärbischofs.

Im Gegensatz zur GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS), einem – wie schon gesagt – auf freiwilligen Initiativen sich abstützenden Verband, ist die Zentrale Versammlung wie auch jeder Pfarrgemeinderat ein Gremium der Laienarbeit der katholischen Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr, das

- dem Amt des Militärbischofs bzw. dem des Militärpfarrers zugeordnet ist,
- die apostolische Tätigkeit und Wirksamkeit im Seelsorgebezirk des Militärpfarrers bzw. im Jurisdiktionsbereich des Militärbischofs fördern soll,
- sich verantwortlich fühlen soll für „organisierte“ wie für „nicht-organisierte“ Katholiken im jeweiligen Bereich und
- deshalb immer dem Ganzen der Kirche im jeweiligen Bereich verpflichtet ist!

Mitglieder von Pfarrgemeinderäten müssen sich ebenso wie die Mitglieder der Zentralen Versammlung (ZV) ihrer Verantwortung für das Ganze immer bewußt sein.

6. Wer ist denn nun Mitglied der Zentralen Versammlung (ZV)?

In diese Versammlung schicken beide Säulen der Laienarbeit, der Verband GKS und die beratenden Gremien ihre Vertreter. Der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER

SOLDATEN (GKS) steht das Recht zu, 36 Delegierte in die Zentrale Versammlung (ZV) zu entsenden. Die Anzahl dieser Delegierten ist abzuleiten aus der Zahl der Vertreter, die die verschiedenen (Wehr-)Bereiche delegieren können. Neben den 6 Wehrbereichen können der Bereich Korps-/Terr-Kdo OST, der Bereich See und der Bereich Ausland jeweils vier Vertreter zur Zentralen Versammlung (ZV) schicken, die damit 36 Mitglieder der (Wehr-)Bereiche hat. Diese werden im allgemeinen jeweils von den Delegierten der Seelsorgebezirke auf der „Arbeitskonferenz beim Katholischen (Wehr-)Bereichsdekan“ gewählt, bzw. in so ausgefallenen Umständen, wie sie der Bereich Ausland aufweist, auch vom zuständigen Dekan berufen. Mit den 36 Delegierten der (Wehr-)Bereiche und den 36 der GKS sowie mit dem aus 9 Personen bestehenden Vorstand und dem Beauftragten des Militärbischofs zählt die Zentrale Versammlung (ZV) 82 Mitglieder.

Es ist eine immer wieder unterschiedlich zusammengesetzte Versammlung, die sich jedes Jahr an einem Ort unseres Landes auf Einladung des Militärgeneralvikars trifft: Soldatenfrauen und Soldaten aller Dienstgradgruppen aus zahlreichen Standorten Deutschlands, aber auch aus Standorten des benachbarten Auslands und aus Übersee, Männer und Frauen aus katholischen Stammländern und aus der Diaspora, Leute, die

sich seit Jahren bei der GKS oder einem Pfarrgemeinderat engagieren und in der Laienarbeit der Militärseelsorge einen Namen haben wie auch solche, die nicht sehr vertraut mit den Zielen bzw. Strukturen der Laienarbeit sind und das erste Mal eine ihrer zentralen Veranstaltungen besuchen.

Die Mitglieder der Zentralen Versammlung (ZV) spiegeln einen Tatbestand aus dem Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs wider: Kein Standort, kein Seelsorgebezirk ist mit einem anderen vergleichbar.

Schon die Erwartungen der Mitglieder der Zentralen Versammlung (ZV) sind unterschiedlich: Die einen betrachten die Zentrale Versammlung (ZV) als eine Art Bildungsveranstaltung, andere erhoffen sich von ihr Hilfen bei der Bewältigung konkreter Probleme im Umgang mit dem Pfarrer, in der Ansprache von der Kirche Fernstehenden oder in der Familienseelsorge zum Beispiel.

Die unterschiedlichen Erfahrungen und die Vielfalt von Meinungen ihrer Mitglieder haben die Zentrale Versammlung (ZV) bisher nicht an erfolgreicher Arbeit gehindert. Wichtig war stets die Bereitschaft, einen Beitrag zur gemeinsamen Arbeit in der Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr zu leisten.

7. Welcher Art sind die Beiträge, die ein Laiengremium wie die Zentrale Versammlung (ZV) erbringen kann?

Als das vom Militärbischof im Sinne des KONZILSDEKRETS ÜBER DAS APOSTOLAT DER LAIEN anerkannte Organ zur Förderung des Laienapostolates und zur Koordinierung der apostolischen Tätigkeit in seinem Jurisdiktionsbereich kann die Zentrale Versammlung (ZV)

- dem Militärbischof und seinen Gremien zu Fragen seelsorglicher Tätigkeit Ratschläge geben bzw. Vorschläge übermitteln,
- zu aktuellen Entwicklungen und Fragen des öffentlichen wie kirchlichen Lebens eine Meinung äußern,
- die Katholiken im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, vor allem auch die GKS und die Pfarrgemeinderäte, zu gemeinsamen Initiativen aufrufen.

Greifbar ist die Arbeit der Zentralen Versammlungen (ZV) in den vergangenen Jahren für Außenstehende immer dann gewesen, wenn Meinungen öffentlichkeitswirksam geäußert wurden und andere somit gezwungen waren zu reagieren. Folgende Aktivitäten von Gremien der Zentralen Versammlung (ZV) sind hier erwähnenswert:

1984: Stellungnahme zu einem Fragenkatalog des Priesterrates zu Problemen der

- Gestaltung des Sonntags in der Truppe und
- Seelsorge an jungen Soldaten

1985: Stellungnahme auf eine Anfrage des Priesterrates nach den

wesentlichen Aufgaben eines Pfarrgemeinderates und eines örtlichen Kreises der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

Stellungnahme zu den Lineamenta der römischen Bischofssynode über die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt

1986: Empfehlung zur Einrichtung einer Ordnung für die „Arbeitskonferenz beim Katholischen (Wehr-) Bereichsdekan

Aufruf zur Weiterführung der Initiative „Wähle das Leben“

1987: Empfehlung zur Durchführung religiöser Bildungsveranstaltungen für Frauen

Teilnahme von Oberstlt. Trost als Auditor an der römischen Bischofssynode

1988: Diskussion des Themas „Grundwerte leben!“

Erstmalige Wahl von drei Vertretern des Jurisdiktionsbereiches für die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

1989: Erörterung von Fragen zum Thema: „Die Zukunft des Glaubens in unserem Land“

Anregung zur Erarbeitung einer Le-sehilfe zum Katholischen Erwachsenen Katechismus

Presseerklärung zum Thema „Die Stellung der Bundeswehr in der Gesellschaft“

Gespräche des Vorstandes mit Bundestagsabgeordneten

1990: Erklärung zur Bedeutung des Lebenskundlichen Unterrichtes in der Bundeswehr

Aufruf zur Hilfsaktion für das Kloster Trebnitz

1991: Brief an Bischöfe und Politiker anlässlich der Golfkrise

Erklärung zum Schutz ungeborener Kinder: „Es geht um das Leben!“

Aufruf für eine Hilfsaktion zugunsten rumänischer Waisenhäuser
Stellungnahme zur Reorganisation der Militärseelsorge

1992: Erklärung „Für eine kinderfreundliche Gesellschaft“

Aufruf für eine Hilfsaktion zum Wiederaufbau Kroatiens

D. Schlußbemerkung

Zum Ende meiner Ausführung über die Verwirklichung der Vorstellungen des II. vatikanischen Konzils zur Laienarbeit in der Kirche ist die eine Frage gewiß verständlich: Machen wir uns angesichts vielfältiger Strukturen und nicht recht erkennbarer Schwerpunktsetzung die Sache mit der Laienarbeit allzu schwer? Ginge nicht alles einfacher, wenn die gestandenen Präsidien in den katholischen Vereinen wieder den ersten Ton und die Marschrichtung angäben?

Mit einer solchen Frage laufen wir der Zeit hinterher. Das Rad der Geschichte läßt sich auch für das Feld der Laienarbeit in der Kirche nicht mehr zurückdrehen.

Eine Antwort auf die zweifelnde Frage nach der Bedeutung der Laienarbeit gab bereits am 22. Februar 1983 Kardinal Höffner, als er

während einer Predigt im Dom zu Trier, äußerte:

„...Nach meiner Überzeugung fällt die Entscheidung über die Zukunft des christlichen Glaubens in unserem Volk nicht in der Sakristei, sondern im ‚Meer der Zeit‘, das heißt in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, in denen Christen gegenwärtig sein müssen, als Sauerteig und Salz der Erde. Christsein heißt: Ursachen setzen, nicht Wirkungen nachlaufen. Der Sendungsauftrag Christi ist allumfassend, wahrhaft katholisch...“

Heinrich Havermann



FLÜCHTLINGE UND ASYLANTEN

Flüchtlinge – eine Herausforderung zur Solidarität

Einführung

Eine schmachvolle Wunde unserer Zeit

In einer Botschaft an den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge beschrieb Papst Johannes Paul II. am 25. Juni 1982 das weltweite Flüchtlingsproblem mit den deutlichen Worten „eine schmachvolle Wunde unserer Zeit“. Heute, zehn Jahre nach dieser Botschaft des Heiligen Vaters, breitet sich diese Wunde trotz unermüdlicher Aktivitäten der Völkergemeinschaft und der Hilfswerke noch immer weiter aus, und zieht dabei vor allem die ärmsten Länder sehr stark in Mitleidschaft.

Etwa 90 % der Flüchtlinge sind in den Ländern der sog. Dritten Welt anzutreffen. Die bereits heute sehr hohe Zahl von Flüchtlingen, nämlich etwa 17 Millionen, die unter die strenge, durch das Völkerrecht vorgegebene Begriffsbestimmung fallen, verdoppelt sich durch die Zahl jener, die Opfer von Vertreibung und zwangsweiser Umsiedlung innerhalb ihrer eigenen Länder werden und insoweit rechtlich nicht geschützt sind. Auch die

Zahl derer, die ihre Länder verlassen, um vor extremer und unterdrückender Armut zu flüchten, steigt ständig weiter an.

Obgleich man immer zwischen Flüchtlingen und anderen „Menschen unterwegs“ (Migranten) unterscheiden muß, ist es manchmal schwierig, eine genaue Trennungslinie zu ziehen, und gewisse willkürliche Auslegungen in dieser Frage werden oft zur Begründung für restriktive politische Verfahrensweisen herangezogen, die kaum mit der Achtung der Würde der Person im Einklang stehen.

Das hier vorgelegte Dokument gibt sich nicht damit zufrieden, die Menschen wieder stärker auf die inhumanen Lebensbedingungen der Flüchtlinge aufmerksam machen zu wollen, die durch Raum und Zeit hin- und hergeworfen werden bis zum völligen Verlust ihrer Identität; es will vielmehr auch einen Beitrag leisten zur Förderung einer stärkeren internationalen Solidarität nicht nur im Hinblick auf die Auswirkungen, unter denen Flüchtlinge leiden, sondern vor allem auch auf die Ursachen ihres Schicksals: Eine Welt, in der Menschenrechte ungestraft verletzt werden, wird immer neue Flüchtlinge hervorbringen. Wenn im folgenden die Vorrangstellung und Würde der Person erneut unterstrichen wird, dann möchte die Kirche damit jeden einzelnen und alle Völ-

ker und alle, die national oder international Verantwortung tragen, ansprechen und sie dazu aufrufen, ihre Phantasie und ihren Mut einzusetzen bei der Suche nach gerechten und dauerhaften Lösungen für das sich weiter verschärfende Flüchtlingsproblem, für Papst Johannes Paul II. die „größte menschliche Tragödie unserer Tage“.*

Kardinal Roger Etchegaray
Präsident
des Päpstlichen
Rates „Cor Unum“

Erzbischof Giovanni Cheli
Präsident
des Päpstlichen
Rates der Seelsorge
für die Migranten und Menschen
unterwegs

* Papst Johannes Paul II., Gebet für die Flüchtlinge in aller Welt. Ansprache des Papstes im Flüchtlingslager in Morong (Philippinen) am 21. Februar 1981, in: L'Osservatore Romano. Wochenausgabe in deutscher Sprache, 6. März 1981; ebenso in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Predigten und Ansprachen von Papst Johannes Paul II. bei seiner apostolischen Reise nach Asien, 16. – 27.2.1981, Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 29.

I. Flüchtlinge gestern und heute:

Die Tragik eines sich weltweit verschärfenden Problems

Vertreibung und Exil in der Geschichte der Völker

1. Flüchtlinge sind keine besondere Erscheinung unserer Tage. Im Laufe der Geschichte führten Gegensätze und Spannungen zwischen kulturell und ethnisch unterschiedlichen Gruppen und zwischen den Rechten des einzelnen und der Macht des Staates oft zu Krieg, Verfolgung, Vertreibung und Flucht. Solche Erfahrungen sind im kollektiven Gedächtnis eines jeden Volkes tief verwurzelt, und auch in der Bibel trifft man auf Beispiele, die hierfür typisch sind. Die Brüder Josefs gingen hinunter nach Ägypten (Gen 42,1 – 3), durch eine verheerende Hungersnot gedrängt; der Stamm Juda, im Krieg besiegt, wurde „von seiner Heimat“ weg in die Verbannung geführt (2 Kön 25,21); Josef nahm Jesus und seine Mutter und floh in der Nacht nach Ägypten, „denn Herodes wird das Kind suchen, um es zu töten“ (Mt 2,13 – 15); „An jenem Tag brach eine schwere Verfolgung über die Kirche in Jerusalem herein. Alle wurden in die Gegenden von Judäa und Samarien zerstreut, mit Ausnahme der Apostel“ (Apg 8,1).

Situation und Lebensbedingungen von Flüchtlingen heute

2. Die Tragik von Vertreibung und Exil besteht noch immer und nimmt in der ganzen Welt zu, so daß unser Jahrhundert als das „Jahrhundert der Flüchtlinge“ beschrieben wurde. Viele von ihnen, wie die in zahlreichen Lagern lebenden Palästinenser, haben aber Jahre oder sogar Generationen hinweg diese traumatische Erfahrung erlitten, ohne jemals eine andere Lebensweise gekannt zu haben.

Hinter den nicht immer exakten, doch insgesamt aussagekräftigen statistischen Daten verbergen sich sowohl erschütternde Einzelschicksale als auch von ganzen Völkern erduldetes Leid. Für Flüchtlinge sind die Orte, die dem Leben Sinn und Würde geben, verloren. Verloren sind für sie auch die Stätten, welche die Begebenheiten der eigenen Geschichte wieder wachrufen. Vergangen ist für sie die Möglichkeit, an den Gräbern der eigenen Eltern zu beten. Manche Exodus-Erfahrungen waren und sind ganz besonders dramatisch, z.B. die der „Boat People“ oder die verfolgter ethnischer Gruppen.¹⁾

Das Leben von Flüchtlingen in Auffanglagern ist in Anbetracht der Überbelegung vieler dieser Lager, der Unsicherheit von Ländergrenzen und einer Abschreckungspolitik, die manche Lager fast zu Gefängnissen werden läßt, oft

sehr qualvoll. Selbst bei einer menschlichen Behandlung fühlt sich der Flüchtling gedemütigt, er kann sein Schicksal nicht mehr selbst bestimmen und ist auf Ge-
deih und Verderb anderen ausgeliefert.

Völkerrechtlich anerkannte Flüchtlinge

3. Bei der Gesamtzahl der Menschen, die durch die verschiedensten Konflikte und andere lebensbedrohende Situationen zu Flüchtlingen geworden sind, kann man verschiedene Kategorien unterscheiden. Insbesondere sind hier zunächst diejenigen zu nennen, die wegen ihrer Rasse, Religion oder ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen oder politischen Gruppe verfolgt werden. Nur die Flüchtlinge, die diesen Kategorien zuzuordnen sind, werden explizit in zwei wichtigen Dokumenten der Vereinten Nationen als solche anerkannt.²⁾ Die vielen anderen, deren Menschenrechte genauso mißachtet wurden oder werden, genießen den Schutz dieser völkerrechtlichen Instrumente nicht.

„De-facto“-Flüchtlinge

4. Somit sind in den Kategorien der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge die Opfer von bewaffneten Auseinandersetzungen, falscher Wirtschaftspolitik oder Naturkatastrophen nicht berücksichtigt.

Aus humanitären Gründen besteht heute jedoch eine zunehmende Tendenz, solche Menschen in Anbetracht der unfreiwilligen Art ihres Aufenthalts in einem anderen Land als „De-facto“-Flüchtlinge anzuerkennen. Schließlich hatten die Staaten, welche die Konvention unterzeichneten, die Hoffnung ausgedrückt, daß sie über den vertraglichen Rahmen hinaus das Gewicht eines Beispiels haben würde.³⁾ Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat bei verschiedenen Gelegenheiten den Hohen Kommissar für Flüchtlinge gebeten, seine guten Dienste einzusetzen, um solchen Personen zu helfen, die sich unfreiwillig außerhalb ihres Landes aufhalten. Die in Europa nach den beiden Weltkriegen und in den letzten Jahren von einigen Ländern auf anderen Kontinenten, in denen Flüchtlinge eine erste Zufluchtsstätte fanden, übernommene Praxis bewegte sich denn auch in diese Richtung.⁴⁾

Bei den sogenannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ fordern Recht und Gerechtigkeit, daß entsprechende Unterschiede gemacht werden. Jene, die wegen wirtschaftlicher Verhältnisse flüchten, die so schlecht sind, daß ihr Leben und ihre physische Sicherheit bedroht sind, müssen anders behandelt werden als jene, die letztlich nur deshalb auswandern, um ihre persönliche Situation weiter zu verbessern.

Vertrieben innerhalb des eigenen Landes

5. Eine große Zahl von Menschen wird gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben, ohne dabei Staatsgrenzen zu überqueren. In Revolutionen und Gegenrevolutionen gerät die Zivilbevölkerung oft zwischen die Fronten von Guerilla und Regierungstruppen, die aus ideologischen Gründen und mit dem Ziel der Besitznahme von Land und Ressourcen gegeneinander kämpfen. Aus humanitären Erwägungen sollten diese Vertriebenen in gleicher Weise als Flüchtlinge angesehen werden wie jene, die durch die Konvention von 1951 offiziell anerkannt werden, denn sie sind Opfer der gleichen Art von Gewaltanwendung.

Tendenzen zur Einschränkung des Flüchtlingsschutzes

6. Trotz eines wachsenden Bewußtseins der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen den Völkern und Nationen bestimmen einige Staaten, entsprechend ihren eigenen Ideologien und besonderen Interessen, die Kriterien für die Einlösung internationaler Verpflichtungen recht willkürlich. Gleichzeitig gibt es heute in Ländern, die in der Vergangenheit zu einer großzügigen Aufnahme von Flüchtlingen bereit waren, eine besorgniserregend ähnliche Tendenz hin zu politischen Entscheidungen, die darauf abzielen, die Zahl der Asylsuchenden möglichst niedrig zu hal-

ten und Anträge auf Asyl zu erschweren.

Während Zeiten wirtschaftlicher Rezession die Auferlegung bestimmter Aufnahmebeschränkungen verständlich machen können, kann gleichwohl das Grundrecht auf Asyl niemals verweigert werden, wenn das Leben im Heimatland des Asylsuchenden ernsthaft bedroht ist. Es ist sehr beunruhigend, zusehen zu müssen, wie die für die Lösung des Flüchtlingsproblems bereitgestellten Mittel reduziert werden und wie die politische Unterstützung für die Strukturen, die gerade zum Zweck des humanitären Dienstes an Flüchtlingen geschaffen wurden, schwindet.

Neue Chancen des Fortschritts

7. Zahlreiche Menschen in verschiedenen Ländern beziehen heute jedoch entschieden Position gegenüber egoistischen nationalen Haltungen und gegen eine Einführung von restriktiven Verfahrensweisen und tragen wesentlich zu einer Sensibilisierung der öffentlichen Meinung bei zugunsten des Schutzes der Rechte aller und des Wertes der Gastfreundschaft.

Die jüngsten Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa und in anderen Teilen der Welt haben neue Aussichten auf Kontakte und Reisen, Dialog und Zusammenarbeit eröffnet, und es ist sehr zu hoffen, daß die abgerissenen Mauern nicht an anderer Stelle neu aufgebaut werden.

- 1) Vgl. Johannes Paul II., Enzyklika *Centesimus Annus*, 18: „Viele Völker verlieren die Möglichkeit, über sich selbst zu verfügen. Sie werden in die bedrückenden Grenzen eines Machtblockes eingeschlossen, während man darauf hinarbeitet, ihr Geschichtsbewußtsein und die Wurzeln ihrer jahrhundertealten Kultur auszulöschen. Ungeheure Massen von Menschen werden als Folge der gewaltsamen Teilung dazu gezwungen, ihr Land zu verlassen und werden gewaltsam vertrieben.“
- 2) Vgl. Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, Bundesgesetzblatt 1953 Teil II, S. 559 ff.; Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31.1.1957, Bundesgesetzblatt 1969 Teil II, S. 1294 ff. Das Abkommen definiert einen Flüchtling als eine Person, „die aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchen sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will“ (Artikel I, A.2.).
- 3) Vgl. Final Act of the United Nations Conference of Plenipotentiaries on the Status of Refugees and Stateless Persons (Schlußakte der UN-Konferenz der Regierungsbevollmächtigten über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und Staatenlosen), Genf, 28. Juli 1951, Artikel IV, E. „Die Konferenz drückt die Hoffnung aus, daß die Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge das Gewicht eines Beispiels über ihren vertraglichen Rahmen hinaus haben wird und daß alle Nationen sich davon leiten las-

sen, indem sie soweit wie möglich auch solchen Personen auf ihrem Territorium, die nicht unter die Bestimmungen der Konvention fallen, gleichwohl jene Behandlung, wie sie letztere für Flüchtlinge vorsieht, zuteil werden lassen.“

- 4) Einige offizielle Erklärungen und Vereinbarungen haben die Definition des Begriffs „Flüchtling“ im Sinne einer humanitären Betrachtungsweise erweitert, so z.B. die Erklärung über territoriales Asyl, verabschiedet von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 14.12.1967; die Konvention der Organisation der Afrikanischen Einheit vom 10.9.1969, welche die besonderen Aspekte der Flüchtlingsprobleme in Afrika regelt; die Konferenz von Cartagena (Kolumbien) vom 22.11.1984, deren Schlußdeklaration, die allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur das Gewicht eines informellen Konsensus auf internationaler Ebene hat, ebenfalls eine aus ihrem Land wegen schwerwiegender Verletzung der Menschenrechte geflohene Person als einen Flüchtling betrachtet (III,3).

II. Herausforderungen an die Völkergemeinschaft

Flüchtlinge fordern das Gewissen der Welt heraus

8. Die ersten internationalen Initiativen fanden in einem eher begrenzten Kontext statt. Sie spiegelten ein Interesse für das Leid bestimmter, besonders verfolgter Personen wider, das sich vor allem auf die individuellen Gründe für das Verlassen ihrer Länder bezog.

Heute jedoch, wo die Anzahl gewaltsam entwurzelter Menschen ganz andere Ausmaße angenommen hat, müssen internationale Abkommen überarbeitet, und der

Schutz, den sie garantieren, muß auch auf andere Gruppen ausgedehnt werden. In den letzten Jahren hat die Diskussion über die Ursachen, welche politische Instabilität erzeugen und verschärfen, sich auf die Armut, die Ungleichheit in der Verteilung von lebenswichtigen Ressourcen, die Auslandsschulden, galoppierende Inflation, strukturelle wirtschaftliche Abhängigkeit und Naturkatastrophen konzentriert. Es ist ja nicht überraschend, daß die Mehrheit der Flüchtlinge heute aus den Entwicklungsländern kommt.⁵⁾ Eine Neustrukturierung der wirtschaftlichen Beziehungen allein würde jedoch nicht genügen, um politische Differenzen, ethnische Auseinandersetzungen und Rivalitäten anderer Art zu überwinden. Es wird so lange Flüchtlinge, also Opfer von Machtmißbrauch geben, wie die Beziehungen zwischen Personen und Nationen nicht auf eine echte Fähigkeit gegründet sind, einander in Verschiedenheit und gegenseitiger Bereicherung immer mehr anzunehmen.⁶⁾

Das Recht auf Heimat

9. Das Flüchtlingsproblem muß an seinen Wurzeln angegangen werden, d.h. auf der Ebene der wahren Ursachen für Vertreibung und Flucht. Das erste Kriterium darf dabei nicht das Interesse des Staates oder der nationalen Sicherheit sein, sondern allein der Mensch, so daß das Bedürfnis, in

einer Gemeinschaft zu leben und sich zu einem Gemeinwesen, einem Land zugehörig zu fühlen, ein Grundbedürfnis, das sich aus der Natur des Menschen selbst ergibt, respektiert wird.⁷⁾

Die Menschenrechte, wie sie durch Gesetz, Vereinbarungen und internationale Abkommen definiert werden, zeigen den Weg auf, den wir gehen müssen. Eine dauerhafte Lösung des Flüchtlingsproblems jedoch wird dann erreicht werden, wenn die Völkergemeinschaft über die gesetzten Normen für den Schutz von Flüchtlingen hinaus deren Recht anerkennt, einem Gemeinwesen anzugehören. Viele Rufe nach einem umfassenderen, integralen Ansatz zum Schutz der Rechte von Menschen, die nach einem Zufluchtsort suchen, werden laut.⁸⁾

Die Grundhaltung der Gastfreundschaft

10. Mögliche Fortschritte in der Fähigkeit zum Zusammenleben innerhalb der weltumspannenden Völkerfamilie sind eng an das Wachsen einer Grundhaltung der Gastfreundschaft gebunden. Jede Person, die sich in Gefahr befindet und als solche an einer Landesgrenze zu erkennen gibt, hat ein Recht auf Schutz. Um in der Zukunft leichter ermitteln zu können, warum solche Menschen ihr Land verlassen haben, und um zu dauerhaften Lösungen zu kommen, ist eine erneute Anstrengung zur Erar-

beitung international annehmbarer Normen für die Gewährung von Asyl auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Landes unerlässlich.⁹⁾ Eine solche Grundhaltung der Gastfreundschaft erleichtert auch die Suche nach gemeinsamen Lösungen und verringert die Stichhaltigkeit gewisser Stellungnahmen, die mitunter vorgebracht werden und darauf hinauslaufen, die Aufnahme von Flüchtlingen und die Gewährung des Asylrechts dem alleinigen Kriterium des nationalen Interesses unterzuordnen.

Für einen umfassenderen Flüchtlingsschutz

11. Der einem Flüchtling gewährte Schutz ist nicht einfach ein ihm gemachtes Zugeständnis: Er (sie) ist nicht Objekt von Hilfeleistungen, sondern Subjekt von Rechten und Pflichten. Jedes Land hat die Pflicht, die Rechte von Flüchtlingen zu achten und sicherzustellen, daß sie genauso respektiert werden wie die Rechte der eigenen Bürger.

Wenn Menschen vor einem Bürgerkrieg oder einer militärischen Invasion fliehen, dann ist es zu ihrem Schutz erforderlich, daß sie als nicht-kombattant angesehen werden. Sie wiederum müssen ausdrücklich auf den Gebrauch von Gewalt verzichten.

12. „Konventionsgemäßen“ Flüchtlingen, also solchen, die unter die Kategorien der genannten Konvention fallen, steht von daher

bereits ein gewisses Maß an Schutz zu, ein solcher Schutz darf jedoch nicht auf die Garantie der körperlichen Unversehrtheit begrenzt sein, sondern muß auf alle für ein menschenwürdiges Leben notwendigen Voraussetzungen erweitert werden. Somit müssen für sie nicht nur Ernährung, Kleidung, Wohnung und Schutz vor Gewalt gesichert werden, sondern auch der Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung, die Möglichkeit, ihr Leben wieder selbstverantwortlich in die eigenen Hände zu nehmen, ihre eigenen Kulturen und Traditionen zu pflegen und frei ihren Glauben zum Ausdruck zu bringen. Da die Familie die Grundeinheit jeder Gesellschaft ist, muß gleichermaßen die Wiederzusammenführung von Flüchtlingsfamilien gefördert werden.

13. Viele Staaten sind der Konvention von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und dem darauf bezogenen Protokoll von 1967 bereits beigetreten, aber es wäre sehr wünschenswert, daß alle Staaten dies tun und darauf achten würden, daß beide eingehalten werden.

Die Wahrnehmung des Asylrechts, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 14,1) festgelegt ist, muß überall gewährleistet und darf nicht durch Abschreckung oder andere rigorose strafähnliche Maßnahmen behindert werden. Ein(e) Asylbewerber(in) darf nicht interniert werden, es sei denn, es kann nach-

gewiesen werden, daß er (sie) eine wirkliche Gefahr darstellt, oder es gibt zwingende Gründe anzunehmen, daß er (sie) sich nicht mehr bei den zuständigen Behörden zur ordnungsgemäßen Prüfung seines (ihres) Falles melden wird. Ferner sollte Asylbewerbern dabei geholfen werden, eine Arbeit zu finden, und es sollte für sie ein gerechtes und rasches gesetzliches Verfahren sichergestellt sein.

Was die Flüchtlinge betrifft, die aus humanitären Gründen als solche anerkannt sind, so muß die Vorgehensweise der Staaten in entsprechenden Gesetzen so festgelegt sein, daß alle Bedürfnisse für ein menschenwürdiges Leben berücksichtigt werden. Insbesondere sollten internationale Vereinbarungen die Verpflichtung enthalten, daß diejenigen, die vor systematischer Unterdrückung und schweren sozialen Konflikten flüchten, nicht als „Wirtschaftsflüchtlinge“ betrachtet werden.

Länder, die erkennen, daß sie innerhalb einer Region in der Flüchtlingsproblematik voneinander abhängen und ihre diesbezügliche Politik aufeinander abstimmen wollen, sollten eine großzügige und einheitliche Vorgehensweise gegenüber den Flüchtlingen praktizieren, die eine Bandbreite verschiedener Lösungen möglich macht.

Nein zur gewaltsamen Rückführung

14. Eine überaus genaue und gewissenhafte Beachtung des Prinzips der Freiwilligkeit der Rückkehr ist eine nicht verhandelbare Grundvoraussetzung für jede Verfahrensweise den Flüchtlingen gegenüber. Niemand darf in ein Land zurückgeschickt werden, wo er oder sie diskriminierende Handlungen oder ernste, lebensbedrohende Situationen zu befürchten hat. In den Fällen, in denen die zuständigen Behörden eines Landes beschließen, Asylbewerber nicht anzuerkennen, weil sie keine echten Flüchtlinge seien, sind sie moralisch verpflichtet, sicherzustellen, daß den Betroffenen eine sichere und freie Existenz anderswo garantiert wird. Die jüngste Geschichte hat gezeigt, daß viele Menschen gegen ihren Willen zurückgeschickt worden sind in ein Schicksal, das mitunter sehr tragisch war; einige wurden zurück auf die See hinausgedrängt, andere wurden gewaltsam in Gebiete mit Minenfeldern geführt, wo sie grausam umkamen.

Ort und Struktur von Flüchtlingslagern

15. Flüchtlingslager sind zwar notwendige, aber selbstverständlich nicht ideale und nur für eine erste Aufnahme der Betroffenen gedachte Einrichtung; sie sollten an Orten errichtet werden, die so weit wie möglich von jeglichen be-

waffneten Auseinandersetzungen entfernt liegen, so daß die Flüchtlinge vor möglichen Angriffen in Sicherheit sind.¹⁰⁾ Die Lager sollten auch so organisiert sein, daß sie ein Minimum an Privatsphäre sowie Zugang zu medizinischen, schulischen und religiösen Diensten und Einrichtungen haben. Die Lagerbewohner sollten ferner vor jeglicher Form moralischer und physischer Gewalt geschützt werden und die Möglichkeit haben, an Entscheidungen mitzuwirken, die ihr tägliches Leben berühren. Sicherheitsvorkehrungen sollten da verstärkt werden, wo alleinstehende Frauen untergebracht sind, um jene Formen von Gewalttätigkeit zu vermeiden, denen sie oftmals ausgesetzt sind.

Internationale Organisationen, besonders diejenigen, die sich für die Achtung der Menschenrechte einsetzen, und die Medien sollten freien Zugang zu den Lagern haben. Da das Leben in Lagern unnatürlich und aufgezwungen, ja sogar traumatisierend ist, macht ein längerer Aufenthalt darin die Flüchtlinge noch mehr zu Opfern. Lager müssen das bleiben, was sie ursprünglich sein sollten: eine nur vorübergehende Notlösung.

Nein zu Stillschweigen der Gleichgültigkeit

16. Die Bereitschaft, Flüchtlingen zu helfen, selbst wenn sie als eine moralische Verpflichtung empfunden wird, die Leiden ande-

rer zu mildern, liegt in den Menschen der Aufnahmeländer oft im Widerstreit mit einer Furcht vor der ansteigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern und vor einer Konfrontation mit anderen Kulturen, d.h. mit Faktoren und Momenten, die die gewohnten, festen Lebens- und Verhaltensmuster in den Aufnahmeländern stören könnten. Menschen, die man gestern mit Sympathie betrachtete, weil sie noch „weit weg“ waren, werden heute abgewiesen, weil sie als zu „nah“ und zu „aufdringlich“ empfunden werden.

Folglich neigt man dazu, abgesehen von einem gelegentlichen Aufflammen des öffentlichen Interesses, den konkreten Umgang mit dem Flüchtlingsproblem auf bestimmte Institutionen, Organisationen und Gruppen abzuschieben, die in diesem Bereich besonders engagiert sind. Die Medien können hier dazu beitragen, Vorurteile zu zerstreuen und in der Öffentlichkeit ein anhaltendes Interesse für die Flüchtlinge zu wecken. Wenn sie eine Politik einfordern, die auf Solidarität und menschliches Verständnis gründet, dann tragen sie dazu bei, zu verhindern, daß die Flüchtlinge oder Asylbewerber zu Sündenböcken für alle Übel und Mißstände in der Gesellschaft gemacht werden. Besonders in den Ländern, in denen die Anwesenheit von Flüchtlingen dazu benutzt wird, die Aufmerksamkeit absichtlich von anderen ernsten innen- oder außen-

politischen Problemen abzulenken, ist es notwendig, daß die Medien ein klares und positives Bild der Flüchtlinge vermitteln. Gleichgültigkeit stellt eine Unterlassungssünde dar.

Solidarität trägt dazu bei, die Tendenz umzukehren, daß man die Welt allein von seinem eigenen Blickwinkel aus sieht. Wenn wir die globale Dimension der Probleme erkennen, werden uns die Grenzen jeder Kultur bewußt, und wir spüren, daß wir eindringlich dazu aufgerufen sind, uns einem einfacheren Lebensstil zuzuwenden, um zum gemeinsamen Wohl beizutragen; so wird eine wirksame Antwort auf die sehr berechtigten Erwartungen von Flüchtlingen möglich, und Wege zum Frieden werden eröffnet.

- 5) Die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 1986 verabschiedete Erklärung über das Recht auf Entwicklung würde eigentlich eine besondere Überlegung erfordern hinsichtlich der Möglichkeiten, die in Kraft befindlichen rechtlichen Instrumente (also z.B. internationale Abkommen) auch auf solche Menschen anzuwenden, die ein Land verlassen haben, in welchem ihr Recht auf Entwicklung nicht respektiert wird. Denn stellt dies nicht eine neue Form der „Verfolgung“ wegen einer Zugehörigkeit „zu einer bestimmten sozialen Gruppe“ dar entsprechend Artikel I, A.2 der Konvention von 1951?
- 6) Johannes XXIII., Enzyklika *Pacem in Terris*, 104. Das Phänomen der Existenz von Flüchtlingen „zeigt, daß die Regierungen gewisser Nationen die Grenzen der gehörigen Freiheit allzusehr einengen, in deren Bereich es den einzelnen gestattet sein soll, ein menschenwürdiges Leben zu führen.“

- 7) Die Römische Kongregation für die Bischöfe, Instruktion zur Seelsorge unter den Wandernden vom 22. August 1969, 6, in: Beilage zum Kirchlichen Amtsblatt für das Bistum Mainz 1970. Nachkonziliare Dokumente Nr. 28, S. 6: „Aus der Natur des Menschen, der ein soziales Wesen ist, folgt, daß er Bürger eines Staates und eines Vaterlandes ist, dem er (...) auch durch Geist und Kultur verbunden ist. Dieses wesentliche und fundamentale Recht wird verletzt, wenn dem einzelnen oder ethnischen Gruppen wegen der Verschiedenheit der Abstammung, der Religion oder aus anderen Gründen Haus oder Vaterland genommen werden.“
- 8) Vgl. Europarat, Final Communiqué, Conference of Ministers on the Movement of Persons from Central and Eastern European Countries (Schlußkommuniqué der Ministerkonferenz über Ost- West-Wanderungsfragen des Europarates), Wien, 24. – 25.1.1991.
- 9) Die Vereinten Nationen hatten im Jahre 1977 in Genf eine diplomatische Konferenz einberufen, um eine Konvention über territoriales Asyl zu erarbeiten, die den durch die Entwicklung des Flüchtlingsproblems entstandenen Raum der Rechtsunsicherheit hätte füllen können. Leider schlug die Initiative, hauptsächlich wegen der ideologischen Gegensätze zwischen den damals bestehenden politischen Blöcken, fehl. Heute, 15 Jahre später, ist die Völkergemeinschaft in einem neuen geopolitischen Kontext erneut aufgerufen, ein wirksames juristisches Instrument zu schaffen mit dem Ziel, allen Flüchtlingen in unserer heutigen Welt angemessenen Schutz zu sichern.
- 10) Ein Beschluß des Exekutivkomitees des Hohen Kommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (Schutz von Asylsuchenden in Fällen von Massenfluchtbewegungen. Beschluß des Exekutivkomitees Nr. 22, 1981) legt den Grundsatz fest, nach dem Asylsuchende „in angemessener Entfernung von der Grenze zu ihrem Herkunftsland“ untergebracht werden müssen.

III. Der Weg der Solidarität

Die Zerrissenheit der Welt

17. Der vom Zweiten Vatikanischen Konzil wahrgenommene Widerspruch gilt auch heute noch: „Die Welt spürt lebhaft ihre Einheit und die wechselseitige Abhängigkeit aller von allen in einer notwendigen Solidarität und wird doch zugleich heftig von einander widerstrebenden Kräften auseinandergerissen.“¹¹⁾ Denn harte politische, soziale, wirtschaftliche, rassische und ideologische Spannungen dauern an; das ungelöste Flüchtlingsproblem ist ein schmerzliches Beispiel für die Zerrissenheit der Welt. Das Ausbleiben einer adäquaten Antwort ist um so besorgniserregender, als es ein mangelndes Interesse für die Grundrechte des Individuums und aller Menschen widerspiegelt, die doch als große Errungenschaft unserer Zeit gepriesen werden.

Der Beitrag der internationalen Organisationen

18. Dennoch findet das Bewußtsein von der wechselseitigen Abhängigkeit aufgrund der geschichtlichen Entwicklung und als Ergebnis ethischer Reflexion mehr und mehr seinen Ausdruck in den internationalen Institutionen. Die Tätigkeit und das konkrete Zeugnis der entsprechenden Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, zahlreicher Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerke, von staatlichen oder kirchlichen

Stellen ausgesandter Entwicklungshelfer, sozialer und seelsorglicher Dienste der Bischofskonferenzen verdienen größten Respekt und Dankbarkeit. Besondere Anerkennung gebührt dem Hohen Kommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen, das im Jahre 1950 ins Leben gerufen wurde; seine beiden Hauptfunktionen sind die Sicherstellung des internationalen Schutzes für Flüchtlinge und die Suche nach dauerhaften Lösungen ihrer Probleme.¹²⁾

19. Trotz vieler Schwierigkeiten jeglicher Art widmen sich zahlreiche Mitglieder privater Verbände und Organisationen sowie Mitarbeiter und Vertreter internationaler Institutionen dem Dienst an den Ärmsten der Armen und bezahlen manchmal ihr außergewöhnliches Engagement sogar mit ihrem Leben. Der Einsatz von Menschen, die sich in der Arbeit für und mit Flüchtlingen engagieren, ob als hauptberufliche Tätigkeit über viele Jahre oder nur für einen kürzeren Zeitraum, stellt ein wirkungsvolles Zeugnis dar, das weitergeführt und verstärkt werden sollte.

Die konkrete Verantwortung der Staaten

20. Heute ist die Zeit gekommen, das Flüchtlingsproblem völlig unabhängig von jeglichen ideologischen Positionen zu betrachten – diese waren nämlich in der Vergangenheit ein wesentlicher Faktor, der das Zustandekommen

von internationalen Vereinbarungen verhindert hat, die den heutigen Notwendigkeiten angemessen wären.

Ein Blick in die Welt im Geiste der Solidarität offenbart sofort die ethisch unannehmbare Tatsache, daß Millionen von Flüchtlingen unter menschenunwürdigen Bedingungen leben. Besonders die Bürger und Institutionen der demokratischen und wirtschaftlich entwickelten Staaten können angesichts einer derartig tragischen Situation nicht gleichgültig bleiben. Untätigkeit oder ein nur mageres Engagement seitens dieser Länder würde in eklatanter Weise den Grundsätzen widersprechen, die sie selbst zu Recht als das Fundament ihrer eigenen, auf die gleiche Würde einer jeden menschlichen Person gegründeten Kultur betrachten. Die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte hängt heute in einem großen Ausmaß von der Fähigkeit der entwickelten Länder ab, den qualitativen Sprung zu einer Änderung jener Strukturen zu vollziehen, die so viele Menschen in einem Zustand der extremen Marginalisierung halten. Es kann sich nicht nur darum handeln, schon entstandene Wunden zu verbinden: Entschlossenes Engagement ist notwendig, um die Ursachen für das Entstehen der Flüchtlingsströme anzugehen. Internationale Solidarität muß zuerst und vor allem innerhalb des eigenen Landes praktiziert und sie muß von jedem einzelnen Bürger

konkret gelebt werden.¹³⁾

21. Der Schutz der Menschenrechte von innerhalb ein und desselben Landes Vertriebenen erfordert die Schaffung spezifischer rechtlicher Möglichkeiten der Einwirkung und entsprechender angepaßter Koordinierungsmechanismen seitens der Völkergemeinschaft, deren rechtmäßige Interventionen dann nicht als Verstöße gegen die nationale Souveränität angesehen werden könnten.

Die heute bereits zu beobachtende Bereitschaft, verschiedene Kategorien gewaltsam entwurzelter und vertriebener Menschen anzuerkennen, stellt eine positive Entwicklung in der internationalen Diskussion dieses Themas dar, die es auch leichter gemacht hat, das Ausmaß der Flüchtlingsmisere insgesamt zu erkennen sowie Hilfeleistungs- und Schutzmaßnahmen zu planen.

22. Ein möglicher Ausdruck der Solidarität gegenüber Flüchtlingen ist die Unterstützung der freiwilligen Rückkehr, auf die die meisten von ihnen ihre Hoffnung richten. Die Notwendigkeit, ein internationales Kontrollsystem zu schaffen, das es Flüchtlingen ermöglichen müßte, in völliger Freiheit in ihr Heimatland zurückzukehren, ist heute deutlicher denn je.

Solidarität – unausweichliche Notwendigkeit in einer Welt vielfacher gegenseitiger Abhängigkeit

23. Es ist symptomatisch, daß heute nur ein kleiner Prozentsatz von Flüchtlingen in Ländern außerhalb ihrer Herkunftsregion Asyl sucht oder erhält. Zum großen Teil tragen die angrenzenden Länder die Last der Unterstützung, welche den Flüchtlingen zusteht. Diese Last sollte jedoch fair und gerecht von der gesamten weltweiten Völkergemeinschaft getragen werden.¹⁴⁾ Solidarität mit Flüchtlingen erfordert gemeinsame Initiativen humanitärer Hilfe und Kooperation in der Entwicklungsarbeit, wobei Kreativität und wohlverstandene Großzügigkeit heute nötiger sind denn je, um solche Initiativen gedeihen zu lassen.

24. Die Regierungen, die bereits so viel für die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen getan haben, sollen ihre diesbezüglichen Aktivitäten nicht einstellen und ihre Grenzen so lange nicht schließen, wie für viele Flüchtlinge die einzige Überlebenschance darin besteht, in einem dritten Land Zuflucht zu suchen. Obgleich die Ankunft von Flüchtlingen in einem Land unvermeidliche Unannehmlichkeiten schaffen kann, kann ihre Anwesenheit doch auch die Entwicklung der Gesellschaft dieses Landes stimulieren. Eine solche Chance setzt allerdings geeignete politische und wirtschaftliche Entscheidungen des Gastlan-

des voraus. Die Flüchtlinge müssen ihrerseits einander helfen, indem sie ihre menschlichen und spirituellen Kräfte und Fähigkeiten einsetzen für die Suche nach guten Lösungen, die dazu beitragen, daß sie mit ihrer Situation besser fertig werden können.¹⁵⁾

Die internationalen Einrichtungen sind aufgerufen, eine Vermittlerrolle zwischen den verschiedenen Kulturen und soziopolitischen Systemen einzunehmen, um den Menschen dabei zu helfen, sich Verhaltensweisen zu eigen zu machen, durch die soziale Integration erleichtert und gefördert wird.

Der Weg der Solidarität verlangt von allen die Überwindung des eigenen Egoismus und der Angst vor dem anderen; er erfordert langfristiges Engagement im Bereich der Bewußtseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit, die schon durch sich selbst zur Überwindung mancher Ursachen des tragischen Exodus der Flüchtlinge beitragen kann; er erfordert weiterhin die Einrichtung von wirksamen Präventionsmechanismen sowie eine bessere Koordinierung von Maßnahmen und Aktivitäten zwischen den internationalen Organisationen und örtlichen Behörden.

11) Zweites Vatikanisches Konzil, Pastoral-konstitution über die Kirche in der Welt von heute (*Gaudium et Spes*), 4.

12) Unter den Organisationen der Vereinten Nationen, die für Flüchtlinge tätig sind, muß auch das im Jahre 1949 geschaffene Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

(United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East/UNRWEA) genannt werden. Unter den Nichtregierungsorganisationen hat u. a. die vom Heiligen Stuhl 1951 gegründete Internationale Katholische Kommission für Wanderungsfragen (International Catholic Migration Commission / ICMC) eine bedeutsame Rolle gespielt im Dienst an Flüchtlingen und anderen „Menschen unterwegs“.

13) Vgl. Johannes Paul II., Enzyklika *Sollicitudo Rei Solis*, 38. „Vor allem die Tatsache der gegenseitigen Abhängigkeit wird als entscheidendes System von Beziehungen in der heutigen Welt mit seinen wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und religiösen Faktoren verstanden und als moralische Kategorie angenommen. Wenn die gegenseitige Abhängigkeit in diesem Sinne anerkannt wird, ist die ihr entsprechende Antwort als moralisches und soziales Verhalten als ‚Tugend‘ also, die Solidarität. Diese ist nicht ein Gefühl vagen Mitleids oder oberflächlicher Rührung wegen der Leiden so vieler Menschen nah und fern. Im Gegenteil, sie ist die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das ‚Gemeinwohl‘ einzusetzen, das heißt für das Wohl aller und eines jeden, weil wir alle für alle verantwortlich sind.“

14) Johannes Paul II., Botschaft an die 2. Internationale Konferenz der Vereinten Nationen über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika (ICARA II) vom 5. 7. 1984, in: *Insegnamenti di Giovanni Paolo II*, VII (1984/2), 26 – 28 (in französischer Sprache).

15) Vgl. Johannes Paul II., Flüchtlinge sind die Nächsten der Nächsten. Botschaft für die Fastenzeit 1990, in: *L'Osservatore Romano*, Wochenausgabe in deutscher Sprache, 2.3 1990, Abschnitt 5, S. 3. Johannes Paul II., Fasten und Solidarität. Papstbotschaften zur Fastenzeit, hrsg. v. Päpstlichen Rat „*Cor Unum*“, Vatikanstadt 1991, S. 39.

IV. Die Liebe der Kirche zu den Flüchtlingen

Die Fürsorge der Kirche für alle Flüchtlinge

25. Die weltweite Flüchtlingstragödie ist eine „Plage, die typisch und bezeichnend ist für die Ungleichgewichte und Konflikte der heutigen Welt.“¹⁶⁾ Sie zeigt eine geteilte Welt, die weit entfernt ist von dem Ideal: „Wenn darum ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit“ (1 Kor 12,26). Die Kirche bietet allen Flüchtlingen ihre Liebe und Hilfe an ohne Unterschied der Religion oder ethnischen Herkunft, wobei sie in jedem von ihnen die unveräußerliche Würde der menschlichen Person erkennt, die nach dem Ebenbild Gottes geschaffen wurde (vgl. Gen 1,27).

Christen müssen aus der Gewißheit ihres Glaubens heraus in ihrem Leben zeigen, daß die durch Ungerechtigkeit hervorgerufenen Hindernisse bald zu fallen beginnen, wenn man die Würde der Person mit allen ihren legitimen Bedürfnissen an erster Stelle setzt. Sie wissen, daß Gott, der mit dem Volk Israel den Weg des Exodus auf der Suche nach einem Land ohne Sklaverei ging, auch mit den heutigen Flüchtlingen unterwegs ist, um seinen Plan der Liebe mit ihnen zusammen zu erfüllen.

Die Aufgabe der Ortskirche

26. Die Pflicht, den Flüchtlingen Gastfreundschaft, Solidarität

und Hilfe entgegenzubringen, liegt in erster Linie bei der Ortskirche.

Sie ist aufgerufen, die Forderungen des Evangeliums zu verwirklichen und den Betroffenen in der Zeit ihrer Not und Einsamkeit ohne jeden Unterschied die Hand zu reichen. Sie kann dabei ihre Aufgabe in verschiedenen Formen erfüllen: persönliche Kontaktaufnahme, Verteidigung der Rechte von Einzelpersonen und Gruppen; unmißverständliche Verurteilung der Ungerechtigkeiten, die die Wurzel dieses Übels sind; Aktionen für die Einführung von Gesetzen, welche den wirkungsvollen Schutz der Flüchtlinge garantieren; Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen gegen Ausländerfeindlichkeit; Schaffung von Gruppen ehrenamtlich Engagierter und von Nothilfefonds; Seelsorge. Sie wird ferner danach trachten, bei den Flüchtlingen ein respektvolles Verhalten und Offenheit gegenüber dem Gastland zu fördern.

Wenn die Ortskirchen so die Fürsorge der gesamten Weltkirche zum Ausdruck bringen, dann müssen sie sich auf die tätige Nächstenliebe auch der anderen kirchlichen Gemeinschaften verlassen können, besonders derer mit größeren Ressourcen. Wo Flüchtlinge in großer Zahl anwesend sind, wird die Kirche ihre Zusammenarbeit mit allen interessierten gesellschaftlichen Kräften und Organisationen sowie mit den zuständigen Behörden intensivieren.

Die Gemeinde

27. Der erste Ort, an dem die Kirche den Flüchtlingen ihre Hilfsbereitschaft zeigen muß, ist die Pfarrgemeinde; sie hat die Aufgabe, die Gemeindeglieder für die Not der Flüchtlinge zu sensibilisieren, indem sie sie ermahnt, Fremde freundlich aufzunehmen, wie Jesus es lehrte: „Ich war obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen“ (Mt 25,35). Die Gemeinde sollte die Neuankömmlinge nicht als eine Bedrohung ihrer kulturellen Identität und ihres Wohlstandes betrachten, sondern als Anruf, gemeinsam mit diesen neuen Brüdern und Schwestern, die selbst reich an bestimmten Gaben sind, den Weg eines Volkes zu gehen, das sich weiterentwickeln und seine Einheit in der Verschiedenheit feiern kann. Wohlwollen, Achtung, Vertrauen und Teilen sind die praktischen Ausdrucksformen einer solchen Kultur der Solidarität und Gastfreundschaft. Die christliche Gemeinde muß Angst und Mißtrauen gegenüber Flüchtlingen überwinden und in ihnen das Angesicht des Erlösers sehen können.

Seelsorgerische Betreuung für Lagerbewohner und die am stärksten gefährdeten Gruppen

28. Alle Flüchtlinge haben das Recht auf umfassende Hilfe, die auch ihre religiösen Bedürfnisse während der Zeit, die sie z.B. als Asylsuchende in einem Lager zu-

bringen müssen, und während des Integrationsprozesses im Gastland berücksichtigt. So können sie Trost und Kraft finden, um ihr schweres Schicksal zu ertragen und in ihrer eigenen religiösen Erfahrung zu wachsen. Es muß deshalb den Geistlichen unterschiedlicher Religionen die volle Freiheit gegeben werden, Flüchtlinge aufzusuchen, mit ihnen zu leben und ihnen angemessene Hilfe und Betreuung zu geben.¹⁷⁾ Die Kirche mißbilligt jedoch jede Form des Proselytismus unter den Flüchtlingen, mit dem ihre prekäre Situation ausgenutzt wird; auch und gerade unter den schwierigen Bedingungen des Asyls ist ihre Gewissensfreiheit zu achten.

Ein großer Prozentsatz der Flüchtlinge besteht aus Kindern, die durch das während ihrer Entwicklung erlebte Trauma am schwersten betroffen sind. Ihr physisches, psychisches und spirituelles Gleichgewicht ist ernsthaft gefährdet. Den weltweit größten Prozentsatz der Flüchtlinge nehmen jedoch die Frauen ein, und sie leiden häufig am meisten unter dem Mangel an Verständnis und der Isolierung, denen sie ausgesetzt sind. Angesichts solcher Verhältnisse muß eine gemeinsame Anstrengung zur gezielten moralischen Unterstützung von Flüchtlingen Priorität genießen.

Freiwillige Mitarbeiter vor Ort

29. Freiwillige Sozialarbeiter, Entwicklungshelfer, ehrenamtli-

che Helfer und Engagierte etc., die bei den Flüchtlingen arbeiten, bedürfen ebenfalls einer besonderen Seelsorge. Sie leben unter Bedingungen, die schwer auf ihnen lasten. Sie sind fast immer weit entfernt von ihrer eigenen sprachlichen und kulturellen Heimat tätig und sehen sich menschlichen Problemen gegenübergestellt, für deren Bewältigung sie nicht immer ausgebildet sind. Daher haben sie Zuspruch und Unterstützung nötig, auch in finanzieller Hinsicht. Die Flüchtlinge selbst sind aufgerufen, mit dem Freiwilligenpersonal eng zusammenzuarbeiten, wodurch sie auch in die Lage versetzt werden, ihren Nöten und Hoffnungen besser Gehör verschaffen zu können.

Zusammenarbeit innerhalb der Kirche

30. In der Ausübung der Seelsorge für Flüchtlinge ist heute eine Zusammenarbeit zwischen den Kirchen der Herkunftsländer, der Länder, die vorübergehendes Asyl gewähren, und der Länder, in denen sich Flüchtlinge dauerhaft niederlassen, notwendiger als je zuvor. Begegnungen, Treffen und Kooperationen zwischen den beteiligten Kirchen sind sehr wichtig, denn sie fördern die geistliche und soziale Zusammenarbeit sowie die Möglichkeit, den Flüchtlingen Priester und Ordensleute der gleichen Sprache und, wenn möglich, der gleichen Kultur zur Verfügung

zu stellen. Brüderliche Zusammenarbeit und regionale Koordination zwischen den Kirchen kann einen Dialog zwischen allen mit der Flüchtlingshilfe befaßten Gruppen, Organisationen, Institutionen etc. in Gang setzen und verstärken.

31. In diesem Zusammenhang spielen die sozialen und karitativen Organisationen der Bischofskonferenz, besonders die Pastoralkommission, die für die spezifische Hilfe für Flüchtlinge, Vertriebene und andere Migranten zuständig sind, eine wesentliche Rolle und müssen in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen tätig werden.¹⁸⁾ Kulturelle Institutionen, Universitäten und Seminare sind ebenfalls aufgerufen, über das Flüchtlingsproblem und die konkreten Lebensbedingungen von Flüchtlingen nachzudenken. Wenn man eine gesellschaftliche Haltung der Gastfreundschaft fördern will, dann ist es nötig, zur öffentlichen Meinungsbildung beizutragen und geeignete Instrumente der Analyse zu entwickeln.

32. Angesichts des weltumspannenden Charakters ihres Auftrages und ihrer Mitglieder sind die Orden und geistlichen Gemeinschaften dazu aufgefordert, ihre Präsenz unter den Flüchtlingen zu verstärken, um so die Anstrengungen der Ortskirchen zu ergänzen, wobei sie eng mit den Bischöfen zusammenarbeiten sollten. Das oft heldenhafte apostolische Zeugnis vieler Ordensleute auf die-

sem Gebiet ist ein besonderer Anlaß der Freude für die Kirche.

33. Der Dienst der internationalen katholischen Organisationen und Hilfswerke, die in der Sozial- und Entwicklungsarbeit tätig sind, ist ebenfalls von größter Wichtigkeit. Sie dürfen jedoch nicht die von den örtlichen Organisationen zu leistende Arbeit übernehmen, deren unmittelbare Kenntnis des sozialen und kulturellen Umfelds vor Ort größere Effizienz gewährleistet, sondern müssen diese sinnvoll unterstützen.¹⁹⁾ Darüber hinaus ist es wichtig, die soziale Hilfe nicht von der Seelsorge zu trennen. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Dikasterien des Heiligen Stuhls kann so ein effektives Netzwerk aufgebaut werden, das sowohl auf Notfälle reagieren als auch die Aufmerksamkeit auf die wirklichen Ursachen lenken kann, die Flüchtlinge hervorbringen.

Ökumenische Zusammenarbeit der Kirchen und nichtchristlichen Religionen

34. Die Arbeit der Flüchtlingshilfe eröffnet große Möglichkeiten für ökumenisches Handeln. Offenheit, Kommunikation, der Austausch einschlägiger Informationen, gegenseitige Einladungen zu internationalen und regionalen Versammlungen spielen alle eine wichtige Rolle in den ökumenischen Beziehungen und in der Gestaltung einer weltweiten Antwort auf das Flüchtlingsproblem.

Auf dem Weg zu einer stärkeren Einheit der Menschheitsfamilie wird sich die Kooperation in der Flüchtlingsarbeit unter den christlichen Kirchen sowie zwischen diesen und den verschiedenen nichtchristlichen Religionen als fruchtbar erweisen. Die Erfahrung des Exils kann daneben zu einer besonderen Zeit der Gnade werden, so wie es dem Volk Israel geschah, das beim Auszug aus Ägypten in der Wüste am Sinai den Namen Gottes kennenlernte und seine befreiende Macht erfuhr.

16) Johannes Paul II., Enzyklika *Sollicitudo Rei Socialis*, 24.

17) Pontifical Commission for the Pastoral Care of Migrants and Tourism, Circular Letter to Episcopal Conferences, For the Pastoral Care of Refugees: On the Move, 36, Vatikanstadt 1983 (Rundschreiben der Päpstlichen Kommission für die Seelsorge am Menschen unterwegs – heute Päpstlicher Rat der Seelsorge für die Migranten und Menschen unterwegs – an die Bischofskonferenzen über die Seelsorge an Flüchtlingen; existiert in englischer, französischer und italienischer Sprache, nicht jedoch auf deutsch, Anm. d. Übers.).

18) Hier sollte der bedeutende Beitrag zahlreicher Orden und Kongregationen, die spezialisierte Zentren und Programme für den Dienst an Flüchtlingen geschaffen haben, nicht unerwähnt bleiben.

19) Vgl. Johannes Paul II., Address at the John XXIII International Peace Prize Ceremony (Ansprache anlässlich der Verleihung des Internationalen Friedenspreises Johannes' XXIII. an das Catholic Office for Emergency Relief and Refugees (COERR) in Thailand in Anerkennung seiner Arbeit zugunsten der südostasiatischen Flüchtlinge am 3.6.1986), in: *Insegnamenti di Giovanni Paolo II.*, IX, 1986/1. 1747 – 1756.

Schlußbetrachtung

Flüchtlinge und Asylanten – eine Herausforderung zur Solidarität

35. Von der Not und den menschenunwürdigen Lebensbedingungen eines Flüchtlingsdaseins werden heute Gruppen und ganze Völker überall auf der Erde heimgesucht. Ihr Schicksal muß als Ergebnis eines fortgesetzten Angriffs auf grundlegende Menschenrechte angesehen werden. Das Ausmaß der Tragödie treibt die Betroffenen an die Grenzen menschlicher Leidensfähigkeit und stellt eine unmißverständliche Herausforderung an das Gewissen aller Menschen dar.

36. Die Kirche als ein „Zeichen und Werkzeug für die innigste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der ganzen Menschheit“²⁰⁾ nimmt den Anruf an, eine menschliche Zivilisation der Liebe aufzubauen, und setzt zu diesem Zweck alle ihr verfügbaren Mittel ein, ihre verschiedenen inneren Strukturen, ihre vielfältigen Werke und Dienste sowie die ökumenische Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und Religionen. Sie bietet ihre selbstlose Liebe allen Flüchtlingen an, lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit auf deren Lage und bringt ihre ethische und religiöse Anschauung von der Würde eines jeden Menschen, die wiederhergestellt und aufrechterhalten werden muß, ein.

Ihre im Laufe der Geschichte erworbene Erfahrung in vielfältigen

Diensten der Nächstenliebe, ergänzt durch die einschlägige fachliche Reflexion und Arbeit vieler Menschen, kann eine entscheidende Hilfe bei der Erziehung und Ausbildung zukünftiger Generationen sowie bei der Erarbeitung geeigneter Gesetze sein.

37. Zwischenmenschliche Solidarität, wie sie bezeugt wird durch jede Gemeinschaft, die Flüchtlinge willkommen heißt, und durch das Engagement nationaler und internationaler Organisationen, die sich ihrer annehmen, ist eine Quelle der Hoffnung für die reale Möglichkeit menschlichen Zusammenlebens in Brüderlichkeit und Frieden.

(Päpstlicher Rat „Cor Unum“ und Päpstlicher Rat für die Seelsorge der Migranten und Menschen unterwegs – veröffentlicht am 2. 10. 1992 in Rom nach Pressemitteilung der DBK-Dokumentation vom 2. 10. 1992).

20) Zweites Vatikanisches Konzil, Dogmatische Konstitution über die Kirche (Lumen Gentium), I.

Öffentlichkeit, veranstalten Treffs und Demonstrationen, um auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Inmitten der Tragödie von Millionen Kindern ist die Nationale Bewegung der Straßenkinder ein kleines Hoffnungszeichen. Spenden für MISEREOR leisten dazu einen Beitrag.

Postgiro Köln 556-505

MISEREOR

Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt

Mozartstr. 9
5100 Aachen

Erklärung der deutschen Bischöfe zur Flüchtlings- und Asylproblematik

1. Beschämt sind wir in jüngster Zeit Zeuge, wie es an vielen Orten in unserem Land zu Gewalttätigkeiten kommt gegen Menschen, die als Flüchtlinge bei uns Schutz und Hilfe suchen. Wer Flüchtlingen, Ausländern und Fremden Gewalt antut, vergreift sich am Menschen. Wer nachsichtig oder gar beifällig zusieht, macht sich mitschuldig.

Die wachsende Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden löst bei vielen Menschen Unsicherheit und Ängste aus.

Die verantwortlichen Politiker und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort sehen sich vor nahezu unlösbare Probleme gestellt, Flüchtlinge und Asylbewerber menschenwürdig unterzubringen.

Nicht nur die Flüchtlinge erwarten, als Mitmenschen behandelt zu werden; auch die deutschen Bürgerinnen und Bürger dürfen erwarten, daß sich die ausländischen Flüchtlinge auf unsere Situation einlassen und Rücksicht nehmen.

Es gibt seit langem gute Erfahrungen für das Miteinander von Ausländern und Deutschen, zum

Beispiel in bestimmten Industrien und Dienstleistungsbereichen. Aber das Zusammentreffen so unterschiedlicher Kulturen und Mentalitäten bringt auch Enttäuschungen und Konflikte mit sich. Allen, die an der Bewältigung dieser großen Aufgabe mitarbeiten, schulden wir Unterstützung und Dank. Sie erfüllen einen unverzichtbaren Friedensdienst.

2. Die zunehmenden Flucht- und Wanderungsbewegungen in unseren Tagen haben vielfältige Ursachen, zum Beispiel:

- Es ist das wachsende Nord-Süd-Gefälle, die größer werdende Schere zwischen den Armutsländern des Südens und den reichen Ländern des Nordens.
- Es ist der Zusammenbruch eines politischen Systems in den Ländern Ost- und Südosteuropas, der ein wirtschaftliches und politisches Chaos verursacht hat und auf weite Strecken hin eine geistige und religiöse Wüste hinterlassen hat.

Soziale Probleme und politische Versäumnisse in unserem Land selbst erschweren die Bewältigung der großen Aufgaben, vor die wir durch die große Zuwanderung gestellt sind.

Angesichts dieser komplexen Situation können wir Bischöfe keine einfache Antwort und keine glatte Lösung anbieten, zumal es in diesen Fragen im einzelnen unter Christen auch legitimerweise unterschiedliche Meinungen ge-

ben kann (vgl. Gaudium et Spes 84).

3. Die Ausformung unseres Asylrechts nach Art. 16 GG sichert politisch Verfolgten ein individuelles Recht auf Asyl zu. Diese besondere Fassung des Asylrechts ist ein Vermächtnis aus den Erfahrungen unserer besonderen Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus und ist ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Menschenrechte. Die Kirchen haben immer davor gewarnt, das Asylrecht in seiner Substanz auszuhöhlen.

Angesichts der eingetretenen Situation ist eine Präzisierung des Asylrechts geboten, die jedoch folgenden Grundprinzipien gerecht werden muß:

- Politisch Verfolgte – Menschen, die wegen ihrer Religion, wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit, wegen ihrer Zugehörigkeit zu einem Staat, einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung an Leib, Leben und Freiheit bedroht sind – haben das Recht, Schutz zu suchen; ihnen muß der Zugang auch zu unserem Land gewährleistet sein.
- Jede begründete Bitte um Schutz oder Asyl in dem oben erläuterten Sinne muß geprüft werden; eine Ablehnung muß überprüfbar sein.
- Es darf keine Abschiebung in ein Land, wo Gefahr für Leib, Leben und Freiheit besteht, er-

folgen, auch nicht über Drittstaaten.

4. Flüchtlinge und Vertriebene aus Kriegs- oder Katastrophengebieten, die an Leib und Leben bedroht sind, finden für die Dauer der Bedrohung in unserem Land Schutz; für sie muß eine eigene gesetzliche Regelung außerhalb des Asylverfahrens geschaffen werden, einschließlich der Kostenregelung.

Für Menschen, die aufgrund von wirtschaftlicher Not aus ihrer Heimat geflohen sind, ist eine eigenständige Zugangsregelung zu schaffen.

5. Die Verantwortlichen in der Politik müssen ihre Anstrengungen noch mehr verstärken, die Ursachen der Flucht in den Herkunftsländern zu beheben. Wir fordern eine gerechtere Weltwirtschaftspolitik, die Einhaltung der Menschenrechte und eine konsequentere Armutsbekämpfung.

Die wachsende Zahl der Asylsuchenden und die zunehmende weltweite Wanderungsbewegung sind im übrigen eine gesamteuropäische Herausforderung. Sie können nur durch abgestimmtes Handeln der „Europäischen Gemeinschaft“ wie auch der übrigen europäischen Länder einer Lösung zugeführt werden. Die für den europäischen Einigungsprozeß unumgängliche europäische Solidarität hat hier eine sehr ernste Bewährungsprobe zu bestehen.

Ein brennendes Problem ist und bleibt die Unterbringung der

Flüchtlinge. Wir bitten die Pfarrgemeinden zu prüfen, ob und wie sie Wohnraum oder Bauland oder auch Grundstücke für eine vorübergehende Unterbringung zur Verfügung stellen können. Fremde und Obdachlose aufzunehmen ist und bleibt ein leibliches Werk der Barmherzigkeit.

Es ist wichtig, daß alle, die in der Arbeit mit Flüchtlingen und Asylbewerbern tätig sind, miteinander reden, planen und handeln. Wir bitten alle Verantwortlichen in unseren Gemeinden – soweit es noch nicht geschehen ist –, Kontakte zu knüpfen und Gesprächsräume für alle Beteiligten einschließlich der Betroffenen anzubieten. Am runden Tisch lassen sich manche Probleme leichter lösen.

(25. 9. 1992, Pressemitteilungen der DBK)



Die Heiligsprechung Knud Lavards unter der Teilnahme der St. Knudsgilde (Kirche in Vigersted)

Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Aufnahme von Flüchtlingen und zum Asylrecht

I.

Die Kirchen haben sich in den letzten Jahren immer wieder für den Schutz politisch Verfolgter und die Hilfe für Flüchtlinge eingesetzt. Die evangelische und die katholische Kirche wenden sich heute gemeinsam mit dem dringenden Appell an die politisch verantwortlichen Kräfte in Bund, Ländern und Gemeinden, eine Asyl- und Flüchtlingspolitik in die Wege zu leiten, die das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte schützt und im erforderlichen Umfang die Zuwanderung steuert und begrenzt. Angesichts der großen Not sind einfache Antworten und glatte und umfassende Lösungen nicht möglich. Unser Handeln darf in der Spannung zwischen dem ethisch Gebotenen und dem tatsächlich Möglichen die Orientierung an der un-

veräußerlichen Menschenwürde eines jeden einzelnen nicht aufgeben. Parlamente und Regierungen müssen jetzt die Kraft aufbringen, gemeinsam die nächsten möglichen Schritte zu tun.

Freundlichkeit gegenüber Fremden und die Bereitschaft zur Hilfe sind in der Bevölkerung nach wie vor groß. Wir danken den vielen, die sich in der konkreten Arbeit vor Ort Tag für Tag bewähren und Vorbildliches leisten. Über allen Problemen dürfen wir die geübte große Hilfsbereitschaft nicht vergessen oder geringachten. Jedoch werden die Belastungen durch die große Zuwanderung in den Gemeinden immer stärker spürbar. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme der deutschen Vereinigung stellen die Menschen im Osten Deutschlands vor besonders große Schwierigkeiten. Die Unsicherheit nimmt zu. Dies ist der Nährboden, auf dem Aggression und Protest wachsen und fremde oft zum Sündenbock gemacht werden. Damit kann dann auch eine stillschweigende Sympathie mit Gewalttätern einhergehen.

Gewaltakte gegen Ausländer sind ebenso wie Anschläge auf jüdische Gedenkstätten eine Schande für unser Land. Der Staat muß mit allen ihm zu Gebote stehenden rechtsstaatlichen Mitteln der Gewalt entgegenzutreten. Wir alle sind verantwortlich dafür, der Gewalt zu wehren, das Recht zu schützen und den inneren Frieden wieder-

herzustellen. Dazu brauchen die Menschen die Gewißheit, daß die Politik – in der Konzentration auf das heute Mögliche – in der Lage ist, das Vermächtnis des Asylrechts für politisch Verfolgte zu bewahren, ohne dabei einer wachsenden Zuwanderung hilflos gegenüberzustehen. Die Tatsache, daß die Parteien inzwischen ihren inneren Klärungsprozeß zu einem vorläufigen Ergebnis gebracht haben, gibt uns die Hoffnung, daß nunmehr auch die erforderlichen Entscheidungen getroffen werden und die quälende Asyldiskussion zum Abschluß kommt.

II.

Die Bibel bezeugt die unantastbare Würde jedes einzelnen Menschen unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem Volk, zu einer Kultur und zu einer Religion. Sie erzählt viele Geschichten von Menschen, die auf der Flucht und ohne Heimat sind. Heimatlosigkeit ist immer wieder das Los Israels gewesen. Verfolgung und Vertreibung haben bis heute das Schicksal vieler Menschen geprägt. Darum ist und bleibt es Ausdruck und Gebot unseres christlichen Glaubens, für Fremde zu sorgen und Gastfreundschaft zu gewähren. „Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen“, sagt Jesus Christus.

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist zugleich eine moralisch verpflichtende Aufgabe, ohne deren Übernahme ein Gemeinwesen die

Grundlagen eines humanen Zusammenlebens verliert.

Diese Verpflichtung hat ihren rechtlichen Niederschlag unter anderem in den völkerrechtlichen Vereinbarungen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention gefunden, die unser Land übernommen hat. Sie findet ihren Ausdruck vor allem aber auch im Grundgesetz. Das dort verankerte Grundrecht auf Asyl sichert politisch Verfolgten ein individuelles Recht auf Asyl zu. Diese Fassung des Asylrechts ist ein Vermächtnis aus den Erfahrungen unserer Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus und zugleich ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Menschenrechte. Es darf in seiner grundsätzlichen Gültigkeit nicht gefährdet oder gar preisgegeben werden; andererseits darf es nicht für eine allgemeine Zuwanderung in Anspruch genommen werden.

III.

Um die gegenwärtige Situation zu entschärfen und Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen, bieten sich folgende Schritte an:

1. Das Asylrecht muß von der Inanspruchnahme durch Menschen mit asylfremden Flucht- oder Wanderungsgründen entlastet werden durch:

- einen eigenen temporären Status für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge mit klaren Regelungen der rechtlichen und sozialen Bedingun-

gen ihrer Aufnahme,

- einen sicheren ausländerrechtlichen Status für die Arbeitnehmer aus den Regierungsabkommen der ehemaligen DDR,
- die Schaffung begrenzter Zuwanderungsmöglichkeiten, nicht nur für gern gesehene Fachkräfte.

2. Um den Weg zu einer zügigen Bearbeitung neuer Asylanträge freizumachen, ist eine großzügige Regelung der Altfälle erforderlich.
3. Um einer Antragstellung aus sachfremden Motiven entgegenzuwirken, gibt das Bundessozialhilfegesetz bereits die Möglichkeit, daß Asylbewerber Sozialhilfe im wesentlichen als Sachleistungen erhalten. Dies schränkt auch die Aktivitäten von Schlepperorganisationen ein.
4. Nach wie vor bleiben Bund und Länder aufgefordert, die sachlichen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Asylverfahren in einer rechtsstaatlich einwandfreien Weise zu beschleunigen. Eine Liste von Ländern ohne politische Verfolgung, die unter Umständen zur Verkürzung von Asylverfahren beitragen könnte, darf nach dem Völkerrecht nur als widerlegliche Vermutung verstanden werden. Doch bleibt die Sorge, daß dabei durch die vorausgehende Vermutung im Einzelfall

politische Verfolgung nicht erkannt und dem Asylbewerber der ihm zustehenden Schutz versagt wird.

5. Wenn Abschiebungen nicht anerkannter Asylbewerber unumgänglich sind, darf in Übereinstimmung mit der Genfer Flüchtlingskonvention niemand in ein Land abgeschoben werden, in dem ihm Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit droht. Auch schwerwiegende humanitäre Gründe können einer Abschiebung entgegenstehen.
6. Ins Auge gefaßte Präzisierungen des Artikels 16 des Grundgesetzes müssen darauf gerichtet sein, unter Wahrung seines Wesensgehaltes zu einer abgestimmten Politik im europäischen Rahmen zu gelangen. Dafür ist es grundlegend, zu einer einheitlichen Auslegung des Flüchtlingsbegriffes der Genfer Konvention und zu vergleichbaren Verfahren zu kommen.

IV.

Die Flüchtlinge und Migranten, die in unser Land kommen, sind ein kleiner Teil einer weltweiten Wanderungsbewegung. Immer mehr Menschen werden ihrer sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen beraubt und versuchen, Not und Armut in ihrer Heimat zu entfliehen. Dies läßt auch uns nicht unberührt. Wie wir mit Flüchtlingen und Asylsuchenden umgehen, ist ein Lern- und Bewährungsfeld dafür, ob wir in der Lage

sein werden, uns als offene, demokratische und soziale Gesellschaft den dahinterliegenden, weit umfassenderen Herausforderungen zur Überwindung der Flüchtlingsursachen zu stellen.

Die Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung von 1990 ist ein wichtiger Einstieg in die Aufgaben zur Bekämpfung der Fluchtursachen, der der Vertiefung und Konkretisierung bedarf. Die gestellte Aufgabe könnte mit ihrer Größenordnung mutlos machen. Sie läßt sich nur in einem langen Prozeß bewältigen, dessen erste Schritte jetzt getan werden müssen.

Fast drei Viertel aller Flüchtlinge kommen gegenwärtig aus vier Ländern der südöstlichen Nachbarschaft. Wir sollten uns der Aufgabe stellen, durch konsequentes politisches und wirtschaftliches Handeln dafür zu sorgen, daß nicht eine so große Zahl von Menschen aus diesen Ländern ihre Heimat verlassen.

Die Bereitschaft vieler Privatpersonen, Pfarrgemeinden und Institutionen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien zeigt, wie viele Kräfte zur Bewältigung der schwierigen Situation noch freizusetzen sind. Die Aufnahmebereitschaft und die Akzeptanz für das Zusammenleben mit Ausländern lassen sich durch gezielte und differenzierte Aufklärung über die tatsächlichen Probleme bei der Aufnahme von Flüchtlingen und die vielfältigen Gründe von Flucht und Migration

gewiß noch steigern. Es ist wichtig, daß alle, die in der Arbeit mit Flüchtlingen und Asylbewerbern tätig sind, miteinander reden, planen und handeln.

Wenn wir über den Problemen in unserer europäischen Nachbarschaft die noch größeren Probleme der Menschen der südlichen Hemisphäre unserer Erde nicht vergessen und übergehen wollen, dann erfordert dies in einem noch weitergehenden Maße für jeden einzelnen und jede einzelne, für Staat und Gesellschaft ein Umdenken und große Anstrengungen. Als Kirchen wollen wir dazu beitragen, daß die großen Aufgaben zur Befriedung der Welt, zu mehr wirtschaftlicher Gerechtigkeit und zur Bewahrung von Gottes Schöpfung zu kommen, in einem breiten, dialogischen demokratischen Prozeß erkannt und angenommen werden.

*Bonn, den 26. November 1992,
Hannover, den 26. November 1992*
Bischof Dr. Karl Lehmann
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz
Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

**ANDERS LEBEN,
DAMIT ANDERE ÜBERLEBEN**

Postgiro Köln 556-505

MISEREOR

*Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt*

Mozartstr. 9
5100 Aachen

Wort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Bischof Karl Lehmann gegen Antisemitismus und antijüdische Aktionen

Aufruf zum Schutz der Menschenwürde

In diesen Wochen erleben wir erschreckende Äußerungen fremdenfeindlicher Einstellungen in Wort und Tat, massive Belästigungen ausländischer Mitmenschen auf den Straßen, gewalttätige Krawalle und lebensbedrohende Anschläge auf Ausländerwohnheime. Wir sind Zeugen von Haß auf Fremde, Aggressionen gegen Ausländer und Intoleranz gegenüber Minderheiten. Menschen, die unser Land als Stätte der Zuflucht aufsuchten, leben in Angst und Schrecken.

Eine Erfahrung dieser Tage gibt besonderen Anlaß zur Sorge, weckt die geschichtliche Erinnerung und ruft unseren entschlossenen Protest hervor. Es ist die Dimension von Judenfeindlichkeit, die sich versteckt oder offen in diesen Wochen meldet. Der Bombenanschlag auf das Berliner Mahn-

mal, die Brandstiftung gegen die „Jüdische Baracke“ im Konzentrationslager Sachsenhausen, der Übergriff auf das Konzentrationslager Ravensbrück, die Schändung jüdischer Grabmäler und Friedhöfe an verschiedenen Orten, öffentliche und anonyme Plakataktionen gegen jüdisches Brauchtum sowie Äußerungen, welche die Beheimatung von Juden in Deutschland in Frage stellen oder bestreiten – all dies sind alarmierende Zeichen, die uns wachrütteln müssen. Jüdische Gemeinden und Repräsentanten erhalten anonyme Briefe mit menschenverachtenden Beschimpfungen und Drohungen. Bewohnerinnen und Bewohner jüdischer Alters- und Seniorenheime fragen sich voll Angst, ob sie demnächst Ziel aggressiver Gewalt werden könnten. Männer und Frauen, die in den zurückliegenden Jahrzehnten jüdische Gemeinden wiederbegründet, Synagogen mit Gemeindezentren gebaut und Religionsunterricht für die nachwachsende jüdische Generation gewährleistet haben, fragen sich besorgt, ob sie wirklich mit gutem Grund den Deutschen wieder Vertrauen geschenkt haben.

In dieser Situation erneuter Sorge und Niedergeschlagenheit wollen wir Christen unsere Anteilnahme und Solidarität deutlich und unmißverständlich zum Ausdruck bringen.

In wenigen Tagen jährt sich das Datum der Novemberpogrome 1938. Wir erinnern an das Wort der

deutschsprachigen Bischofskonferenzen „Die Last der Geschichte annehmen“ vom 20. Oktober 1988 und bekräftigen diese Aussagen zur Frage geschichtlicher Schuld, zur Notwendigkeit von Besinnung und Umkehr und zu den Möglichkeiten eines christlich-jüdischen Miteinanders in Offenheit und Wertschätzung.

Wir bitten die katholischen Gemeinden und Priester, in ihren Gottesdiensten am 9. und 10. November Fürbitte zu halten. Die geschichtliche Erinnerung darf nicht verblasen. Die gegenwärtige Bedrohung gegen Fremde und jüdische Mitbürger muß durch Protest und mutiges Eintreten überwunden werden. Wir rufen alle katholischen Christen auf, jeder stillen Zustimmung zu Aktionen der Intoleranz und Gewalttätigkeit zu entsagen und sich gegen fremden- und judenfeindliche Äußerungen in Wort und Tat zu erheben. Wir ermuntern sie auch, an kirchlichen Veranstaltungen und allgemeinen Kundgebungen teilzunehmen, die dem Schutz der Menschenwürde dienen.

Der Antisemitismus ist eine Sünde gegen Gott und die Menschheit. Er darf unter Christen und in unseren Gemeinden keinen Raum haben.

(5.11.1992, Pressemitteilung der DBK)

*Gott
schuf und
liebt
die Phantasie.*

„Ursachen der Flucht, nicht Flüchtlinge bekämpfen!“

Misereor und BDKJ fordern klare Zuwanderungspolitik statt verschärfter Asylregelung

Eine klare Zuwanderungspolitik statt einer verschärften Asylregelung fordern Misereor und der Bundesvorstand des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Bei einem gemeinsamen Gespräch in Düsseldorf verwiesen BDKJ und Misereor auf den notwendigen politischen Willen, „unseren Wohlstand mit denen zu teilen, die ohne unsere Hilfe keine Zukunft haben.“

Nicht nur politisch Verfolgte, sondern alle, deren Leben in akuter Gefahr ist, müssen so lange bei uns Aufnahme finden können, bis eine gesicherte Rückkehr in die Heimat möglich ist.“

Misereor und der BDKJ bewerten es als eine trügerische Hoffnung, Flucht- und Wanderungsbewegungen könnten durch einen Gesetzesakt entscheidend beeinflusst werden. „Unterentwicklung, Krieg, Armut, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen als die wichtigsten Ursachen für Flüchtlingsbewegungen sind wirkungsvoll zu bekämpfen – und

nicht die Flüchtlinge selbst. Der Schutz der Asylbewerber und Asylbewerberinnen muß daher im Mittelpunkt der politischen Diskussion stehen. Über jedem Gesetz steht das Verfassungsgebot, daß die Würde des Menschen unantastbar ist und jeder Mensch ein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit hat“, betonen BDKJ und Misereor.

Mit Entsetzen stellen beide Organisationen fest, daß Abneigung und Gewalt gegen Ausländerinnen und Ausländer einen Platz in der deutschen Gesellschaft gefunden haben. Vor allem Christen seien jetzt aufgefordert, Farbe zu bekennen: „Wir empfinden es als unerträglich, daß Menschen, die vor politischer Verfolgung, Krieg oder aus materieller Not Schutz und Sicherheit suchen, in unserem Land wieder vor Gewalt fliehen müssen. Wir appellieren an alle, insbesondere an die jungen Menschen in den neuen Bundesländern, sich für eine ausländerfreundliche Gesellschaft einzusetzen.“

Die Sorgen vieler Menschen vor Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot und die Angst vor einem sozialen Abstieg müssen – ob begründet oder nicht – ernst genommen werden: Wer Angst vor der Zukunft hat, kann versucht sein, scheinbar einfache Lösungen für die komplexen Probleme anzunehmen. Fehlende Wohnungen, Arbeitslosigkeit und insbesondere Perspektivlosigkeit für viele junge Menschen in den neuen Bundesländern sind

innenpolitische Probleme, die nicht durch eine Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes gelöst werden können. Vielmehr handelt es sich hierbei um sozialpolitische Herausforderungen, die dringend angegangen werden müssen.

Engagement und Solidarität

JESUIT EUROPEAN VOLUNTEERS – Eine Alternative

Quer zum Trend der heutigen Gesellschaft engagieren sich junge Erwachsene für Menschen, die an den Rand gedrängt werden. Statt sich auf eigene Karriere zu konzentrieren, arbeiten junge Männer und Frauen bei den JESUIT EUROPEAN VOLUNTEERS (JEV) für ein Jahr mit Obdachlosen, Asylbewerbern, Behinderten, psychisch kranken und alten Menschen. Statt auf Distanz zu den Problemen anderer zu gehen, versuchen sie, in der Begegnung mit anderen für deren Nöte sensibel zu werden. Statt sich mit Schlagworten zufrieden zu geben, versuchen sie in persönlichem Engagement, nach Lösungen und Beiträgen zu suchen.

Die Mitarbeit bei den JESUIT EUROPEAN VOLUNTEERS, einer Initiative des Jesuitenordens, ist seit der Gründung vor sieben Jahren für viele junge Christinnen und

Christen eine wertvolle Zeit der Neuorientierung nach dem Abitur oder der Berufsausbildung. Sie versuchen dabei, die vier Ziele von JEV im Alltag zu leben: Arbeit mit Randgruppen der Gesellschaft, ein Lebensstil ohne Konsumdenken, sich vom Zusammenleben in einer kleinen christlichen Gemeinschaft herausfordern lassen, eine Vertiefung der Beziehung zu Gott im täglichen Leben im Blick zu behalten. Dabei werden sie von Mitarbeitern des Jesuitenordens unterstützt.

Die JESUIT EUROPEAN VOLUNTEERS arbeiten in verschiedenen Städten in Deutschland und Österreich – auch auf dem Gebiet der neuen Bundesländer, wo ein weiterer Ausbau vorgesehen ist. Abitur oder abgeschlossene Berufsausbildung sind für einen Einsatz Voraussetzung. Es besteht die Möglichkeit, diese Zeit als „Freiwilliges Soziales Jahr“ oder „Zivildienst“ anerkennen zu lassen. Während der Einsatzzeit erhalten die Volunteers Wohnung, Verpflegung, Versicherung und ein geringes Taschengeld.

Nähere Informationen
JESUIT EUROPEAN VOLUNTEERS
Kaulbachstraße 31a
8000 München 22

Das Evangelium

*ist das Staunen über den Wert und die
Würde des Menschen.*

(Johannes Paul II.)

ZdK-Präsidentin verurteilt Ausschreitungen gegen Ausländer

Angesichts der Gewaltausbrüche in Rostock und zahlreichen anderen Orten in Deutschland hat die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüsch, vor dem Geschäftsführenden Ausschuß am 11. September 1992 die Ausschreitungen verurteilt. Sie bezeichnete sie als eine Schande, auf die anständige Menschen und politisch wache und rechtsbewußte Bürgerinnen und Bürger nur mit Abscheu und Betroffenheit reagieren könnten.

Wenn die Bundesrepublik eine wehrhafte Demokratie bleiben will, dann muß sie nach Auffassung der ZdK-Präsidentin gegen solche Gewaltausbrüche, bei denen Leben, Besitz, Rechtsfrieden und Deutschlands Ansehen auf dem Spiel stehen, entschlossen und konsequent vorgehen. Um den Gewalttätern ihre Möglichkeiten zu entziehen, brauche man daher neben der Verbesserung polizeilicher Maßnahmen auch ein wirksames Gesetz gegen Landfriedensbruch.

Die Präsidentin des Zentralkomitees plädierte aber auch ausdrücklich dafür, nach den Ursachen für die Gewalttätigkeiten zu fragen. Hier gäbe es einen großen

Problemstau. „Es zeugt nicht eben von politischer Vorausschau, Weisheit und Entschlossenheit, wenn man die ganz offensichtliche Asylproblematik dauernd vor sich herschiebt, die Behörden vor Ort mit den Problemen sitzen läßt und dem Bund die Hände bindet“, so Rita Waschbüsch wörtlich. In dieser Situation hätten Gewalttäter eine Chance für ihre kriminelle Energie gewittert. In Verbindung mit zahlreichen anderen Problemen wirtschaftlicher, politischer und nicht zuletzt psychologischer Art könne so ein explosives Gemisch entstehen.

Asylrecht präzisieren und jungen Menschen sinnvolle Lebensperspektiven vermitteln

Angesichts erkennbarer Mißstände bei der Inanspruchnahme des Asylrechts müßten verlässliche, rechtliche Regelungen getroffen werden. Mit ihnen müsse das unumstrittene Recht auf politisches Asyl für Ausländer, die in ihrem Heimatland an Leib und Leben durch politische Verfolgung bedroht sind, präzisiert und zugleich gesichert werden, so die Präsidentin des ZdK vor dem Geschäftsführenden Ausschuß.

Geichzeitig forderte Rita Waschbüsch, alles zu tun, um jungen Menschen sinnvolle Lebensperspektiven zu vermitteln. Nicht die Bestrafung von jugendlichen Rechtsbrechern dürfe im Mittel-

punkt der Bemühungen stehen, sondern die Hilfen, die junge Menschen benötigen, wenn ihr Leben sich sinnvoll und glücklich gestalten soll.

Die ZdK-Präsidentin forderte die Politik auf, Lösungskompetenz zu beweisen. Konkret bedeute das: „Es müssen politische Entscheidungen getroffen werden, die dem Schutz von Ausländern dienen, die jungen Menschen helfen, die den Rechtsstaat stärken und den Miß-

brauch von Rechten und jede Gewalttätigkeit ausschalten“, sagte Rita Waschbüsch. Vom mündigen Bürger verlangte die Präsidentin, daß er sich jedem Aufkommen einer menschenverachtenden, ausländerfeindlichen Stimmung entgegenstellt. Tatenloses Hinnehmen von Exzessen oder auch nur von Gewaltparolen, gar klammheimliche Freude daran, räche sich sehr bald.

(ZdK-1274-IX-92-FS voraus)

Zeter und Mordio

Schreien hilft nicht, wenn die Kirche in den Medien wieder einmal durch den Kakao gezogen wird. Unterstützen Sie lieber die gemeinnützige Arbeit des Katholischen Pressebundes! Wir sorgen dafür, daß die Stimme des Glaubens in den Medien nicht untergeht.

Ich erbitte nähere Informationen:

Katholischer Pressebund e.V. · Adenauerallee 134 · 5300 Bonn 1



KIRCHE UND STAAT

Zur Lage der katholischen Militärseelsorge in Deutschland

**Vortrag anlässlich des Truppenbesuches in den USA
beim Deutschen Bevollmächtigten in Washington am
13.10.1992**

Erzbischof Dr. Dr. Johannes Dyba,
Katholischer Militärbischof für die
Deutsche Bundeswehr

Die Bundeswehr in Deutschland steht derzeit vor tiefgreifenden Veränderungen. Es werden Standorte geschlossen und Einheiten aufgelöst, der Personalumfang der Bundeswehr wird drastisch reduziert, Soldaten werden an neue Standorte versetzt. Dies kommt einem Neuanfang der Streitkräfte gleich. Über diese enorme Aufgabe hinaus steht die Bundeswehr auch noch vor zwei weiteren Herausforderungen: Etwa 10000 Soldaten der ehemaligen NVA, die auf Dauer übernommen werden, müssen in die Bundeswehr integriert werden. Und schließlich laufen die Vorbereitungen zur Aufstellung der Krisenreaktionskräfte, die – wenn die politischen und verfassungsrechtlichen Voraussetzun-

gen geschaffen sind – zu UN-Einsätzen verschiedener Art eingesetzt werden.

Diese drei großen Herausforderungen an die Bundeswehr haben unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Militärseelsorge. Dies möchte ich Ihnen nun erläutern.

1. Militärpfarrer erleben die Konsequenzen bei Soldaten und ihren Familien, wenn Standorte geschlossen und Einheiten aufgelöst werden. Gerade für altgediente Unteroffiziere, die oft 20 oder 30 Jahre an einem Standort waren, geht ein Stück Heimat und Verbundenheit mit „ihrer“ Einheit verloren. Je länger ein Soldat und seine Familie Wurzeln an einem Ort geschlagen haben, um so langwieriger wird die Beheimatung an einem neuen Standort. Hier kann die christliche Gemeinde ein Ort der ersten Begegnung und Kontaktaufnahme sein.

Doch viel größere Befürchtungen haben Soldaten, wenn die Versetzung zu einer Trennung von der Familie führt. Für gewisse Übergangszeiten – zum Beispiel bei Lehrgängen – sind Sie alle dies gewohnt. Wenn aber die Wochenende zum Normalfall werden sollte, ist dies unnormale und ungesund. Hohe Mieten in Ballungsgebieten, fehlender Wohnraum besonders in den neuen Bundesländern, aber auch die schulische Si-

tuation heranwachsender Kinder oder Arbeitsplätze der Ehefrauen führen in zunehmenden Maße zu einer Trennung der Väter von ihren Kindern und der Männer von ihren Frauen. Dies erfüllt mich mit Sorge. Militärpfarrer werden ein größeres Augenmerk auf die familiären Nöte von Soldatenfamilien halten. Vor Ort wird man sehen müssen, auf welche Weise Menschen zusammengeführt werden können, um die drohende Vereinzelung aufzufangen.

Mir ist aber auch ein weiterer Aspekt wichtig: Wenn zu hohe Mieten oder fehlende Wohnungen der Grund dafür sind, daß Familien und Ehepaare unnötig getrennt werden, so darf dies nicht einfach hingenommen werden. Die „Friedensdividende“ kann ja wohl nicht auf dem Rücken von Soldatenfamilien erwirtschaftet werden. Ich habe in verschiedenen Gesprächen im politischen Bonn dieses Problem angesprochen und werde das auch künftig mit Nachdruck tun.

2. Die zweite große Herausforderung, vor der die Bundeswehr steht, ist die Integration ehemaliger NVA-Soldaten und der Aufbau der Bundeswehr in den neuen Bundesländern, nachdem die NVA aufgelöst ist. Viele Militärpfarrer in der alten Bundesrepublik begegnen solchen Soldaten, während diese Lehrgänge oder Truppenpraktika machen. Für fast alle diese Soldaten ist dies die erste Begegnung mit einem Militärpfarrer.

In den neuen Bundesländern habe ich vor 2 Jahren in Abstimmung mit den Bischöfen der dortigen Diözesen den Aufbau der Katholischen Militärseelsorge veranlaßt. Mittlerweile arbeiten 4 hauptamtliche Militärpfarrer unter der Leitung eines Dekans in den Standorten. Sie werden von 27 Geistlichen unterstützt, die über ihre Pfarrei hinaus auch in der Militärseelsorge als Standortpfarrer im Nebenamt arbeiten. Diese Militärseelsorger kommen bis auf zwei alle aus den neuen Bundesländern. Sie müssen sich selbst erst noch damit vertraut machen, daß die Bundeswehr eine von der NVA vollkommen verschiedene Armee ist. Und sie müssen sich auch damit auseinandersetzen, daß sie heute frei und ungehindert in den Kasernen ein und ausgehen, während sie noch vor 3 Jahren als Männer der Kirche von allen staatlichen Institutionen ihres Landes drangsaliert wurden. Es gibt Militärpfarrer aus den neuen Bundesländern, die berichten, daß ihre Gemeindemitglieder genau deshalb wenig Verständnis haben oder es sogar ablehnen, daß ihr Pfarrer in die Kaserne geht.

Nun muß man dabei auch berücksichtigen, daß auf dem Gebiet der ehemaligen DDR 85 % der Bevölkerung konfessionslos sind. Von den 15 % Christen sind 3 % katholisch, 12 % evangelisch. Unter den Offizieren der ehemaligen NVA gibt es praktisch keine Christen. Viele Christen fragen daher

auch, was Priester dann noch in der Kaserne sollen. Eine Kirche, die fast 60 Jahre erst von Nazis und dann von Kommunisten unterdrückt wurde, muß nun langsam lernen, daß die neu gewonnene Freiheit auch die Verpflichtung beinhaltet, die Gesellschaft aus christlicher Verantwortung mit zu gestalten. Zur Zeit der SED-Herrschaft hat sich die Kirche und haben sich die Pfarrer vor Ort gegenüber dem staatlichen Atheismus abgegrenzt und ihre Gemeinden geschützt. Heute müssen sie lernen, auch auf Menschen zuzugehen, die früher den Atheismus militant vertreten haben. Manch ein Militärfarrer trifft einen Offizier mit NVA-Vergangenheit heute in der Bundeswehr wieder.

Wir werden bald in zunehmendem Maße erleben, daß von der Bundeswehr übernommene Offiziere und Unteroffiziere der ehemaligen NVA junge Menschen als Vorgesetzte führen. Es ist Aufgabe der militärischen Vorgesetzten, den Soldaten aus der früheren NVA das Grundrecht des Soldaten aus Artikel 4,1 und 2 des Grundgesetzes zu erläutern. Die Fähigkeit zur Toleranz gegenüber der Minderheit von christlichen Soldaten muß entwickelt werden, gerade auch dann, wenn diese Soldaten Untergebene sind. Der Respekt vor der religiösen und weltanschaulichen Freiheit darf nicht von der eigenen Überzeugung abhängig gemacht werden. Aus diesem Grund kommt dem Vorbild der Kamera-

den aus dem Westen eine große Bedeutung zu. Über die Erläuterung der juristischen Grundlagen hinaus entscheidet ihr Verhalten mit darüber, ob die Glaubens- und Gewissensfreiheit in den Streitkräften in gleicher Weise gewährleistet wird wie bisher. Das bedeutet auch, daß der konfessionslose oder ungläubige Soldat nicht in die Begegnung mit dem Militärfarrer gezwungen oder befohlen wird. Wir müssen freie Angebote eröffnen und durch unser christliches Vorbild im Alltag überzeugen.

Nicht nur in den neuen Bundesländern treffen Militärgeistliche auf viele Menschen ohne kirchlich-religiöse Beheimatung. Auch in der alten Bundesrepublik wächst die Zahl der Menschen, die nicht in einer selbstverständlichen Weise im Glauben und Vertrauen auf Gott groß geworden sind. Militärfarrer und Christen in der Bundeswehr begegnen ihnen in zunehmendem Maße. Es sind Menschen, die oftmals noch irgend etwas von Gott gehört haben, aber kaum Erfahrungen mit Kirche und christlicher Gemeinschaft gemacht haben. Sie streifen Gott und die Kirche wie Passanten auf einem Marktplatz. Und genau darin liegt unsere Chance! Auch die nur kurze Begegnung mit einem Menschen, der auf Gott vertraut und diese Ruhe weitergeben kann, ist ein Baustein auf dem Weg zu Gott für einen suchenden Menschen. Die Begegnung mit Menschen und

das Bezeugen des Glaubens sind daher für uns in der Militärseelsorge ganz wesentliche Schwerpunkte. Dies kann natürlich ein Militärpfarrer nicht alleine leisten. Viele Christen in Uniform nehmen – ich möchte dies einmal mit großer Dankbarkeit betonen – ihre Verantwortung für die Verkündigung des Glaubens in ihrem Arbeitsfeld bewußt wahr. Sie wissen, daß es nicht zuletzt an ihnen liegt, ob suchende Menschen in den Streitkräften gelebtem Vertrauen in Gott begegnen und sich daran aufrichten können.

3. Die dritte große Herausforderung, vor der die Bundeswehr steht, ist die Aufstellung von Krisenreaktionskräften. Mit Herstellung der Einheit Deutschlands ist die Erwartung in der Völkergemeinschaft gewachsen, Deutschland möge auch im Bereich der Sicherheitspolitik seiner internationalen Verantwortung gerecht werden, wie dies in der Außen- und Wirtschaftspolitik praktiziert wird. Der Golfkrieg hat die Menschen in Deutschland ohne Vorbereitung sehr schnell und drastisch vor diese Frage gestellt. Seit dieser Zeit wird in Politik und Öffentlichkeit heftig die Frage diskutiert, welche Verantwortung wird, für die Kriegsverhinderung außerhalb unseres Landes und außerhalb des atlantischen Verteidigungsbündnisses haben. Die katholische Kirche beteiligt sich an dieser Diskussion. Wir deutschen Bischöfe haben im Februar des letzten Jahres in un-

serer „Erklärung zum Golfkrieg“ herausgestellt, daß wir alle zur „tätigen Solidarität mit der Völkergemeinschaft in der Verteidigung einer gerechten internationalen Ordnung“ aufgerufen sind.

Dies ist die Position der katholischen Kirche, wie sie sich in den Dokumenten des II. Vatikanischen Konzils findet. Das Konzil geht von der Grundüberlegung aus, daß die Völker der Welt eine Friedensordnung auf der Basis von Menschenrechten und Völkerrecht aufbauen sollen. Die Konzilsväter hatten dabei das Bild eines politischen Prozesses vor Augen, der nach dem Ende des II. Weltkrieges und mit der Schaffung der UNO in Gang gekommen ist. Das Ende des kommunistischen Totalitarismus hat diesem Prozeß neuen Schwung gegeben. Die wichtigste und vorrangigste Aufgabe besteht darin, die politischen Möglichkeiten auszuloten, um eine gerechte internationale Ordnung zu entwerfen und umzusetzen. Wer wie ich die politische Wirklichkeit in vielen Ländern der dritten Welt, besonders in Afrika, kennt, weiß, daß dies nicht in wenigen Jahren und nur mit sehr viel Ausdauer zu bewältigen ist. Vielleicht sind Sie mit mir der Meinung, daß es gerade in diesem Punkt gut ist, daß die katholische Kirche als eine Weltkirche auch in den Kategorien von Jahrhunderten zu denken gewohnt ist. Nicht der kurzfristige Mißerfolg, sondern viele kleine Ansätze der Hoffnung auf der Basis einer

klaren Ordnungsvorstellung werden den Prozeß auf eine Weltfriedensordnung voranbringen.

Hier ist schon viel erreicht worden, wenn Sie nur an die enormen Fortschritte vieler Länder im südostasiatischen Raum denken. Letztlich werden wir in den reichen Ländern der nördlichen Halbkugel aber auch nicht um die Erkenntnis herumkommen, daß die derzeitige Weltwirtschaftsordnung eindeutig zu unserem Vorteil organisiert ist. Wenn wir eine Friedensordnung wollen, die diesen Namen verdient, dürfen wir die Armen der Welt nicht weiter „aufs Kreuz legen“, sondern müssen in echter Solidarität teilen. Wir müssen ihnen mehr zugestehen als ein paar Almosen.

Dieser langwierige Prozeß auf eine Weltfriedensordnung wird gefährdet, wenn – wie beispielsweise der irakische Diktator Hussein – einzelne Staatsführer aus politischem Egoismus versuchen, sich oder ihrem Land durch einen Krieg einen Vorteil zu verschaffen. Hier ist die Völkergemeinschaft als ganze betroffen; sie muß mit angemessenen Mitteln einschreiten. Die Völkergemeinschaft darf einen Bruch des völkerrechtlichen Kriegsverbots nicht tatenlos hinnehmen.

Jeder, der den Krieg im ehemaligen Jugoslawien beobachtet, sieht, daß offensichtlich die anfängliche Unentschlossenheit der europäischen Länder die Aggressoren erst ermutigt hat. Aus die-

sem Krieg lernen wir aber auch, daß weitere politische Instrumente unterhalb der Schwelle militärischer Einsätze entwickelt werden müssen, wie das der Heilige Stuhl bei der KSZE seit langem fordert. Dazu gehört die Einrichtung eines obligatorischen Streitschlichtungsmechanismus, beispielsweise durch ein unabhängiges Gericht. Wir haben nun im Jugoslawienkrieg erlebt, daß die Streitschlichtungsmechanismen der KSZE deshalb nicht funktionieren konnten, weil die Streitparteien, speziell die serbisch dominierte Regierung, nicht bereit waren, sich dem Schiedsspruch eines unabhängigen Gerichtes zu unterwerfen. Gewaltfreie Konfliktlösung zwischen Staaten mittels eines „Gerichtsurteils“ wird in Zukunft erst dann möglich sein, wenn die Völker und Staaten sich dem von ihnen anerkannten Völkerrecht auch beugen. Heute kann sich der einzelne Staat noch viel zu häufig auf seine Souveränität berufen und eine obligatorische Streitschlichtung ablehnen.

Wenn Militärpfarrer von Soldaten gefragt werden, was die Kirche zur Diskussion über die verschiedenen Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen sagt, dann können sie zuerst einmal auf diese eben skizzierten Grundüberlegungen hinweisen: Die Verantwortung für den Frieden in der Völkergemeinschaft muß von allen Gliedern nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten getragen werden. Friede

wird in einem politischen Prozeß durch eine gerechte internationale Ordnung angestrebt. Die Funktion der Streitkräfte besteht in der Absicherung dieses Prozesses gegen Rückschläge, indem sie den Bruch des völkerrechtlichen Kriegsverbotes verhindern oder ihm den Erfolg versagen. Von dieser Überlegung her dürfte es einleuchtend sein, daß die Durchsetzung des völkerrechtlichen Kriegsverbotes von allen Mitgliedern der Völkergemeinschaft zu tragen ist.

Nun fragen nicht nur Wehrpflichtige, ob denn ein Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik durch ihr Gelöbnis – oder durch den Eid bei Freiwilligen – abgedeckt sei, oder ob nicht im Nachhinein die „Geschäftsgrundlage“ geändert werde. Hinter der juristischen und verfassungsrechtlichen Problematik steht die ethische Frage.

Der Krieg als Institution kann nur überwunden werden, wenn das völkerrechtliche Kriegsverbot nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität eingehalten wird. Eben weil mit militärischen Mitteln kein Friede erreicht, sondern nur Krieg verhindert oder weiteres Unrecht abgewehrt werden kann, müssen alle politischen Mittel ausgeschöpft werden, ehe Gewalt als letztes Mittel angewendet werden darf. Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß wir schöpferischer und engagierter an die Suche nach politi-

schen Gewaltlösungsmechanismen gehen müssen.

Wenn aber alle friedlichen Mittel zur Kriegsverhinderung oder Beendigung von Unrecht erschöpft sind, muß geprüft werden, ob der Einsatz von Streikkräften nicht größeres Unrecht verhindern kann. Im Sinne der kirchlichen Friedenslehre ist es wünschenswert, wenn ein solcher Einsatz deutlich unter der Verantwortung der Völkergemeinschaft steht.

Auch ist für solche Einsätze unbedingt geboten, daß sie die Prinzipien der Proportionalität und der Diskrimination berücksichtigen. Denn wer zum Schutze Unschuldiger Unrecht verhindern, abwehren oder beenden will, darf keine Gewalt gegen die Zivilbevölkerung anwenden noch darf er unverhältnismäßige Gewalt einsetzen. Wer sich die Kriegswirklichkeit ansieht, weiß um die Problematik der Einhaltung dieser Prinzipien. Gerade deshalb darf nicht vorschnell und unüberlegt mit dem Rückgriff auf Streikkräfte hantiert werden. Im Gegenteil, hier ist höchste Zurückhaltung geboten.

Militärpfarrer setzen sich mit ihren Soldaten über diese Fragen auseinander, um ihnen den Sinn des bekannten Konzilssatzes zu erläutern, der lautet: „Wer als Soldat im Dienst seines Vaterlandes steht, verstehe sich als Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (GS 78) Es

versteht sich für uns von selbst, daß Militärseelsorger nicht nur über die Konsequenzen der kirchlichen Lehre reden. Sie werden die Soldaten als Seelsorger auch bei möglichen Einsätzen begleiten, sofern diese auf Beschluß der demokratisch gewählten Regierung zu einem Einsatz geschickt werden, der auf der Basis der kirchlichen Lehre sittlich vertretbar ist.

Erste Konferenz der europäischen Militärbischöfe in Fulda

Europas Einigung macht Fortschritte. Zwar sind die Verträge von Maastricht noch nicht in allen europäischen Ländern akzeptiert oder gar ratifiziert. Sicher wird es auch wegen der dänischen Ablehnung in der Volksabstimmung noch Änderungen geben. Aber das Ziel, Europa zu einigen, und dies nicht nur wirtschaftlich, sondern auch im Rahmen einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, bleibt bestehen und wird, wie viele hoffen und erwarten, bis zur Jahrtausendwende erreicht.

Als Indiz für dieses Zusammenwachsen Europas darf man sicher auch die erste Konferenz europäischer katholischer Militärbischöfe nach dem Inkrafttreten der neuen Regelungen für die Militärseelsor-

ge „*Spirituali militum curae*“ im Jahre 1986 sehen. Der deutsche katholische Militärbischof, Erzbischof Johannes Dyba, hatte zu dieser Konferenz vom 7. bis 10. September 1992 nach Fulda eingeladen – zehn Militärbischöfe waren der Einladung gefolgt.

Unter der Leitung des Präfekten der römischen Kongregation für die Bischöfe, Kardinal Bernadin Gantin, diskutierten die Bischöfe die Lage der Militärseelsorge in Europa.

Bei der Konferenz hob der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, die besondere Rolle der Militärseelsorge bei der Umgestaltung nationaler Streitkräfte nach dem Zerfall der beiden Machtblöcke in Europa hervor. Er betonte, daß die Kooperation der Streitkräfte in Europa enger werde und der Einsatz europäischer Streitkräfte im Dienst weltweiter Konfliktminderung immer dringlicher werde. Die Militärseelsorge habe die entscheidende Aufgabe, die Motive für die Aufstellung von Streitkräften zu vertiefen und die geistigen und ethischen Grundlagen zu verdeutlichen, die zur Erfüllung der neuen Aufgaben der Streitkräfte notwendig seien.

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung, Frau Ingrid Roitzsch, gab am 8. September 1992 einen Empfang für die Teilnehmer der Konferenz und Gäste aus der Bundeswehr, der Kirche,

der Politik und den Laiengremien der Militärseelsorge.

Frau Roitzsch unterstrich die Bedeutung der Anwesenheit der Bischöfe in Fulda als Zeichen der Anerkennung und Unterstützung des Heiligen Stuhls für die katholische Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Konferenz finde in einer Zeit historischer Veränderungen in Europa statt. Die Nachkriegsepoche der Ost-West-Konfrontation, die über Jahrzehnte die politische Lage unseres Kontinents geprägt hat, gehöre der Geschichte an; die Teilung Deutschlands und Europas sei beendet.

Der Sozialismus als gesellschaftliche und staatliche Organisationsform sei gescheitert, nicht zuletzt wegen seiner despotischen Geringschätzung von Freiheit und Selbstverwirklichung des einzelnen Menschen, die sich auch in aggressiver Religionsfeindlichkeit niederschlug.

Mit dem Untergang der kommunistischen Diktaturen habe eine neue Etappe der Freiheit begonnen. Diesen historischen Umbruch verdanken wir dem Mut und Willen der Völker Europas, den Anspruch der Freiheit und der Selbstbestimmung gegen totalitäre Herrschaftssysteme durchzusetzen. Ein tragendes, geduldiges Element sei hierbei die katholische Kirche gewesen – vor allem in Polen, aber auch in anderen Staaten Osteuropas.

Aufgabe der Gegenwart sei es

nun, die Chancen des Wandels zu nutzen und ein neues Europa zu bauen, wie es die Charta von Paris als Ziel setzt. Dabei gehe unser Kontinent durch eine bewegte Zeit des Umbruchs und Übergangs, deren Folgen kaum absehbar seien. Der mörderische Bürgerkrieg im zerfallenen Jugoslawien, aber auch andere Konflikte, führten dramatisch vor Augen, daß Europa alles andere als eine Insel des Friedens sei.

Der europäische Wandel habe vieles zum Besseren gewendet. Er stelle aber gleichzeitig neue Herausforderungen und Aufgaben und verlange neues Sicherheitsdenken. Die Festigung demokratischer Regierungsformen und die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung, der Kampf gegen Armut und Umweltzerstörung gewannen in Europa wie weltweit wachsende Bedeutung für Sicherheit und Stabilität.

Eine Schlüsselrolle falle dabei der Europäischen Gemeinschaft zu, die für viele Länder Osteuropas und der dritten Welt zum Hoffnungsträger geworden sei.

Die Idee eines geeinten Europas, das allen demokratischen Staaten unseres Kontinents offenstehen müsse, erschöpfe sich nicht in einer politischen und wirtschaftlichen Interessenvertretung. Diese Idee sei durch das geprägt, was Papst Johannes Paul II. den „Genius Europa“ genannt habe. Jenes geistige Erbe, in dem sich die Philosophie der Antike und des

Humanismus mit der Rationalität der Aufklärung und dem Glauben des Christentums verbinden, und aus dem unsere geistigen Wertvorstellungen geprägt werden.

Wenn Europa seine Wertvorstellungen auch in Zukunft zur Geltung bringen und die weltpolitischen Herausforderungen und Aufgaben von morgen bestehen wolle, dann müsse es seine Kräfte zusammenfassen und mit einer Stimme sprechen. Zur politischen Integration Europas gebe es keine Alternative.

Dazu gehöre auch die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität im Rahmen der transatlantischen Allianz mit den Staaten Nordamerikas. Ein vereintes Europa sei ohne gemeinsame Verteidigung nicht denkbar.

Der sicherheitspolitische Wandel ermögliche es, Streitkräfte erheblich zu verringern. In einer nach wie vor durch Spannungen und Konflikte geprägten Welt müsse aber für eine sichere Zukunft auch weiterhin militärische Sicherheitsvorsorge getroffen werden.

Die deutsche Soldaten hätten gemeinsam mit ihren Verbündeten in der Vergangenheit für Frieden und Freiheit unseres Landes und unserer Bündnispartner eingestanden und damit entscheidend zu den positiven Veränderungen der Gegenwart beigetragen. Ihr Dienst bleibe auch in Zukunft unverzichtbar.

Mit dem Wandel in Europa än-

derten sich aber auch ihre Aufgaben und ihre Rolle, die Anforderungen würden vielfältiger. Internationale Friedensmissionen unter dem Dach der Vereinten Nationen und humanitäre Hilfeleistungen gewannen zunehmend an Bedeutung und verliehen dem Dienst des Soldaten zusätzliche Legitimation. Das werde auch das soldatische Selbstverständnis erweitern.

„Wer als Soldat im Dienst seines Landes steht, der betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ – diese Aussage des II. Vatikanischen Konzils behalte auch unter den ganz anderen sicherheitspolitischen Bedingungen der Zukunft Gültigkeit. Die Mission des Soldaten im 21. Jahrhundert werde heißen: Schützen, helfen, retten. „Wir brauchen den MILES PROTECTOR“.

Freiheit und Frieden zu schützen, das sei und bleibe der Auftrag unserer Streitkräfte als Instrument einer politisch und ethisch verantworteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie binde den Dienst des Soldaten an die Werte unserer Verfassung und gewährleiste zugleich, daß der Soldat diese Werte auch im militärischen Alltag erfährt. Dazu gehöre auch das Recht der freien Religionsausübung.

Der Militärseelsorge in der Bundeswehr sei nie Instrument der politischen und militärischen Führung gewesen. Sie sei vielmehr als

Teil der kirchlichen Arbeit Seelsorge für Soldaten und ihre Angehörigen und als solche unabhängig von staatlichen Weisungen und Eingriffen – garantiert durch Verfassung und durch Vertrag verbindlich geregelt.

Staat und Kirche könnten auf eine erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit von 33 Jahren zurückschauen. Das Konzept der katholischen Militärseelsorge habe sich hervorragend bewährt, es biete ein solides und erprobtes Fundament für die Zukunft.

Den entscheidenden Anteil an dieser positiven Bilanz hätten vor allem die Militärseelsorger, die täglich im In- und Ausland unsere Soldaten betreuen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen, erklärte die Staatssekretärin. Besonders bezeichnend für Nutzen und Erfolg ihrer Arbeit sei, daß ihr Angebot zu Gespräch und Hilfe oft auch von Soldaten in Anspruch genommen werde, die sonst keine Beziehung zu Kirche und Religion haben.

Frau Roitzsch dankte Erzbischof Dr. Dyba und allen Militärgeistlichen für ihren stets engagierten und menschlich zugewandten Dienst für die Soldaten. Sie sagte zugleich auch für die Zukunft die volle Unterstützung der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr für die verantwortungsvollen und wichtigen Aufgaben der Militärseelsorge zu.

In einer stürmischen Zeit grundlegender Veränderungen und neu-

er Entwicklungen hätten die Menschen vor allem den Wunsch nach Orientierung und Erklärung. Als Staat, als Volk, als Kirche und als Streitkräfte könnten wir die vor uns liegenden großen Aufgaben nur meistern, wenn es uns gelinge, auf die geistige Herausforderungen der Zukunft überzeugende Antworten zu finden. Dazu könne auch die Militärseelsorge beitragen.

Kardinal Bernadin Gantin, der Leiter der Konferenz, dankte der Staatssekretärin für die freundlichen Worte, die sie an die Erste Europäische Konferenz der Militärordinariate gerichtet habe.

Die Welt sehne sich nach Frieden, jedoch bedrohten immer noch dramatische Kriege und ihre tödlichen Folgen die Menschen in vielen Regionen der Welt.

Der Fall der Mauern, die gestern noch Europa teilten, habe nicht zu einem friedlichen Zusammenleben aller Völker auf dem alten Kontinent geführt. Wie könnte man die schmerzliche Lage im früheren Jugoslawien vergessen? Es könne nicht oft genug wiederholt werden, daß ein Krieg nie mit Gewalt, nie durch neue, mehr oder weniger stabile Gleichgewichte, die auf Waffengewalt beruhten, gewonnen werde, sondern nur durch die Verwirklichung eines wahren Friedens. „Pax opus iustitiae“, in der Tat sei der Frieden nur das Ergebnis von Gerechtigkeit, Freiheit, Wahrheit und Solidarität.

Alle gesellschaftlichen Einrich-

tungen sowie alle Bürgerinnen und Bürger müßten sich verantwortlich fühlen für den Aufbau einer gerechten Gemeinschaft, die zur Wahrung des Friedens fähig sei. An erster Stelle seien die Streitkräfte dafür verantwortlich, den Frieden zu verteidigen und dem Ausbruch von Haß und bewaffneten Konflikten vorzubeugen. Dies sei eine schwere und edle Aufgabe für die Armee, deren Erfüllung nur gelingen könne, wenn die Menschen in den Streitkräften sich dieser Aufgabe bewußt seien und von sicheren moralischen Werten geleitet würden.

Die katholische Kirche verkünde durch die Stimme des Papstes unablässig die Botschaft des Friedens auf der Grundlage des Evangeliums. Papst Johannes Paul II. habe, als er in Turin mit italienischen Soldaten sprach, erklärt, daß die Aufgabe der Kirche innerhalb der Streitkräfte „nicht nur darin besteht, denen, die es wünschen, die Ausübung ihrer religiösen Pflichten zu ermöglichen. Ihre Aufgabe, so sehr sie auch im Stillen wirkt, ist anspruchsvoller und zielt darauf ab, den guten Willen derjenigen zu unterstützen, die nach einem höheren Sinn des Lebens streben“. Somit stelle der Wunsch der katholischen Kirche, die Militärseelsorge in den Streitkräften unter Wahrung der religiösen Freiheit wahrzunehmen, einen Beitrag zur Konsolidierung des Friedens dar. Sie scheue keine Mühe, seelsorgerisch diejenigen

zu begleiten, die sich in den besonderen Verhältnissen des militärischen Lebens befinden. Da, wo sie es für erforderlich halte, richte sie spezielle Pastoralstrukturen für die angemessene Verkündigung der christlichen Botschaft ein, indem sie mit den Staaten Abkommen zur Sicherstellung einer sinnvollen und effizienten Ausübung dieses Amtes abschließe. Diesen Zielen diene auch die Erste Europäische Konferenz der Militärordinariate unter der Obhut der katholischen Kirche in Fulda.

Auch der Beitrag der Laien zur Unterstützung der Militärseelsorge und zum rechten Verständnis des soldatischen Dienstes heute konnte im Gespräch mit den Bischöfen eingebracht werden. Laien sollen in Zukunft an derartigen Treffen der Militärbischöfe beteiligt werden. Ob dies schon bei dem für 1993 geplanten vatikanischen Weltkongreß in Rom der Fall ist, den die europäischen Bischöfe bei ihrer Konferenz in Fulda vorbereiteten, ist noch offen.

Jürgen Bringmann

**Vergeßt nicht, Gutes
zu tun und mit
anderen zu teilen;
denn an solchen
Opfern hat Gott
Gefallen.**

(Hebräer 13,16)

Wir begleiten unsere Soldaten überallhin

Katholische Militärfarrer tagten in Augsburg

Der Aufbau der Militärseelsorge in den neuen Bundesländern sei (fast) geschafft, äußerte Generalvikar Ernst Niermann gegenüber KOMPASS mit gedämpfter Freude. Während der 37. Gesamtkonferenz der katholischen Militärgeistlichen und Pastoralreferenten vom 5. bis 9. Oktober in Augsburg war dieses Thema unter den 150 Teilnehmern einer der Schwerpunkte.

Mit vier hauptamtlichen und 26 nebenamtlichen katholischen Militärfarrern – etwa vier sollen noch dazukommen – ist personell sicher ein ordentlicher Level erreicht. Doch nach wie vor stellt sich im Osten unseres Vaterlandes, in dem die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ohne Religion lebt und keiner Kirche angehört (etwa vier Prozent sind Katholiken), die Frage, wie diesen Menschen zu begegnen ist. Generalvikar Niermann: „Wir haben uns entschlossen, Begegnungen nicht aus dem Weg zu gehen, alle anzusprechen, sie einzuladen.“

Durch die Verringerung der Bundeswehr, die Auflösung von Standorten und die Neustationierung von Verbänden und Einheiten wird es zwangsläufig zu vermehrten

Versetzungen kommen, zu Umzügen der Familien oder „Wochenenden“ mit all den Folgeproblemen. Deshalb will sich die Militärseelsorge vermehrt um die Familien kümmern; sie betreuen und helfen, wo immer es geht.

Auch der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Peter Wichert, hob die Notwendigkeit der „besonderen seelsorgerischen Betreuung“ der Soldaten-Familien in dieser Zeit hervor. Wichert, der in Vertretung des Verteidigungsministers gekommen war, betonte, daß es „auf Dauer keine Unterschiede in der Seelsorge in Deutschland geben darf“. Gerade im Umbruch sei die Bundeswehr auf die Begleitung durch die Militärfarrer angewiesen. Wichert sprach den Militärseelsorgern seinen „besonderen Dank für ihren Einsatz im Ausland“ aus. Sowohl während des Golfkrieges als auch bei der Überwachungsaktion vor der Küste des ehemaligen Jugoslawiens und bei den Sanitätern in Kambodscha waren und sind katholische Militärgeistliche dabei.

Zu derzeitigen oder künftigen Einsätzen der Bundeswehr als „Blauhelme“ oder gar zu Kampfeinsätzen in internationalem Rahmen äußerten sich sowohl Erzbischof Dyba als auch Generalvikar Niermann. Beide lassen keinen Zweifel daran, daß „die Soldaten der Bundeswehr das Recht auf unseren solidarischen Beistand haben“ (Dyba). Erzbischof Dyba weiter: „Wohin auch immer unser

Staat unsere Soldaten schickt, dorthin werden wir sie begleiten.“ Selbstverständlich gehen er und sein Generalvikar von der Rechtmäßigkeit dieser Einsätze aus. Deshalb präzisierte Generalvikar Niermann gegenüber KOMPASS: „Sie müssen natürlich verfassungsrechtlich in Ordnung und nach den Grundsätzen der christlichen Friedensethik sittlich verantwortbar sein.“

Für den gebürtigen Augsburger Alfred Biehle war der Besuch in der Fuggerstadt nach eigenem Bekunden ein „Heimspiel“. Trotzdem zeigte sich der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages „des Ernstes der derzeitigen Lage“ durchaus bewußt. Biehle brachte seine Sorge über das seiner Meinung „noch geringe Zusammenwachsen“ zum Ausdruck. Als Beispiel führte er die Äußerung eines in die Bundeswehr übernommenen ehemaligen NVA-Offiziers an. Der wünschte sich, daß die in den Osten abgeordneten West-Offiziere eben dort mal am Sonntag in die Kirche gehen und nicht grundsätzlich übers Wochenende in den Westen nach Hause fahren. Biehle stellte heraus, daß die Militärpfarrer den Menschen in den neuen Bundesländern die einmalige Chance bieten könnten, „nach christlichen Grundsätzen zu leben“ und betonte den „noch nie so hohen Stellenwert der Militärseelsorge wie heute“.

Besonderen Applaus erntete Bayerns Umweltminister Peter

Gauweiler, als er betonte, daß „im Gegensatz zu anderswo in Bayern nie auch nur ein Krümel Zweifel an unserer Bundeswehr herrscht“. Im Namen der Regierung des Freistaates überbrachte er den Dank „für den Dienst der Kirche an unseren Soldaten“.

Für „erlebte Brüderlichkeit“ bedankte sich der evangelische Militärgeneraldekan Johannes Ottemeyer. „Die katholischen Militärpfarrer können sich auf ihre evangelischen Brüder verlassen“, betonte er.

Was war sonst noch geboten während der „ausgezeichnet vorbereiteten und organisierten“ (O-Ton vieler Teilnehmer) 37. Gesamtkonferenz? In Vorlesungsreihen mit anschließenden Aussprachen unter der Leitung arrivierter Referenten ging es um „Bibelarbeit in der Militärseelsorge“ und „Kirche und Medien – ein (Nicht-)Verhältnis?“ Zu ersterem referierten Jacob Kremer, Professor für neutestamentliche Bibelwissenschaften an der Universität Wien und Angelika Meißner, freie Mitarbeiterin beim Katholischen Bibelwerk Stuttgart.

Auf besonderes Interesse stieß die Vorlesungsreihe „Kirche und Medien“. Referenten waren Michael Schmolke, Professor am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaften der Universität Salzburg und WELTBILD-Chefredakteur Albert Herchenbach (über die Podiumsdiskussion zu dem Thema „Wie kommt Kirche

ins Blatt?“ berichten wir in dieser Ausgabe von WELTBILD Seite 76).

Dann gab es diverse Workshops, die der Fortbildung dienten, ein paar Exkursionen durch das wunderschöne Augsburg, einen Empfang für VIPs (besonders wichtige Persönlichkeiten), natürlich mit den Militärpfarrern, ein Pontifikalamt und andere Gottesdienste – und nicht zu vergessen die Begegnung aller katholischen Militärpfarrer aus ganz Deutschland untereinander. Daß diesmal offensichtlich die Stimmung besonders gut war, daß „viel miteinander gesprochen wurde und keine Spannungen auftauchten“, freute Generalvikar Niermann besonders.

Weil Militärpfarrer auch lustige Leute sein können, kamen neben der Fortbildung und Information, neben *ora et labora*, auch die Geselligkeit und hintergründiger Humor nicht zu kurz. So mancher bekam auf charmante Art sein Fett weg. Frei nach dem Uraltohrwurm „Das alte Haus von Rocky Tokky...“ begeisterte zum Beispiel die „Baubrigade Ursprung“ (Wehrbereichsdekan IV Carl Ursprung und seine Militärpfarrer) nach neuem Text von Dekan Schadt mit dem Lied „Das alte Haus von Dr. Niermann hat vieles schon erlebt, kein Wunder, daß es zittert, kein Wunder, daß es bebt...“

Heribert Lemberger (aus Kompaß Nr. 23 vom 30. 10. 1992).

Polnische Katholiken in Deutschland

Reorganisation der Seelsorgestruktur

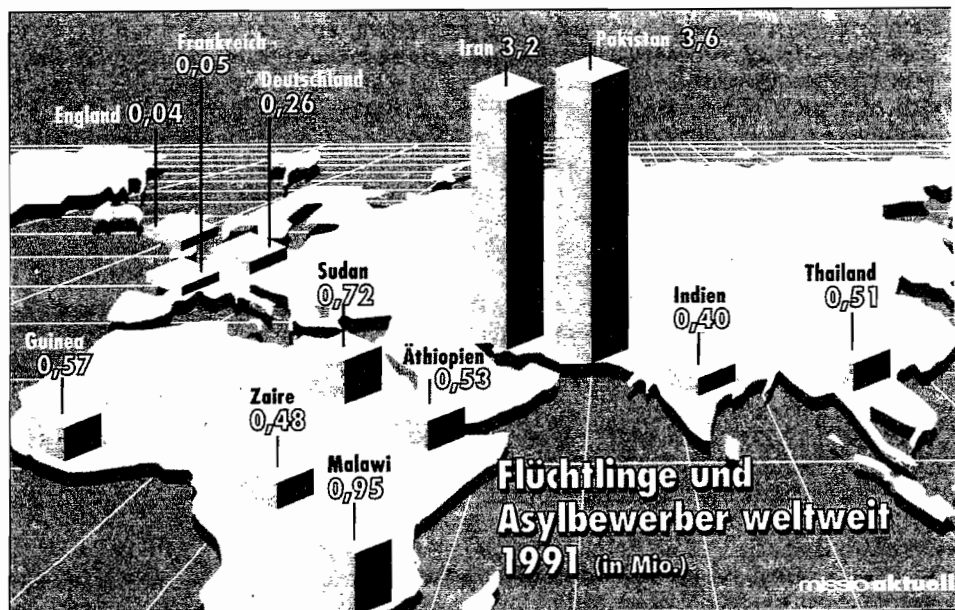
Aufgrund der Wiedervereinigung ist auch bei den polnischen Katholiken in Deutschland eine Reorganisation der Seelsorgestruktur vollzogen worden. So bleibt zwar die „Polnische Katholische Mission in Deutschland“ unter Missionsrektor Franciszek Mrowiec in Würzburg bestehen, aber die bisherigen Seelsorgedekanate wurden in „Seelsorgebezirke“ aufgewertet, wobei hinzuzufügen ist, daß die Polenseelsorge in der Ex-DDR keineswegs den ebenbürtigen Status wie in der alten Bundesrepublik hatte, d.h. sie war stark auf die Gastarbeiter beschränkt. Gleichzeitig teilt das Organ der katholischen Polen „*Nasze Slowo*“ (Unser Wort), das zweiwöchig erscheint, mit, daß die Zahl der polnischen Seelsorger in Deutschland verdoppelt wurde. Genaue Zahlen werden nicht genannt, aber es dürften weit über 100 ständige Seelsorger für die ca. 300 000 Deutschlandpolen sein, nicht eingerechnet die vielen Gastseelsorger. Es gibt jetzt also fünf Seelsorgebereiche, jeder mit einem Dechanten an der Spitze, dem stets ein Ordenspriester zur Seite steht.

Der „Nordbezirk“ umfaßt die Bistümer Osnabrück, Hildesheim

und das Offizialat Vechta, der „Bezirk Mitte“ die Erzbistümer Köln und Paderborn sowie die Bistümer Münster-Essen, Aachen und Trier, der „Bezirk Ost“ die Bistümer Berlin, Magdeburg, Görlitz, Dresden und Erfurt. Der „Bezirk West“ betreut das Erzbistum Freiburg sowie die Bistümer Rottenburg-Stuttgart, Mainz, Speyer, Limburg sowie den Westteil des Bistums Augsburg. Schließlich folgt der „Bezirk Süd“, der die Erzbistümer München-Freising und Bamberg sowie die Bistümer Regensburg,

Würzburg, Fulda und den Ostteil des Bistums Augsburg umschließt. Die Polen haben erst seit wenigen Jahren ihre eigene Kirchenzeitung. Wie es heißt, dank der Unterstützung der deutschen katholischen Amtskirche. Die Deutschen in Polen, die zahlenmäßig weitaus stärker sind und konzentriert in Ballungszentren leben, konnten bisher noch keine eigene katholische Mission, weder eigene Dekanate noch Seelsorgbezirke erhalten.

Joachim Georg Görlich



Quelle: „Der Überblick“

Nicht Europa, sondern Pakistan und der Iran führen mit weitem Abstand die Reihe der Staaten an, die im vergangenen Jahr weltweit die meisten Flüchtlinge und Asylbewerber aufgenommen haben, danach folgen fünf afrikanische und zwei weitere asiatische Länder, erst auf Rang zehn steht Deutschland.

(aus Missio aktuell 1/93)

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Nöte der Zeit

Obwohl die große Bedrohung durch Atomwaffen kleiner geworden ist und obwohl Deutschland in einem ans Wunderbare grenzenden Prozeß geeint wurde, haben die Nöte der Zeit nicht abgenommen.

Der Krieg im Rest-Jugoslawien, die Hungersnöte in Afrika, die Auseinandersetzungen im Kaukasus, die ungeklärten Situationen in Afghanistan, Kambodscha, einigen Staaten Asiens und Lateinamerikas, die Situation in China, die Bedrohung durch Drogen – alle diese Brände werden auch uns in Deutschland berühren. Wir können nicht auf einer Insel der Seligen ausruhen und ab und an das Scheckbuch ziehen oder beschwörende Appelle an Streitende richten. Wir werden mehr und mehr gefordert werden. Das wird Engagement, Stellungnahmen und auch viel Geld kosten.

Am eigenen Hause sind die Schäden in der ehemaligen DDR größer als bisher auch Pessimisten annahmen. Diese Schäden sind materieller, aber auch ideeller Art. Die Natur ist weit mehr geschädigt als bisher angenommen oder berichtet wurde. Das ist mit Geld nur teilweise wiedergutzumachen. Die Schäden brauchen zur Behebung viel Zeit und Geduld. Die Struktur einer ganzen Region

umzubauen ist schwerer als man gedacht hat, und die Mauer in den Köpfen – Ost wie West – ist stärker als man je annehmen konnte.

Damit wird zugleich deutlich, daß die Schäden im Bereich der ehemaligen Sowjet-Union noch erheblich größer sein werden. Auch da sind wir gefordert.

Nimmt man nun alles in allem, dann sind folgende Maßnahmen unumgänglich:

- Unsere Beteiligung an der Stärkung einer Weltordnung muß größer werden. Das kostet Geld, aber auch personengebundenes Engagement. Regierung und Opposition dürfen nicht länger gegeneinander reden, sondern müssen schnellstmöglich unser Grundgesetz den Erfordernissen der Zeit anpassen.
- Wir müssen bereitstehen, Opfer aus Krisengebieten in größerer Zahl aufzunehmen. Das erfordert finanzielle Mittel, aber auch eine Gesetzgebung, die es ermöglicht, für Notfälle offen zu sein, Menschen, die, verführt oder geblendet vom Wohlstand, hier einzudringen versuchen, abzuschieben. Hier zu säumen oder um Kleinigkeiten zu feilschen, wird von der einheimischen Bevölkerung nicht mehr verstanden und kann zu Wahlverdrossenheit und damit zu politisch

sinnlosen Konstellationen führen.

- Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands muß durch sinnvolle Investitionen in produktive Anlagen forciert werden.
- Auch in den alten Ländern gibt es eine gewisse Armut. Hier muß gezielt geholfen werden.
- Junge Familien leiden darunter, daß Wohnraum, dessen Miete erschwinglich ist, nicht ausreichend zur Verfügung steht. Der soziale Wohnungsbau ist zu stärken. Wohnungsmißbrauch in Form von Zweit- oder Drittwohnung ist steuerlich nicht zu fördern, sondern entsprechend zu besteuern.
- Die Pflegeversicherung muß schnellstens – im Hinblick auf die wachsende Zahl der alten Menschen – eingerichtet werden.
- Die Krankenversicherung ist von Grund auf zu reorganisieren. Der Konsens zwischen Industrie, Krankenhäusern, Ärzteschaft, Kassen und Patienten ist anzustreben, aber nur unter der Bedingung, daß alle Beteiligten tragbare Opfer bringen.
- Soziale Vorhaben, die als Lohnnebenkosten in Erscheinung treten, müssen mit Entlastungen der produzierenden Wirtschaft gekoppelt werden.
- Die familiengerechte Besteuerung muß endlich verwirklicht werden. Insbesondere Ehepaare mit Kindern müssen so ent-

lastet werden, daß sie sich nicht schlechter stehen als Familien ohne Kinder. Die Belastungen müssen dadurch abgefangen werden, daß Familien ohne Kinder – zwar noch immer günstiger als Ledige – höher besteuert werden. Denn nur eine größere Kinderzahl sichert die Alten der heutigen Generation.

- Das Abtreibungsgesetz ist so zu gestalten, daß es das Leben vom Augenblick der Zeugung bis zum natürlichen Tod des Individuums schützt. Die flankierenden sozialen Maßnahmen, die den Tod eines ungeborenen Menschen aus materieller Sorge unmöglich machen, sind umgehend einzurichten. Auch das wird nicht ganz billig sein.

Sieht man diese Aufgaben, die auf uns zukommen, dann muß man sich fragen, warum wird unser Volk über diese Dinge und die Maßnahmen zur Behebung nicht aus berufenem Munde aufgeklärt. Statt ab und an ein Interview zu solchen Fragen zu geben, müßte beinahe für jedes Thema eine Regierungserklärung abgegeben werden. Zumindest aber müßte der Verantwortliche in jedem Vierteljahr die Nation informieren. Das Volk ist mündig, es will wissen, was getan wird, wann es getan wird und warum so und nicht anders gehandelt wurde. In dieses Programm gehören natürlich auch Fragen der Inneren Sicherheit, Fra-

gen der Umwelt und der Forschung.

Nun wird aber erkennbar, daß allein schon die finanziellen Aufwendungen ungeheuer sind. So wird man also auch sagen müssen, woher das Geld kommt und über welchen Zeitraum die Maßnahmen zu verteilen sind.

Eine Dringlichkeitsliste ist notwendig.

Aber es gibt auch erkennbare Möglichkeiten zur Einsparung.

- Wenn kein Geld vorhanden ist – und die Verschuldung liegt ja bereits auf den Schultern der kommenden Generation –, dann muß man alles unterlassen, was nicht notwendig ist.

Als erstes fällt darunter der völlig überflüssige Umzug nach Berlin. Bei dem in Berlin noch herrschenden Chaos – Wohnungsnot, Verkehrsmisere, mangelnde Infrastruktur in Strom und Abwässern usw. – kann diese Stadt frühestens in 20 Jahren eine einigermaßen geordnete Hauptstadt abgeben. Dann aber ist Europa bereits soweit zusammengewachsen, daß ein großer Teil der nationalen Regierungsaufgaben von europäischen Behörden wahrgenommen werden. Würde man nun Ministerien usw. nach dem heutigen Bedarf bauen, hinterließe man in Berlin Bauten, die nicht mehr gebraucht werden.

Der ganze Hickhack um Berlin

wäre nicht entstanden, wenn das Parlament, wie es seine Pflicht ist, vorher einmal eine seriöse Berechnung vorgenommen hätte. Dazu hätte man auch eine Situationsanalyse für das Jahr 2000 anschließen müssen.

Hier sind in jedem Fall in den nächsten 10 Jahren 100 Milliarden einzusparen, das heißt, jedes Jahr 10 Milliarden DM.

- Ebenso sollte man von Wunschträumen Abschied nehmen. Barcelona war ein tolles Ereignis. Man weiß inzwischen, was es gekostet hat und wieviel davon der Stadt auf Dauer zugute kommt. Berlin müßte in nächster Zeit – auf 8 Jahre verteilt – etwa 32 Milliarden aufbringen. Die Stadt kann das aber nicht, und so müßte der Bund einspringen. Woher soll er aber pro Jahr 4 Milliarden nehmen? Da sollte man sagen, aus Vernunftgründen bewerben wir uns erst zu einem späteren Zeitpunkt.
- Rüstung ist teuer, Abrüstung aber auch, wenn das manche Zeitgenossen auch nicht glauben wollen. Der Verteidigungs-etat wird noch lange Zeit mit Ausgaben für die Vernichtung von Waffen belastet sein. Dennoch müßte nachgedacht werden, ob und wie auch hier noch Einsparungen von jährlich 2 – 3 Milliarden möglich sein können. Allerdings wird es nicht so

gehen, daß Kasernen oder Gebäude vom Bund umsonst abgegeben werden können. Denn Liegenschaften sind ja auch ein haushaltsrelevantes Kapital.

- Es gibt eine Reihe von Subventionen, die nun wirklich abgebaut werden müssen, auch wenn die Betroffenen über ihre Lobby laut klagen. Dazu sind natürlich ressortübergreifende Regelungen notwendig, weil man schließlich dort nicht abbauen darf, wo die Subventionen der Produktion auf die Sprünge helfen.
- Es ist natürlich auch daran zu denken, daß alle Prestigebauten ein wenig zeitgemäßer gestaltet werden müssen. Das gilt für alle öffentlichen Bauten. Aber nicht nur für die des Bundes, sondern auch für die der Länder und der Kommunen.
- Überlegt werden müßte auch, wo weitere Belastungen möglich sind. Ob die Besteuerung der „Besserverdienenden“ wirklich etwas bringt, darf bei der relativ kleinen Zahl bezweifelt werden. Und ob dann nicht eine geringere Leistungsbereitschaft die Folge wäre, ist noch nicht sicher. Denn inzwischen ist ein Kampf um die Besetzung verantwortungsvoller Posten entbrannt – aber nicht ein Kampf der Bewerber, sondern der Ausschreiber. Und mancher führende Posten

kann nicht besetzt werden, weil der geeignete Bewerber ins Ausland abgeworben wurde. Da sollte man noch zweimal nachdenken.

- Nicht ausgeschlossen sollte auch der Gedanke sein, unsere Parlamente – alle – zu verkleinern und nach einer einheitlichen Kostenanalyse zu finanzieren.

Ebenso müßten auch die Ministerien überprüft werden, ob wirklich der Umfang so groß sein muß wie er heute ist.

- Auf dem Wege der Privatisierung von Dienstleistungen und von staatlichen Institutionen sollte fortgefahren werden. Auch hier ist noch manches einzusparen.

Läßt man es bei dieser Aufzählung bewenden, dann wird erkennbar, daß die Einsparungen nicht soviel bringen wie ausgegeben wird. Infolgedessen müssen auch die Ausgaben einer Korrektur unterzogen werden.

Machen läßt sich alles nur, wenn der Bürger in der Masse einsieht, warum und wieso solche einschneidenden Maßnahmen notwendig sind. Er weiß auch, daß nur ausgegeben werden kann, was verdient wurde. Und verdient wird nur bei einer florierenden Wirtschaft. Daher sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer – vertreten durch die Gewerkschaften – einmal darüber nachdenken, ob nicht einmal eine Nullrunde in der Tarifpolitik angezeigt ist. Denn oftmals ist es

so, daß der soziale Vorteil einer Lohnerhöhung durch höhere Abgaben – von Krankenkasse bis zur Altersversorgung – schon wieder teilweise aufgezehrt wird. Und sind wirklich alle in unseren Medien Tätigen so enorme Könner, daß sie so hoch – sowohl bei den öffentlich rechtlichen als auch bei den privaten – bezahlt werden müssen?

Beim näheren Durchforsten wird sich noch mancher „Erbhof“ ergeben, der einmal ein wenig eingegrenzt werden müßte.

Über all' das aber müßte der Bürger sachlich informiert werden. Dann nämlich könnte es sein, daß sich viele Bürger privat und finanziell engagieren, wo es der Staat im Augenblick nicht kann.

Helmut Fettweis

Betreuung und Fürsorge der Soldaten und ihrer Familien

Zur Situation der Freizeitbüros und Perspektiven für deren weitere Stabilisierung

Ein Seminar der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung e.V., dem Bildungswerk des Deutschen Bundeswehr-Verbandes vom 13. – 15.11.1992 in Bonn

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

für die, der Arbeitsgemeinschaft für Wehrpflichtige „aktion kaserne“, getragen von einigen Mitgliedsverbänden des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), eingeräumte Möglichkeit, einiges zur Situation der Freizeitbüros und zu Perspektiven ihrer weiteren Stabilisierung anzumerken, darf ich mich an dieser Stelle bedanken.

Gibt dies uns doch die Möglichkeit, auf einige Aspekte katholischer Jugendverbandsarbeit aufmerksam zu machen, die nicht gleichsam automatisch für Schlagzeilen in der Öffentlichkeit sorgen: Gemeint ist praktische Hilfestellung auf der Grundlage des Evangeliums für ein Engagement von Christen im Staat, seinen Einrichtungen – und in diesem Falle der Streitkräfte und in der Gesellschaft.

Ich will allerdings heute „hart“ an dem mir gestellten Thema bleiben und nicht über die grundsätzlichen Debatten im BDKJ zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht sprechen, sondern habe mir vorgenommen:

1. darzustellen, was uns als Arbeitsgemeinschaft für Wehrpflichtige bewegen hat, in diesem Bereich die Initiative zu ergreifen und dies durch Bildungsmaßnahmen für Soldaten umzusetzen,

2. welche bisherigen Erfahrungen wir in und aus unserer Arbeit gewonnen haben, die uns veran-

laßt haben, das Projekt fortzuführen,

3. welche Forderungen, Konsequenzen und Empfehlungen wir darüber als Arbeitsgemeinschaft für Wehrpflichtige ziehen und ansprechen wollen.

Ich will einschränken: Folgerungen und Konsequenzen, nicht abschließend gesichert durch harte empirisch und intersubjektiv nachprüfbar Erkenntnisse, sondern begründet in der Bildungsarbeit mit Soldaten in Freizeitbüros – und dies rückschauend betrachtet mit 1500 Teilnehmern.

Zu 1. Was hat uns bewogen, in diesem Bereich die Initiative zu ergreifen?

Ein Blick in die Veröffentlichungen diverser Zeitschriften, die von Soldaten für Soldaten herausgegeben werden, diente auch hier unserem Erkenntnisgewinn.

So fanden wir in 1976 einen Beitrag eines S-1-Offiziers aus Bad Reichenhall, heute tätig im BMVg, der beschrieb, was ihn veranlaßt hatte, an seinem Standort ein sogenanntes „Freizeitbüro“ aufzubauen und zu betreiben.

Dies fanden wir nachahmenswert, indem wir uns entschlossen hatten, eine Tagung für grundwehrdienstleistende Soldaten auszusprechen, um mit ihnen über sogenannte „Freizeitbüros“ als eine Möglichkeit, die Betreuung der Soldaten in ihrer Freizeit, resultierend aus der Pflicht des Vorgesetzten den Anforderungen aus § 10 Abs. 3 des Soldatengesetzes

zweckmäßigerweise zu realisieren.

Es kamen etwa 40 Soldaten – keiner allerdings, der je etwas von einem Freizeitbüro in der Truppe gehört hatte.

Nach der Tagung waren wir uns sicher, daß diese Idee Verbreitung finden wird. Nach einem weiteren Jahr waren wieder 40 Soldaten auf einer von uns ausgeschriebenen Tagung – und etwa 20 Standorte konnten bereits über ein Freizeitbüro berichten.

Noch bis zu diesem Zeitpunkt – so wurde uns mitgeteilt – sah man im Bundesministerium der Verteidigung und dem nachgeordneten Bereich nicht die Notwendigkeit, hier einen in der Truppe sich entwickelnden und wachsenden Bedarf zu decken, denn: es gibt, so laut STAN oder wie auch immer, kein Freizeitbüro in den Truppen – außer in der Marine. Zwischenzeitlich hat sich dies ja dankenswerterweise auch durch die Mithilfe des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, der an unseren Tagungen regelmäßig teilnimmt, geändert: wie Sie vielleicht wissen, beabsichtigt der Bundesminister der Verteidigung durch die Herausgabe eines Grundsatzerlasses und eines Handbuches für den hier in Rede stehenden Bereich Regelungen zu treffen.

Allerdings, nicht nur der genannte Beitrag in dieser Soldatenzeitschrift hat uns veranlaßt, hier initiativ zu werden. Für uns als Ar-

beitsgemeinschaft für Wehrpflichtige, die von Jugendverbänden getragen wird, stehen weitere Aspekte im Vordergrund unserer Begründungen und Bemühungen:

1. Soldaten, und insbesondere grundwehrdienstleistende Soldaten, sollen unserem pädagogischen Selbstverständnis nach ihre Freizeit selbst planen, organisieren und erleben. In die freie Zeit der Soldaten soll nicht umfassend, im Sinne einer einschränkenden, reglementierenden Erlaßlage eingegriffen werden.

Über die Frage, ob dieses oder jenes „sinnvoll“ oder „nicht-sinnvoll“ in der Freizeit der Soldaten ist, entscheiden diese selbstverständlich.

2. Soldaten, und wiederum insbesondere grundwehrdienstleistenden Soldaten, ist Hilfestellung dort und dann anzubieten, wann und wo sie dies selbst wollen. Ein Zwang zur reglementierenden Freizeitbetreuung ist pädagogischer Unsinn.

3. Hilfestellung für die Freizeitgestaltung geschieht freiwillig – § 10 Abs. 3 des Soldatengesetzes bedeutet ein verantwortetes pflichtgemäßes Auswahlermessen des in der Regel nächsthöheren Disziplinarvorgesetzten dort, wo Hilfestellung begründbar und zweckmäßig erscheint.

Freizeitbüros sind überall dort zweckmäßig, wo Lage und Umstände es geboten erscheinen lassen.

Wir halten als Arbeitsgemein-

schaft für Wehrpflichtige die Einrichtung von Freizeitbüros im Sinne der Realisierung des § 10 Abs. 3 Soldatengesetz für eine Zweckmäßigkeitentscheidung.

Nun sind wir oft gefragt worden, warum engagiert ihr euch als konfessionell gebundene Jugendverbände in diesem Bereich.

Darauf antworten wir gerne und gemeinhin, indem wir feststellen:

1) Aus den Jugendverbänden leisten Mitglieder Grundwehrdienst – also sind dies diejenigen Soldaten, die in ihrer Freizeit ehrenamtlich für andere Freizeit planen und organisieren. Diese ihre Erfahrungen bringen sie in die Streitkräfte ein. Ihre Kompetenz ist in Freizeitbüros gefragt.

2) Unserer Meinung nach gibt es Grundlagen und Grundsätze für die Betreuung der Soldaten in ihrer Freizeit, die sich an zivilen Standards orientieren. Freizeit und Freizeitgestaltung soll so wenig militärisch organisiert wie nur möglich sein.

Dies hat Konsequenzen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Zu 2. Welche bisherigen Erfahrungen konnten wir in unserer Arbeit gewinnen?

– wie schon gesagt: empirisch-intersubjektiv nachprüfbar ist das natürlich nicht festzumachen.

Um es einfach zu formulieren:

„typische Erfahrungen“, wie sie auch für andere Bereiche des soldatischen Alltags gelten

Erste Erfahrung:

...es ist in den Teilstreitkräften und in den einzelnen Standorten der Wehrbereiche I bis VIII alles sehr, sehr unterschiedlich.

Zweite Erfahrung:

...es hängt allem Anschein nach von den Vorgesetzten ab, ob sie die Grundsätze der Inneren Führung nicht nur kennen, sondern auch umsetzen, wie sie beispielsweise die gesetzlich begründete Pflicht nach § 10 Abs. 3 Soldatengesetz realisieren.

Dritte Erfahrung:

...darüber muß es doch eine ZDV geben, die genau regeln soll/kann/muß, was nun erlaubt ist oder was nun nicht erlaubt ist.

Erfahrung eins und zwei ist bezogen auf den Sachverhalt „Freizeit“, schlichtweg so wie beschrieben.

Erfahrung drei unzweckmäßig – und man sollte davon ablassen, alles – und insbesondere für diesen Bereich – durch Vorschriften abschließend regeln zu wollen.

Allerdings: Eine Erfahrung möchte ich hervorheben, weil diese durchgängig ist.

Es sind die grundwehrdienstleistenden Soldaten selbst, die mit viel zivilorientierter Phantasie, Kreativität, Flexibilität und einem hohen Grad an Kenntnissen im „Grauzonenbereich“ der dezentralen Beschaffung in der Bundeswehr hier für andere einen Dienst in Freizeitbüros leisten, der ohne ihr engagiertes Mittun – allen bürokratischen Hemmnissen in der

Realisierung ihrer zumeist selbst gesetzten Vorhaben zum Trotz – nicht denkbar wäre.

Dafür möchte ich an dieser Stelle auch einmal danken.

Es grenzt nahezu an die heldenhaften Bemühungen Don Quichottes, wenn Soldaten in Freizeitbüros von ihrem unermüdlichen Einsatz bei der Beschaffung eines Farbbandes für eine Schreibmaschine der 60er Jahre berichten.

Zu 3. Welche Folgen, Konsequenzen und Empfehlungen möchten wir aussprechen?

Was unserer Auffassung nach aussteht und einer dringenden Realisierung bedarf, ist eine Gesamtkonzeption des Bereiches Fürsorge und Betreuung für die Streitkräfte 2000. Dazu müssen heute die planerischen, organisatorischen und infrastrukturellen Voraussetzungen vorgedacht werden, denn Streitkräfte 2000 und die in ihr dienenden Soldaten, seien es dann möglicherweise ausschließlich Freiwillige oder dann noch immer gemischt aus Wehrpflichtigen, Berufs- und Zeitsoldaten einschließlich der zivilen Mitarbeiter, werden wahrscheinlich ein weit höheres Maß an Fürsorge, Betreuung und sozialen Erfordernissen stellen als dies heute noch der Fall sein dürfte.

Konzeption, Betreuung und Fürsorge 2000 ist zweckmäßigerweise in Zusammenarbeit mit zivilen Einrichtungen anzulegen, da es in diesem Bereich eine hohe zivile Orientierung unter den Soldaten

gibt.

Dem Trend zur Zentralisierung in dem Bereich sehen wir mit gemischten Gefühlen und Einschätzungen entgegen.

Sofern für Freizeitbüros ein Platz in einem Betreuungskonzept 2000 vorgesehen sein sollte, will ich abschließend einige Perspektiven benennen, die einer näheren Prüfung unterzogen werden können:

1) Soldaten, denen laufbahn- und förderungsrelevant der Bereich Freizeitbetreuung über die Teilstreitkraft Marine hinaus eröffnet werden soll, sind dem Grunde nach unter Freiwilligkeitsgesichtspunkten auszuwählen. Wir haben Grund zur Annahme, daß in der Freiwilligkeit der mögliche Schlüssel für erfolgreiches Engagement liegt.

2) Es muß auch jetzt schon ausgeschlossen werden, daß eine „eingeschränkte Verwendungsmöglichkeit“ den Zugang zur Freizeitbetreuung erst eröffnet. Sofern gerade unter den grundwehrendienstleistenden Soldaten, die jetzt in Freizeitbüros tätig sind, nur eine eingeschränkte Verwendungsfähigkeit festgestellt wird – und die Liste dafür wird ja immer länger –, ist dieser nicht gleichsam automatisch der richtige Mann im Freizeitbüro.

3) Solange ein abschließendes Konzept 2000 noch aussteht, empfehlen wir die Verwendung von Soldaten in Zweitfunktion – ähnlich den bisher bekannten Zweit-

funktionen – dann als sogenannte „hauptamtliche Soldaten in Freizeitbüros“ mit vernünftigen Grundlagen für die Arbeit.

Es ist immer wieder erstaunlich feststellen zu müssen, daß selbst die einfachsten Grundlagen, wie z.B. „Dienstanzweisung“, planbare Haushaltsmittel, Zugang zur Herstellung von Kasernenzeitschriften usw., nicht gewährleistet sind.

4) Ein Freizeitbüro als die zentrale Freizeitmaßnahme am Standort muß bei der Verteilung der selbstbewirtschafteten und zugewiesenen Haushaltsmittel eine erste Priorität haben. Haushaltsmittel sind nach unserer Auffassung nicht vorrangig für Speisen und Getränke auszugeben, sondern für die Planung und Realisierung von Vorhaben aller für die am Standort tätigen Soldaten.

Wir halten es für sinnvoll, daß Soldaten im Freizeitbüro mit beratender Stimme (sofern nicht unmittelbar Vertrauensperson im Sinne des Soldatenbeteiligungsgesetzes) an allen Sitzungen des Heimbewirtschaftungsausschusses teilnehmen. Der Freizeitbüro-Soldat ist erster Berater des nächsthöheren Disziplinarvorgesetzten in diesem Bereich. Von daher ist es dringend erforderlich, für diese beratende Tätigkeit ihnen auch die notwendigen Grundlagen zur Verfügung zu stellen.

5) Was spricht eigentlich dafür, Soldaten, die in Freizeitbüros tätig sind und insofern sie Vorgesetzte im Sinne der Vorgesetztenverord-

nung sind, das Tragen der Uniform weiterhin zu befehlen?

Wäre es nicht zweckmäßig, das Freizeitbüro eines Standortes so weit wie möglich zivilorientiert auszugestalten und auch weitgehend unter Beachtung ziviler Standards zu betreiben?

Ist es zweckmäßig, ein Freizeitbüro im Stabsgebäude unterzubringen, wo der dort nach Information und Kommunikation suchende Soldat ständig damit rechnen muß, dem Kommandeur oder S1/S2/S3/S4 über den Weg zu laufen?

6) Soldaten, die in Freizeitbüros tätig sind, sind für ihre Tätigkeit auszubilden. Wir empfehlen deshalb hier, in einem Truppenversuch hinsichtlich der Ausbildung von Soldaten in Freizeitbüros die Kooperation mit Einrichtungen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung zu suchen.

Wir meinen, Freizeit-Management läßt sich lernen.

7) Soldaten, die in Freizeitbüros tätig sind, sollte mittels der über eine standortinterne „Stellenausschreibung“ gewonnenen interessierten „Nachfolgern“ dem nächsthöheren Disziplinarvorgesetzten ein Vorschlagsrecht für die weitere Besetzung der Freizeitbüros eingeräumt werden, denn Soldaten selbst, die in Freizeitbüros tätig sind, bieten Gewähr dafür, daß die Soldaten im Freizeitbüro arbeiten, die zu ihrer unmittelbaren Kundschaft gehören.

Die von mir hier in der Reihenfolge vorgetragenen Punkte sind

nicht gleichsam automatisch eine Prioritätenliste. Sie sollen die Diskussion ermöglichen, der ich mich gerne stelle, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Josef König

Ein kinderfrohes Land?

In der Diskussion um den § 218 tauchte immer wieder die Forderung auf, mehr Kindergartenplätze zu schaffen – man sprach von ca. 21 Milliarden DM Investition –, dann werde die Zahl der Abbrüche rapide abnehmen und Deutschland wieder ein frohes Land für frohe Kinder werden.

Geht man den Argumenten nach, dann stellt man fest, daß fast alle Behauptungen nicht stimmen.

Es fehlt an einer gründlichen Untersuchung über die Motive von Abtreibungen. Wer sich mit Beraterinnen und Beratern ins Benehmen setzt, merkt meist nach kurzer Zeit, daß die Behauptung, es seien materielle Notlagen oder die gesellschaftlichen Zwänge allein schuld, nicht stimmt. Die Gründe sind erheblich differenzierter. Doch eine empirische Untersuchung liegt eben nicht vor.

Versucht man dann, die Frage einmal vom Kind her zu lösen, dann sieht die Situation wiederum ganz anders aus.

Zunächst einmal steht fest, daß für die vier- bis sechsjährigen Kinder die Plätze in den Kindergärten ausreichen, wenn man davon ausgeht, daß ein Kind keinen Ganztagsplatz, sondern „nur“ einen Halbtagsplatz benötigt. Allerdings müßte hier mehr Flexibilität dadurch erzielt werden, daß man sowohl Kindergartenplätze für vormittags als auch für nachmittags einrichtet. Das käme den Teilzeit-Arbeitsbedürfnissen vieler Eltern entgegen.

Prof. J. Pechstein vom Kinderneurologischen Zentrum am Institut für soziale Pädiatrie des Landes Rheinland-Pfalz in Mainz hat nach längeren Untersuchungen nachgewiesen, daß der bisherige Denkansatz vieler Eltern, Soziologen und Politiker falsch, das heißt „Kind-fremd“ ist.

Das Kleinstkind – vom Säugling bis etwa zu 3 Jahren – bedarf der liebevollen Zuwendung durch eine Bezugsperson, meist der Mutter. Das scheinbar bedeutungslose Füttern, Baden, Trockenlegen, Liebkosen und Sprechen schafft eine Grundlage zur Sozial- und Selbständigkeitsentwicklung, die notwendig ist, um sich nachher in der kleinen Gruppe behaupten zu können. Für diese Kinder kann eine Kinderkrippe nur eine Lösung in Notsituationen sein. Es ist also an der Zeit, hier seitens des Staates neue Wege zu gehen. Es ist besser und billiger, das Erziehungsgeld zu erhöhen statt Milliarden in ein am Ende schädliches

Experiment zu stecken.

Wer das Glück hatte, das Wachsen eines eigenen Kindes bewußt erleben zu können, muß diesen wissenschaftlichen Darlegungen recht geben.

Der nächste Schritt ist dann der Kindergarten.

Auch hier hat der vor zitierte Autor festgestellt, daß eine Ganztagerziehung in einem Kindergarten nicht sinnvoll und kindgerecht ist. Im Gegenteil, man setzt das noch der Elternbindung bedürftige Kind einer Art „Streß“ aus. Erst die solide Elternbindung befähigt das Kind, auch ohne Eltern mit gleichaltrigen Kindern erste „Sozialerfahrungen“ zu machen. Die Eltern dürfen sich aus dieser Pflicht nicht herausmogeln, wenn sie nicht auf Dauer den Kindern schaden wollen.

Der Autor behauptet außerdem, daß eine enge Bindung – zumindest an einen Elternteil – bis weit in das Pubertätsalter benötigt wird. Vergleicht man diese Erkenntnis des Wissenschaftlers mit eigenen Erfahrungen, sowohl mit dem eigenen Kind als auch mit Kindern befreundeter oder bekannter Familien – und erinnert sich auch noch der Probleme von Schlüsselkindern und Kindern in Kriegszeiten –, dann haben diese Aussagen einen hohen Tatsachenswert.

Der Staat muß also seine Familienpolitik überdenken. Statt Geld in umstrittene Projekte wie Kinderkrippen – die traurige Erfahrung

aus der ehemaligen DDR muß zu tiefst aufschrecken – und Ganztagskindergärten zu stecken, muß die Familie als natürliche Heimstatt gestärkt werden.

Das Erziehungsgeld muß den Bedürfnissen angepaßt werden, sowohl hinsichtlich der Höhe als auch der zeitlichen Ausdehnung.

Nicht die Gedanken einer persönlichen Selbstverwirklichung von Mann oder Frau dürfen hier den Ausschlag geben, sondern die Bedürfnisse des Kindes. Gesichert werden muß jedoch auch, daß der

erziehende Teil später wieder in den Beruf integriert werden kann.

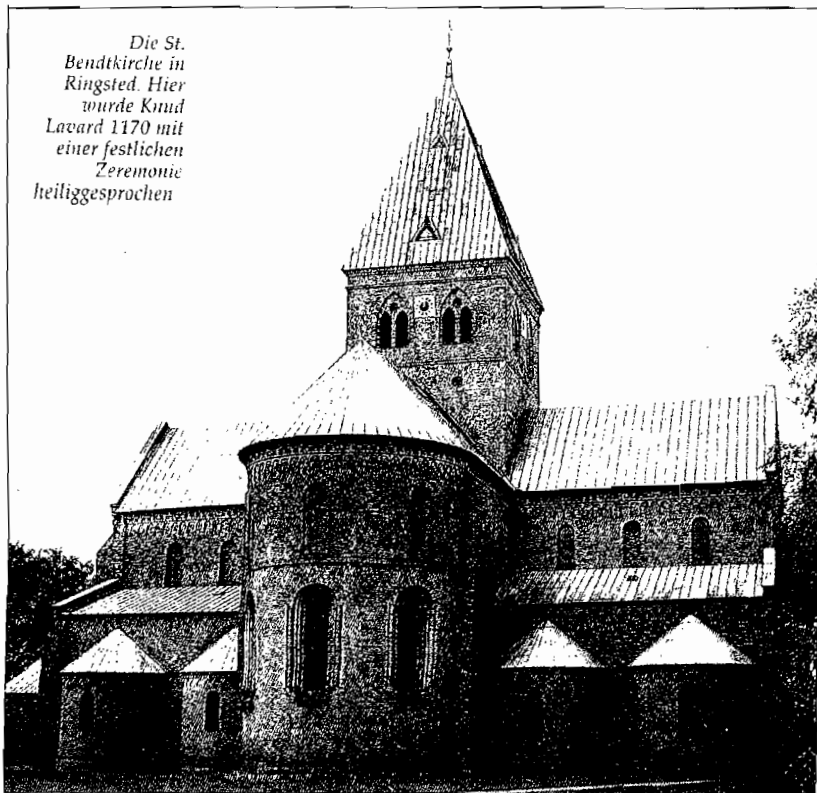
Kinderbetreuung für den Tag muß die Ausnahme für Fälle der Not sein.

Allerdings muß auch geregelt sein, daß für den jeweiligen Eltern teil die soziale Absicherung im Alter gewährleistet ist.

Nur auf solchen Wegen werden wir wieder ein Land mit frohen Kindern. Und frohe Kinder werden ihren Eltern bessere Hilfen im Alter sein als bezahlte Pfleger.

Helmut Fettweis

*Die St.
Bendtkirche in
Ringsted. Hier
wurde Knud
Lavard 1170 mit
einer festlichen
Zeremonie
heiliggesprochen*





Knud Lavard – Ein Heiliger im Norden

Neben dem Hl. Ansgar ist in Schleswig-Holstein, Dänemark und Schweden der Hl. Knud Lavard (oder auch Knut Laward) weiterhin ein Begriff.

Orte in Dänemark tragen seinen Namen wie Knudsbjerg oder Knudshoved, der so bezeichnete östlichste Punkt der Insel Fünen bei Nyborg oder Knuds-Øde, die 1/2 bis 1 km breite Halbinsel – westlich von Vordingborg – im Süden der Insel Seeland und nicht zuletzt zu erwähnen die bis heute aktiven Knuds-Gilden oder Knudsbrüder.

Doch blicken wir erst einmal zurück in das 12. Jahrhundert.

Niels wurde 1104 zum König von Dänemark gewählt; denn es gab noch keine Erbfolge. Das Volk wurde unter seiner Regierung wohlhabender und seine Regierungszeit war von Fortschritt geprägt.

Knud Herzog von Schleswig

König Niels ernannte um 1115 seinen Neffen Knud Lavard zum

Herzog von Schleswig. Seine Aufgabe sollte es zukünftig sein, die südliche Grenze Dänemarks vor Angriffen der Wenden (eine Sammelbezeichnung für alle in Mittel-, Ostdeutschland und in den Ostalpenländern ansässige Slawen) zu schützen.

Knud Lavard war der älteste eheliche Sohn König Erik Ejegods (ein Abodriten-Fürst, gestorben 1127).

Es sollte schon betont werden, daß Knud ein ehelicher Sohn des Königs Erik war, denn Erik Ejegods war bekannt für seine besondere Zuneigung zum weiblichen Geschlecht.

Die Entwicklung des nordischen Gemeinwesens, im Übergangsstadium befindlich, kann nur verstanden werden, wenn die damaligen gesellschaftlichen Probleme unter die Lupe genommen werden. Die Ursachen sind in der Zeit der Wikinger zu finden:

Zehntausende junger Männer waren ausgewandert und hatten in den wenigsten Fällen ihre Frauen mitgenommen.

Weitere Zehntausende waren in zahllosen Kämpfen gefallen oder mit den gesunkenen Schiffen untergegangen.

In Dänemark war der Bevölkerungsanteil der Frauen in jener Zeit um ein Vielfaches höher als der der Männer.

Kleinliche Rücksichtnahme war also nicht angebracht, Kinder mußten gezeugt werden, und Frauen, die keinen Mann gehehlicht

hatten, konnten doch Kinder gebären.

Es gab keine Vorurteile oder moralische Bedenken, die Männer oder Mätressen betreffend.

Knud Lavard erwies sich als tüchtiger und willensstarker Herrscher, der sich schnell eine feste Position in Schleswig schuf.

Den vielen Raubüberfällen, die sich südlich von Schleswig in der Heide ereigneten, bereitete er ein schnelles Ende. Eine gefangene Räuberbande, die ihm vorgeführt wurde, verurteilte er ausnahmslos zum Tod durch den Strang. Einer der Räuber verwies auf eine Verwandtschaft zum König hin, in der Hoffnung, dadurch seinem Los entrinnen zu können. Die Reaktion von Knud darauf: „Es ziemt sich nicht, daß wir unsere Verwandten wie einfache Leute behandeln. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß er nicht in Vergessenheit gerät!“ Der Räuber wurde im Topp eines Schiffsmastes erhängt. Nun konnte jeder sehen, wie hochwohlgebohren der Verbrecher gewesen war.

Der Einfluß von Knud Lavard auf das Gebiet zwischen Schlei und Nordschleswig, dem späteren Herzogtum Schleswig, war überall positiv zu spüren. Herzog Knud ließ die Stadt Schleswig befestigen, Festungen bauen, um den Handel und den Zoll der Stadt zu schützen.

Die Einwohner gaben ihm die Bezeichnung der „Wohltäter Schleswigs“, und er wurde zum

Zunftmeister der Bürgergilde ernannt.

Die Abodritten

Eine große Gefahr für den Handel Schleswigs bedeuteten damals die anhaltenden Angriffe und Plünderungen durch wendische Abodritten (auch: Obotriten, ein slawischer Stamm aus dem Gebiet um den Schweriner See).

Knud löste dieses Problem auf seine Weise und erreichte, daß die Angriffe auf Schleswig eingestellt wurden. Aufgrund seiner Persönlichkeit und dem damit verbundenen großen Einfluß beeindruckte er die Abodritten dermaßen, daß sie ihn zu ihrem Knes (König) wählten. Eine zwiespältige Situation für Knud, die ihn somit in eine Doppelrolle zwang, da er durch diese Position bei den Abodritten zum Lehnsmannt des deutschen Königs Lothar wurde.

Die Neider formieren sich

Wer erfolgreich ist, hat auch Neider und Feinde. Knud Lavard erging es nicht anders.

Magnus, der Sohn König Niels' von Dänemark, blickte neidvoll auf die Aktivitäten von Knud und befürchtete, daß bei einer heranstehenden Neuwahl des Königs, Niels abgelöst werden könnte. Das würde sich für Magnus dann sicher ungünstig auswirken. Haß und Furcht trieben Magnus so weit, daß er unter anderem mit einem nahen Verwandten, Henrik

Skadelär, eine Verschwörung zur Beseitigung von Knud Lavard anzettelte.

Besuch in Roskilde

Mehrmals vergeblich versuchten die Verschwörer ihr schändliches Vorhaben in die Tat umzusetzen. Eine erneute Gelegenheit bot sich, als Knud Lavard 1130 zum königlichen Weihnachtsfest in Roskilde (Insel Seeland) eingeladen wurde.

Vier Tage dauerte das Weihnachtsfest. Etwa 20 km südwestlich von Roskilde (bei Ringsted) liegt der Flecken Haraldsted. Hier wohnte die Cousine von Knud, Cäcilia Fastring, die er anschließend besuchte.

In der Nacht nach den Heiligen Drei Königen – Mittwoch, dem 7. Januar 1131 – hielt sich Knud hier noch auf, spät am Morgen dann erreichte Magnus mit Gefolge Haraldsted, um seinen Plan, Knud im Feuer umkommen zu lassen, zu verwirklichen.

Ein heimtückischer Mord

Magnus lagerte mit seinen Kumpanen im nahegelegenen Wald und entsandte den Barden „Sigvald“ an den Hof, um Knud ausrichten zu lassen, daß er von Magnus erwartet werde.

Cäcilia wie auch Knuds Gefolgsleute warnten ihn, versuchten ihn zu überreden, doch zumindest seine Rüstung anzulegen, vergebens. Während des gemeinsamen

Rittes durch den Wald bereute Sigvald seinen Verrat und er versuchte Knud – ohne dabei sein Versprechen über die Verschwiegenheit brechen zu wollen – durch ein vorgetragenes altes Volkslied über die Arglist von Verwandten und deren böse Taten zu warnen.

Knud schüttelte diese Warnung ab mit dem Hinweis, daß solche Taten unter Christen nicht stattfinden würden.

Bei Magnus angekommen, fragte ihn Knud, was all das zu bedeuten habe. Worauf Magnus antwortete, daß es sich jetzt entscheiden werde, wer König Niels auf den Thron folge.

Knuds Beschwichtigungsversuche mit dem Hinweis, daß Niels doch immer noch der rechtmäßige König sei und auch bleibe, solange es Gottes Wille sei, wies Magnus ab.

Er stürmte vor, riß Knuds Kapuzenmantel herunter und spaltete mit seinem Schwert Knuds Kopf. Henrik Skadelär durchbohrte Knud mit seiner Lanze und die anderen Verschwörer taten es ihm gleich mit ihren Waffen.

Heiligsprechung von Knud Lavard

Die Verwandten von Knud holten seinen Leichnam aus dem Wald und überführten ihn zur St. Bendt Kirche in Ringsted, wo Knud auch bestattet wurde.

Die Legende berichtet, daß an der Stelle, an der der Leichnam gefunden wurde und das Blut den Bo-

den getränkt hatte, eine Quelle entsprungen war. Es bildeten sich Mythen um die Person des ermordeten Herzogs. In den Augen der Bevölkerung war er bereits ein Heiliger.

Am Ort des schrecklichen Mordes wurde 1150 neben der Quelle eine Kapelle für Pilger errichtet. In den Jahren nach dem Tod von Knud Lavard war erneut ein starker Anstieg des Heidentums zu beobachten sowie ein Abfallen vieler Bevölkerungsteile vom christlichen Glauben.

Im Jahre 1169 wurde Knud heiliggesprochen.

Magnus hatte versucht, die Nachfolge im Königshaus auf seine Weise zu regeln. Er hatte genau das Gegenteil erreicht: Nach 25 Jahren des Bürgerkrieges, dessen Anlaß der Mord an Knud war, bestieg Waldemar, der Sohn Knud Lavards, den dänischen Thron.

Der 7. Januar und der 25. Juni sind Gedenktage für Knud Lavard.

Knudsgilde

Während noch – der Sage nach – ein Ritter namens FLENS im Kirchspiel St. Johann (Angeln) sich niederließ und später dieser wachsende Ort nach seinem Tod den Namen Flensburg erhielt, war Schleswig bereits eine blühende Handelsstadt, Mittelpunkt der Machtstellung Knud Lavards.

Eine große Rolle in der Stadt Schleswig spielte die unter dem Schutz des Landesherrn stehende

Gilde der Fernkaufleute, die sich nach ihrem zeitweiligen Schutzherrn „Knud Lavard“ nach seinem Tode „Knudsgilde“ nannte und ihn als Heiligen verehrte.

Sie existierte über Jahrhunderte und wurde ebenfalls in Flensburg gegründet.

Die Gildenbrüder verpflichteten sich durch Eid, gegenseitig Unterstützung zu leisten, ob in Not oder bei rechtlicher Verfolgung. Verschied ein Bruder, so wurde er zu Grabe getragen und eine Messe zelebriert. Falls ein Bruder ermordet wurde, bestand die Verpflichtung, ihn zu rächen. So übrigens geschehen 1134, als Niels sich am Königshof in Schleswig aufhielt.

Die Gildenbrüder stürmten den Hof und ermordeten den König aus Rache für die Ermordung ihres Zunftmeisters und Herzogs Knud Lavard.

Die Flensburger Knudsgilde hatte ihm später einen Altar in der St. Marien-Kirche geweiht.

Mit dem Einzug des Franziskanerordens um 1250 in Flensburg, der einen Einbruch in das hochmittelalterliche geistliche Leben dieser Region bedeutete, wurde den alten Flensburger Gilden ein weiteres Stück Bedeutung genommen. Die Gilde verschaffte ihren Mitgliedern nicht nur Rechtssicherheit und Beistand, sie war vor allem eine Kultgemeinschaft, die ihren Gildeheiligen verehrte.

Die Gilde hatte ihren eigenen Priester, der bei Gildefesten gottesdienstliche Handlungen vor-

nahm. Die Satzung der Knudsgilde – niedergeschrieben um 1200 – lag nicht nur an der Nahtstelle zwischen heidnisch-germanischem und christlichem Denken; sie zeigt wohl auch den Weg, den die Verkündigung des Christentums in Flensburg beschritten hatte.

Die Franziskanermönche, mit ihrem von tausend Jahren christlicher Überlieferung geprägten Gedankengut, waren die ersten, die mit ihren Predigten wirklich *alle* Bevölkerungsschichten in der Stadt ansprachen.

Ihr praktischer Dienst am Nächsten und die durch sie errichteten Hospitäler entlasteten die Gilden auch etwas von ihrer sozialen Bürde.

Zu Beginn des 14. Jahrhunderts erlebte die Knudsgilde ihren Niedergang unter anderem aufgrund wechselnder und anders gelagerter Berufsaufgaben, einhergehend mit den Zwistigkeiten zwischen Adel und Kirche.

Aus der im 18. Jahrhundert neu formierten St. Johannes-Gilde entstand später die dänische Knudsgilde.

Günter Thyé

Quellen:

- Slesvigland 1/92 Jørgen Jensen Knud Lavard Hertag af Slesvig
- Flensburg Geschichte einer Grenzstadt Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Nr. 17

Neue Struktur der polnischen Armee

Die polnische Regierungszeitung „Rzeczpospolita“ (Die Republik) gab unlängst die neue Struktur der reformierten polnischen Armee bekannt. Demnach ist der „Oberbefehlshaber der Streitkräfte“ der jeweilige Staatspräsident. Diesem untersteht direkt der – jetzt zivile – Verteidigungsminister. Als selbständige Einrichtungen unterstehen diesem wiederum direkt: Der „Wehrinformationsdienst“ (Nachrichtendienst und Abwehr), das „Feldordinariat“ (mit einem Bischof im Generalsrang an der Spitze), die „Wehrkammern“ des „Obersten Gerichtshofes“ (insofern gibt es nicht mehr eine völlig unabhängige Militärgerichtsbarkeit) sowie die „Wehr-Chefstaatsanwaltschaft“. Dazu: Militärjustizangehörige tragen weiterhin Uniformen.

Dem Verteidigungsminister ist ein „Ziviler Zug“ und ein „Wehrzug“ untergeordnet. Der erste Zug teilt sich in drei Bereiche: Vizeverteidigungsminister für gesellschaftspolitisch-erzieherische Fragen (dem alle „Erziehungsoffiziere“ unterstehen), Vizeverteidigungsminister für Verteidigungspolitik sowie Vizeminister für Bewaffnung und Infrastruktur. Der „Wehrzug“ wird angeführt vom Generalstabschef und seinem Stellvertreter. Dann kommen drei Bereiche: Der Chef für strategische Pla-

nung, das Schulungsinspektorat und das Logistikinspektorat.

Die polnische Armee verfügt über 82 Generäle und Admiräle, von denen 20 bald die Streitkräfte verlassen werden. Der älteste General ist 51, der jüngste 46 Jahre alt. Laut „Rzeczpospolita“ sind alle nicht nur Absolventen der polnischen Generalstabsakademie, sondern auch Absolventen der „Woroschilow-Akademie der Streitkräfte der UdSSR“ und waren früher Mitglieder der kommunistischen „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“. Gegenwärtig zählt die polnische Armee 250 000 Soldaten.

Joachim G. Görlich

Der Ecu und die Gefahren!

Wenn ein Kontinent zu einer Einheit zusammenwächst, dann ist das nicht leichter, als wenn Länder sich zu einem Reich zusammenfinden. Und der Weg zur Goldmark zu Kaisers Zeiten war auch nicht einfach.

Mit Sicherheit aber gibt es keine politische Einheit ohne die Einheit der Währung.

Viele Berufene – und noch mehr Unberufene – warnen nun mit vielerlei Argumenten.

Ernst zu nehmen sind vor allem die Mahnungen der berufsmäßigen Währungshüter.

Wenn diese Einheit in etwa einem Jahrzehnt angestrebt wird,

dann gibt es viel zu tun. Vor allem aber müssen die Länder in ihren Währungen stabil bleiben oder zumindest so stabil zu werden versuchen, daß die Erschütterungen einer Währungsumstellung so gut abgefedert werden kann, wie irgendsmöglich.

Das bedeutet für die Bundesrepublik, daß der Schuldenberg, den auch die deutsche Einheit zwangsläufig – jedoch zunächst unterschätzt – mit sich brachte, möglichst bald abgebaut und drastisch reduziert wird.

Das bedeutet nicht nur sparen im Augenblick, sondern vor allem Maßhalten für die Zukunft. Man muß sehr sorgfältig unterscheiden zwischen den Investitionen, die für den wirtschaftlichen Aufbau sinnvoll sind, und jenen, deren Wert vielleicht zweifelhaft ist.

Nun hat der Bundestag 1991 beschlossen, Berlin zur Hauptstadt der Bundesrepublik zu machen.

Nach allem, was man inzwischen weiß, wird dieser Umzug Milliarden von Mark kosten.

Dieser Umzug wird etwa 10 Jahre dauern.

Und schon heute ist erkennbar, daß die Sogwirkung allen Plänen zum Trotz auf die Dauer auch die restlichen Ministerien von Bonn nach Berlin ziehen wird.

Was aber, wenn nun endlich alles, was Regierung und Parlament zu bieten hat – etwa um das Jahr 2000 – in Berlin versammelt ist und dann Aufgaben an Brüssel oder Straßburg abgegeben werden

müssen? Wird man dann nicht das verbaute Geld dringend benötigen, um die entsprechenden Beiträge an die europäische Regierung abführen zu können?

Wird man dann nicht dazu kommen müssen, die Länderparlamente und den Bundestag erheblich zu verkleinern?

Können wir uns in einer solchen Situation Stadtstaaten wie z.B. Bremen und Hamburg und kleine Länder wie das Saargebiet noch leisten?

Insgesamt treten eine Fülle von Problemen auf, von denen noch keines öffentlich angedacht, geschweige denn diskutiert wurde.

Unter diesen Gesichtspunkten sollte es sich anbieten, nach Berlin wirklich nur das Notwendigste zu entsenden. Denn in 10 Jahren könnte dann das Wehgeschrei in Berlin beginnen, wenn Organe zur Zentralstelle Europas abwandern und die Ministerien verkleinert oder aufgelöst werden müssen.

Es liegt daher auf der Hand, um Fehlinvestitionen zu vermeiden, nach Berlin mit geringem Aufwand nur wenig Regierungs„macht“ zu entsenden.

Das Ausmaß der dazu notwendigen Bauten muß bescheiden bleiben. Dafür hat man die Sicherheit, daß etwa im Jahre 2000...? nicht allzuviel aus Berlin wieder wegziehen muß.

Für Bonn bedeutet das aber auch, daß man sich auf den zweiten Aderlaß um die Jahrtausendwende einstellen muß. Denn die

„Zentrale“ in Berlin wird zunächst nach Brüssel oder Straßburg das entsenden, was an ministeriellen Rudimenten noch in Bonn ist.

Für diese Zeit braucht Bonn ebenfalls eine neue weiterreichende Prospektive.

Der Ecu wird unvermeidlich sein. Ohne die politische Konzentration Europas ist eine gemeinsame Währung aber sinnlos. Europa muß eine Einheit werden, wenn es sein Wesen, seine Wirtschaft und seinen Gedankenreichtum bewahren und zum Nutzen für die Welt einsetzen will. Im Kräftespiel der großen Nationen ist eine lose europäische Staatensammlung – wie die Politik im Jugoslawienkonflikt schmerzvoll lehrt – macht- und hilflos.

Wer aber Europa ernstlich will, kann die Zeichen der Zukunft nicht übersehen und die eigene Bedeutung dadurch verspielen, daß man sich falsche Investitionen zur falschen Zeit am falschen Ort geleistet hat.

Helmut Fettweis

Gemeinde der deutschsprachigen Katholiken in Washington, D.C.

Mit Schreiben vom 17. Juli 1992 hat der Erzbischof von Washington, D.C., James Aloysius Cardinal

Hickey, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, dem Bischof von Mainz, Dr. Karl Lehmann, mitgeteilt, daß er mit Wirkung vom 1. September 1992 eine Personalgemeinde für die deutschsprachigen Katholiken auf dem Gebiet seiner Erzdiözese errichten und unter den Schutz der Gottesmutter (mit Patronatsfest am 8. September, dem Fest Mariæ Geburt) stellen werde. Entsprechend dem Vorschlag der Deutschen Bischofskonferenz hat der Erzbischof von Washington Prälat Alfons Mappes, bis vor kurzem Leiter der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, zum ersten Pfarrer und Leiter dieser „Pastoralen Mission für die deutschsprachigen Katholiken“ ernannt und ihm alle diesbezüglichen kirchlichen Vollmachten erteilt.

Diese Regelung – zum ersten Mal in der Geschichte der katholischen Kirche in den USA – war notwendig geworden, nachdem sich der katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr nicht mehr in der Lage sah, einen deutschen Militärggeistlichen nach Washington zu entsenden, der bisher die seelsorgerische Betreuung der deutschsprachigen Katholiken – über den Bereich der Militärseelsorge hinaus – übernommen hatte.

Der „neue“ Pfarrer der Gemeinde der deutschsprachigen Katholiken in Washington, D.C., Prälat Alfons Mappes, ist dort kein Unbe-

kannter, da er bereits vor 30 Jahren begann, auf dem Weg über die Militärseelsorge die Grundlagen für eine deutschsprachige Seelsorge zu legen. Als katholischer Standortpfarrer im Nebenamt hat Prälat Mappes deshalb auch die seelsorgerische Betreuung der im Raume Washington, D.C. stationierten katholischen Soldaten der Deutschen Bundeswehr übernommen.

Alfons Mappes

Entwicklungshilfe

Projekte gegen Not und Elend

Seit einem Vierteljahrhundert unterstützen die deutschen Luftwaffensoldaten in El Paso/USA die Ärmsten der Armen jenseits der Grenze zu Mexiko.

Wenn die Sonne über Ciudad Juarez aufgeht, beginnt für die Menschen in den Slums aufs neue der tägliche Kampf ums Überleben. Die Ärmsten dieser Armen leben auf einer Müllhalde, die in kalten Nächten ein bißchen Wärme produziert. Aus Pappkartons haben sie sich eine Behausung zu rechtgemacht. Zwischen diesen erbärmlichen Hütten klettern Kinder umher und durchsuchen den Müll nach Eßbarem. Ohne Schulbildung sind sie chancenlos. Ihre Zukunft versinkt im Bermuda-Dreieck zwischen Drogen, Prostitution und Kriminalität. Die Kinder dieser „Müllmenschen“ werden es kaum

besser haben. In die Armut hineingeboren, ist es ihnen nahezu unmöglich, sich aus eigener Kraft daraus zu befreien.

Als deutsche Soldaten im Jahre 1966 in der US-amerikanischen Garnisonsstadt El Paso stationiert worden waren, konnten sie das Elend jenseits der mexikanischen Grenze kaum übersehen. Nur die Autobahn trennt den Ort von der Nachbarstadt Juarez. Immanuel Frey, der damalige deutsche Militärpfarrer von El Paso, stellte Kontakt zu dem Waisenhaus „Ciudad del nino“ („Stadt der Kinder“) her. Seit dieser Zeit gehört es zum Ehrenkodex der deutschen Luftwaffensoldaten in Texas, für ihre kleinen mexikanischen Freunde Geld, Spielsachen und Kinderkleidung zu sammeln.

„Ciudad del nino“ ist eine Oase der Ruhe und der Hoffnung inmitten der Slums. Hier leben 14 Ordensschwwestern mit 184 Waisen, Halbweisen und „Müllkindern“ in kleinen, familienähnlichen Gruppen. Während die kleinsten auf dem staubigen Innenhof spielen, gehen die älteren in die Grundschule der Einrichtung. Nach dem Abschluß stehen ihnen die weiterführenden Schulen in Juarez offen. Vielen der jungen Mexikaner wird der Weg in eine bessere Zukunft von deutschen Soldaten finanziert. Mit monatlich 20 Mark übernehmen Soldatenfamilien eine persönliche Patenschaft für sie.

Die „Aktion Patenschaft“ ist

freilich nur ein Steinchen im Mosaik der Hilfe für die mexikanischen Slumbewohner. Nicht ohne Stolz verweist Oberstleutnant Peter Dreher, Kommandeur der Lehrgruppe an der Raketerschule in El Paso, auf die Tatsache, daß mittlerweile 400 Kinder in drei Waisenhäusern betreut werden. Als Vorsitzender des sogenannten „Waisenhauseausschusses“ obliegt es dem 51jährigen, die Hilfsaktionen der katholischen und der evangelischen Militärseelsorge, des deutschen Luftwaffenkommandos in den USA und der Raketerschule der Luftwaffe zu bündeln und zu koordinieren.

Einen Dollar pro Tag und Kind benötigt der Waisenhauseausschuß zur Zeit, um die Waisen wirksam zu unterstützen. Den jährlichen Gesamtetat, einschließlich Weihnachtsfeier, Frühlingsfest und Sachkosten, zum Beispiel für Schuhe und Decken im Winter oder die Ausstattung der Häuser, beziffert Dreher auf rund 10000 Dollar. Eine Summe, die „wir bis jetzt noch immer durch Spenden zusammenbekommen haben“, unterstreicht der Oberstleutnant. Alle deutschen Soldaten würden „permanent angesprochen“ und im Gespräch oder via Diavortrag auf die verschiedenen Projekte aufmerksam gemacht.

Aber auch die Frauen der deutschen Luftwaffensoldaten engagieren sich für die Ärmsten der Armen. Herta Kurth und Petra Schlemm etwa haben die Aktion

„Helping Hands“ ins Leben gerufen. Mit Kleider- und Sachspenden aus Deutschland im Gepäck fahren die „Hilfreichen Hände“ einmal pro Woche in die Slumviertel und suchen den Kontakt zu den Bewohnern. Darüber hinaus leisten die zur Zeit rund 20 Helferinnen Aufbauarbeit für ein Frauenhaus für mittellose und ungebildete Mexikanerinnen in El Paso.

Aber können solche Initiativen letztendlich tatsächlich etwas bewirken? Oberstleutnant Paul Dreher ist zuversichtlich: „Ich glaube, daß in einem Entwicklungsland die einzige Möglichkeit zu helfen nur über die Kinder läuft, und zwar durch eine kontinuierliche Betreuung.“ Einige aus der „Stadt der Kinder“ hätten es mittlerweile vorgemacht: „Wir wissen, daß einzelne inzwischen sehr hoch bis in Regierungspositionen gekommen sind, die uns auch sehr viel helfen, wenn wir staatliche Unterstützung brauchen.“

H. G. Justenhoven

16. Weltkongreß der katholischen Presse

Mees ist neuer Präsident der UCIP

Mit großer Mehrheit ist der Chefredakteur der Münsteraner Bistumszeitung, KIRCHE UND LE-

BEN, Dr. Günther Mees, zum neuen Präsidenten der Katholischen Weltunion der Presse (UCIP) gewählt worden. Mees erhielt 101 der 109 abgegebenen Stimmen der Generalversammlung, die im Rahmen des UCIP-Weltkongresses in Campos do Jordao, Brasilien, stattfand. Damit steht zum ersten Mal in ihrer 65jährigen Geschichte ein Deutscher an der Spitze der Weltorganisation.

Mees wurde Nachfolger von Jean Marie Brunot, der nach zwei Legislaturperioden nicht mehr kandidieren konnte. In seiner Rede, die der neue Präsident zum Schluß des sechstägigen Kongresses hielt, nannte er das Eintreten für die Pressefreiheit als eines seiner wichtigsten Anliegen als Präsident der UCIP. Er rief dazu auf, auch dann für Meinungs- und Informationsfreiheit einzutreten, wenn dies nicht opportun erscheine. Die Kirchenpresse sei eine „freie Presse und keine Profitpresse“.

Ebenfalls mit dem Hinweis auf die Freiheit der Meinungsäußerung setzten sich die rund 500 katholischen Journalisten und Verleger aus 81 Ländern in einer Resolution gegen den Inhalt der Medien-Instruktion der vatikanischen Glaubenskongregation zur Wehr (Wortlaut siehe Kasten). Die UCIP verwahrt sich darin gegen das Mißtrauen, das der katholischen Publizistik in dem Dokument aus Rom entgegengebracht werde. Die Resolution war von der Region Eu-

ropa in der UCIP eingebracht worden. In einer zweiten, einmütig verabschiedeten Entschließung verpflichteten sich die Journalisten, gegen Ungerechtigkeit und Gewalt, Aggression und Fremdenfeindlichkeit einzutreten.

Eine weitere Resolution, die aus Anlaß der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus vor 500 Jahren geplant war, scheiterte an Differenzen zwischen Teilnehmern aus Spanien und Lateinamerika. Während der Entwurf aus Deutschland der spanischen Seite zu scharf erschien, kritisierten ihn lateinamerikanische Kongreßteilnehmer als eine nachträgliche Absolution für Greueltaten im Laufe der Kolonialisierung. Die Entschließung zu diesem Thema mußte auf das nächste Jahr vertagt werden.

Hochrangige Vertreter aus dem Vatikan wie der Präsident des Päpstlichen Rates für soziale Kommunikationsmittel, Erzbischof John P. Foley, und der Präsident des Rates für Gerechtigkeit und Frieden, Kardinal Roger Etchegaray, ermunterten die Journalisten in Campos do Jordao zu einer „Option für die Armen“. Etchegaray warnte auf dem Kongreß, der unter dem Motto „Wege der Solidarität“ stand, davor, in den Medien nur die Stimme der führenden Industriestaaten der „G 7“ zu Wort kommen zu lassen. Die „bedeutende Rolle“ der Presse als Mittler zwischen den Kulturen hob Foley hervor. Dazu müsse sie vom Geist der Solidarität beseelt sein.

Zu einer stärkeren Unterstützung der katholischen Publizistik durch die Kirche forderten auf dem Kongreß besonders Delegierte aus der „dritten Welt“ und den Staaten Osteuropas auf. Die Gründung von Kirchenzeitungen und Ausbildung katholischer Journalisten müsse durch finanzielle Hilfe erleichtert werden.

Neben der Präsidentenwahl wurde der Kongreß von weiteren wichtigen Personalfragen bestimmt. So wird der bisherige UCIP-Generalsekretär, Pater Bruno Holtz, nicht mehr lange für dieses Amt zur Verfügung stehen. Der Orden könne ihn dafür nicht mehr länger freistellen, wie Erzbischof Foley bekanntgab. Erich Leitenberger, Chefredakteur der österreichischen katholischen Nachrichtenagentur „kathpress“, wurde zum neuen Präsidenten der UCIP-Föderation der Presseagenturen (FIAC) gewählt. Die Wahl zum Vizepräsidenten fiel auf Thomas Lorsung von der US-amerikanischen Nachrichtenagentur „Catholic News Service“ (CNS). Präsidentin der Föderation der Kirchenpresse (FIAPE) wurde die Amerikanerin Marbara Beckwith. Als Sekretär der FIAPE wurde der Chefredakteur der Elternzeitschrift LEBEN UND ERZIEHEN, Dr. Ferdinand Oertel, bestätigt.

(aus AKP-Mitteilungen vom 16. 10. 1992)

Den Sprachlosen eine Stimme geben

Armando Moran aus Guatemala stockte die Stimme, die Tränen liefen ihm über's Gesicht. Vor dem 16. Kongreß der Weltunion der Katholischen Presse (UCIP) hatte der Journalist im brasilianischen Campos do Jordao vorgetragen, unter welch unsäglichen Bedingungen die Völker in Zentralamerika zu leben und zu leiden haben. Moran, Sekretär der „Vereinigung christlicher Kommunikatoren“ in Guatemala, erhielt den spontanen Beifall der rund 500 katholischen Medienvertreter aus mehr als 80 Staaten – ein Zeichen der Solidarität.

„Presse: Wege der Solidarität“ war auch der Kongreß überschrieben – und es waren besonders die Vertreter aus den Ländern der Südhalbkugel der Erde, die mit eindringlichen Worten von wirtschaftlicher Not, sozialem Elend und kultureller Armut berichteten. Moran hatte nackte Zahlen genannt, als es ihm die Sprache verschlug: „Im vergessenen Krieg von Guatemala hat es bisher mehr als 100 000 Tote gegeben, 40 000 Verschwundene, 150 000 Flüchtlinge im Exil und eine Million Flüchtlinge im Land.“ Doch gebe es auch Zeichen der Hoffnung – nicht zuletzt dank kritisch berichtender Medien im Ausland. Die Menschenrechts-Aktivistin Rigoberta Menchu etwa sei bei ihrem letzten Besuch in Guatemala nicht mehr verhaftet worden

wie noch einige Jahre zuvor – für Moran ein Erfolg ihrer durch die Medien erreichten Bekanntheit. Die Kongreßteilnehmer unterstützten in einer Resolution den Vorschlag, Rigoberta Menchu in diesem Jahr den Friedensnobelpreis zu verleihen.

Vertreter aus dem Vatikan wie der Präsident des Päpstlichen Rates für soziale Kommunikationsmittel, Erzbischof John P. Foley, und der Präsident des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden, Kardinal Roger Etchegaray, hatten die Journalisten zur „Option für die Armen“ ermuntert. Etchegaray warnte davor, in den Medien nur die Stimme der sieben führenden Industriestaaten „G 7“ zu Wort kommen zu lassen. Solidarität, so führte er aus, müsse zunächst darin bestehen, den Sprachlosen eine Stimme zu verleihen. Kirchlichen Medien – so machten die Vertreter nicht nur aus dem Vatikan deutlich – kommt die Aufgabe zu, dem asiatischen Flüchtling in Europa ein Gesicht, dem Straßenkind in Rio einen Namen, dem Hungernden in Somalia die Hand zu geben.

Die katholischen Medienvertreter suchten bei ihrer fünftägigen Zusammenkunft nach Wegen, diesen Appell zu verwirklichen. Vieles spielte sich dabei am Rande ab, im Vorraum des modernen „Auditorio“ oberhalb des Touristenortes Campos do Jordao. Die Journalisten kamen ins Gespräch, tauschten Visitenkarten aus, verabrede-

ten Zusammenarbeit und weiterführende Kontakte. Immer wieder wurde dabei freilich auch die Sorge geäußert, aufgrund knapper Finanzmittel nicht die Resonanz zu erzielen, die die auf Profit und Kommerz ausgerichteten Medien erreichen können – ein Anliegen nicht nur der Vertreter aus der sogenannten dritten Welt, sondern auch der Journalisten aus Mittel- und Osteuropa, die erstmals an einem UCIP-Weltkongreß teilnehmen konnten.

(aus „Informationen“ [GKP], Oktober 92)

Islam im Vormarsch

„Es besteht die dringende Notwendigkeit, den Islam in der Welt weiterzuverbreiten“

Dies ist eine der Hauptforderungen, die auf der islamischen Konferenz in Islamabad 1980 erhoben wurde. Sie unterstreicht zugleich den Anspruch:

„Alle Menschen müssen mit den unvergänglichen Lehren des Propheten Mohamed vertraut gemacht werden.“⁽¹⁾

Was bedeutet und beinhaltet das Wort „Islam“?

Folgende Definition, herausgegeben von „Kirche in Not/Osterpriesterhilfe e.V.“, besagt: „Das Wort Islam bedeutet Ergebung, Hingabe, ursprünglich an den Willen Gottes, später dann aber auch

zugleich an den seines Gesandten. Mohamed selbst, „der Gesandte Gottes“, wählte diese Bezeichnung für die von ihm aus arabischen, jüdischen, christlichen und gnostischen Elementen verkündete Religion, die gleichzeitig die Ordnung des politischen Gemeinwesens mitbegründet. Aus beiden, Religion und politischer Ordnung, erwächst seit dem sechsten nachchristlichen Jahrhundert auf dem hellenistischen und iranischen Boden Vorderasiens die islamische Kultur. Die, die sich zum Islam bekennen, heißen Muslime.

Ihr Bekenntnis ist streng monotheistisch: „Es gibt keinen Gott außer Allah, und Mohamed ist der Gesandte Allahs.“⁽²⁾

Das ist das Glaubensbekenntnis der Muslime.

Der Islam als Religion

hat anfänglich seine Grundlage in den prophetischen Aussagen Mohameds, der um die 7. Jahrhundertwende in Mekka und Medina lebte, und dessen Aussagen im Koran zusammengefaßt sind.

„Religionswissenschaftlich gesehen“, urteilt Jacques Waardenburg, „ist der Koran als „prophetisches Wort“ zu bewerten. Bekanntlich hat er in der muslimischen Gemeinschaft eine grenzenlose Autorität, werden doch die verschiedenen Verse (...) als vom Himmel gekommen angesehen: sie seien vom himmlischen Bereich „herabgesandt“ (...) worden.“

In unserem Sprachgebrauch würde man sagen, daß die Verse des Koran „offenbart“ worden seien und der Koran selbst als göttliche „Offenbarung“ gilt. Er wird als wichtigste Quelle aller ethischen und sozialen Satzungen und Gesetze der muslimischen Gemeinschaft betrachtet, als Grundlage der Religion des Islam.³⁾

Eine weitere Grundlage der Religion des Islam ist die „Sunna“, die „Tradition“ des Islam.

Was zunächst mündlich weitergegeben und danach schriftlich bezüglich der Lebensweise von Mohamed, seinen Weisungen und seines vorbildlichen Verhaltens in ganz bestimmten Situationen festgehalten wurde, enthält die „Sunna“.

Wenngleich die Überlieferungen über Mohamed durchaus nicht alle geschichtlich zu begründen sind, so haben sie dennoch großen religiösen und moralischen Wert. „Die Liebe zum Propheten“, sagt Jaques Waardenburg, „ist sehr groß, und die Tradition (Sunna) ist ein lebendiges Zeugnis dieser Liebe und Verehrung. So kommt nach dem Koran der ‚Sunna‘, eine gewaltige Autorität zu, nicht nur in ethischer und gesetzlicher Hinsicht, sondern auch einfach als Vorbild für den, der als gläubiger Muslim oder als gläubige Muslima leben will. Nach dem Koran ist also die ‚Sunna‘ Grundlage der Religion.“⁴⁾

Koran und Sunna geben die Gesamtheit wesentlicher Regeln und

Vorschriften der islamischen Religion wieder. Doch damit nicht genug, denn die menschliche Gesellschaft braucht auch Regeln und Gesetze, welche die rechte Ordnung der Verhältnisse unter den Menschen sichern. Aber nicht allein die Beziehungen zwischen Menschen werden bestimmten Gesetzen unterworfen, sondern auch jene zwischen den Menschen und Gott.

„Die Gesamtheit dieser geregelten Beziehungen“, so heißt es bei Jaques Waardenburg, „zwischen den Menschen und Gott einerseits und zwischen den Menschen untereinander andererseits ist das Gesetz (shari, sharia). Dieses Gesetz wird als eine Segnung Gottes erfahren, als eine Gnade, denn ohne das Gesetz würde unter den Menschen Unordnung herrschen und zwischen den Menschen und Gott Beziehungslosigkeit.“

Gemäß dem herrschenden Verständnis ist Religion gleich Gesetz, aber diesem Gesetz haftet nicht der negative Aspekt an, den es bei Paulus hat. Es bedeutet positiv eine himmlischerseits garantierte Regelung ewiger Gültigkeit.“⁵⁾

Als eine vierte Grundlage des Islam als Religion gilt die „umma“, die die eigene Art der religiösen Gemeinschaft der Gläubigen unterstreicht. Dieser Gemeinschaft wird man normalerweise durch Geburt zugehörig; normalerweise ist ein Austritt daraus auch nicht möglich. Daß muslimische Frauen

keine nicht-muslimischen Männer heiraten dürfen und jede Frau der Gemeinschaft grundsätzlich verbunden bleibt, festigt die Gemeinschaft ebenso wie die Offenheit der Gemeinschaft für jedermann. Wer ihr beitreten will, ist aufgenommen, nachdem er das Glaubensbekenntnis (shahada) ausgesprochen hat: „Ich bezeuge, daß es keine Gottheit außerhalb Gott gibt und daß Mohamed der Gesandte Gottes ist.“ Voraussetzung in diesem Zusammenhang bleibt natürlich, daß es der Beitrittswillige ernst meint und über Minimalkenntnisse betreffend Ritual und Doktrin verfügt.

Über die Gemeinschaft hält Gott seine schützende Hand, „und zwar nicht nur“, wie Jaques Waardenburg interpretiert, „in einem spirituellen, sondern auch in einem sehr konkreten Sinne. Er hat die Überlegenheit der muslimischen Gemeinschaft über alle anderen Gemeinschaften gesichert.“⁽⁶⁾

Zusammenfassend ist festzuhalten: vier Dimensionen kennzeichnen den Islam als Religion.

1. **Der Koran**, in dem die prophetischen Aussagen Mohameds zusammengefaßt verzeichnet sind.

2. **Die Sunna**, die Tradition des Islam. Sie wurde zunächst mündlich weitergegeben, aber später auch schriftlich niedergelegt.

3. **Die Sharia**, das heilige Gesetz des Islam, regelt Ordnung und Verhalten der Muslime in ihren Beziehungen zu Gott und untereinander in der menschlichen Gesell-

schaft.

4. **Die Umma**, die Wahrung und Sicherung der muslimischen Gemeinschaft. Sie erwartet den ungeteilten Gehorsam der Gläubigen und eine Lebensgestaltung nach den Verordnungen des Gesetzes Gottes.

Das Selbstverständnis des Islam

„drückt sich“, wie Adel Theodor Khoury schreibt, „in dessen dreifachem Anspruch aus. In seinem Absolutheitsanspruch, seinem Totalitätsanspruch und seinem Universalitätsanspruch.“⁽⁷⁾

1. Der Absolutheitsanspruch

basiert auf Koran und Sunna. Der Islam sei, so argumentieren die Muslime, nach Judentum und Christentum der endgültige Höhepunkt der Prophetengeschichte.

Mohamed sei, wie es der Koran bestimmt, „das Siegel der Propheten“, und der Islam die einzig wahre Religion: „Die Religion bei Gott ist der Islam“. Folglich gilt: „Alle anderen Religionen haben damit ihre universale Geltung verloren. Nur für ihre jeweiligen Anhänger behalten Judentum und Christentum noch eine relative Gültigkeit.“⁽⁸⁾

2. Der Totalitätsanspruch des Islam

verlangt: der Islam muß herrschen, und zwar in allen Bereichen des Lebens, in Gesellschaft und Staat. Es gibt „keine Trennung von Religion und Staat, von Glaubensgemeinschaft und politischer Gesellschaft. Die islamische Gemein-

schaft und auch alle Gemeinschaften, die im islamisch regierten Staat leben, stehen unter dem Gesetz Gottes und haben nach dessen Bestimmungen zu handeln. Gottes Recht dient als Richtschnur staatlicher Entscheidungen der Regierung, als Grundsatzung staatlicher Institutionen und als Maßstab zur Bestätigung der Autorität des Staates oder zur Verurteilung seiner Abweichungen bzw. seiner Willkür.

Das Gesetz Gottes, das im Koran grundgelegt ist, und in der Sunna seine authentische Interpretation und vorbildliche Anwendung gefunden hat, ist das Grundgesetz des islamischen Staates. Legislative und Regierung haben sich daran zu halten und zu orientieren. ... Desgleichen ist die Rechtsprechung an die Inhalte des Korans und der Sunna gebunden.^{„9)}

Die straffe Bindung des gesellschaftlichen und politischen Lebens an Koran und Gesetz kennzeichnet den islamischen Staat als Theokratie. Die Theokratie bedingt: Die Rechte Gottes in den Vordergrund zu rücken und die Rechte und Interessen der islamischen Gemeinschaft zu schützen und zu sichern. „Der Staat hat auch die Aufgabe, von den Untertanen Gehorsam gegen das Gesetz Gottes zu fordern und die Bestimmungen dieses Gesetzes im praktischen Leben durchzusetzen. Den Regierungen ist dafür Autorität und Vollmacht verliehen, um die Herr-

schaft Gottes und die Vorherrschaft des Islams zu festigen und auszudehnen.“¹⁰⁾

3. Der Universalitätsanspruch des Islams

begründet die Überzeugung der Muslime, „die beste Gemeinschaft unter den Menschen“ zu sein. Laut Koran sieht sich diese Gemeinschaft demnach dazu verpflichtet, den Gottesstaat auf Erden zu errichten und entsprechende Gesetze für die Lösung der damit verbundenen Probleme zu erlassen. Gottes Autorität sanktioniert die gebotenen und zutreffenden Maßnahmen; sie erleichtert Mensch und Gesellschaft, ihr Leben in den danach vorgegebenen Bahnen einzurichten und zu gestalten. „Aufgrund seines Universalitätsanspruchs erklärt der Islam seine Lebensordnung als universal gültig und als im Grundsatz verbindlich für alle Gemeinschaften und Staaten. So fühlt sich der Islam dazu aufgerufen, den Herrschaftsbereich des islamischen Staates auszudehnen, den Normen der islamischen Gesellschaftsordnung zu universaler Geltung zu verhelfen, die Institutionen der politischen Struktur des Islams überall in der Welt zu errichten und somit eine einheitliche Gesellschaft unter islamischem Gottesrecht zu bilden, die möglichst alle Menschen umgreift.“¹¹⁾

4. Der Missionsauftrag des Islams

beruht, sofern man den Appell an die Muslime, die Andersgläubigen

zur Annahme des Islams aufzurufen und ihnen die Vorzüge ihres Glaubens und ihres Gesetzes nahebringen, so bezeichnen darf, eindeutig auf der Forderung des Propheten Mohameds, die da lautet: „Folgt nicht den Ungläubigen, sondern eifert gegen sie mit dem Koran und setzt eure ganze Energie ein.“ Diese Forderung Mohameds galt nicht nur seiner Zeit, sondern ist, wie die Gegenwart lehrt, noch immer gültig. Also lautet die Parole der islamischen Konferenz von Islamabad und besagt dasselbe: „Der Islam ist die einzig gültige Religion. Der Islam wird herrschen!“ Ziel war und bleibt: der Islam muß die Alleinherrschaft in der Welt erringen. Dafür wurden und werden noch immer Konfrontationen mit der nichtislamischen Welt, der Welt der Ungläubigen, gesucht und in Kauf genommen. Adel Theodor Khoury verweist in diesem Zusammenhang auf den Koran:

„2. 193: Kämpft gegen sie, bis es keine Verführung mehr gibt und bis die Religion nur noch Gott gehört. (. . .)“

9.33: Er (= Gott) ist es, der seinen Gesandten mit der Rechtleitung und der Religion der Wahrheit gesandt, um ihr die Oberhand zu verleihen über alle Religion. . . (. . .)“¹²⁾

Der Appell Mohameds: „kämpft, bis nur noch Allah verehrt wird“, mußte naturgemäß zur Konfrontation insbesondere mit den christlichen Reichen Europas führen.

Die Etappen dieser Konfrontation

haben eine lange Geschichte. Vier Zeiträume und zwei Berührungspunkte sind nach Darstellung Adel Theodor Khourys zu unterscheiden:

- „Der eine Berührungspunkt ist im Orient und trifft das oströmische, d.h. das byzantinische Reich und die Balkanländer.
- Der andere Punkt ist in den südlichen Ländern Europas, im Mittelmeerraum zu lokalisieren, vor allem Sizilien und Spanien.“¹³⁾

Die erste Etappe

ist gekennzeichnet durch die in der Zeit vom Tod Mohameds im Jahr 632 bis zum Beginn und Ende der Kreuzzüge (1095 – 1270) erfolgten Eroberungen durch muslimische Truppen.

Erobert werden in kurzer Zeit, noch im 7. Jahrhundert, Damaskus, Syrien, Jerusalem, Palästina sowie Ägypten.

Um das Jahr 700 ist ganz Nordafrika bis zum Atlantik eingenommen und das Christentum dort ausgelöscht.

In der ersten Hälfte des 8. Jahrhunderts dringen die Muslime in Spanien ein und stoßen vor bis *Tours und Poitiers in Frankreich*. Als Karl Martell sie 732 in der Schlacht bei Poitiers stoppt, ziehen sich die Muslime auf Spanien zurück, wo sie sich bis 1492 behaupten. Im 9. Jahrhundert setzen sich die Streiter Mohameds auf Sizilien und in Süditalien fest. Bis in

die zweite Hälfte des 11. Jahrhunderts können sie hier ihre Stellungen halten. Nachdem in Europa der islamische Sturm abflaut, keimt der Gedanke an Revanche. Man wertet es als eine „Schande“, daß die Muslime die heiligen Stätten der Christenheit im Orient besitzen und beherrschen.

Am 27. November 1095 ruft Papst Urban II. auf zum Kreuzzug ins Heilige Land.

Wenngleich das Heer der Kreuzfahrer große Erfolge im Kampf mit den Muslimen aufzuweisen hat und ihnen Jerusalem entreißen kann, ist die Herrschaft der Christenheit über den Islam im Kreuzfahrerstaat nicht von Dauer; 1187 gewinnt Saladin Jerusalem zurück, nachdem er das Kreuzfahrerheer vernichtend geschlagen hat. Mit dem Fall von Akko 1270 ist die Revanche der Christenheit mißlungen.

Die zweite Etappe

verzeichnet ein erneutes Vordringen des Islams in Europa, diesmal vom Osten her.

Ende des 14. Jahrhunderts hat der Islam die Donau erreicht. Am 29. Mai 1453 fällt nach langer Belagerung und wiederholten schwersten Angriffen Konstantinopel, die Hauptstadt des byzantinischen Reiches. An einer Rückeroberung hat der Westen kaum Interesse. Dem weiteren Vormarsch des Islam scheinen keine Schranken errichtet.

Sultan Soliman II. (1520 – 1566), der seine Lebensaufgabe darin

sieht, Europa dem Islam zu öffnen, erobert 1521 Belgrad, 1522 Rhodos; beherrscht 1526 Böhmen und Ungarn; erscheint mit seinen Truppen noch im selben Jahr vor Wien. Nachdem es nicht gelingt, das eingeschlossene Wien zu erobern und sich die muslimischen Truppen gezwungen sehen, 1529 von Wien abzuziehen und darüber hinaus ihre Flotte 1571 bei Lepanto geschlagen wird, gerät der Vormarsch der Muslime von Osten her ins Stocken. Als auch etwa hundert Jahre später die Schlacht 1664 bei St. Gotthard an der Raab verlorengelht und ihrem erneuten Erscheinen vor Wien 1683 ein Eroberungserfolg nicht beschieden ist, setzen sich die Muslime nach und nach aus Mitteleuropa ab.

Die dritte Etappe

sieht die Muslime auch in Südfrankreich, auf Sizilien und in Spanien auf dem Rückzug.

973 endet die Zeit der politischen Infiltration der Muslime im Raum Marseille und Nizza, wo sie seit 891 Stützpunkte unterhielten.

In Sizilien erlischt die islamische Herrschaft zwischen 1060 und 1091.

Seit Ende des 11. Jahrhunderts bemühen sich die Christen in Spanien um die Befreiung vom Islam. In einem fast vierhundert Jahre währenden Kampf gelingt es ihnen schließlich, in Granada 1492 die islamische Herrschaft abzuschüttern.

Die vierte Etappe

rückt wieder eine Konfrontation

mit dem Islam in den Vordergrund. „Im 19. und 20. Jh. trumpften die europäischen Kolonialmächte mit ihrer Kultur, ihrer Zivilisation, ihrem Reichtum und ihrer militärischen Macht gegen islamische Länder in Afrika und Asien auf. Sie trafen auf einen Islam, der politisch und wirtschaftlich geschwächt und verblutet war, der aber auch seine frühere kulturelle Blüte eingebüßt hatte. Nun waren es die Muslime, die die Demütigung militärischer Niederlagen einstecken und sich gegen eine Bevormundung durch die Fremden wehren mußten.“⁽¹⁴⁾

Wie die vier unterschiedlich geprägten Etappen deutlich machen, ist es dem Islam nicht gelungen, seinen Herrschaftsbereich weder im Mittelalter noch zu Beginn der Neuzeit auf ganz Europa auszuweiten. Der Widerstand der Christen Europas erwies sich doch als stärker. Wenngleich der erste, durch Mohamed und Koran entfachte Aufbruch in Richtung Europa dem Islam großartige Erfolge beschert hatte, siegte letztlich doch die christliche Welt. Sie wies den Islam in seine Schranken und weitgehend zurück auf seine Ausgangsposition. Im 19. und 20. Jahrhundert war das islamische Dilemma groß; bis der Islam sich davon erholte, vergingen Jahre.

Das zeitgeschichtliche Bild der Welt des Islams

ist vielschichtig.

„Wer den Wiederaufstieg des Islam in unserer Zeit verstehen will,

der muß den Tiefpunkt der Bedeutung dieser Religion kennen. Das Erwachen des Islam konnte geschehen, weil in der unmittelbaren Vergangenheit Politiker wirksam gewesen sind, die den religiösen Gesetzen und Gewohnheiten jede Bedeutung für das menschliche Zusammenleben, für die Ordnung des Staates nehmen wollten. Die Renaissance des Islam ist die Reaktion auf ihre Politik.“⁽¹⁵⁾

Dafür zwei Beispiele:

1. Kemal Atatürk, „der Vater der Türkei“,

hielt, nachdem das Osmanische Reich nach Ende des 1. Weltkrieges zerschlagen worden war – die Türkei mußte auf zehn Millionen Menschen verzichten und den Verlust aller arabischen Provinzen hinnehmen – die Zeit, zumal die Aufsicht über die heiligen Stätten von Mekka, mit dem Verlust der arabischen Provinzen für die Türkei entfallen war, für gekommen, sich aus der sogenannten muslimanischen Völkergemeinschaft zu lösen und das Land dem Westen entgegenzuführen. Ihm schienen Reformen vordringlich, wichtiger als die Hinnahme theokratischer Autorität.

Atatürk argumentierte: „Es ist zwecklos, dem Strom der modernen Kultur und Zivilisation zu widerstehen, Völker, die mit einer mittelalterlichen Mentalität und mit primitiven Legenden marschieren, sind gegenüber der modernen Zivilisation dazu verdammt, entweder zu verschwinden oder in die

Sklaverei zu geraten. Das türkische Volk aber ist entschlossen, als zivilisierte Nation bis in alle Ewigkeit zu leben.“¹⁶⁾

Fez und Turban verschwanden aus dem Straßenbild. Die lateinische Schrift ersetzte die arabische; verboten wurde den Männern, mehrere Frauen zu heiraten. Die Pflicht, daß Frauen den Schleier zu tragen haben, wurde aufgehoben und sie erhielten das Wahlrecht.

Die arabische Sprache blieb nur noch im Koran erhalten, an den Schulen gab es zum Entsetzen der Priesterschaft keinen Religionsunterricht mehr.

Der Islam wurde zur Sache des einzelnen.

Ziel Atatürks war es wohl, die Türkei zum Verzicht auf den Islam zu bewegen, um das Land schneller, den westlichen Vorbildern entsprechend, politisch und gesellschaftspolitisch aufzuwerten und nach Möglichkeit im westeuropäischen Sinne zu demokratisieren. Was im Blick auf den Islam relevant blieb:

- Staat und Kirche wurden getrennt,
- das religiöse islamische Recht (Sharia) aus Verwaltung, Verfassung, Justiz und Erziehung ausgeschaltet,
- politische Aktivitäten der islamischen Geistlichkeit und der in der Öffentlichkeit auftretenden Moslems waren nicht erwünscht und galten als nicht zu duldende oppositionelle Re-

gungen,

- jegliche religiöse Betätigung war stark eingeschränkt bzw. verboten.

Damit schien der Islam in der Türkei zum Erliegen gebracht. Doch die islamische Priesterschaft hörte nie auf, für den Islam zu werben und auf eine Erneuerung hinzuwirken.

2. Mohamed Reza Pahlewi, der „aufgeklärte absolute Monarch“, den die schiitische Geistlichkeit im Iran einen Tyrannen nannte, einmal weil das Haus Pahlewi den „entrückten zwölften Imam“¹⁷⁾ nicht als den eigentlichen Herrscher anerkannte und zum anderen, weil er eine Politik der guten Beziehungen zu den USA betrieb. Was amerikanisch war, wurde von Schah Pahlewi bevorzugt, den schiitischen Moslems jedoch, vor allem der Geistlichkeit, war alles Amerikanische verhaßt. „Widerstand gegen die Tyrannei ist die erste Pflicht des Moslems“, predigte Khomeini schon im Jahre 1941 beim Rücktritt des ersten Pahlewi-Schahs (Konzelmann).

Welche Reformen der Schah auch einleitete, sie stießen immer auf das Mißtrauen der Ayatollahs. Selbst die Landreform, mit der Schah Reza Pahlewi die große Armut der Bauern zu mildern gedachte, stieß letztlich auf Khomeinis Widerspruch.

Er zeigte sich empört darüber, daß der Schah, nachdem er eigenes Land im Zuge der Reform hergegeben hatte, nunmehr auch Län-

dereren der Großgrundbesitzer enteignete.

Was den Schah in den Augen der schiitischen Moslems und Geistlichkeit suspekt machte, war offensichtlich sein Bemühen, die Menschen im Iran aus den verkrusteten und nicht mehr zeitgemäßen ideologischen Traditionen zu befreien und in das moderne industrielle Zeitalter zu führen. Daß die Menschen im Iran dafür noch keineswegs reif waren, wußte niemand besser als die Verfechter der islamischen Tradition. Darin sahen die Mullahs ihre Chance, die Gläubigen enger an die Moschee zu binden und auf Distanz zu den Emanzipations- und Reformbemühungen des Schahs gehen zu lassen.

„Im Jahre 1974“, berichtet Peter Scholl-Latour, „hatte uns Schah Mohamed Reza Pahlewi auf unsere Frage nach seinem Verhältnis zum Islam mit der Terminologie eines aufgeklärten Despoten geantwortet: ‚Um unsere konsequente Modernisierung, die sogenannte Weiße Revolution, erfolgreich voranzutreiben, haben wir die Politik von der Religion trennen müssen. So wird es auch bleiben. Denn jedes Mal, wenn die Religion sich bei uns eingemischt hat, dann hat unser Land eine sehr schwierige und gefährliche Situation durchgemacht. Am Ende steht der Obskurantismus.‘“⁽¹⁸⁾

Weiter schreibt Peter Scholl-Latour in diesem Kontext: „Der Schah glaubte, sein Volk in der

Einheitspartei ‚Rastakhiz‘ mobilisieren zu können. ... Er glaubte, sich auf einen neu geschaffenen Mittelstand von etwa vier Millionen Menschen stützen zu können, um seinen Thron zu wahren, und vergaß dabei, daß das Bürgertum nicht auf die Barrikaden geht.“⁽¹⁹⁾

Die jüngste Geschichte des Iran lehrt, daß Schah Reza Pahlewis Weiße Revolution scheiterte und er seinen Thron zu halten nicht imstande war.

Der Haß der Mullahs und schiitischen Fanatiker, die er anläßlich der Unruhen des Jahres 1963 un-nachgiebig verfolgt und als Schweine bezeichnet hatte, war seitdem unaufhörlich gewachsen. Letztlich erschien ihnen, wie sie auch den Gläubigen verkündeten, Reza Pahlewi „nunmehr endgültig als die Wiedergeburt jenes Kalifen Yazid, der den heiligen Imam Hussein ermordet hatte, als die jüngste Menschwerdung des Bösen, als der neue Satan. blieb nur noch, auf den neuen Hussein, den Erlöser, zu warten.“⁽²⁰⁾ Was Schah Reza versagt blieb, nämlich des Volkes Massen für seine Revolution zu mobilisieren, gelang den Mullahs. Sie heizten in Teheran die Millionen der sogenannten Enterbten und Entrechteten an, denen die besondere Anteilnahme des Ayatollah Khomeini galt. Sie stellten das Gros der islamischen Revolution, bewerkstelligten die Abdankung des Schahs und schließlich die Rückkehr Khomeinis aus seinem Exil in Frankreich.

Als die Revolution im Dezember 1978 in Teheran ihren Durchbruch erzielte, schrieten Millionen: „Allah ist groß, Khomeini ist unser Führer!“ Die schiitische Geistlichkeit jubelte, sie feierte, nachdem sie über fünfzig Jahre von der Macht ferngehalten worden war, ihren Sieg.

Am 16. Januar 1979 verließ Schah Reza Pahlewi den Iran. Am 1. Februar 1979 kehrte Ayatolla Khomeini in den Iran zurück.

Diese zuvor gegebenen Beispiele verdeutlichen, daß es den Reformern nur zum Teil bzw. überhaupt nicht gelungen ist, Staat und Kirche auf Dauer total zu trennen. Weil das Volk, vornehmlich im Iran, weder auf säkulare noch auf emanzipatorische Reformen vorbereitet worden war, wohl zumeist dafür auch keine Bereitschaft oder gar Reife vorhanden war, mißlang letztlich auch in dieser Hinsicht, was man sich vorgenommen hatte.

Deutlich wird aber auch, daß der Islam widrigsten Bedingungen standzuhalten und zu widerstehen vermochte, ja, im Niedergang sogar Kraft zu neuen Aufbrüchen und zur Herausforderung in der Gegenwart erwuchs.

Der Islam ist wieder im Kommen wie die Gegenwart zeigt.

In der Türkei bekannten sich bereits vor dem 2. Weltkrieg viele religiöse Familien erneut zu ihrem Glauben: sie wallfahrten demonstrativ nach Mekka. Die türkische Jugend fragte nach der Lehre des Koran; da sie zumeist der ara-

bischen Sprache nicht mehr mächtig, sah sich die Regierung gezwungen, ihnen die geforderten Informationen auf türkisch zu geben. Während des Krieges steigerte sich die Besucherzahl der Moscheen laufend.

Die Regierung des Demokraten Adnan Menderes, Ministerpräsident von 1950 – 1960, förderte die Rückbesinnung auf die alten Tugenden, denn sie hob wesentliche Verbote, die den Islam aus dem Leben des Volkes hatten verbannen sollen, auf. Die Koranschulen fanden staatliche Unterstützung, die islamische Geistlichkeit gewann politischen Einfluß, wie einst erscholl der Ruf der Muezzins zum Gebet.

Als sich Menderes allerdings anschickte, einen diktatorischen Staat auf dem Fundament der reinen Lehre des Islam zu errichten, putschte die Armee am 27. Mai 1960 und durchkreuzte damit die Absichten des Regierungschefs. Adnan Menderes wurde zum Tode verurteilt und erhängt.

Die Restauration des Islam schritt dennoch voran. In Anatolien wurden in den letzten beiden Jahrzehnten mehr Gebetshäuser gebaut als zur Zeit des osmanischen Reiches. Zum Freitagsgebet erschienen mehr fromme Muslime aller Altersgruppen als je zuvor. Mehr und mehr Frauen hängen wieder der Verschleierung an.

Turgut Özal, der derzeitige Staatspräsident der Türkei, pilgernte unlängst nach Mekka. Über das

Fernsehen konnte alle Welt miterleben, wie er die heilige Kaaba umschritt. Die Rückwendung zur Tradition des Islam und seinen religiösen Bräuchen konnte offizieller kaum sein. Peter Scholl-Latour berichtet im Hinblick darauf von einem Interview mit Turgut Özal: „Der derzeitige Staatspräsident Turgut Özal erklärte uns, als er noch Regierungschef war, daß die Türkei nunmehr eine Brückenfunktion beanspruche zwischen Europa und dem arabischen Orient.“⁽²¹⁾

Auf Dauer wird auch die Armee, die sich noch immer zum säkularen Staat bekennt, einer Re-Islamisierung in den eigenen Reihen mehr oder minder stattgeben müssen, da der Hauptanteil der nachrückenden Offiziere und Soldaten auf dem Lande oder in Kleinstädten zu Hause ist, wo noch immer oder wieder das Brauchtum des Islam gilt und gepflegt wird.

Gerhard Konzelmann hat vor einiger Zeit auf Folgendes hingewiesen: „Nicht zu lösen ist für absehbare Zeit das Problem des ‚türkischen Dualismus‘, der Spannung zwischen der weltlichen Orientierung und dem Willen, der Religion ihr Recht zu geben. Kemal Atatürks Weg ist nicht zu Ende gegangen worden; der Schöpfer des Kemalismus ist zu früh gestorben. Den Religiösen ist es möglich geworden, ihre Positionen wieder aufzubauen. Zwischen diesen beiden Polen entwickelt sich das politische Leben.“⁽²²⁾

Im Iran, noch als Schah Reza

Pahlewi im Besitz der Macht war, erwachte der Islam zu neuem Selbstbewußtsein. Dies insbesondere von dem Augenblick an, mit dem klar wurde, daß die aus dem Westen ins Land importierte Technik und vorurteilslose Annahme westlicher Lebensart – obschon anfänglich als Fortschritt und Modernisierung gelobt – die Lebensqualität kaum, und nicht in dem Maß wie erhofft, verbessert hatte.

„Selbst unter dem Firnis der Modernisierung“, schreibt Peter Scholl-Latour in „Das Schwert des Islam“, „die Schah Mohamed Reza Pahlewi mit so großem Aufwand vorangetrieben hatte, war der Iran ein Land des Mysteriums geblieben. . . .“

Die mystische Vertiefung des Glaubens war im Gegensatz zur sunnitischen Richtung des Islam, die keine geistliche Hierarchie, kennt, einem fest strukturierten Klerus übertragen. An ihrer Spitze stehen die Ayatollahs, ‚Zeichen Gottes‘ in der Übersetzung.“

Die Ayatollahs, allen voran Ayatollah Ruhollah Kohmeini, predigten dem Volk, der Schah Reza Pahlewi sei der Satan. Als der Schah 1963 Khomeini festnehmen ließ, revoltierten die Massen Teherans. Nur mit Waffengewalt war die Ruhe wiederherzustellen. Das Fazit dieses Aufstandes: Tausende von Männern und Frauen schienen bereit, den Märtyrertod für den Glauben zu sterben. Was der Schah danach auch gegen Khomeini unternahm, brachte dem

Thron nur gelegentliche, aber nie anhaltende Entlastung. Zu guter Letzt siegte die Schia, die besagt, daß der zwölfte Imam seit seinem Verschwinden von der Erde weiterlebt und insgeheim die Welt regiert. „Dieser Imam wird eines Tages auf die Erde zurückkehren, um das Reich der Gerechtigkeit, des Wohlergehens, den heiligen Gottesstaat zu errichten. Niemand kann den Sturz des Schahs und die Erhebung Khomeinis begreifen, der nicht um die Sehnsucht des schiitischen Volkes nach der Wiederkehr des verborgenen zwölften Imam weiß“ (Scholl-Latour).

In Ruhollah Khomeini, der, weitgehend verborgen, fünfzehn Jahre im irakischen Exil verbracht und seit 1978 in Frankreich, in der Nähe von Paris, Zuflucht gefunden hatte, sahen die gegen Schah Reza Pahlawi aufgehetzten und von den Ayatollahs fanatisierten Massen das mögliche Wiederkommen dieses Imam, zumindest jedoch den Erneuerer und Retter des Islam.

Von Neauphle-le-Chateau aus inspiriert, eskalierten die Agitationen im Iran gegen das immer verhaßter werdende Regime des Schahs; sein Sturz schien vorprogrammiert. Im Dezember 1978 gelang der islamischen Revolution dann der Durchbruch. Der Rückkehr des greisen Führers Khomeini stand nichts mehr im Wege.

„Schon in seiner Verbannung in Frankreich hatte er die Verfassung der Islamischen Republik Iran aus-

gearbeitet, die ihm laut Artikel fünf alle politische und geistliche Macht zuspielte. Er trat auf als Stellvertreter jenes verborgenen Imam, bis zu dem Tag, an dem er wiederkehren wird, um das Reich Gottes und der Gerechtigkeit zu gründen. Auf vielen Transparenten stand damals die Inschrift zu lesen: ‚Oh, Allah, erhalte uns Ruhollah Khomeini bis zur Wiederkehr, bis zur Revolution des verborgenen Imam Mehdi.‘“ (Scholl-Latour).

Das Schah-Regime und andere Widersacher des Islam waren nie mächtig genug, dem iranischen Volk den Glauben an Allah zu nehmen. Im Gegenteil, der Glaube an Allah beflügelte die islamische Revolution und brachte ihr letztlich den Sieg, den Sieg über Materialismus und Rationalismus.

Die Dynamik des Islam

hat weltweit zugenommen. Die Rückbesinnung auf den Islam und die Entwicklung zum theokratischen Staat im Iran haben daran mitgewirkt und starke Antriebskräfte bezüglich der religiös-politischen Expansionstendenzen im heutigen Islam freigesetzt.

Ludwig Hagemann weist auf folgendes hin:

„Oft erlahmend, aber niemals gebrochen, hat der Islam in der Tat wieder und wieder in die Geschichte eingegriffen, so plötzlich, wie er entstanden war“, so beschrieb Walter Braune 1960 jene latente religiös-politische Energie, die den Islam seit seiner Entstehung kenn-

zeichnet. Die spektakuläre Revolution und die Ausrufung einer sogenannten Islamischen Republik im Iran im Jahre 1979 haben in jüngster Zeit diese geschichtliche Erfahrung ausdrücklich bestätigt. Die damalige siegreiche islamische Revolution gegen das vom Westen unterstützte und in westliche Sicherheitsinteressen eingebundene Regime der Pahlawi-Monarchie nährte die Hoffnung, „als sei damit ein Weg abgesteckt, den die Muslime zu gehen hätten, um die tiefe Krise zu überwinden, die zu lösen, sich auch frühere Versuche im Zeichen von Ideologien westlicher Provenienz als unfähig erwiesen hatten.“⁽²³⁾

So blieb es nicht aus, daß die islamisch-schiitische Revolution Folgeerscheinungen zeitigte. Sichtbar wurden und werden sie noch u.a. im nahen Orient (Libanon, Ägypten, Türkei), im fernen Orient (Afghanistan, Indien, Pakistan), aber auch in Afrika und Europa. Was den Islam anziehend und stark macht, ist ein Ideal der Einheit aus Religion, Staat und Gesellschaft: der islamische Staat auf der Grundlage der Sharia, des islamischen Rechts.

Bei einem Treffen von islamischen Gläubigen in London im Jahr 1975 sagte der Hauptredner Dr. Safakhulusi – Jahrgang 1917 –, in Bagdad geboren, Absolvent der University of London, Philosophieprofessor in Bagdad, Princeton, Yale, Chicago und Oxford u.a. folgendes, was das der-

zeitige Selbstverständnis des Islam unterstreicht: „Der Islam hat Europa im Mittelalter durch die geistigen Anstöße, die er gab, vor dem Rückfall ins Heidentum bewahrt. Der Islam bot damals ein leuchtendes Vorbild. Auch heute ist der Islam bereit, das zusammenbrechende Europa vor dem Untergang zu retten. Europa ist durch Allah, den Allmächtigen, mit großem materiellen Reichtum gesegnet worden.“

Mit diesem Reichtum sind wir bereit, den Europäern zu helfen. Daß wir Hilfe leisten können, ist eines der größten Wunder. Zu einem Zeitpunkt, als die ganze Menschheit dachte, der Islam sei ein toter Glaube, der in Zukunft nicht mehr als wichtige Kraft beachtet werden müsse, da erwachte der Islam zur früheren Stärke. Vierzehn Jahrhunderte, nachdem der Ruf ‚Allah akhbar, Allah ist über allem‘, zu hören war, geschah dieses Wunder. So ist der Islam wieder auf dem Weg, um der Menschheit zu helfen. Der Islam wird ein wichtiger Faktor in der Gestaltung der Zukunft sein, so wie er ein wichtiger Faktor in der Vergangenheit war. Ohne den Islam hätte es keine europäische Zivilisation gegeben, keine geistige Entwicklung.

Wir haben den Reichtum der griechischen Kultur bewahrt und vor der Vergessenheit gerettet. Am Anfang des Weges in die Zukunft haben wir uns die Frage zu stellen, was die attraktiven Seiten des Islam sind. Da ist vor allem seine

Einfachheit zu nennen. Man muß kein Philosoph sein und braucht nichts von Metaphysik zu verstehen, wenn man die Glaubensgrundsätze des Islam begreifen will. Die Denkwelt des Islam öffnet sich Menschen mit einfachem und mit kompliziertem Denkvermögen. Der Islam umfaßt alle guten und faszinierenden Elemente, die den großen Religionen eigen waren. So ist er zugleich Religion, sozial-ordnende Gestaltungskraft und politische Ideologie. Der Islam wird die Grundlage sein für eine neue Zivilisation, in der die Menschheit frei ist von Terror, Hunger, Inflation.

... "24)

Daß der Islam heute weltweit als ein lebendiger Glaube gilt, beweisen die Zahlen seiner Anhängerschaft.

In Afrika, das zu Anfang der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts auf eine Gesamtbevölkerung von 253 Millionen angewachsen war, bekannten sich 126 Millionen davon zum Islam. Die Gemeinschaft islamischer Staaten unterstützt seit langem afrikanische Länder mit islamischen Mehrheiten; zu den Schwerpunkten ihrer Politik zählt vorrangig die Missionierung Afrikas.

Die Religion des Islam kommt der afrikanischen Mentalität entgegen; zahlreiche Propagandisten, meist Entwicklungshelfer oder Angehörige ordensähnlicher Gemeinschaften, werben für den Islam. Es ist einfacher, einen Afrikaner für den Islam als für das Christentum

zu gewinnen; das hat historische wie auch religiös-ideologische Gründe. Von Norden nach Süden wächst die Zahl der Bekehrten. Im Norden Afrikas, in Algerien, kämpft die fundamentalistische Anhängerschaft der „Islamischen Heilsfront“ dafür, das Gesetz Allahs, den Koran, zum alleinigen Maßstab für das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben zu erheben. Die Moslems in Algerien sind – im Gegensatz zum Iran – keine Schiiten, sondern Sunniten.

Die meisten Muslime leben in nichtarabischen Staaten. An der Spitze steht Indonesien mit 150 Millionen Muslimen, gefolgt von Pakistan mit 95 Mill., Bangladesh mit 85 Mill., Indien mit 80 Mill., China mit 60 Mill., ehem. Sowjetunion mit 50 Mill. und der Türkei mit fast 50 Millionen Muslimen. Erst dann kommt mit Ägypten ein arabisches Land, von dessen 50 Millionen Gesamtbevölkerung die Muslime über 42 Millionen betragen.

Dr. Rudolf Grulich bemerkt in diesem Zusammenhang: „Diese absoluten Zahlen besagen aber wenig, da die Prozentsätze der Muslime, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, zwar in Indonesien (90 %), Pakistan (95 %), Bangladesh (85 %) und der Türkei (98 %) sehr hoch, im Falle Indiens (über 10 %), Chinas (6 %) oder auch der Sowjetunion (20 %) aber gering sind. Allerdings leben die Muslime meist in kompakten, traditionellen

Siedlungsgebieten und bestimmen das Erscheinungsbild ganzer Provinzen, Bundesländer oder Republiken, wie z.B. in den zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion. Sicher können wir von über einer Milliarde Muslime in der Welt ausgehen, das sind über 20 % der Weltbevölkerung.“⁽²⁵⁾

Dr. Rudolf Grulich hält weiter fest: „Über 98 % der Bevölkerung stellen die Muslime in Ländern wie Afghanistan, Algerien, in beiden Staaten des Jemen, den Arabischen Emiraten, im Iran, Katar, in Libyen, den Malediven, Mauretanien, Oman, Saudi-Arabien, Somalia oder der Türkei. Über 90 % der Bevölkerung betragen sie in Ägypten, Bahrain, Dschibuti, im Irak, Indonesien, Jordanien, Marokko, auf den Komoren, in Kuwait und Tunesien. Zwischen 80 % und 90 % beträgt der Anteil der Bevölkerung von Bangladesh, Syrien, Niger, Gambia, wobei in vielen Fällen keine exakten Zahlen vorliegen. Mehrheitsverhältnisse für den Islam gibt es auch in Staaten wie dem Senegal, Mali, dem Sudan, Guinea, Tschad, Malaysia. . . .“⁽²⁶⁾

Muslime in Europa gibt es seit den Jahrhunderten der türkischen Eroberung in Albanien, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien und Rumänien. „Der Islam in Europa wird heute in weltweite islamische Missionsplanung einbezogen. Das zeigen überregionale islamische Organisationen wie der „Islamic Council of Europa“ in London und der „Moscheenrat für Europa“ in

Brüssel. Ein Vergleich der Erfolge des Islam mit der christlichen Mission dieses Jahrhunderts fällt eindeutig zuungunsten des Christentums aus. Während das Christentum z.B. in rein islamischen Ländern wie Saudi-Arabien, den Arabischen Emiraten oder dem Jemen nie Fuß faßte, gibt es heute Millionen von Muslimen in Westeuropa. . . .“⁽²⁷⁾

Davon in Deutschland etwa 2,3 Millionen. Der Islam ist hier keine Neuerscheinung, denn es gab bereits 1723 eine Moschee in Potsdam, die Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. für 20 Tatarenkrieger seiner Armee errichten ließ. Im Lager Wünsdorf erlaubte Kaiser Wilhelm II. während des Ersten Weltkrieges die Einrichtung einer Moschee für seine muslimischen Kriegsgefangenen.

Die „Islamische Gemeinde Berlin“ erschloß 1924 eine Moschee in Wilmersdorf. Heute gibt es an die 900 Bethäuser in Deutschland, davon 33 in Berlin und 13 in München. Als die bedeutensten islamischen Zentren gelten jedoch Aachen, Hamburg, München und Frankfurt. *⁽²⁸⁾

Martin Cordes bezeichnet Köln als das „Mekka“ der Muslime in Deutschland. In seiner Reportage „Gebete unter dem Halbmond von Nippes“, erschienen in der Sonntagsausgabe der Bonner Rundschau Nr. 34 vom 25. August 1991, berichtet Cordes folgendes: „300 Moscheevereine unterhalten Gebetsräume für 80000 Angehörige

des Islams: Zum Beispiel, nur für Eingeweihte zu entdecken, die Fatih-Moschee in Nippes.“

Für die Missionsarbeit des Islams in Deutschland ist die Münchener Moschee zuständig; Erfolge blieben ihr nicht versagt. Dazu ein Wort von Udo Steinbach, Direktor des Deutschen Orientinstituts in Hamburg: „Die Dynamik des Islam hat in Deutschland in den letzten Jahren ungemein zugenommen. Doch kann diese Religion bei uns wohl kaum zur Massenbewegung werden. Sie stellt eine Modeform dar, da es chic ist, wie Khomeini gegen die Großmächte und vor allem gegen die Amerikaner zu sein. Außerdem sind die sozialen Angebote des Islam für viele attraktiv.“⁽²⁹⁾

Pater Vöcking, der Leiter der Informationsstelle zu Christentum und Islam (CIBEDO) in Frankfurt, urteilt allerdings so: „Der Islam festigt sich immer mehr. Er wird nicht mehr nur die Religion des Gastarbeiters sein, sondern wird langsam zum Bestandteil der deutschen Gesellschaft.“⁽³⁰⁾

Wilhelm Lehmkämpfer

Anmerkungen

- 1) Vergl. hierzu: Gerhard Konzelmann: Die islamische Herausforderung, München 1988
- 2) Informationsheft zum Gebetstag für die verfolgte Kirche 1991; Kirche in Not/ Osterpriesterhilfe, München
- 3) Jacques Waardenburg in: Der Islam in Bewegung; Paulusverlag, Freiburg/Schweiz 1991
- 4) ebd.

- 5) ebd.
- 6) ebd.
- 7) Adel Theodor Khoury: Was sagt der Koran zum Heiligen Krieg? Gütersloh 1991
- 8) ebd.
- 9) ebd.
- 10) ebd.
- 11) ebd.
- 12) ebd.
- 13) Adel Theodor Khoury: Die Bedeutung des Islam in der europäischen Geistesgeschichte. Vortrag, gehalten am 11.9.1986 Deutscher Katholikentag, Aachen.
- 14) ebd.
- 15) Gerhard Konzelmann: Die islamische Herausforderung; DTV, München 1988
- 16) ebd.
- 17) Mehdi, der zwölfte Imam, verschwand vor rund 1100 Jahren im kindlichen Alter von neun Jahren spurlos von dieser Erde. Mehdi gilt als der letzte beglaubigte Imam und Statthalter Allahs.
Peter Scholl-Latour berichtet in diesem Zusammenhang: „Aber seitdem, so besagt die Schia (Anm. d. R.: Lehre, zu der sich die Schiiten bekennen), lebt der zwölfte Imam im Verborgenen weiter. Er regiert insgeheim die Welt. Jede theologische These und jede politische Entscheidung ist nur legitim und zulässig, wenn sie den Weisungen und Geboten des zwölften Imams entspricht.“
Peter Scholl-Latour: Das Schwert des Islam; Heyne, München 1990
- 18) ebd.
- 19) ebd.
- 20) ebd.
- 21) ebd.
- 22) vgl. Anm. 15)
- 23) Ludwig Hagemann in: Der Islam in Bewegung; Freiburg/Schweiz, 1991
- 24) vgl. Anm. 15)
- 25) Dr. Rudolf Grulich: Die Verbreitung des Islam in der Welt, in Informationsheft zum Gebetstag für die verfolgte Kirche 1991, s.a. Anm. 2)
- 26) ebd.
- 27) ebd.
- *28) vgl. Bericht von Wilhelm Dietl in: Mission aktuell 2/89 Aachen, März/April

29) ebd.

30) ebd.

Pater Vöcking ist Weißer Vater; die Informationsstelle zu Christentum und Islam arbeitet in der Trägerschaft der Weißen Väter.

„Unkonventionelle“ Medizin

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bernd Neumann, forderte bei einer Pressekonferenz in Bonn:

„Mehr Akzeptanz für unkonventionelle Medizin – Zusammenarbeit zwischen unkonventioneller Medizin und klassischer Medizin verbessern!“ Die Gesundheit und ihre Erhaltung sei ein zu wichtiges Gut, als daß man Möglichkeiten und Wege dazu außer acht lassen dürfe. Viele Menschen, denen die Schulmedizin nicht helfen kann, setzen zunehmend ihre Hoffnungen auf die Naturmedizin. Die nicht zur konventionellen, wissenschaftlichen Medizin gehörenden Richtungen werden unter dem Begriff „unkonventionelle medizinische Richtungen“ zusammengefaßt. Ihnen ist gemeinsam, daß sie den Menschen ganzheitlich zu erfassen suchen und eine Heilung durch die Anregung von Selbstheilungsprozessen anstreben.

Über 50 % der Bevölkerung nimmt Naturheilmittel und vertraut ihnen. Obwohl die unkonventionelle Medizin auf zahlreiche

Heilungserfolge verweisen kann, wird sie vor allem von den Ärzten vielfach nicht akzeptiert, weil sie mit wissenschaftlichen Methoden ihre Heilungserfolge nicht erklären kann. Dies hat auch zur Folge, daß viele Krankenkassen die Übernahme der Kosten für unkonventionelle medizinische Verfahren wegen zweifelhafter Wirksamkeit ablehnen.

Die Verbesserung der Akzeptanz erfolgreicher unkonventioneller medizinischer Richtungen ist ein vordringliches öffentliches Anliegen. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schulmedizin und Naturmedizin. Dabei sind in letzter Zeit durchaus Fortschritte erzielt worden.

An der FU Berlin wurde ein Lehrstuhl für Naturheilkunde eingerichtet und an der Universität München läuft ein Modellversuch zur Integration von Naturheilverfahren in Forschung und Lehre. Gerade an den Universitäten muß die fächerübergreifende Zusammenarbeit zwischen Schulmedizin und unkonventioneller Medizin verstärkt werden. Nur dort besteht die Chance, unkonventionelle medizinische Verfahren in den bestehenden Forschungs- und Lehrbetrieb einzubeziehen und damit ihre Akzeptanz im Gesundheitswesen zu verbessern.

Aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages wurde der Bundesminister für Forschung und Technologie tätig und

hat durch eine Projektgruppe unter Leitung von Dr. med. Peter Mathiesen in fast zweijähriger Arbeit rund 130 verschiedene unkonventionelle medizinische Verfahren erfassen lassen. Zu einigen weitverbreiteten Verfahren wurden Workshops mit Fachleuten veranstaltet, insbesondere zu

- Phytotherapie (Anwendung von Pflanzenextrakten für Heilzwecke),
- Homöopathie (u. a. Einsatz von Präparaten, die nach einem speziellen Verfahren verdünnt werden und beim Kranken als Heilmittel wirken, beim Gesunden in hoher Dosis aber entsprechende Krankheitssymptome hervorrufen können),
- anthroposophische Medizin (neben physikalischen Gesetzmäßigkeiten werden gleichwertig Gesetzmäßigkeiten von Leben, Seele und Geist berücksichtigt),
- Balneotherapie (Anwendung von Heilwasser und seine Wirkung auf den Organismus),
- Akupunktur (physikalische Reizung von Hautarealen, die eine Verbindung zu weit entfernten Organen aufweisen, für therapeutische Zwecke).

Die abschließende Bestandsaufnahme und die daraus folgenden Forschungsempfehlungen stützen sich darüber hinaus auf eine umfassende Literaturanalyse sowie auf Befragungen und schriftliche Stellungnahmen von Experten, Institutionen und Ver-

bänden. Selbst bei den in der Bevölkerung und der Ärzteschaft weitverbreiteten Verfahren fehlen häufig Nachweise über die therapeutische Wirksamkeit. Wissenschaftliche Untersuchungen hierzu gibt es bisher nur wenige.

Die Empfehlungen der Projektgruppe und ihres wissenschaftlichen Beirats sind:

- Strukturverbesserung für die naturmedizinische Forschung
Die fächerübergreifende Zusammenarbeit zwischen der Schulmedizin und der unkonventionellen Medizin soll verstärkt werden.
- Bildung von Forschungsschwerpunkten
Um die wissenschaftliche Akzeptanz unkonventioneller medizinischer Verfahren zu verbessern, sollen die wissenschaftliche Durchdringung und Weiterentwicklung von weitverbreiteten, unkonventionellen medizinischen Verfahren gefördert werden.
- Förderung klinisch-therapeutischer Forschung
Es sollen klinisch-therapeutische Vergleichsstudien durchgeführt werden, die sowohl unkonventionelle als auch konventionelle Therapieverfahren einbeziehen.
- Erforschung von Wirkprinzipien
Wirksamkeitsnachweise naturmedizinischer Verfahren sind nur dann möglich, wenn wissenschaftliche Untersu-

chungsergebnisse über die grundlegenden Wirkprinzipien vorliegen.

- Begleitende Forschung und Dokumentation

Die Einrichtung eines überregionalen Beratungssystems sowie eines biomedizinischen Zentrums zur methodischen Betreuung von Therapiestudien sollen die Forschung im Bereich der unkonventionellen Medizin verbessern. Weiterhin wird die Einrichtung einer Datenbank für wissenschaftliche Literatur zu naturmedizinischen Themen als notwendig angesehen.

- Dialog zwischen unkonventioneller und konventioneller Medizin

Um eine bessere Zusammenarbeit und Koordination in der Forschung zu erreichen und so die Akzeptanz und Anwendung

der Naturmedizin zu fördern, sollen regelmäßige Fachtagungen und Arbeitsgespräche zwischen den Vertretern der verschiedenen medizinischen Richtungen gefördert werden.

Das Ministerium für Forschung und Technologie wird die Empfehlungen der Projektgruppe und ihres wissenschaftlichen Beirats prüfen und noch in diesem Jahr einen Förderschwerpunkt im Programm „Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit“ zu ausgewählten Bereichen der Naturmedizin einrichten.

Seit 1984 wurden 14 Vorhaben mit zusammen rund 11 Millionen DM gefördert, u.a. ein Vorhaben des Max-Planck-Instituts in Göttingen, das die therapeutische Wirksamkeit von Mistelpräparaten bei Tumoren und Metastasen experimentell nachgewiesen hat.

Willy Trost



Iwona unsere Reisebegleiterin.

(Foto: F. Brockmeier)

AUS GKS, PGR, AKS UND AMI

Die Redaktion wünscht allen Lesern, Autoren und Mitarbeitern samt ihren Angehörigen ein gesegnetes sowie mit Gottes Hilfe ein friedliches Jahr 1993, verbunden mit Gesundheit und Solidarität für den Nächsten. Möge jeder von uns an seinem Platz dazu beitragen, daß die Not und Auseinandersetzungen auf der Welt gemindert werden zum Wohle aller. (bt)

Informationsreise des Laienapostolats der katholischen Militärseelsorge nach Polen

Polnische Impressionen

Denk ich an Polen, denk ich an...

...Krieg, Besetzung, Teilung Polens, Polen als Knecht der germanischen Herrenrasse im „Generalgouvernement“; die Endlösung der Judenfrage mit all dem Unausprechlichen, für das Auschwitz steht.

Denk ich an Polen, denk ich an...

...Krieg, Niederlage, die Vertreibung der Deutschen aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen, denk ich an Katyn und die Vertreibung der Polen aus ihren von den Sowjets besetzten Ostgebieten.

Denk ich an Polen, denk ich an...

...Solidarnosc, ohne diese Bewegung kein Wandel und kein Um-

sturz der politischen Verhältnisse in Osteuropa.

Denk ich an Polen, denk ich an...

...große wirtschaftliche Schwierigkeiten, denk ich an den langen Weg bis hin zur Marktwirtschaft und Demokratie.

Denk ich an Polen, denk ich...

...es geht nichts, und es kann auch gar nichts gehen.

Und es geht doch!!!

(Aus PZ 67/91, Bonn)

Kurzreisebericht

„Unsere Vorurteile haben wir zwischen Görlitz und Warschau über Bord geworfen“... So beschreibt Hans Hornecker (52), Sachbearbeiter im Referat Kirche und Gemeinde beim Katholischen Militärbischofsamt, die Eindrücke von 41 katholischen Soldaten der Bundeswehr, die im September zehn Tage lang durch Polen reisten. Zusammen mit Referatsleiter Dekan Walter Theis und Oberstleutnant a.D. Volker Traßel (Ebersberg) hatte Hornecker das diesjährige Leitungskreis-Semi-

nar für Mitglieder des katholischen Laienapostolats als Informationsreise zu unseren östlichen Nachbarn organisiert.

Höhepunkt war ein zweitägiges Treffen mit katholischen Soldaten der polnischen Armee in Warschau. Für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) berichtete der Ehrenvorsitzende, Oberstleutnant a.D. Paul Schulz, über das Bemühen „um eine ganzheitliche Sicht des beruflichen und familiären christlichen Lebens für Soldaten“. Oberstleutnant Heinrich Havermann, der Vorsitzende der Zentralen Versammlung, informierte über die Arbeit der Pfarrgemeinderäte in der deutschen Militärseelsorge. Im Mittelpunkt der persönlichen Gespräche stand dann die Frage nach Möglichkeiten der Kooperation zwischen der deutschen und der polnischen Militärseelsorge auf dem Gebiet der Laienarbeit.

In diesem Zusammenhang erklärte der polnische Militärgeneralkvikar Jerzy Syrczyk seinen Gästen, in einigen Seelsorgebezirken seien bereits Pfarrgemeinderäte gebildet worden. Mit dem polnischen Militärbischof Glodz und dem Militärordinariat sollen Leitsätze für die Laienarbeit formuliert werden. Als wichtigste Aufgabe des Laienapostolats bezeichnete Syrczyk, den jahrzehntelang verschütteten Glauben vieler Soldaten aufzudecken, zu ermutigen und zu fördern.

Besonderes Interesse zeigte die

polnische Seite an der Haltung der katholischen Kirche in Deutschland in bezug auf die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Die Militärpfarrer in Deutschland sehen es als ihre Aufgabe an, auch Verweigerer in ihrer Gewissensentscheidung zu begleiten. In Polen gibt es bislang noch keine Anerkennung der Verweigerung aus Gewissensgründen.

Auf ihrem Weg nach Warschau besuchte die deutsche Gruppe unter anderem das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz sowie die Schwarze Madonna von Tschenstochau. Fazit der Teilnehmer: Der „Aufbruch nach Osten“, so Hans Hornecker in Anspielung auf die Tatsache, daß die bisherigen Info-Reisen des Laienapostolats in der Regel nach Rom oder Assisi führten, hat sich gelohnt. Als Christen und Soldaten wolle man an der Verständigung zwischen Deutschen und Polen und am Aufbau eines friedlichen Europas mitarbeiten.

H.G. Justenhoven (aus Kompaß Nr. 23/30.10.1992)

Freunde durch Begegnung

Erinnerungen über Polen

Ich hatte das Glück, am ersten Polenseminar des KMBA (Kath. Mil. Bischofsamt) teilzunehmen. Eine Erfahrung, die weit über das hinausgeht, was man mit Worten hier darstellen kann. Trotzdem will ich versuchen, meine eigenen,

höchst subjektiven Eindrücke zu schildern, für mich zur Erinnerung, für meine MitfahrerInnen als Gedächtnisstütze und für die LeserInnen als Anregung, Kostprobe, Appetitmacher, vielleicht auch, um daraus zu lernen, so wie ich, oder mit mir darüber zu diskutieren.

Polen hatte für mich einen ganz eigenen Klang. Als Kind bin ich mit polnischen Fremdarbeitern aufgewachsen, habe sie als nette, freundliche Menschen kennengelernt, die unseren Bauersfrauen auf den Feldern halfen, während die Männer im Krieg waren. Nach dem Krieg haben sie als DP's (displaced persons) Furcht und Schrecken in der Rhön verbreitet, durch Plünderungen und andere Greueltaten, der Vater eines Klassenkameraden wurde von ihnen erschossen. Im Geschichtsunterricht hörten wir von der polnischen Teilung, dem Insurgentenaufstand, und ich kannte den Vater eines Freundes, der mit um den Annaberg gekämpft hatte und seine Schilderungen klingen noch in meinen Ohren. Von den Vertriebenen hörten wir von eben dieser Vertreibung mit allen Auswüchsen. Polnische Wirtschaft war ein Schlagwort, aber auch „Noch ist Polen nicht verloren“. Die Polen, sie waren anders. Die Andersartigkeit drückte sich schon in der Sprache aus, keine Anhaltspunkte im Englischen oder Französischen, und so gar nicht verwandt mit dem, was ein Gymnasiast gelernt hatte. So ging ich daran,

mich auf diese Reise vorzubereiten.

Geschichte, so schien mir, wäre der Schlüssel zu Polen. Nun mußte ich feststellen, es gab gar kein ursprüngliches Polen. Zwischen den Großmächten, dem Deutschritterorden, Rußland, Preußen, Österreich, Schweden haben sich die Grenzen immer verschoben, ein Kernland kann nicht angegeben werden. Immer aber gab es nationales Einigkeitsgefühl und immer wieder Aufstände, Revolten, blutige Niederschlagungen. Der Freiheitsdrang und der Mut der Polen war und ist ungeheuer, großartig und beeindruckend. Ich kam auf altes Kulturerbe, ganz europäisch und doch mit der eindeutig polnischen Handschrift – Krakau. Dort wurde keineswegs der habsburgische Nachlaß vernichtet, nein, integriert und als Teil der schmerzhaften Geschichte dieses Volkes gepflegt, restauriert, in der ursprünglichen Form wieder aufgebaut, man bekennt sich dazu. Der Zugang zu Polen nur über die Geschichte faßt zu kurz. Es bleibt der Weg über Literatur und Musik. Aber das, was berühmte Polen geschrieben haben, z.B. das Buch „Quo Vadis“ des Nobelpreisträgers Sienkiewicz, handelt nicht von Polen, und Chopin hat im Exil in Paris gewirkt. Moderne Literatur habe ich zwar gelesen, aber ein deutliches Bild der Polen habe ich dadurch nicht erhalten, vielleicht auch, weil ich mit Literatur über die verlorenen Länder aufgewach-

sen bin. Aufgeschlossen, wachsam und neugierig wollte ich sein, und so habe ich mir eingebildet, den Polen gut vorbereitet gegenüberzutreten zu können. Ein bißchen bange war mir vor dem Besuch in Auschwitz und der Wallfahrt zur Schwarzen Muttergottes. Zum einen, weil ich schon viele KZ-Gedenkstätten im eigenen Land gesehen hatte und in Auschwitz das Zentrum des Revanchismus vermutete. Zum anderen, weil ich über die polnische Volksfrömmigkeit viel gelesen und erfahren hatte, daß Jasna Góra als Nationalheiligtum ein Zentrum des Widerstandes war. So war ich gespannt, ein neues Land kennenzulernen, dessen Schicksal so eng mit dem meines Landes verbunden war und bei dem ich mehr Gemeinsames, denn Trennendes zu finden hoffte.

Betrachtungen bei der Fahrt durch's Land

Den ersten Eindruck nach der Grenze bei Görlitz – Grenzen haben immer einen etwas bedrückenden Eindruck – gewann ich in einem Gasthaus, in dem uns unsere polnische Reiseführerin das Mittagessen bestellt hatte. Eine große, lange Tafel mit Stoffservietten und Blumen, die Stühle in einer Achteldrehung dem Gast gegenüber geöffnet und eine Anzahl von hilfereichen und freundlichen Geistern, adrett gekleidet. Es war überraschend, und hier fragte ich mich zum ersten Mal, was ich ei-

gentlich erwartet hatte. Bis Warschau hatte ich noch einige Tage Zeit, meine Vorurteile über Land und Leute über Bord zu werfen und für neue Eindrücke empfänglicher zu werden. Ich wollte nicht mehr urteilen und bewerten, sondern offen sein, einwirken lassen, empfinden oder, um es mit der Lieblingssentenz meiner Tochter zu sagen „sensibel sein für andere und anderes“ und eigene, liebgewonnene Überzeugungen, Vermutungen in Frage zu stellen und lückenhafte Kenntnisse zu schließen. Eigentlich, wie es immer sein sollte: mit Herz und Verstand an jede neue Erfahrung herangehen.

Im Gegensatz zu den EG-Flächenstillegungen in den alten und neuen Ländern ist in Polen jedes Feld bestellt. Es sind kleinere Parzellen als zu Zeiten der Volkseigenen Betriebe, denn jetzt sind wieder 70 % der polnischen Landfläche Privateigentum und werden so auch für die beginnende Marktwirtschaft genutzt. Zwar wird noch vielfach mit dem Pferd geackert und geeggt, aber das Land wird bewirtschaftet, Familienbetriebe, so schien es, denn es waren bei der Kartoffelernte viele Personen beteiligt. Vieh weidete überall auf den Wiesen, nicht eingezäunt, aber angepflockt. Die Dörfer, durch die wir fuhren, machten einen freundlichen Eindruck, zwar reparaturbedürftig, aber fast überall mit Blumen in den Gärten. Natürlich sind wir auch durch das oberschlesische Industriegebiet

gefahren, vor allem Kattowitz. Es gibt politisch Schlesien nicht mehr, es ist nur noch ein historischer, kulturgeschichtlicher und geographischer Begriff. Politisch ist es in verschiedene Wojwodschaften (Verwaltungsbezirke) aufgeteilt. Es ist ein Durchgangsland schon immer gewesen, die „Hohe Straße“ führte von Ost nach West hindurch und die „Bernsteinstraße“ von Nord nach Süd. Heute wird ganz Polen so gesehen, als Durchgangsland. Der Weg Europas nach Osten und der Weg Rußlands nach Westen führt durch Polen. Das gilt aber im gleichen Maße für die Bundesrepublik. Dazu sagte ein Pole mir: Für den Osten sind wir schon der Westen, und für den Westen sind wir schon der Osten! Das ist auch bezeichnend für das polnische Lebensgefühl. Obwohl slawischer Herkunft, fühlen sich heute die Polen mehr dem Westen, vor allem aber Europa zugehörig, und erwarten auch von Europa Hilfe zu ihrer Selbständigkeit. Polen liegt nun mal geographisch mit der Bundesrepublik in Europas Mitte. Das Hauptproblem der EG ist die Aussöhnung mit allen Nachbarn aus Nord, Süd, Ost und West. Die Polen leben in der Angst vor den derzeitigen Rückfällen in Osteuropa, deshalb ist ihr Drang zur Westanbindung (NATO u. EG) nicht nur verständlich, sondern von unserer Seite sogar wünschenswert, damit so die Ostflanke über die baltischen Staaten bis Ungarn gefestigt wird. Nun ist das deutsch-pol-

nische Verhältnis fast unerträglich vorbelastet. Wenn wir es ernst meinen mit unseren slawischen Nachbarn, dann müssen wir anfangen, uns nicht nur kulturpolitisch mit ihnen zu beschäftigen; ich meine damit das Kennenlernen, nicht nur der Städte, Landschaften, Kulturdenkmäler, sondern vor allem der Menschen und der Art, wie sie leben und wie sie denken, trotz aller Hindernisse, vor allem der Sprachbarriere. Auf dieser Fahrt habe ich erkannt: Neben den offiziellen Kontakten auf oberster Ebene muß es vor allem Begegnungen alltäglicher Art geben, auf der Arbeitsebene sozusagen. Der polnische Philosoph Kowalewski hat gesagt: „Im Haß leben heißt: im Tod leben!“ oder umgedeutet, „Wer Frieden will, muß Freunde gewinnen!“ Wer Freunde gewinnen will, muß Menschen kennenlernen, sich um menschlichen Kontakt bemühen, ihnen zuhören, ihre Probleme erkennen und mit der Tat helfen, nicht nur mit großen Worten auf Kongressen und bei Staatsbesuchen, sondern bei allen Gelegenheiten. Ist es da nicht logisch, daß ich mit den Menschen anfangen, die mit mir den gleichen Beruf haben, weil ich von deren Problemen am meisten verstehe? Jugendaustausch scheint mir wichtig, ja überhaupt Begegnungen jeglicher Art, wobei wir im Westen den Vorteil der besseren Finanzkraft haben.

Wenn man mit Polen spricht,

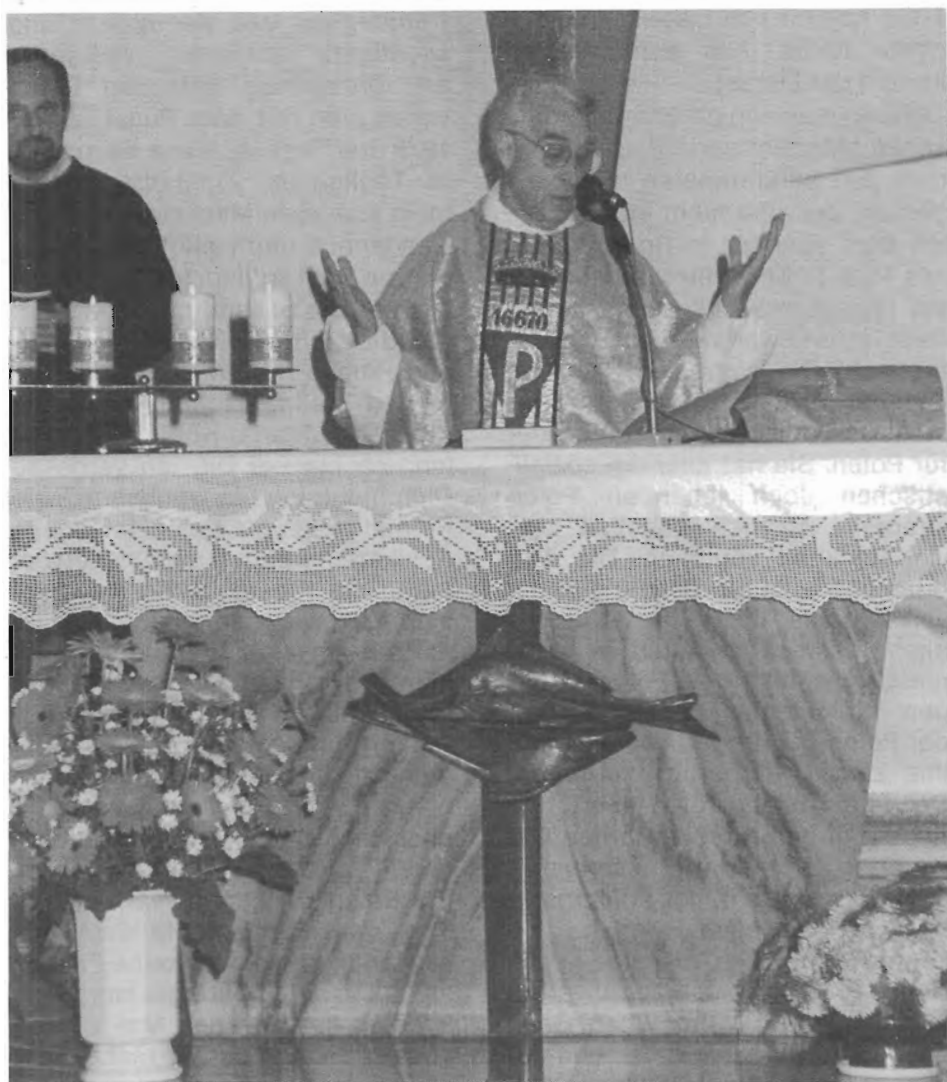
kommt bald die Frage nach der Politik und wie wir ihren „großen Elektriker“, den Staatspräsidenten Lech Walesa, denn beurteilen würden? Er war eine große Integrationsfigur, ein charismatischer Führer in den Zeiten des Danziger Aufstands, und vor allem beim Runden Tisch von 1989, der ja eine deutliche Spur der Befreiung in Europa hinterlassen hat. Er ist Volkstribun, ein gewandter Demagoge und gibt sich bauernschlau. Er wird von vielen hervorragenden Politikern in der ganzen Welt geschätzt und enthusiastisch gefeiert. Er ist Friedensnobelpreisträger und Ehrendoktor von mindestens 17 Universitäten überall, allerdings von keiner deutschen. Das kann nicht spurlos an einem an sich einfachen Mann vorübergehen, der sich selber rühmt, nie ein Buch gelesen zu haben. In seiner Kampfzeit zählte er die polnische Intelligenz zu seinen Freunden. Jetzt hat er sich mit vielen seiner Berater von damals überworfen. Nach der Befreiung stellte sich heraus, daß man zwar wußte, wogegen man war, aber nicht wofür, was man jetzt machen will, wohin es gehen soll. Die Unzufriedenheit ist groß. Man findet wenig schmeichelhafte Worte für den Präsidenten, der zwar sagt, er brauche seine gelehrten Berater, aber gleichzeitig von sich selber behauptet, daß er innerhalb von fünf Minuten die Lösung für ein Problem finden könne, für das gelehrte Köpfe fünf Tage bräuchten.

Er ist nicht mehr der Hoffnungsträger der Nation. Marktwirtschaft, Verfassungsänderung und damit ein anderes Regierungssystem, Staatsverschuldung, die polnische Währung, all das sind Themen, die immer wieder diskutiert werden. Die Inflationsrate ist ungeheuer. Man zitiert spöttisch Walesa: Am liebsten würde ich die Preise um 50, ja um 100 % senken. Ein Pole meinte: Ja, wir können uns jetzt alles kaufen, aber wir können uns nichts leisten! Der Durchschnittsverdienst beträgt umgerechnet 300, – DM, die Grundnahrungsmittel sind preiswert und die Mieten niedrig, wenn auch die Wohnungen nicht komfortabel sind. Die Schaufenster sind voll, es wird alles angeboten und man könnte sich alles kaufen. Die Polen sind fleißig im eigenen Land, aber sie kommen in ihren Ferien auch nach Deutschland und arbeiten dort z.B. bei der Weinlese, die ohne die billigen polnischen Hilfskräfte nicht so durchgeführt werden könnte. Die Verdienste nehmen sie in DM mit und haben in den 14 Tagen oft mehr verdient als in mehreren Monaten daheim. Vor allem aber ist die DM nicht der hohen Inflationsrate unterworfen, so daß mancher Taxifahrer gerne den Fahrpreis in DM statt in Zloty (Swoty) kassiert. Damit bestreiten sie nicht den Lebensunterhalt, damit leisten sie sich das, was in ihren Augen Luxus ist. Nach dem polnisch abgewandelten lateinischen Wort: Ex oriente lux (Das

Licht kommt von Osten), ex occidente luxus (aus dem Westen kommt der Luxus).

Wenn man von berühmten polnischen Männern spricht, dann darf man den berühmtesten nicht vergessen, der aber nicht mehr in Polen lebt, sondern in Rom, Johannes Paul II. Er ist im heutigen Polen überall präsent wo es katholisch ist, und wo ist Polen nicht katholisch? Die Wahl zum Papst im Oktober 1978 kam für Rom zwar nicht so überraschend, dafür aber für Polen. Sie hat allen im sozialistischen Joch lebenden Polen enormen Auftrieb gegeben und viel Rückhalt verliehen. Die Aufbruchbewegung in Danzig gibt davon Zeugnis. Ohne ihn hätte das alles viel länger gedauert, er – so glaube ich mit vielen Polen – hat den nationalen Einigungsgeist der Polen begründet, bestärkt und ihm zum Durchbruch verholfen. Der Papst ist in Polen überall zu finden: in den Kirchen, in den Geschäften, auf dem Russenmarkt (das, was in Berlin der Polenmarkt ist, wo Polen alles Mögliche verkaufen und kaufen, hier sind es die Russen), in den Buchläden, vor allem aber in den Wohnstuben. Ganz besonders natürlich in Tschenstochau, dem bedeutendsten Wallfahrtsort, einer Kirchenburg auf dem Hellen Berg (Jasna Gora), einem Paulinerkloster aus dem 14. Jahrhundert mit dem Gnadenbild der Schwarzen Muttergottes, einer Marienikone mit Jesuskind. Ein Ort nationaler Einigung, Volks-

frömmigkeit und der größte und wichtigste polnische Wallfahrtsort. Dreieinhalb Millionen Polen trafen sich mit dem Papst, als er 1979 drei Tage in Jasna Gora weilte. Täglich um 21.00 Uhr versammeln sich viele Menschen vor dem Gnadenbild und viele Polen in der ganzen Welt zu dem als Aufruf von Jasna Gora bekannten Gebet, das auf die Zeit der Gefangenschaft des Primas Stefan Wyszyński unter dem stalinistischen Regime zurückgeht: „Maria, Königin von Polen, ich bin bei Dir, ich vergesse Dich nicht, ich bin wachsam!“ Die Frömmigkeit der Polen ist beeindruckend, wenn auch uns etwas fremd. Im Kloster selber befindet sich für devisenbringende Ausländer nur ein Verkaufsraum, in dem man Devotionalien, Bücher und Bilder kaufen kann, sonst sind nur weit entfernt an der westlichen Begrenzung des weitläufigen Vorplatzes einige wenige Geschäfte und Stände, kein Vergleich mit anderen Marien-Wallfahrtsstätten. Die Polen sind konservativ katholisch, fast Fundamentalisten, keine Handkommunion, keine Frauen am Altar. Die Militärseelsorge allerdings hat sich seit Mai '89 verändert. Sie untersteht nicht mehr der „Politischen Hauptverwaltung“, sondern der Generalquartiermeisterei, Priester sind Berufsoffiziere mit entsprechendem Dienstgrad Hauptmann bis Brigadegeneral. Damit haben die Feldgeistlichen das Odium vom „regimetreuen Priester“ verloren.



Gottesdienst in der Kirche im Konzentrationslager Auschwitz (ehemals das Offizierskasino). Die Nummer 16670 auf dem Meßgewand ist die Nr. die Pater Maximilian Kolbe als KZ-Häftling getragen hat.

(Foto: F. Brockmeier)



Kloster Trebnitz – Schwester Oberin bei der Begrüßung.

(s. a. Auftrag Nr.199)

(Foto: F. Brockmeier)



**Krakau:
Platz vor
der Marien-
kirche**

(Foto: F. Brock-
meier)



Ehemalige Gegner – friedlich vereint. Die Wende macht's möglich.
(Foto: Brockmeier)



Abschied im Offizierskasino des polnischen Verteidigungsministeriums – BG-Koch dirigiert den gemischten „Soldatenchor“.

(Foto: F. Brockmeier)

Unsere Nachbarn – die polnischen Menschen

Was, werden sie fragen, nach all diesen langatmigen Beschreibungen und Einlassungen, hat denn am meisten Eindruck gemacht? Eigentlich die Menschen. Die Menschen, die mir, dem Deutschen, überall begegnet sind, in Auschwitz, in Tschenstochau, die Fremdenführerin in Breslau, allen voran unsere Reisebegleiterin. Es war eine 30jährige Polin, die hervorragend Deutsch sprach, die zu Führungen den deutschen DuMont Reiseführer Polen heranzog und den Merian Warschau und Polen zitierte. Sie sprach nicht nur Hochdeutsch, sondern auch Umgangssprache aus der Jugendszene. Wenn wir unter einer Brücke mit einer lichten Höhe von 3.60 m durchfuhren mit unserem Bus, der 3.80 m hoch war, sagte sie: „Das machen wir ganz locker,“ oder wenn sie uns über die Entfernungsangaben in Polen belehrte und ganz treuherzig sagte: „Bitte, die Kilometer sind etwas länger in Polen.“ Dankbar bin ich für die feine, aber deutliche Art, darauf aufmerksam zu machen, daß wir schon wieder eines unserer Vorurteile ausgraben wollten. Die Polen sind stolz, aber sie hatten Nachsicht mit uns.

Näher kennenlernen konnten wir aber vor allem die Familien, die in Warschau mit uns dieses Seminar über die Laienseelsorge in den Streitkräften mitmachten. Die Vor-

träge waren interessant und wurden jeweils übersetzt. Die mühsamen Gespräche in den Kaffeepausen, bei den verschiedenen Essen, die liebenswerte Art, sich mit Lexikon und Gesten zu unterhalten und die Bemühungen, uns ihre Stadt, ihr Land und ihre Denkweise nahezubringen, das war beeindruckend. Man sollte nicht glauben, wie einfach man sich ausdrücken kann und wie man sich doch über Familienverhältnisse, Vorlieben, Hobbys, Standorte und dienstliche Aufgaben mit viel Verwechslungen, Gelächter und unendlich viel gutem Willen austauschen kann. Der Friedensgruß in den Gottesdiensten, getauscht mit polnischen Soldaten in der Nähe des Denkmals, das an den Warschauer Ghettoaufstand erinnert, das sind Augenblicke tiefer Ergriffenheit und Dankbarkeit dem Herrgott gegenüber, daß das heute möglich ist. Gemeinsam waren wir am Ehrenmal für die Opfer des Warschauer Aufstands im August 1944 (nicht zu verwechseln mit dem Ghettoaufstand der Warschauer Juden 1943). Gemeinsam waren wir in der Oper Nabucco. Beim Gefangenenchor klatschten die Polen so frenetisch Beifall, daß der Dirigent die ganze Passage, Vorspiel und Chor, wiederholen mußte. Wer könnte wirklich beschreiben, was dabei in den Soldaten beider Nationen vor sich geht, wenn sie friedlich vereint das erleben dürfen. Am letzten Abend, einem Essen mit polnischer Natio-

nalküche, wurde spontan ein polnisch-deutscher Soldatenchor zusammengestellt. Die Polen, die wir kennengelernt haben, waren aufrichtige Männer und Frauen, die stolz waren, Polen zu sein, die hilfsbereit waren, die mit uns in Uniform durch ihre Stadt gegangen sind, die überall bei uns waren, auch als wir in ein Veteranentreffen der Ersten Polnischen Division gerieten, die 1944/45 von Rußland bis Berlin marschiert war. Es waren auch Veteranen aus der Schlacht von Monte Cassino darunter, wo die beiden polnischen Divisionen, Männer mit schwerem, abenteuerlichem Schicksal, das vollbrachten, was Engländern und Neuseeländern nicht gelungen war – das Kloster zu besetzen. Sie konnten, wie der Fremdenführer in Auschwitz, fein unterscheiden zwischen Deutschen und Faschisten, wie sie die Nationalsozialisten nannten. Sie haben uns ihre Achtung bezeugt vor den deutschen Soldaten im Feld. Wir haben Menschen getroffen, die ehrlich und gerade ihre Meinung gesagt haben, die fleißig sind und ordentlich, wenn auch nicht in dem pedantischen Sinn, wie mancher unserer Mitbürger Ordnung auffassen möchte. Menschen, die eine gewisse Kultur verkörpern, die aufgeschlossen sind und lernbegierig, oder anders umschrieben: neugierig. Sie haben Angst vor dem Materialismus übelster Prägung, sie sind stolz auf ihre Leistungen des Wiederaufbaus und der Befrei-

ung vom sozialistischen Joch, geben offen zu, daß es Mißstände gibt in ihrem Land und verabscheuen die Autoklaubanden ebenso wie wir die rechtsradikalen Auswüchse in unserem Vaterland. Sie wollen weder etwas beschönigt wissen noch vertuschen oder verdecken, oder gar uns nachahmen und so werden wie wir sind. Nein! Sie wollen so genommen werden wie sie sind, wir sollen sie so lassen, wie sie meinen sich entwickeln zu müssen, nur sollen wir ihnen Hilfestellung geben in den Dingen, die wir können, damit sie sie lernen und einen gemeinsamen Weg gehen können, das sind mit Vorrang Demokratie und Marktwirtschaft. Im zweiten Schritt dann die Aufnahme in die EG. Sie wollen beileibe nicht ausgehalten werden, sie wollen Hilfe zur Selbsthilfe. Sie sind treuherzig und offen, uns wohlgesonnen und sensibel und sie können unterscheiden und scheuen nicht alles über einen Kamm. Der Mann, der uns durch das Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau geführt hat, hat diese Unterscheidung auf meine Frage hin deutlich gemacht: „Wir wissen wohl zu unterscheiden zwischen einem Deutschen und einem deutschen Faschisten, denn es hat auch litauische Faschisten hier in Auschwitz gegeben.“ Er hat Deutsch gesprochen, er hat es gelernt während der Besatzungszeit, er war etwa so alt wie ich und hat somit als Kind diese Zeit miterlebt. Ich fragte, was er empfände, wenn

er hier deutsch spräche. Er zuckte mit den Schultern und sagte, er fände es ein hoffnungsvolles Zeichen, wenn Deutsche nach Auschwitz kämen, aber er würde mir nicht sagen wollen, was er fühle, wenn er Russisch hörte und er würde es auch nie mehr freiwillig sprechen wollen.

Schlußgedanken

Der Mut und die Tapferkeit der Polen ist zu bewundern, daß sie immer wieder neu anfangen. Sie haben uns vermittelt, daß man im kleinen Kreis auch schwerste Zeiten überleben kann. Uns wurde klar, wo die Quellen der Kraft der polnischen Nation liegen. Wir haben in jenen Tagen eine Fülle von Erlebnissen gehabt, kultureller, religiöser, politischer Art, vor allem aber bei menschlichen Begegnungen. Zum Teil waren sie emotions-

befrachtet, aufwühlend bis zur Un-erträglichkeit oder fast euphorische Höhenflüge. Wir haben ein Land kennengelernt, das wie kein anderes mit der deutschen Geschichte verbunden oder von ihr betroffen ist und das heute noch ein weitgehend unbekannter Nachbar ist. Wir haben Freunde gewonnen und wollen uns weiterhin gegenseitig besuchen. Wir haben unseren Horizont nach Osten hin aufgemacht, was wir doch so lange nicht konnten. Wir haben die Möglichkeiten und die Notwendigkeit einer Hinwendung zu Polen erkannt.

Zum Schluß will ich unsere Reiseleiterin zitieren: „Noch ist Polen nicht verloren, wir sind bemüht und strengen uns an, aber den Europäern sei ins Stammbuch geschrieben, noch ist Polen nicht gerettet!“

Volker Traßl

Die Polen

(Maciej Kazimierz Sarbiewski
1595 – 1640)

Tapfere Polen,/Gott empfohlen.
Als Christen strenger,/oft Müßiggänger.
Die meisten halten/heilig am Alten
Und jeder schmachtet,/daß man sie achtet.
Sie reden offen,/weinen betroffen,
Sind ausgelassen/und groß im Prassen:
Zechen und Essen/ohne Ermessen
An vollen Tischen,/verschwenderischen,
Und alles Morgen/macht sie nicht sorgen.
Wo sie verweilen,/kommt's leicht zu Keilen.
Sie schimpfen später/einen Verräter,

Der ihrem Zeuge/sich nicht gleich beuge.
 Doch sie verachten/Gefangenschaften,
 Sind recht beflissen,/treu dem Gewissen,
 Lieben das Wahre,/fürchten die Pfarre,
 Sind unbegierig,/dafür nicht rührig.
 So ist das, bitte,/in Polen Sitte!

Ein katholisches Forum von Soldatenfamilien

(Originaltitel: Katolickie forum rodzin wojskowych)

Wie lassen sich Werte bewahren? Wie lassen sich freundschaftliche Verbindungen im Sinne der Sicherung des Europäischen Hauses anknüpfen? Dies läßt sich vermittelt persönlicher Kontakte bewerkstelligen. Von dieser Voraussetzung ist die Gemeinschaft katholischer Soldaten der Bundeswehr (AdÜ: Im Polnischen wörtlich „Katholische Vereinigung von Soldatenfamilien der Bundeswehr“) ausgegangen. Einige Dutzend deutsche Offiziere waren zusammen mit ihren Ehefrauen für zwei Tage nach Warschau gekommen. Untergebracht waren sie im Hotel „Forum“; den ehrenvollen Pflichten des Gastgebers unterzog sich das Feldordinariat mit seinem Generalvikar, Oberstleutnant Professor Jerzy Syryjczyk, an der Spitze.

Im Verlaufe zweier Tage kamen die katholischen Bundeswehrfamilien mit polnischen katholischen Soldatenfamilien zusammen. Das Programm sah Gespräche und Informationen darüber vor, wie die Militärseelsorge in der Bundes-

wehr einerseits und in den Polnischen Streitkräften andererseits organisiert ist. Die Diskussion sollte dem Austausch der besten Erfahrungen dienen. Die Ergebnisse bestanden darin, daß man auf beiden Seiten zu der Einsicht in die Notwendigkeit engerer Kontakte gelangte.

Die Teilnehmer dieser Zusammenkunft besichtigten die Stadt Warschau, sie sahen eine wunderbare Aufführung im „Teatr Wielki“, die Oper „Nabucco“ von Giuseppe Verdi, sie waren im Museum der Polnischen Streitkräfte („Muzeum Wojska Polskiego“) zu Gast, und sie erhielten einen Eindruck von der Restaurierung der Garnisonskirche in Rembertów. Jeder Tag des Aufenthaltes der Vertreter der katholischen Soldatenfamilien der Bundeswehr begann mit einer heiligen Messe in der Feldkathedrale der Polnischen Streitkräfte.

Bei diesem Treffen handelte es sich um die erste Zusammenkunft dieser Art. Man muß es als ausgesprochen positiv bewerten. Es gibt ein einheitliches Ziel, nämlich die Schaffung gegenseitigen Vertrauens und das gegenseitige Kennenlernen. Die katholischen Werte der Nächstenliebe und der Freund-

schaft können als ein gutes Beispiel dienen.

„Wir haben uns deshalb getroffen“, erklärten die Teilnehmer, „weil wir Katholiken sind.“ „Und die Tatsache, daß wir Offiziere sind“, fügten die Soldaten hinzu, „bedeutet für uns eine um so größere Verpflichtung im Hinblick auf unsere gemeinsame Sorge um den Frieden und um die Sicherheit unserer Länder.“

Einen der Teilnehmer dieses Treffens, Brigadegeneral Friedhelm Koch von der Luftwaffe, bat wir um ein kurzes Gespräch.

Worin besteht das Ziel des Besuchs Ihrer Gruppe in Warschau?

Wir sind im Rahmen der Gemeinschaft katholischer Soldaten zusammen mit unseren Ehefrauen hierher gekommen, um uns mit den polnischen katholischen Soldatenfamilien über den Umfang unserer zukünftigen Zusammenarbeit zu unterhalten. Darüber hinaus möchten wir über den Austausch von Erfahrungen im Zusammenhang mit der Militärseelsorge sprechen. Hierbei geht es uns um die Vermittlung unserer Erfahrungen. Gleichzeitig interessieren wir uns für die Arbeit des Feldordinariats innerhalb der Polnischen Streitkräfte.

Worin bestehen die hauptsächlichsten Grundsätze der Gemeinschaft katholischer Soldaten der Bundeswehr, und auf welche Art und Weise nimmt sie ihre Aufgaben wahr?

Die Gemeinschaft katholischer

Soldaten besteht seit über 30 Jahren. Hierbei handelt es sich um eine Organisation, die sich aus Offizieren katholischen Glaubens zusammensetzt. Unserer Organisation können aber auch Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade beitreten. Die Aufgaben dieser Organisation lassen sich auf Verhaltensweisen zurückführen, die sich in Übereinstimmung mit dem Geist des katholischen Glaubens befinden.

Wovon lassen Sie sich in Ihrem Verhalten leiten?

Von unseren Überzeugungen. Diese sind das Ergebnis unseres Glaubens.

Setzen sich die katholischen Soldaten darüber hinaus für ihr örtliches soziales Umfeld ein?

Ja, natürlich. Dort, wo es keine Standortkirchen gibt, engagieren sich die Soldaten und auch die Soldatenfamilien in den zivilen Pfarrgemeinden. Wir ziehen uns also nicht nur in unseren eigenen Kreis zurück; wir isolieren uns nicht. Wir treffen uns – verständlicherweise – während der heiligen Messe, aber auch aufgrund verschiedener anderer Anlässe. Gemeinsam organisieren wir die verschiedenartigsten Veranstaltungen. Es geht darum, die Freizeit zusammen mit der Familie und innerhalb der örtlichen Umgebung zu verbringen. Wir veranstalten außerdem Tagungen zu bestimmten Themenkreisen. Einmal im Monat befassen wir uns mit einem ausgewählten Problem theoreti-

scher Natur. Wir interessieren uns für die Vergangenheit, aber auch für die Entwicklung, d. h. für die Zukunft. Eines der wichtigsten Probleme ist das Problem der Sicherheit.

Haben Sie irgendwelche Kontakte ins Ausland?

Eine Zusammenarbeit dieser Art gibt es. Wir treffen uns u. a. mit Franzosen, Österreichern, Spaniern . . . Wir organisieren internationale Treffen. Ein Phänomen eigener Art ist die Wallfahrt nach Lourdes. Dorthin kommen Soldaten aus der ganzen Welt. Und zu den von der Kopfzahl her umfangreichsten Gruppen zählte immer schon die Gruppe der Wallfahrer von der Bundeswehr.

Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit den Polnischen Streitkräften vor?

Wir befinden uns erst am Anfang des Weges. Mit diesem ersten Besuch nehmen wir die Verwirklichung unseres Zieles in Angriff. Ich bin der Ansicht, daß wir uns zuerst einmal gegenseitig kennenlernen müssen und daß wir festlegen müssen, was wir gemeinsam für unsere Streitkräfte, für unsere Staaten und für unseren gemeinsamen Glauben tun können. Wichtig für unser Handeln sind meiner Meinung nach persönliche Kontakte. Wir werden erst später versuchen, einen formalen Rahmen für unsere Zusammenarbeit zu finden. Aus diesem Grunde machen wir mit dieser persönlichen Kontaktaufnahme den An-

fang.

Welche Prognosen haben Sie für Europa und hier insbesondere für Deutschland und für Polen?

Eine Prognose ist immer eine schwierige Sache, weil sie mit der Zukunft zusammenhängt. Aber ernsthaft gesagt . . . Noch vor gar nicht so langer Zeit hätten weder ich selbst noch irgendeiner von den hier Anwesenden ein derartiges gemeinsames Treffen für möglich gehalten. Und dennoch ist es eine Tatsache. Und das stimmt mich optimistisch. Auf dieser Grundlage komme ich auch zu der Feststellung, daß sich unsere Zusammenarbeit positiv entwickeln wird. Denn nur dann, wenn wir auf diese Art und Weise weitermachen, können wir in Europa leben.

Könnten Sie uns etwas über sich selbst und über Ihre Familie erzählen?

Ich bin seit 35 Jahren Soldat. Neuerdings bin ich mit der Reorganisation der Struktur der Luftwaffe befaßt. Mit meiner Ehefrau Annette habe ich vier Söhne.

An Frau Annette Koch wandten wir uns dann mit der Frage, wie sie ihre Rolle als Ehefrau eines Soldaten, eines Generals der Bundeswehr, sehe. Frau Koch sagte:

In erster Linie unterstütze ich meinen Ehemann in der Ausübung seines Berufes und bei der Wahrnehmung seiner Funktionen. Ich bin darum bemüht, meinem Ehemann zu Hause solche Bedingungen zu schaffen, die seinem persönlichen Befinden während sei-

nes Dienstes förderlich sind.

Ich übernehme also im Haus und in der Familie zahlreiche Pflichten, damit mein Ehemann bei der Ausübung seines Berufes mehr Zeit für sich selbst hat. Darüber hinaus habe ich auch – und wohl mit einem positiven Ergebnis – die Erziehung unsere vier Söhne übernommen. Der älteste will in die Fußstapfen seines Vaters treten, er möchte Bundeswehr-Offizier werden. Ich denke, daß, wenn mein Ehemann nach dem Dienst nach Hause kommt, in unserem Haus eine wirklich familiäre Atmosphäre herrscht. Darin gibt es Wärme, Freundschaft und Liebe.

Die Eheleute Koch aus Köln haben uns gebeten, allen Soldatenfamilien in Polen auf diesem Wege – durch die „Polska Zbrojna“ – alle guten Wünsche zu übermitteln. Darüber hinaus haben sie die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die Streitkräfte der III. Republik das Ihrige zur Verteidigung ihres eigenen Landes, aber außerdem auch zur Sicherheit eines vereinigten Europas beitragen werden.

Stanislaw Lukaszewski
(aus „Polska Zbrojna“ vom 29.9.1992 Seite 1 und 5/Übersetzung vom Bundessprachenamt-Auftragsnr. BO 936).

Bundesvorstandssitzung der GKS in Munster

„Militärseelsorge beste Laienarbeit“

„Die Gemeinschaft katholischer Soldaten leistet die beste Laienarbeit, die es je gab. Es ist sehr wichtig, die Militärseelsorge als Teil der Gesamtseelsorge zu betrachten.“ Das stellte Militärdekan Monsignore Walter Theis vom Militärbischofsamt Bonn bei der Bundesvorstandssitzung der GKS am Sonnabend in Munster fest. Mit seiner Aussage unterstrich und lobte er gleichzeitig die segensreiche Arbeit der etwa 5000 Mitglieder zählenden Organisation. Theis gehört ihr als geistlicher Beirat an. 28 Vertreter aus allen alten und neuen Bundesländern hatten sich im Standortoffizierheim getroffen, um ihre Arbeit in den Wehrbereichen abzustimmen und Informationen auszutauschen.

Als Gastredner war zudem Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann vom Militärbischofsamt Bonn zugegen.

Der Munsteraner Oberstleutnant a.D. Emil Kladiwa, der als Bundesvorstandsmitglied der GKS vornehmlich organisatorische Aufgaben für die Organisation wahrnimmt, hatte die zweitägige Sitzung vorbereitet.

Er nahm auch Stellung zu dem

derzeitigen mühsamen Aufbau der GKS in den neuen Bundesländern. Diese Aufgabe sei schwierig, da nur 0,4 Prozent der Männer in den Streitkräften überhaupt getauft seien. Außer der nicht-militärischen evangelischen Seelsorge werde in den neuen Ländern überkonfessionelle Seelsorge von der GKS in Form der katholischen Militärseelsorge betrieben, sagte er.

Einer der Tagesordnungspunkte war die Abstimmung der geplanten zentralen Veranstaltung der GKS mit den Pfarrgemeinderäten in der Militärseelsorge. Die Veranstaltung soll im April 1993 in Duderstadt stattfinden.

Brigadegeneral Koch (Köln) berichtete über das in diesem Jahr durchgeführte zweiwöchige Leitungskreissemnar der GKS in Polen.

Vorsitzender Jürgen Bringmann vom Heeresamt in Köln machte Ausführungen zu der Konferenz des Apostolat Militaire International (AMI) im Oktober in Bogotá, und zum Sachstand der Akademie Oberst Helmut Korn im Bonifatiushaus in Fulda. Der verstorbene Korn war Gründer des Königsteiner Offizierkreises und dessen Nachfolgeorganisation GKS. In der Akademie behandeln junge Portepée-Unterroffiziere und Offiziere aktuelle, gesellschaftspolitische und religiöse Themen in Seminaren.

(aus *Böhme-Zeitung* vom 9.11.1992).

GKS-Bundesvorsitzender Bringmann zur „Erklärung von Bogotá“

„Verantwortungsbewußt dienen“

jo v Munster. Bei der Bundesvorstandssitzung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) am vergangenen Wochenende in Munster referierte deren Vorsitzender, Oberst i.G. Jürgen Bringmann (Köln), über die sogenannte „Erklärung von Bogotá“. Das Apostolat Militaire International (AMI), deren Präsident Bringmann ebenfalls ist, ruft darin die Soldaten zu verantwortungsbewußtem Dienst für Freiheit und Frieden auf.

Unter dem Motto „Die Neuevangelisierung und die Streitkräfte“ hatten sich im Oktober Delegierte des AMI aus Deutschland, Österreich, Italien, Spanien, Frankreich, Portugal, Kolumbien und den Philippinen zu ihrer Generalversammlung in Santá Fé de Bogota getroffen.

Die Veranstaltung habe in Südamerika stattgefunden, um anlässlich der Entdeckung und des Beginns der Evangelisierung der Neuen Welt vor 500 Jahren über die Zukunft der Streitkräfte zu diskutieren. Dabei habe die AMI in der „Erklärung von Bogotá“ festgestellt, so Bringmann, daß es die Aufgabe von Streitkräften in der Zukunft sein müsse, „im Auftrag einer legitimen und verantwortli-

chen nationalen oder internationalen Autorität den Frieden zu erhalten und wiederherzustellen; einen Frieden, der auf der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit basiert“. Die Werte, die durch die Streitkräfte geschützt werden sollten, müßten auch in ihnen selbst verwirklicht und erfahren werden, sagte Bringmann.

Das bedeute für den Soldaten, daß seine Menschenwürde geachtet, seine Entwicklung zu einer verantwortungsbewußten und selbständigen Persönlichkeit gefördert und sein Gewissen geschärft und geachtet werde. Zudem werde er zur unbeirrbar Beachtung ethischer Normen und Grundsätze erzogen und angehalten.

Wenn der Soldat im täglichen Dienst diese Werte erfahre und erlebe, zeige sich für ihn die Übereinstimmung von beruflichem und religiösem Selbstverständnis, hob der Präsident hervor.

(aus *Böhme-Zeitung* vom 9.11.1992)

Gemeinsames Friedensseminar von Pax Christi und GKS

Zum ersten gemeinsamen Seminar trafen sich im Oktober in der Jugendbildungsstätte St. Norbert in Rot an der Rot Mitglieder von

Pax Christi im Bistum Rottenburg/Stuttgart und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Wehrbereich V unter dem Thema: „Deutschland in einer neuen Weltkonstellation“. Dabei ging es um die Frage, welche neuen Herausforderungen an die Bundeswehr und die Friedensbewegung gestellt werden.

Das Eingangsreferat von Dr. Wilfried Gerling, Heidelberg, von der Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft, umriß die gegenwärtig bestehende konflikträchtige, internationale Lage und legte die gemeinsame Grundlage des Seminars. Aus der Perspektive der Friedensbewegung zielte dann Günter Gugel vom Verein für Friedenspädagogik in Tübingen besonders auf die Förderung ziviler internationaler Zusammenarbeit, die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft und die Stärkung der UN-Unterorganisationen wie UNESCO und UNICEF. Der dritte Referent, Major Helmut Jermer vom Bundesvorstand der GKS und Mitglied des ZDK, befaßte sich mit dem ethischen Aspekt des Soldatenberufs und verdeutlichte das Leitbild der GKS vom Soldaten am Beispiel des Konzepts der „inneren Führung“ der Bundeswehr.

Unterschiedliche Meinungen zeigten sich vor allem in der Frage, ob und in welchem Ausmaß ein Einsatz der Bundeswehr, über die derzeit bestehenden NATO-Verpflichtungen hinaus, erforderlich werde.

Weitgehend einig war man sich unter den Teilnehmern, daß die Konflikte in der Welt durch eine sozialere und gerechtere Weltwirtschaftsordnung überwunden werden müßten, und daß Deutschland eine größere Verantwortung übernehmen müsse, den Frieden in der Welt zu mehren und zu sichern.

Dem Seminar waren in den letzten drei Jahren vierzehn Gespräche auf Diözesan-/Wehrbereichsebene vorausgegangen, die die jüngste Entwicklung, von der Nachrüstung der Mittelstreckenraketen über den Golfkrieg, den Jugoslawienkonflikt, bis zur Flüchtlingsbewegung und den Zerfall des Ostblocks, umfaßte. Gegenseitiges Zuhören- und Verstehenlernen über diesen langen Zeitraum und Streiten in christlicher Liebe, führten zu Überlegungen, das gemeinsame Anliegen des Friedens einem größeren Kreis innerhalb unserer Kirche näherzubringen. Nach dem erfolgreichen Start kamen die Teilnehmer überein, ein weiteres Seminar für den 15. – 17. Oktober 1993 vorzubereiten.

Hans-Peter Bott

Katholische Soldaten fragen nach neuer Sicherheitspolitik

Podiumsdiskussion über zukünftige Aufgaben der Bundeswehr

Große Übereinstimmung bei Rahmenbedingungen und Eckdaten zukünftiger deutscher Sicherheitspolitik zeigten Bundestags-Wehrexperthen von CDU, SPD, FDP und CSU bei einer Podiumsdiskussion Mitte November in Bonn. Zwölf Verbände, die sich in der Außen- und Sicherheitspolitik engagieren, hatten erstmals gemeinsam in das erzbischöfliche Collegium Josephinum eingeladen. Für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten der Bundeswehr begrüßte Fregattenkapitän Karl-Heinz Woitzik die Politiker und Gäste.

Die Diskussion moderierte Professor Erhard Hackler von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und der Vereinigung der Anciens des Nato Defense College. Die Abgeordneten Walter Kolbow/SPD und Paul Breuer/CDU als offizielle verteidigungspolitische Sprecher ihrer Bundestagsfraktionen betonten die wachsende Bedeutung der Westeuropäischen Union für das nordatlantische Bündnis. Der FDP-Abgeordnete Jörg van Essen und der CSU-Abge-

**MEHR
ALS EIN BUCH!**

Jahr mit der Bibel 1992

ordnete Hans Raidel verlangten präzisere Aussagen der Regierung zu möglichen internationalen Einsätzen deutscher Streitkräfte. Wie weit dürften zum Beispiel humanitäre UN-Aktionen militärisch gesichert werden?

Fragen aus dem Publikum galten der Anpassung deutscher Verteidigungspolitik an die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Mittel- und Südosteuropa sowie im Nahen und Mittleren Osten. Reicht als Auftrag für die Bundeswehr, sich zur Bewahrung von Gerechtigkeit und Frieden zu bekennen oder sollen deutsche Soldaten auch an friedensschaffenden Maßnahmen der UN teilnehmen? Wie können wir helfen, Krisen und Konflikten draußen in der Welt vorzubeugen, diese auszutrocknen, einzudämmen und einvernehmlich zu lösen?

Der interessante Abend endete mit einem Empfang im Foyer des Collegium Josephinum. Dessen oberster Hausherr, Joachim Kardinal Meisner, gilt als besonderer Förderer der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in seinem Erzbischofamt.

Karl-Heinz Woitzik

Wenn Soldaten Frieden sagen...

Als 1974 die erste Zusammenfassung 10jährigen Bemühens um die Thematik Frieden vom König-

steiner Offizierkreis (KOK) und von der Nachfolgeorganisation Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) erstmals als Buch erschien, lösten Inhalt und Titel des Buches Reaktionen verschiedenster Art aus. Für die breite Öffentlichkeit begann damals erst langsam ein Prozeß des Nachdenkens über den Frieden. Friedensfreunde, damals zwar lautstark, aber noch recht spärlich vertreten, sprachen den Soldaten rundweg die Kompetenz ab, über eine solche Frage zu sprechen. Soldaten waren dem Krieg zugeordnet. Und unter vielen Soldaten – auch in den höchsten Rängen – galten die Thesen der GKS als liebenswerte „Spinnereien“.

Entwicklungen

- Viele der damaligen Soldaten der höheren und mittleren Ränge – ob als Unteroffizier oder Offizier – hatten die Grausamkeiten des letzten Weltkrieges erlebt und wollten eben eine neuerliche Katastrophe verhindern.
- Weiterhin hatte man erkannt, daß es Aufgabe der Politik sein müsse, Kriege zu verhindern, daß also Soldaten nur zur Verhinderung sozusagen als „Schutzmännchen“ zu fungieren hätten.
- Alles Bestreben der Verantwortlichen müsse daher dem Frieden gelten. Allerdings – und damit unterschied man sich von vielen „Friedensfreun-

den“ – müsse man anerkennen, daß der Frieden zwar ein hohes Gut, aber nicht der höchste Wert sei.

Inzwischen hat sich gezeigt, daß die einzige Macht, die damals noch den Krieg als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung ansah, die Sowjetunion mit ihren Satelliten, zusammengebrochen ist. Somit ist angezeigt, die Situation neu zu überdenken.

Damals war der Verteidigungsgedanke einfach zu formulieren: Es galt, die Heimat, das Vaterland, die freie Welt zu schützen vor einer verbalen und realen Bedrohung durch eine Supermacht mit ideologischem, aggressivem Potential.

Der Mensch zwischen Gut und Böse

Frühzeitig erkannten die Soldaten in der GKS, daß es in der Natur des Menschen liegt, daß er auch böse sein kann. Der damalige Militärgeneralvikar, Prälat Dr. Martin Gritz, hatte 1967 auf einer Akademietagung – nach einem Vorwort von Militärbischof Dr. Franz Hengsbach – eine Auslegung der Pastoralkonstitution Nr. 79 gegeben. Diese Konkretisierung der dem Text zugrundeliegenden Isaias-Stelle aus dem A. T. erhellte, daß den Menschen, „insofern sie Sünder sind, die Gefahr des Krieges drohen wird bis zur Ankunft Christi“.

Auf dem Wege

Den Teilnehmern und damit der GKS wurde klar, daß der Weg zum

Frieden nur dann gelingt, „soweit die Menschen sich vereinen und so die Sünde überwinden...“ Damit war deutlich, die Soldaten hatten zu beginnen, mitzuhelfen, die Sünde zu überwinden und die Versöhnung anzustreben. Diese Gedanken wurden auf Dauer immer konkreter, sie schlugen sich in Wallfahrten, in Seminaren, aber auch in vielen Aktivitäten zur Versöhnung (z. B. Kolbwerk, Hilfe für Kranke und Menschen in Not etc.) vor Ort nieder. Sie fanden aber auch Eingang in die Überlegungen hoher Militärs. Sie gipfelten letztlich in dem Bekenntnis, daß Frieden ein Geschenk Gottes ist, daß aber jeder und insbesondere der Soldat berufen ist, das Seine zu tun, um mehr Frieden zu machen. Neben – wie schon erwähnt – dem Gebet folgten die Werke des Friedens und der Erziehung zum Frieden.

1992

Nun sind die Macht des ideologischen Kommunismus und des realen Sozialismus zerbrochen. Nicht durch Kampf, sondern als Folge der inneren Hybris, mit Gewalt ein Paradies schaffen zu wollen. Die große Bedrohung also ist nicht mehr vorhanden. Daß noch ein gewaltiger Rest an unorientierter Kampfkraft vorhanden ist, muß realistischerweise gesehen werden. Und aus der Geschichte gibt es Beispiele genug, daß militärische Macht eine Eigendynamik entwickeln kann.

Das Bedrückende dieser Tage ist jedoch, daß sich eine solche Eigendynamik gerade dort entwickelt, wo blauäugige germanische Adria-Fans es nicht für möglich gehalten haben. Ein Land, in dem der Sozialismus menschliche Züge und südliche Heiterkeit zu haben schien – Jugoslawien – entwickelte sich zu einem Krisenherd erster Ordnung. Die „Friedensfreunde“ sind sprach- und tatenlos. Die Politiker sind rat- und phantasielos. Sie rufen vermehrt nach einem Eingreifen der Soldaten. Die Geschichte der Bundeswehr und in ihr der GKS aber beweist, daß auch die besten Soldaten keine schlechte Politik retten können.

Weiterhin wird deutlich, was Martin Gritz schon 1967 verdeutlichte: Nicht die Waffen, die Sünde ist die Ursache der Konflikte. Nicht zu Unrecht – und mit Blick auf den heutigen Zustand beängstigend aktuell – hat Papst Johannes Paul II. 1987 zu bedenken gegeben, daß es Werte gibt, die des Schutzes bedürfen: Wahrheit, Freiheit, Recht, Nächstenliebe.

Im Wandel

Sieht man nun die Entwicklung der jüngsten Zeit vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrung allein dieses Jahrhunderts, dann wird deutlich, daß der Beruf des Soldaten erneut einer Überlegung unterzogen werden muß. Dabei ist zu erhalten:

- Sein Dienst muß dem Frieden zugeordnet bleiben.
- Frieden muß mehr sein als ein Schweigen der Waffen.
- Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität sind seine Wesensmerkmale.
- Soldatsein und Christsein bedeuten, an der Weltverantwortung teilzuhaben.
- Soldaten müssen aufgrund ihres berufsspezifischen Könnens und Wissens einen Beitrag leisten.
- Soldaten müssen helfen, den Frieden in der Welt zu sichern und zu fördern.
- Soldaten müssen zum Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker werden (vergl. Pastoralkonstitution *Gaudium et spes*).

Forderungen

Der Soldat von heute hat eine Aufgabe, die über die bisherigen Größenordnungen hinausgeht. So wie die Kirche aus der Weltverantwortung nicht mehr aussteigen, so wie Amerika aus seiner Führerrolle in der Weltpolitik nicht in eine Beschränkung auf die eigenen Grenzen zurückfallen kann, müssen Europa und auch die Soldaten in eine Weltmitverantwortung hineinwachsen. Die Politiker dieser Staaten müssen sich Methoden einfallen lassen, wie man die UNO stark genug machen kann, örtliche Konflikte zu bereinigen. Man muß überlegen, ob man die Mittel der Sanktionen, die schon zu Völkerbundzeiten weder gegen die So-

wjets noch gegen Franco, Musso-
lini und Hitler gegriffen haben, die
gegenüber Südafrika, Kuba, Iran,
Irak und etliche andere Länder
nicht wirksam wurden, durch neue
Formen politischen Druckes erset-
zen oder ergänzen kann. Da jedoch
immer wieder Menschen Sünder
sind, droht ihnen die Greuel des
Krieges. Und um Kriege dann letzt-
lich auszulöschen, ruft man sehr
oft nach dem Einsatz der Solda-
ten. Diese Ultima ratio wird also
noch lange Zeit Gegenstand der
Politik sein.

Was aber wird aus dem Solda-
ten, wenn er ohne geistliche, seeli-
sche, politische und ausbildungs-
gemäße Vorbereitung – guten
Glaubens – in einen solchen Kon-
flikt einbezogen wird. Er wird ge-
horsam Opferlamm, das nach sei-
nem Opfergang auch noch herab-
gesetzt und mißachtet wird. Einem
solchen Trend gilt es zu wehren.
Es ist daher hoch an der Zeit, daß
sich Soldaten – und hier als gefe-
stigte Gemeinschaft, voran die
GKS – mit der Frage befassen,
was kann ein Soldat in der heuti-
gen Zeit in welcher politischen
Einbindung leisten, um mehr Frie-
den zu schaffen?

Die geschichtliche Einbindung
in eine Tradition, die gelebte Wirk-
lichkeit soldatischen Dienens in
36 Jahren des Friedens, die hohe
politische Aufgeschlossenheit des
heutigen Führerkorps der Bundes-
wehr und die Verwurzelung in ei-
ner religiösen Grundhaltung öku-
menischer Prägung sind qualitativ

gute Voraussetzungen, um diesen
Denkprozeß in Gang zu bringen.

Helmut Fettweis

Wochenende der Begegnung

Vom 13. – 15. November 1992
hatte der Vorsitzende der Gemein-
schaft Katholischer Soldaten für
den Bereich See erneut zu einem
„Wochenende der Begegnung“
eingeladen.

Neunzehn ehemalige Angehöri-
ge der Nationalen Volksarmee
(NVA) und jetzige Bundeswehr-Sol-
daten und ihre Familienangehöri-
gen aus Stralsund und Rostock
waren dieser Einladung in das Gä-
stehaus des Marinekommandos
Rostock im Ostseebad Nienhagen
gefolgt.

Eine Brücke bauen, in das Ge-
spräch kommen und im Gespräch
miteinander bleiben war ein
Grundgedanke dieser Begegnung.
Die Frage nach der Existenz eines
Gottes und der Glaube an Ihn zog
sich wie ein roter Faden durch die-
ses Wochenende und führte häu-
fig zu heftigen und trotzdem sach-
lichen Diskussionen.

Glaube, was ist das?

„Wer's glaubt, wird selig“, spöt-
telt der Volksmund. Ist Glaube
also eine Angelegenheit für
schlichte Gemüter, die sich auf et-
was verlassen, was sie nicht wirk-
lich wissen, anstatt sich seriöse

Informationen einzuholen in unserer Welt der Massenmedien, des pausenlosen Informiertwerdens, der Welt des Machens, Forschens. Der Glaube erscheint als Gegensatz zum Wissen. Die Wissenschaft dagegen als die Größe, die nach und nach den Glauben verdrängen und ersetzen wird. Ist dieses aber das Wesen des Glaubens? Glauben ist keine vorwissenschaftliche Sicht der Welt, auch wenn diese Weltsicht zur Zeit Jesu vorherrschte.

Der Glaubende lebt aus einer Grundhaltung liebenden Vertrauens, auf einer anderen tieferen und umfassenderen Ebene als die Haltung des theoretischen Erkennens. Glaube ist eine Vertrauenssache, in der ich mich dem Unbegreiflichen zuwende, auch ohne sein Geheimnis entschlüsseln zu können. Etwas von dieser „gläubigen“ Grundhaltung, die vertraut, ohne restlos zu verstehen, die liebt ohne Netz und doppelten Boden, findet sich in jeder gelungenen Liebesbeziehung – der Liebe zwischen Mann und Frau, der Liebe zwischen Mutter bzw. Vater und Kind. Diese Form des Glaubens beschränkt sich also nicht nur auf die Beziehung zwischen Gott und Mensch.

Glauben lernen

Kann man das überhaupt? Ja, man kann es! Aber eben nicht auf der Ebene des Wissens, eben nicht, wenn es geplant ist, als Unterrichtsstoff. Glauben lernt man

vom Glauben der anderen, Glaube entzündet sich am Glauben anderer, Glaube springt über, steckt an. Wenn aber nichts da ist, kann auch nichts überspringen, denn Glauben kann ich nicht lernen wie ein Gedicht. Das einzige, das zählt, das überzeugen kann, ist „Glaubwürdigkeit“.

Was meint Glaubwürdigkeit?

Vielleicht läßt sich dieser Begriff mit einer chassidischen Geschichte charakterisieren, einer Geschichte von vier Generationen dieser großen jüdischen Frömmigkeitsbewegung, die von der Ukraine und von Ostpolen her im 18. Jahrhundert ihren Ausgang nahm:

„Wenn der Baal-Schem irgend ein großes und schwieriges Werk zum Nutzen der Geschöpfe zu erledigen hatte, so ging er zuvor an eine bestimmte Stelle im Wald, den großen Ort des Gebetes, zündete dort ein Feuer an und sprach, in Meditation und Anbetung versunken, seine Gebete. Danach gelang alles, was er sich vorgenommen hatte. Wenn eine Generation später der Rabbi von Meseritsch ein ebenso großes Werk vollbringen wollte, ging er zuvor hinaus an jene Stelle im Wald und sagte: ‚Feuer schlagen‘ wie der Baal-Schem können wir nicht mehr, aber wir können die Gebete sprechen.‘ Er sprach sie, und dann ging alles nach seinem Wunsch. Wieder eine Generation später stand der Rabbi vor der Aufgabe, große Dinge zu vollbringen, zum

Wohle seiner Gemeinde. Auch er ging zuvor in den Wald und sagte: „Wir können das Feuer nicht mehr entfachen, wir kennen nicht mehr die geheimnisvollen Meditationen, aber wir kennen den großen Ort des Gebetes im Wald, das wird genügen.“ – Und so war es.

Als nun aber wiederum eine Generation später der Rabbi von Ribin ein großes Werk zu vollbringen hatte, da setzte er sich zu Haus auf einen Stuhl und sagte: „Wir vermögen das Feuer nicht mehr zu entzünden, wir können die Gebete nicht mehr sprechen wie jene vor uns, wir kennen nicht einmal mehr den Ort des Gebetes im Wald, aber wir können die Geschichte davon erzählen.“ Er fing an, mit voller Inbrunst zu erzählen. Und seine Geschichte allein hatte dieselbe Wirkung wie die Taten der anderen.“

Spiegelt sich in dieser Geschichte auch unsere Situation wider? Vieles, was unseren Müttern und Vätern im Glauben selbstverständlich war, können wir das heute noch nachvollziehen? Der Rabbi der vierten Generation in der Geschichte vermittelt Zuversicht: Wir können darüber reden!

Das, was wir reden, müssen wir auch leben. Wir wissen aber auch, daß wir nicht alles, was wir als richtig erkannt haben, umzusetzen vermögen und daß es uns schwerfällt, dieses oder jenes mit Kopf und Herz nachzuvollziehen. Vor allem aber bedeutet Glaubwürdigkeit einstehen für das, wonach wir unser Leben ausrichten.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer, zu denen unter anderem auch der Chef des Stabes und der A 3 des Marinekommandos Rostock zählten, stellten sich die Teilnehmer einzeln vor und gaben dadurch allen Beteiligten einen Einblick in den dienstlichen und privaten Werdegang während der Zeit vor der Wiedervereinigung.

Zum Einstieg in die geplanten und vorbereiteten Informationen über die Militärseelsorge, die Laienarbeit innerhalb der katholischen Militärseelsorge wie Pfarrgemeinderäte und Gemeinschaft Katholischer Soldaten wurde der Video-Film „Kirche unter Soldaten“ vorgeführt.

Dieser Beitrag war Anlaß für eine rege Diskussion, sicherlich auch, da gerade die dort gezeigte internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes/Südfrankreich zu Fragen über den Glauben anregte.

Über den Glauben zu sprechen kann nur aus ganz persönlicher Sicht geschehen und gibt dabei immer einen Teil seiner selbst preis. Das wurde mir sehr deutlich in diesen Tagen.

Zur Besinnung und inneren Einkehr diente die dann folgende „Steinmeditation“, zu der jedem Teilnehmer ein Stein ausgehändigt wurde.

Meditation über den Stein

„Ich fühle den Stein in meiner Hand.

Ich nehme seine Form war, seine Kanten und Rundungen,

seine Oberfläche.

Ich fühle mich in den Stein hinein.

Ich bin ein Stein, ein kleiner Stein und ein Teil dieser Erde.

Die Zeiten haben mich geformt, meine Lebensgeschichte hat mich geformt;

Andere Steine haben mich abgeschliffen,

Andere Menschen hatten Einfluß auf mich.

Ich bin – so wie ich bin – geworden,

Und ich werde mich verändern.

Ich bin ein Stein, ein kleiner Stein, wie viele andere,

Und dennoch gibt es keinen, der genauso ist wie ich.

Ich habe meine Ecken, Kanten und rauhen Stellen,

Aber auch runde Stellen, die sich weich und glatt anfühlen.

Ja, ich habe verschiedene Seiten,

Ich kann bei Licht und Dämmerung mein Bild verändern.

Ich bin ein Stein, ein kleiner Stein,

Habe Kanten, an denen sich andere stoßen oder verletzen können,

Aber auch Seiten, die andere trösten und wärmen können.

Ich bin ein Stein.

Ich kann ein Stolperstein, ein Stein des Anstoßes werden

Und damit zur Herausforderung.

Ich kann ein Baustein und ein Zierstein sein,

Ein Antrieb zur Vorwärtsbewegung.

Andere können mit mir eine Mauer, ein schützendes Rund, ein Haus

oder eine Abwehr bilden.

Ich bin ein Stein, ein kleiner Stein

Und kann dennoch etwas ins Rollen bringen, Dinge in Bewegung setzen,

Veränderung bewirken in mir, in anderen, mit anderen.

Ich bin ein Stein, so zusammengesetzt, wie ich bin.

Ich brauche andere, die mir Anstöße geben, die mir Mut machen, Wege zu gehen,

– Manchmal neue, ungewisse Wege, manchmal stetig weiterzugehen

Auf dem jetzigen Weg.

Ich brauche einen Anstoß, damit meine Phantasie Strukturen in Bewegung setzt,

Aufbrüche ermöglicht, Dialog und Gemeinschaft wagt.

Ich brauche einen Anstoß, um einmal in aller Hektik und Routine innezuhalten, still zu werden, nachzudenken.

Ich halte meinen Stein in meiner Hand.

Ich fühle ihn, ich bin in einer Hand.

Ich spüre mich in einer Hand.

Ich erfahre Wärme und kann Wärme weitergeben,

Ich hoffe, daß ich immer in einer Hand gut aufgehoben bin,

Geborgen und sicher.

Ich lebe in der Hoffnung darauf!“

Als sehr positiv und hilfreich, da informativ und der Sache dienlich, wurde von den Teilnehmern der Besuch von Militärdekan Hecker (Wehrbereichsdekan VII) und Militärpfarrer Graefe (Standortpfarrer

Neubrandenburg) bewertet. Zu einem Zeitpunkt, als die Diskussion über Gott und Glaube in das Philosophische auszufern drohte und die Aussagen eines Erich von Däniken als Beweis für die Nichtexistenz eines Gottes bewertet wurden, ergriffen die beiden anwesenden Geistlichen das Wort.

Militärdekan Hecker überzeugte durch Ruhe, Sachlichkeit und Wissen: Wir waren beeindruckt.

Die folgenden Informationen über unsere Laienarbeit wurden durch Bild- und Textmaterial und durch Video-Spots bereichert.

Zum Ausklang dieses Wochenendes trafen wir uns, um über das Ergebnis und Erfolg dieser Tage – für jeden einzelnen – nachzudenken. Hierin einbezogen waren einige Gedanken zur Besinnung.

„Danke, mir geht's gut“.

„Wie geht es Ihnen?“ „Danke, gut!“ Werden wir wahrscheinlich auf diese Frage antworten.

Wem ist diese Frage nicht schon hundertmal gestellt worden – fast floskelhaft wird sie beantwortet.

Auf den ersten Blick scheint es uns ja auch gut zu gehen – äußerlich: „Wie geht's?“

Wir tragen unsere Wunden innen. Angeschossen – wir alle.

Mitten im Frieden, mitten im Herzen der Schmerz.

Danke, mir geht's gut!

Wir leben im Alltag mit offenen Wunden, lachen und lieben mit offenen Wunden.

Danke, mir geht's gut!

Wir nennen uns „Freunde“, Brüder und Schwestern, Geliebte – Und doch sind wir nicht fähig, einander zu heilen.

Wir tragen unsere Wunden innen, aus Angst vor der Wahrheit.

Geht's gut? Danke!

Wer fragt: „Wie geht es Dir?“ Wer so fragt, muß auch damit rechnen zu hören: „Es geht mir gar nicht gut.“ Die Reaktion kann Verlegenheit sein. Vielleicht werden sie heute gefragt: „Wie geht's Dir?“ Was werden Sie antworten?

Einer sicheren Heimreise und als Abschiedswort diene dann der vorgetragene afrikanische Reisesegen:

Möge dein Weg dir stets entgegenkommen,

Der Wind dir stets im Rücken sein. Möge die Sonne dein Gewicht erwärmen,

Der Regen sanft auf deine Felder fallen

Und, bis wir uns wiedersehen, Halte Gott dich in seiner Hand.

Hiltrud und Günter Thye

Quellen:

Die Mitarbeiterin 6/91 (Angelika Moeller)
Steinmeditation, neu bearbeitet v. Lucia Martin/Hiltrud Thye

Zweites Wochenende der Begegnung in Nienhagen

Eindrücke

Die Resonanz der ersten Begegnung in Nienhagen zwischen Mitgliedern der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und Angehörigen des Marinekommandos Rostock vom Februar 1992 war noch zu spüren, als bereits die Planung eines zweiten Treffens dieser Art für den Herbst 1992 ins Gespräch kam.

Ich bemerkte eine große Bereitschaft fast aller Teilnehmer, auch diesen Termin gemeinsam mit ihren Familien wahrzunehmen. Diese oft spontan geäußerte Haltung meiner Kameraden machte mich neugierig, und ich meldete ebenfalls Interesse an einer Teilnahme an.

Vorab, ich war Offizier der Nationalen Volksarmee (NVA), in meinem Elternhaus und im Umfeld habe ich eine atheistische Erziehung erhalten und bin grundsätzlich materialistisch eingestellt. Aussagen und Inhalten jeden Glaubens stand ich deshalb insgesamt skeptisch gegenüber. Diese Einstellung wurde durch die bitteren Erkenntnisse der vergangenen zwei Jahre, durch den Zusammenbruch eines Gesellschaftssystems, von dessen Unfehlbarkeit man überzeugt war, noch ver-

stärkt. Während meiner bisher zweijährigen Dienstzeit in der Bundeswehr hatte ich im Rahmen von Lehrgängen und Schulungen einige Informationen über die Militärseelsorge erhalten. Erster und bis dahin einziger praktischer Kontakt war jedoch bisher der Unterricht in Vorbereitung der Vereidigung. Dieser sprach mich zwar ethisch-moralisch an, weckte aber kein Bedürfnis, nachhaltig über Militärseelsorge und meine persönliche Haltung zu ihren Inhalten nachzudenken.

In der unmittelbaren Vorbereitungsphase des Treffens erhielten meine Frau und ich eine Einladung einschließlich einer Teilnehmerliste. Es waren fünf Familien aus dem Ostteil und drei Familien aus dem Westteil unseres Landes eingeladen. Ich stellte fest, daß mir alle teilnehmenden Kameraden aus der täglichen Arbeit im Marinekommando oder mit anderen Dienststellen bekannt waren und ich sie in der Arbeit hoch schätzte. Ich verknüpfte deshalb meine Teilnahme mit der Erwartung einer offenen Atmosphäre und einem Gesprächsklima des „Sich-gegenseitig-verstehen-Wollens“. Das Treffen begann am Freitagabend mit dem gegenseitigen Kennenlernen und der Vorstellung des geplanten Ablaufes durch Familie Thye, die Organisatoren des Treffens. Ziel sollte es sein, die folgenden Stunden bis zum Sonntag gemeinsam zu verbringen und im Gespräch miteinander in der großen Runde

oder in kleinen Gruppen während des Spazierganges oder bei Tisch Fragen zu stellen und Antworten zu geben, um einander besser zu verstehen.

Am nächsten Morgen, nach einem gemeinsamen Frühstück, wurde eine Aufzeichnung über die Soldatenwallfahrt in Lourdes gezeigt, und Familie Thye schilderte im Anschluß ihre persönlichen Eindrücke und Erlebnisse aus einigen dieser Veranstaltungen. Aus meiner Sicht gelang ihnen damit ein sehr guter Einstieg in das Gespräch. Sie sprachen über ihre Ergriffenheit und die Empfindungen, die sie verspürten, wenn sie in dieser Gemeinschaft von Menschen, die alle aus verschiedenen Motiven heraus an diesem Ort der Hoffnung zusammentrafen und im Ergebnis dieser Begegnung Trost und Lebenswillen zurückgewinnen. Das Mitteilen der persönlichen Probleme, das Erfahren und Teilen des anderen Leids, das Erleben, wie andere mit ihren Nöten fertig werden, führt offensichtlich dazu, daß man sich selbst neu bestimmt. Damit sprachen sie auch bei mir ein Gefühl an, das wohl mit dem christlichen Glauben im Zusammenhang steht, aber überall dort von Bedeutung ist, wo Menschen zusammenleben und ein Klima des Miteinander erforderlich ist. Denn unabhängig davon, ob es die Lösung von Problemen in einer Familie oder zum Beispiel den Aufbau einer neuen Bundeswehr – gleichzeitig mit der Integration von

ehemaligen Soldaten der NVA – betrifft, in jedem Fall kommt es darauf an, das gegenseitige Verständnis zu erreichen und für das jeweilige Vorhaben geistige Übereinstimmung zu finden.

Es entwickelte sich in kurzer Zeit ein lebhaftes Gespräch, in dem eine Vielzahl von Problemen gestreift und teilweise recht tiefgründig erörtert wurden. Die Kameraden aus den alten Bundesländern und ihre Ehefrauen berichteten über die Praxis der Militärseelsorge in ihren Standorten und zeigten dabei auf, wie örtliche Gemeinden und Militärseelsorgeorganisationen nebeneinander bestehen.

Über organisatorische Dinge kam das Gespräch auch auf die Inhalte des Glaubens und die Frage, wie ihr Einfluß auf die Bewältigung von Problemen und Schwierigkeiten zu sehen ist. Dazu waren sehr interessante und für mich neue Herangehensweisen und Meinungen zu hören. Konstruktiv wirkte sich die Teilnahme des Militärdekan's Hecker auf das Niveau unserer Gesprächsrunde aus. Er gab uns mit fundierten, aus meiner Sicht sehr modernen theologischen Anschauungen Antworten zu aktuellen Fragen, die ich mit meinen bisherigen Vorstellungen von Theologie und Kirche nicht mehr in Übereinstimmung bringen konnte.

Offensichtlich war mein bisheriger Kenntnisstand etwas verstaubt und überholt. Sehr interes-

sant war auch der Besuch des Militärpfarrers Graefe aus dem Standortbereich Eggesin in unserer Runde. Er schilderte uns seine Erfahrungen als junger Militärpfarrer, der in seinem Standort die Militärseelsorge aufbaut und hauptsächlich mit jungen Wehrpflichtigen arbeitet. Die Stunden vergingen wie im Fluge, und es fanden sich immer wieder neue Ansatzpunkte für das Gespräch. In seinem Fazit sprach Herr Thye davon, daß diese Begegnung für alle Teilnehmer sehr lehrreich war und man einander näher gekommen ist. Diese Feststellung findet auch meine ungeteilte Zustimmung. Ich kann persönlich einschätzen, daß meine Frau und ich ein sehr interessantes und inhaltsreiches Wochenende erlebt haben. Wir verständigten uns mit den anwesenden Kameraden und ihren Familien auf Gebieten, die bisher noch keine Rolle spielten. Verständnis und Akzeptanz füreinander haben sich erweitert. Damit wurde ein weiterer Schritt in die Richtung des Zusammenwachsens getan.

Gert Wilhelm

91. Deutscher Katholikentag

Eindrücke und Erinnerungen

Gemeinsam mit Soldaten verschiedenster Nationen haben auch Angehörige der AKS/AMI Österreichs aufgrund der ergange-

nen Einladung am 91. Deutschen Katholikentag in Karlsruhe teilgenommen. Dank der kameradschaftlich liebevollen Betreuung durch die Kameraden des GKS und die Verantwortlichen des katholischen Militärbischofsamtes fühlten wir uns gleich angenommen und dazugehörig. Auch das Quartier in der Sportschule Schönek mit dem herrlichen Ausblick auf Karlsruhe und Umgebung trug zum Wohlfühlen bei.

Bei der Meldung in der General-Kammhuber-Kaserne wurde uns u.a. das umfangreiche Katholikentagsprogramm – 1400 Veranstaltungen – und eine Dauerfahrkarte für die öffentlichen Verkehrsmittel, die eine individuelle Beweglichkeit ermöglichte, ausgehändigt.

Von den erlebten Gottesdiensten war vor allem der Fronleichnamsgottesdienst der deutsch-französischen Sprachgruppe im Zentrum von Karlsruhe und der von Erzbischof DDr. Dyba mit zwei weiteren Bischöfen zelebrierte internationale Soldatengottesdienst in der St.-Michael-Stadtkirche, welcher unter dem Motto „Mit Gott versöhnt für den Frieden der Welt“ stand, ein großes Erlebnis.

Aus der Fülle der gebotenen Veranstaltungen haben wir uns naturgemäß vor allem den von GKS, AMI oder dem Militärbischofsamt gestalteten zugewandt bzw. daran teilgenommen. Diese Veranstaltungen, ob es die Gesprächsrunde mit dem Thema „Versöhnung und

Zusammenarbeit“ war, dargestellt an der internationalen Soldatenwallfahrt nach Santiago de Compostella, das Forum: Europas Soldaten als Weltpolizisten – Dienst und Aufgabe des Soldaten von heute, das Forum: Kinder des kalten Krieges – Wo ist unsere Zukunft? oder das Diskussionsforum mit dem Thema „Lust und Frust der deutschen Einheit“ am Beispiel der Eingliederung der NVA in die Deutsche Bundeswehr, um die von uns besuchten zu nennen, sie waren jeweils gut vorbereitet, von der Thematik her beeindruckend und bewegend und ergaben so manche rege Diskussion aus religiöser und gesellschaftspolitischer Sicht.

Für mich dabei beeindruckend waren die sachlichen und ohne Aggression geführten Auseinandersetzungen der Diskutanten verschiedenster Auffassungen und verschiedensten Alters. Die im Rahmen dieser Veranstaltungen stattgefundenen Begegnungen von Soldaten verschiedenster Nationen, vor allem zwischen „Ost“ und „West“, waren trotz der gegebenen Sprachschwierigkeiten – irgendwie verstand man sich letztlich doch immer – sehr interessant, lehrreich und sicher ein guter Beitrag zum gemeinsamen Thema des Katholikentages: „Eine neue Stadt ersteht – Europa bauen in der einen Welt“. Beeindruckend dabei war vor allem die von jungen Soldaten aus Belgien, CSFR, Frankreich, Deutschland, Polen,

Ungarn und der Schweiz geführte Diskussion über die Erfahrungen im Rahmen des Katholikentages, im Zusammenhang mit ihrer Einstellung über die früheren Gegner im Ost-West-Konflikt und ihrem militärischen Alltag sowie die sehr offenen Antworten auf Fragen aus dem Publikum.

Der mit Prospekten und Hinweisen gut ausgestattete Stand der GKS und des AMI in der Stadthalle, bei dem auch wir uns wiederholt länger aufhielten, erweckte, wie wir feststellen konnten, Interesse und war gut besucht.

Auch da ergaben sich manchen netten Gespräche, wobei, soweit ich feststellen konnte, das Verhalten der zivilen, zum Teil sehr jungen Katholikentagsteilnehmer uns Uniformierten gegenüber, wohl vom Geist des Katholikentages inspiriert, freundlich und höflich war.

Die Uniformen der Soldaten der verschiedenen Nationen waren dabei oft Anlaß von interessanten Anfragen und heiteren Verwechslungen.

Die imposante Hauptkundgebung im Wildparkstadion und der Hauptgottesdienst im Schloßgarten waren Höhepunkt und Ausklang dieses aus unserer Sicht gut besuchten 91. Gesamtdeutschen Katholikentages, der – und das darf abschließend festgestellt werden – ein für uns wunderbares und sicher unvergeßliches Erlebnis war. Mit herrlichen Eindrücken von der schönen Stadt Karlsruhe,

mit Dank an unsere deutschen Freunde für die ergangene Einladung und die gezeigte Gastfreundschaft und wieder bestärkt in unserer Aufgabe als Christ und Soldat, kehrten wir in unsere Heimat zurück.

Kurt Leixl

Beobachtungen und Ereignisse bei der Konferenz des Apostolat Militaire International (AMI) in Santa Fé de Bogotá/Col.

Als Mitglied des Präsidiums des Apostolat Militaire international AMI war ich an der Vorbereitung und Durchführung der diesjährigen Generalversammlung des AMI in Bogotá beteiligt.

Dieser Konferenz wird ein eigenes Heft des Auftrags unter dem Thema „Die Neuevangelisierung und die Streitkräfte“ gewidmet werden mit den Berichten der Nationen, den Protokollen, Ansprachen und dem offiziellen Abschlußbericht.

Mit diesem Beitrag möchte ich ein wenig über Randereignisse berichten, die nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, daß Delegierte aus Columbien, Österreich,

Italien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Portugal und den Philippinen sich für den Zeitraum dieser Tagung wohlgefühlt haben, Verständnis für die Anliegen und Probleme dieses gastfreundlichen Landes geweckt wurden, was dann letztlich auch zu einem guten Gelingen dieser Tagung geführt hat.

Tagebuch einer Auslandsreise nach Kolumbien

Dienstag, 29. September, meine erste Etappe: Flensburg-Hamburg-Frankfurt-Flughafen, ein außerplanmäßiger ICE hält in Hamburg-Altona, somit habe ich einen Wagon für mich alleine.

2034 LCL Start von Frankfurt mit Avianca AV 011 nach Bogotá über Paris-Madrid-Caracas. Mit geringfügiger Verspätung Start in Frankfurt nach Paris, danach landet unser Jumbo B47-200 gegen Mitternacht in Madrid. Dort treffen wir auf Padre Martínez, unseren geistlichen Beirat des AMI, ebenfalls auf dem Weg nach Bogotá.

Mittwoch, 30. September, Start Madrid Richtung Caracas, dort erneutes Aus- und Einsteigen in die gleiche Maschine. Avianca trägt die Farben Rot/Weiß, Emblem von Papst Johannes Paul II. Ein gutes Zeichen für unsere Konferenz? Wir hoffen es.

Bordverpflegung u.a. südamerikanische Früchte – herrlich! Viele Venezolaner und Kolumbianer sind bereits in Frankfurt, aber

auch in Madrid eingestiegen: siehe Kartons und Plastiktüten mit Aufschriften großer Deutscher Kaufhäuser.

0825 LCL Landung in Santa Fé de Bogotá Flugplatz „El Dorado“, 5 Stunden Zeitverschiebung zu Deutschland. Empfang durch kolumbianische Gastgeber. In Begleitung des Militärs keine Zoll- und Paßkontrolle. Wegen der Unruhen im Land werden uns während des Aufenthalts in Kolumbien Soldaten auf Schritt und Tritt schützen. Unsere Koffer werden direkt in das Hotel „Club Militar“ gebracht. „Comitiva oficial“ steht auf den Anhängern an unseren Koffern. So einfach geht das.

1300 LCL Mittagessen mit Krautwattenzwang – uns fehlt Schlaf – Padre Martínez, Spanien, Capellán Valente und ich tragen zufällig den gleichen Schlips, ein Geschenk der Österreicher 1990 bei der AMI-Konferenz in Wien. Wir amüsieren uns köstlich.

Der erste Eindruck, die Kolumbianer haben gute Vorarbeit geleistet und die Konferenz tadellos vorbereitet. Ankunft der österreichischen Delegation und des Generalsekretärs AMI. Essen im Restaurant des Club Militar ist gut, Ober ohne Zahl und ausnehmend freundlich – wie eigentlich alle Kolumbianer, denen wir begegnet sind. Menü und Getränke, Kaffee für 3 Personen: 60,- DM. Cafeteria, Frühstück, Rührei, Schinken, Papaja, O-Saft, Brot usw.: 7,50 DM.

Donnerstag, 1. Oktober. Fahrt

zur Deutschen Botschaft, um von dort aus Deutschland zugesandte Unterlagen für die Konferenz abzuholen. Botschafter lädt Präsident des AMI, Oberst i.G. Jürgen Bringmann, und die beiden Vizepräsidenten, Oberst Franz Thiele und Oberstabsbootsmann Günter Thye, ein für Freitag, 2. Oktober, zur Feier des Nationalefeiertages, der Wiedervereinigung Deutschlands. In Bogotá gibt es keinen Militärattaché, Lima/Peru ist zuständig, daher ist eine deutsche Uniform selten in dieser Residenz anzutreffen. Vor dem Betreten des Gartens werden wir durch den Deutschen Botschafter und seine Frau willkommen geheißen. Bevor wir uns dem Leberkäse, der Weißwurst, dem „Bavaria-Bier“ und all den verschiedenen Leckereien widmen können, werden wir Uniformträger erst einmal von mehreren Seiten vereinnahmt: Der Chefredakteur von „El Tiempo“, der Leiter der Deutschen Handelskammer, Vertreter von deutschen Firmen und, nicht zu vergessen, Veteranen aus dem Zweiten Weltkrieg. Sie alle haben uns viel zu erzählen und wollen den Grund unserer Anwesenheit wissen.

Bummel durch das Einkaufszentrum Sta. Barbara: Smaragde und Gold sind preiswerter als in Deutschland, aber 4300 US-\$ sind für meinen Geldbeutel immer noch zu teuer.

Wir fahren mit dem Militärbus an Slum-Gebieten vorbei, an Hügeln errichtete Holz-Blech-Plastik-

tüten-Hütten. Wäsche hängt zum Trocknen zwischen den Bäumen. Die Bewohner dieser menschenunwürdigen Behausungen sitzen neben den Hütten untätig herum.

Das AMI-Präsidium tagt, wir müssen die Konferenz letztendlich vorbereiten. Es wird hier und da noch am Programm gefeilt. „Es kommt Butter an die Fische.“ Die Zeitumstellung, die lange und recht anstrengende Reise und das Klima mit der Höhenlage von Bogotá (2600 m) macht uns zu schaffen. Es lebe der Blutdruck, wir sind müde, verspüren keinen rechten Hunger und fühlen uns abgeschlaft.

Heute kurz zu Hause in Flensburg angerufen: Daniela Lepper, Mitglied im Sachausschuß „Frau und Familie“ des Vorstandes der Zentralen Versammlung, ist vor wenigen Stunden nach langer, schwerer Krankheit verstorben. Wir werden für sie beten, für ihre kleinen Kinder und ihren Mann.

Sonnabend, 3. Oktober. Das AMI-Präsidium tagt erneut. Die italienische und französische Delegation trifft im Hotel ein. Der Nachmittag ist den Einkäufen in der Stadt vorbehalten. Wehrpflichtige, die ein wenig englisch und deutsch sprechen, begleiten uns und sind als Berater beim Einkauf sehr von Nutzen. Ihr monatlicher Wehrsold: 12 US- $\text{\$}$.

Es regnet zum erstenmal, die Regenzeit dauert von April bis Oktober. Wir sind in den Tropen: Kurze Regenschauer, dann bedeckter

Himmel oder wieder strahlender Sonnenschein. Ein Sonnenauf- oder -untergang ist eine Frage von wenigen Minuten, wegen der Nähe des Äquators und weil zusätzlich die Kordilleren die Sonne sehr schnell „verschwinden“ lassen.

Sonntag, 4. Oktober. Der Präsident des AMI, Oberst i.G. Jürgen Bringmann, hat Geburtstag. Beim Frühstück erfolgt die Übergabe eines kleinen Geschenks, wir stellen fest: Auch ein Oberst kann sich noch an kleinen technischen Spielereien erfreuen.

Der Vorschlag für die Endfassung einer „Deklaration von Bogotá“ wird noch einmal überarbeitet. Vor Beginn der Tagung erscheint der bestellte Arzt mit Gefolge und prüft bei vielen ausländischen Teilnehmern der Konferenz den Blutdruck: zu hoch! Tabletten, wenig Salz und Alkohol.

1900 LCL. Wir sind Gäste beim Sonntagsgottesdienst in der Kirche des Militärbischofs. Neben einem Soldatenchor singt eine Gruppe, die nur aus Familienangehörigen des Chefs der Militärpolizei besteht.

Auf Einladung des kolumbianischen Militärbischofs findet im Club Militar ein Empfang mit Abendessen statt.

Montag, 5. Oktober. Der Vormittag dient der intensiven Arbeit im Plenum. Am Nachmittag fahren wir mit der Seilbahn auf den 3151 m hohen Gipfel des Montserate, von hier aus hat man einen phantastischen Blick über die

Stadt.

Wir fahren in das Zentrum der Hauptstadt. Bevor wir den Präsidentenpalast von innen besichtigen dürfen, erleben wir das grandiose Schauspiel der allabendlichen Flaggenparade und der damit verbundenen Wachablösung vor dem Palast des Präsidenten.

Der Genralinspekteur der kolumbianischen Armee hat zu einem Folklore-Abend in das Folklore-Restaurant „Tierra Colombiana“ eingeladen. Dem Prospekt nach „an authentic piece of beautiful colombian land“.

Dienstag, 6. Oktober. Die Berichte der Länder und der Grundsatzvortrag des kolumbianischen Bischofs nehmen den ganzen Tag in Anspruch. Am Spätnachmittag besuchen wir die Kadetten(= Offizier-)Schule in Bogotá.

Zur Hl. Messe sind aufmarschiert alle Kadetten dieser Schule mit Helm, Gewehr, Rucksack mit aufgeschnallter Wolldecke und Eßgeschirr, daneben dann die Musikkapelle. Ein farbenprächtiges Bild, wenn auch ungewohnt für unsere Augen. Beim anschließenden Empfang durch den Schulkommandeur stelle ich durch ein Gespräch mit dem philippinischen Militärbischof fest, daß ihm Deutschland nicht ganz unbekannt ist. Er war vor Jahren als Priester in der Nähe von Hildesheim tätig.

Im Fernsehen werden immer wieder die Bilder von gesuchten Drogenbossen gezeigt und die Be-

völkerung zur Mithilfe bei der Suche gebeten, natürlich für eine Belohnung in Millionenhöhe (Pesos, wohlgemerkt).

Sicarios sind Motorrad-Teams, die im Auftrag oder auf eigene „Rechnung“ arbeiten; sie fahren mit ihren Enduros auch auf Fußwegen, um zu rauben und zu morden. Bevorzugte Waffe ist das Messer. Die Polizei, die dem Militär untersteht, hat schnell gehandelt und ebenfalls „Enduros“ (geländegängige Motorräder) eingesetzt mit bewaffneten Soldaten.

Mittwoch, 7. Oktober. Wir fahren nach Chiquinquirá (30000 Einwohner) 130 km nördlich von Bogotá. In diesem berühmten Wallfahrtsort mit dem wundertätigen Marienbild werden wir in der Basilika „Santa María del Renovado Rosario“ einen eigenen Gottesdienst haben. Auf dem Wege dorthin sehen wir Campesinos, die ihre Früchte auf Eseln zum Markt transportieren, Lamas, die friedlich am Straßenrand grasen, aber auch die Geländewagen, die vor und hinter unserem Bus herfahren mit zivilgekleideten Soldaten!

Die Landschaft, die wir durchfahren, erinnert hier und da an die Schweiz oder Österreich, selbst der Schleswig-Holsteiner glaubt, Landstriche seiner schönen Heimat wiederzuerkennen. Wir kommen durch schmucke, kleine Dörfer und erreichen dann endlich die Basilika in Chiquinquirá. Der Klang der Orgel, der Gesang des Mädchentrios, aber auch die auf

den Knien rutschenden Ärmsten der Armen vor dem Bild der Mutter Gottes bleiben nicht ohne nachhaltigen Eindruck.

Südöstlich der Stadt Tunja liegt unser nächstes Ziel, das Nationaldenkmal Puente de Boyaca, wo 1819 Simón Bolívar den entscheidenden Sieg über die Spanier errungen hat.

Donnerstag, 8. Oktober. Die „Deklaration von Bogotá“ ist Anlaß von hitzigen, aber sachlichen Diskussionen. Die Philippinen befürworten eine etwas härtere Gangart im Ton, wenn von Menschenwürde und Menschenrechten und Schutz des Volkes durch Soldaten die Rede ist. Italien unterstützt diese Position, andere vertreten eine entgegengesetzte Meinung. Auf die derzeitige Situation des jeweiligen Landes ist Rücksicht zu nehmen, ebenso wie auf die zu vertretende Politik. Ein Kompromiß liegt in der Luft – und wird gefunden.

Am Abend ist ein Empfang durch den kolumbianischen Verteidigungsminister vorgesehen, jedoch, wie bereits in den Nachrichten zu vernehmen war, haben sich drei Drogenbosse der Polizei gestellt. Die Politik hat Vorrang! Die Vertretung des Ministers übernimmt sein Staatssekretär.

Der Präsident des Apostolat Militaire International, Oberst i.G. Jürgen Bringmann, hält seine Rede in spanischer Sprache, diese Geste gegenüber dem Gastgeber wird sehr erfreut aufgenommen.

Freitag, 9. Oktober. Die Länder

berichten über ihre Aktivitäten, Probleme und Planungen. Die Zeit wird knapp und dann doch noch überzogen. Vorgestellt wird auch der Entwurf des geplanten Internationalen Gebet- und Gesangbuches des AMI, das in sechs bis acht Sprachen 1993 in Druck gehen soll.

Eine Folklore-Gruppe der Militärpolizei trägt mit Gesang und Tanz zum Abschiedsabend bei. Hier und da werden Geschenke verteilt und Dankesworte an die Gastgeber. Bereits jetzt kann gesagt werden: Die Konferenz hat sehr gute Ergebnisse gebracht, das Rahmenprogramm hat uns die Möglichkeit eröffnet, Land und Leute ein wenig kennenzulernen und zu verstehen.

Sonabend, 10. Oktober. 1100 LCL. Wer noch nicht abgereist ist, hat Gelegenheit, mit einem kleinen Militärbus an einem Ausflug in den nördlichen Landesteil teilzunehmen. Wir fahren nach Guatavita Nueva, 75 km nördlich von Bogotá gelegen. Der alte Ort Guatavita wurde 1967, nachdem die Bewohner in ein neues, nahegelegenes Dorf umgesiedelt worden waren, überflutet – ein neuer Stausee entstand. In der Nähe liegt der malerische Kratersee Laguna de Guatavita oder El Dorado. Der See wurde als geweihte Stätte der „Chibcha“ verehrt, gekrönt durch die jährliche Zeremonie des El Dorado – des Vergoldeten. Die Legende sagt, daß einmal im Jahr der Fürst der Chibcha, der Zipa,

mit Harz eingerieben und Goldstaub überzogen, sich auf einem Floß in die Mitte des Sees rudern ließ, in das Wasser tauchte und so das Gold sowie edle Goldarbeiten den Göttern opferte. In diesem malerischen Dorf bieten Indios ihre Handarbeiten an: Bambusflöten, Wandbehänge, Ponchos und vieles mehr. Die Rückfahrt führte uns vorbei an großen, gepflegten Gärten, Haziendas und traumhaften Villen.

Sonntag, 11. Oktober. Die Truppen in Bogotá stehen in Alarmbereitschaft, sie haben Dienst am Wochenende. Guerilla-Truppen sind wieder aktiv, man wappnet sich für mögliche Zwischenfälle am Nationalfeiertag, 12. Oktober. Die deutsche Delegation verläßt heute Kolumbien und fliegt zurück. Das AMI-Präsidium wird am Montag abreisen. Temperaturwechsel und Höhenlage machen erneut zu schaffen.

Montag, 12. Oktober. Heute ist Feiertag: Kolumbastag, Entdeckung Amerikas. 1600 LCL. Abfahrt vom Club Militar, wir werden von Padre Diaz und Padre Martínez sowie von Sicherheitskräften zum Flugplatz begleitet. Eingehende Gepäckkontrollen werden bei fast allen Fluggästen durchgeführt. Die uns begleitenden militärischen Sicherheitskräfte verweisen erneut auf unsere „Mission“, wir passieren sämtliche Kontrollen ohne Aufenthalt. 19.55 Ortszeit Start unserer Avianca 010 in die Nacht. Bis Frankfurt liegen

8200 km vor uns. Flugzeit bis Caracas 1.25 Stunde, dem Sonnenaufgang entgegen. Umsteigen in Caracas, da unser Jumbo einen Hydraulikschaden aufweist. Zum Glück können wir – wenn auch nur wenige – einen Lufthansa-Flug direkt nach Frankfurt erreichen. Der Koffer verbleibt aber in der defekten Maschine in Venezuela.

Dienstag, 13. Oktober. 14.45 Uhr Ortszeit Landung in Frankfurt. Aufgabe einer Verlustmeldung für meinen Koffer, ob ich ihn je wiedersehe?

Mittwoch, 14. Oktober. 0.30 Uhr bin ich zu Hause, müde und doch wie aufgezogen, ohne Koffer, der meine Uniformen und vieles mehr enthält, aber glücklich, wieder daheim sein zu können.

Günter Thye

GKS-Chronik

Der Bundesvorsitzende unserer Gemeinschaft, Herr Oberst i.G. Bringmann, hat angeregt, eine Chronik der GKS zu erstellen. Mit den Vorarbeiten wurde der Sachausschuß K+I beauftragt. Meine Aufgabe ist es, entsprechendes Material über die GKS von den Anfängen bis heute zu sammeln. Später soll dann die Sichtung im SA erfolgen.

Ich wende mich daher an all jene, von denen man annehmen kann, daß sie Material (Fotos, Veröffentlichungen, Dokumente usw.)

besitzen, das wert ist, in einer Chronik verwendet zu werden. Kurze Erlebnisberichte aus der Gründerzeit oder von anderen wichtigen Ereignissen gehören unbedingt dazu.

Falls sich der eine oder andere nicht von seinen Bildern trennen kann, würde fürs erste auch eine Kopie mit Datum, Namen und Anlaß genügen.

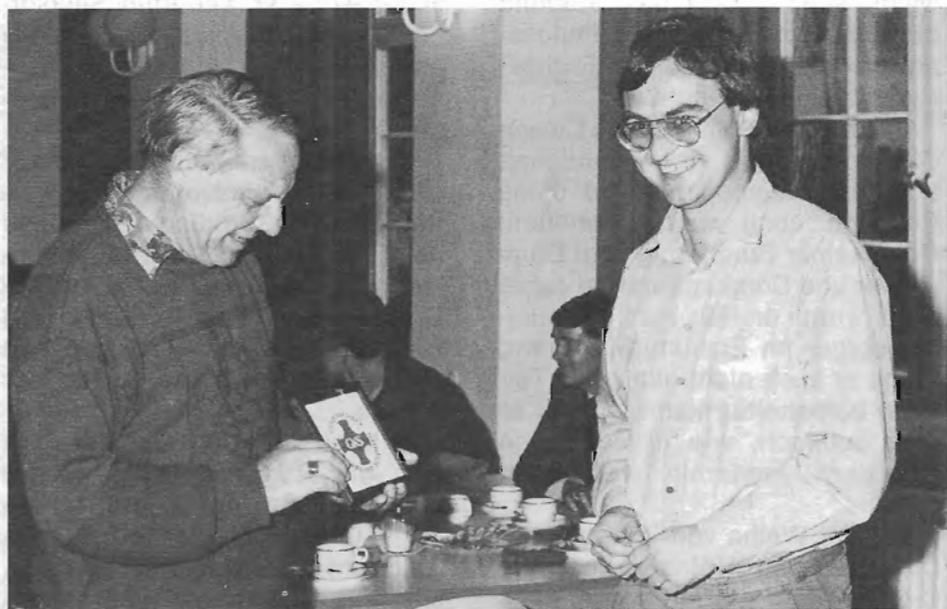
Sofern in den Archiven des Bundesgeschäftsführers, des Ehren-

vorsitzenden, der Wehrbereiche und der Kreise Unterlagen für die Chronik geeignet erscheinen, bitte ich ebenfalls um deren Übersendung.

Meine Anschrift: Schillerstraße 43, W-6950 Mosbach, Tel.: 06261/14743.

Für Ihre Bemühungen vorab schon herzlichen Dank.

Ihr
Heinz Köpflinger



Gemeinsames Seminar Pax Christi und GKS-Wehrbereich V am 9.10.1992 in Rot an der Rot. OTL Rott beim Überreichen der GKS-Kachel an Herrn Wiest von Pax Christi.

Bott

(Foto: F. Brockmeier)

INFORMATIONEN

Diözese Köln Ein neuer Weihbischof

Am 17. September 1992 gab Weihbischof Dr. Friedhelm Hofmann seine erste Pressekonferenz als Weihbischof.

Bischof Hofmann ist am 12.5.1942 in Köln geboren und hat eigentlich ab 1948 mit seiner Einschulung die bittersten Notjahre in Deutschland noch bewußt erlebt. Neben seinem Studium hat er in den Freisemestern das praktische Rüstzeug für Zeichnung und Malerei erworben.

1969 wurde er zum Priester geweiht, schloß 1979 das Studium der Kunstgeschichte und Philosophie mit der Promotion im Fachbereich Kunstgeschichte ab.

Er ist nach Weihbischof Clemen der Vorsitzende des Deutschen Lourdes-Vereines und wird diese Funktion auch weiter behalten. Nach seiner Ernennung zum Dompfarrer und Domkapitular im Jahre 1980, wurde er 1981 zum Künstlerseelsorger im Erzbistum ernannt. Wenn er auch nicht alle seine Termine beibehalten kann, so will er sich dennoch, wie er sagt, den Künstlern weiterhin verbunden fühlen.

Mit der Weihe von Weihbischof Dr. Friedhelm Hofmann hat die Diözese Köln wiederum die traditionellen vier Weih Bischöfe.

Der neue Weihbischof gab für seine Arbeit einige Gedanken der

Presse zur Gehör.

Die Sorgen und Probleme der Gläubigen wolle er in das „Haus“ (Generalvikariat) mit einbringen und hoffe, durch ständige Bemühungen auch manches zu ändern. Als Weihbischofsvikar für das Diakonats sehe er hier eine eigenständige Aufgabe des Diakons, insbesondere unter der Berücksichtigung, daß die Diakone einen selbständigen Aufgabenbereich haben und daß ihre Probleme sich sowohl aus ihrem Dienst als auch aus ihrer privaten Bindung an Frau und Kinder ergeben. Als Weihbischof wolle er weiterhin Seelsorger sein, nicht Aufseher, sondern eher Betrachter als Glaubenssuchender unter Glaubenssuchenden.

Sein Wappenspruch deutet auf seine feste Überzeugung hin, vertieft durch die Studien des Lebens der Edith Stein, daß nicht Selbsterlösung, sondern nur das Kreuz die Hoffnung beinhaltet, durch Tod zur Auferstehung zu gelangen, und so sei das Kreuz die Quelle der Freude.

Er habe aus voller Überzeugung zum Amt des Bischofs „ja“ gesagt und schließe dabei die innere Angst und die Möglichkeit, daß ein Amt zum Kreuzweg werden kann, ein. Jedoch hoffe er, daß er den Glauben als überantwortetes Gut weitergeben könne an alle die, die um den Glauben ringen.

Da er Mitglied des erzbischöflichen Rates sei, hoffe er, daß er Anregungen und Informationen gut weiterleiten könne. Er fühle sich getragen in der Gemeinschaft der Priester. Zur Frage des Zölibates sagte Weihbischof Hofmann, er halte nach sorgfältiger Abwägung und aufgrund seiner bisherigen Erfahrung es für wichtig, daß die Kirche das Zölibat beibehalte, denn letztlich käme die größere Effektivität und die tiefere Spiritualität den Gläubigen zugute.

Auf noch viele Fragen gab der Bischof kurz und klar Auskunft, teilweise mit Anflug von Humor und gewürzt mit einer Priese echt kölschen Witzes.

Weihbischof Dr. Hofmann ist ein Bischof einer neueren Generation und er zeigt aufgrund seines Lebensweges und auch seiner Aussagen, Ansätze zu einer Reform in der Kirche, die getragen von der Kraft des Hl. Geistes zu Hoffnungen Anlaß, ja Gewißheit gibt.

Man hielt dem entgegen, daß auch Weihbischofe versagen könnten. Der neue Amtsinhaber schloß diese Gefahr nicht aus. Im Gegenteil, er betonte, daß nur die Stärkung durch die Gemeinschaft der Priester über die Gefährnisse des Alltages hinweg helfen können. Dazu seien allerdings auch einige Änderungen in der Ausbildung und in der Arbeit zu beginnen. Der Priester der Zukunft müsse auf Dialog und Teamarbeit geführt werden und auch wissen, wie und wo man Verwaltungsarbeit de-

legieren kann, ohne den Überblick zu verlieren.

Die frische Art des neuen Bischofs ließ die Pressekonferenz zu einer informativen und hoffnungsfrohen Stunde werden.

Helmut Fettweis

Schreiben der deutschen Bischöfe über den priesterlichen Dienst

Ein „Schreiben der deutschen Bischöfe über den priesterlichen Dienst“ wird in diesen Tagen von den Diözesanbischöfen mit einem je eigenen Anschreiben an die Priester ihrer Diözese versandt. Das Dokument war auf der Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe Ende September beschlossen worden. Das Schreiben, erläutern die Bischöfe einleitend, dient als Grundlage für einen Austausch mit den Priestern über Schwierigkeiten und Chancen ihres Dienstes heute.

Der Text enthält eine Analyse der gegenwärtigen Probleme priesterlichen Lebens und Handelns (Kapitel I) und einen „Beitrag zur Klärung“ (Kapitel II), der nach der Bedeutung der gegenwärtigen Situation für die Glaubensverkündigung und die Gestaltung priesterlichen Lebens und Arbeitens fragt.

Zu den Problemfeldern, die den Dienst des Priesters heute erschweren, zählt die Analyse der Bischöfe unter anderem Verweltlichung und Glaubensschwund wie

auch eine zunehmend aggressiver werdende Kirchenkritik. Von ihr sind die Priester als amtliche Vertreter der Kirche besonders betroffen. Hinzu kommen vielfach übersteigerte eigene und fremde Erwartungen an die Pastoral. Die priesterliche Ehelosigkeit, die von den Bischöfen als Chance für eine solidarische Gemeinschaft mit allen Menschen bejaht wird, wird insbesondere dann zum Problem, wenn der Priester als „Einzelkämpfer“ vor einem Berg von Problemen zu stehen scheint. Nicht selten führt eine übergroße Beanspruchung zur Flucht in Aktivismus, Ersatzhandlungen oder Resignation.

Der zweite Teil des Schreibens fragt nach der Bedeutung der vorangegangenen Analyse für mögliche Konsequenzen im Hinblick auf die Gestaltung der Gemeindearbeit wie auch der priesterlichen Lebensform.

Äußere Aktivitäten müssen zurücktreten, wenn sie dazu führen, daß die eigentlich geistliche Dimension des priesterlichen Dienstes verkümmert (Kapitel II.2). Vor allem anderen soll der Priester in seinem Leben und Handeln Jesus Christus sichtbar werden lassen.

Große Bedeutung messen die Bischöfe weiterhin dem seelsorglichen Wirken der Gemeinde bei, die selbst „Subjekt der Seelsorge“ ist. Aufgabe des Priesters ist es, „das Zusammenwirken aller zu fördern, damit Räume gemeinsamen Lebens und Handelns entstehen“ (Kapitel II.3).

Die besondere Aufgabe des Priesters liegt in seinem Hirten-dienst in der Nachfolge des Guten Hirten Jesus (Kapitel II.4). Das Bild vom Guten Hirten meint nicht die Unmündigkeit der Gemeinde, vielmehr eine Lebens- und Liebesgemeinschaft, die von dem „Hirten“ zusammengeführt und -gehalten wird.

Kapitel II.5 enthält „Überlegungen und Fragen zur konkreten Ausübung des priesterlichen Dienstes“. Die Bischöfe stellen die Frage nach notwendigen Schwerpunkten der Gemeindearbeit sowie nach Verpflichtungen im liturgischen und sozialen Bereich, die eventuell nicht mehr erfüllt werden können.

Mit der „Lebensgestalt priesterlicher Existenz“ bei gleichzeitiger Bejahung der Ehelosigkeit des Priesters befaßt sich das sechste Kapitel des zweiten Teils. Angeregt wird unter anderem, verstärkt nach Formen gemeinschaftlichen Lebens zu suchen (z.B. Gruppen befreundeter Priester, *vita communis*, Verbindung zu einer Ordensgemeinschaft). Abschließend erinnern die Bischöfe an die Bedeutung von Leid und Kreuz als Bestandteil christlicher Existenz (Kapitel 7).

(Pressemitteilungen der DBK – PRDA92PO9).

Das Irdische lieben und...

... das Himmlische noch mehr.

ZdK-Präsidentin zum 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas

Aus Anlaß des 500. Jahrestages der europäischen Entdeckung Amerikas am 12. Oktober 1992 erklärt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüsch:

Der 500. Jahrestag der europäischen Entdeckung Amerikas, der zugleich den Beginn des modernen Kolonialzeitalters markiert, hat bereits sehr viele und auch sehr kontroverse Diskussionen ausgelöst. Ich möchte diese Diskussion nicht noch einmal aufnehmen, sondern in Weiterführung früherer Beiträge aus dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken exemplarisch drei Konsequenzen des Gedenkjahres ansprechen, die in die Zukunft weisen.

1. Bei allen Fragen, die Lateinamerika betreffen, werden wir in Zukunft eine bisher weitgehend zum Verstummen gebrachte Stimme hören können und berücksichtigen müssen: die Stimme der Ureinwohner, der Indianer. Denn in der Vorbereitung des Gedenkens der 500 Jahre ist es den Indianern gelungen, ihre Organisationen erheblich zu stärken und eine kontinentweite Koordinierung aufzubauen. Sie haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, ihre Sicht der Dinge in die öffentlichen Diskussionen einzubringen – was eine Bereicherung darstellt, aber auch eine Herausforderung für

uns, auf diese Sichtweise zu hören und die eigene Sicht davon korrigieren zu lassen. Ein Beispiel ist der 500. Jahrestag selbst, den die Indianer einen Tag früher, am 11. Oktober feiern: Als den letzten Tag ihrer Unabhängigkeit.

2. Die Indianerorganisationen und viele andere Sprecher Lateinamerikas weisen auf ein Thema hin, das immer dringlicher wird: die Lösung der Schuldenkrise. Ohne hier auf die Details der differenzierten Diskussion eingehen zu können, möchte ich festhalten, daß sich eine Reihe lateinamerikanischer Länder aufgrund des Drucks der Schuldentilgung zu politischen Entscheidungen gezwungen sehen, deren Folgen ökologisch unverantwortlich und für viele Arme todbringend sind. Die Armen und die Natur müssen für die Fehler der Eliten büßen. Ein Rückzahlungsverzicht zugunsten einer sozial gerechten und ökologisch verträglichen Umverteilung wäre inzwischen für unsere Banken und unsere Wirtschaft eine zumutbare Belastung. Es gibt auch von Finanzfachleuten sehr weitgehende Vorschläge zur Überwindung der Schuldenkrise. Was fehlt, ist entschlossenes politisches Handeln. Im übrigen wäre eine solche Lösung der Schuldenkrise nicht ein reines Geschenk der Barmherzigkeit, denn auch die Kreditgeber haben durch die leichtfertige Kreditvergabe, zum Teil sogar an undemokratische Militärregierungen, schwerwiegende Fehler gemacht.

Ein Schuldenerlaß verlangt aber auch grundlegende Änderungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in den meisten Ländern der Dritten Welt, um ihre wirtschaftliche Stärkung herbeizuführen.

3. Die Ortskirchen der Dritten Welt haben uns auf das Thema der kulturellen Unterschiedlichkeit, das Thema der Andersheit aufmerksam gemacht. Dieses Thema wird sicherlich in den kommenden Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen. Denn das bisher vornehmlich, wenn nicht ausschließlich von der europäisch-abendländischen Kultur geprägte Christentum braucht eine Inkulturation in nichteuropäische Kulturen, die eine diesen Kulturen gemäße je eigene Gestalt des Christentums hervorbringt. Nur so wird es einen wirklichen Übergang von der Westkirche zur Weltkirche geben, in der die Eigenständigkeit der Ortskirchen ernst genommen wird. Dies bedeutet aber, daß die Kirche ihre Einheit zunehmend als eine Einheit in der Vielfalt unterschiedlicher Kulturen verstehen muß.

In diesem Kontext sehen wir mit großem Interesse den Ergebnissen der IV. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopates in diesen Tagen entgegen.

(Zdk-Mitteilungen 394/92).

Post giro Köln 556-505
MISEREOR
 Aktion gegen Hunger und
 Krankheit in der Welt
 Mozartstr. 9
 5100 Aachen

Dresdener Katholikentag im Zeichen der inneren Einheit Deutschlands

Der Beitrag der Christen zur Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands soll im Mittelpunkt des 92. Deutschen Katholikentags stehen, der vom 29. Juni bis zum 3. Juli 1994 in Dresden stattfinden wird.

Dies wurde deutlich in den Beratungen des Leitungskreises für diesen Katholikentag, der sich unter dem Vorsitz der Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüsch, am Donnerstag, dem 1. Oktober 1992, in Dresden zu seiner konstituierenden Sitzung traf. Aufgabe des Leitungskreises, dem neben dem Präsidium des ZdK Bischof Joachim Reinelt und weitere Persönlichkeiten aus dem Bistum Dresden-Meißen angehören, wird es sein, die gesamte inhaltliche Planung des Dresdener Katholikentags sicherzustellen.

Die Mitarbeit an der inneren Einheit des deutschen Volkes ist nach einhelliger Überzeugung des Leitungskreises eine der zentralen Aufgaben, die sich den Christen und den Kirchen in Deutschland in den kommenden Jahren stellt. Entscheidend gehe es in Zukunft um die Festigung eines Wertkonsenses, der das von allen geforderte Umdenken trage. Gemeinsinn und individuelle Freiheit müßten neu bedacht werden. Von daher soll der Katholikentag auch die Her-

ausforderungen in Europa in den Blick nehmen, die durch den Zusammenbruch der alten Ordnung entstanden sind, wie auch die unausweichliche Verantwortung in der einen Welt.

Der Dresdener Katholikentag soll nach den Vorstellungen seiner Planer ein missionarischer Katholikentag werden. In der geistigen Situation der Gesellschaft in Deutschland müßten Christen vom Grund ihrer Hoffnung Zeugnis geben. Der Katholikentag soll ein Signal setzen, daß Leben sich lohnt, auch angesichts vielfältiger Grenzerfahrungen. Die Wichtigkeit dieser Dimension betonte der Leitungskreis gerade für den Ort Dresden, wo 85 % der Menschen keine Christen sind. Der Katholikentag soll daher bewußt „Kirche für andere“ erfahrbar machen und Menschen über den Kreis der Christen hinaus zum Mitmachen einladen.

Um ein glaubwürdiges Zeugnis in der Gesellschaft geben zu können, muß der Katholikentag auch die Frage, wie angesichts realer Spannungen die Einheit in der Kirche gelebt wird, aufwerfen. In dieser Hinsicht will der Leitungskreis beim Katholikentag Lernprozesse anstoßen, die die Einheit in Vielfalt zum Ziel haben und Begriffe wie *Communio*, *Dialog*, *Volk Gottes* mit konkretem Inhalt füllen.

Das Streben nach Einheit in der Kirche sehen die Katholikentags-Verantwortlichen eng mit dem Streben nach Einheit der Christen

verbunden. Ein wirkungsvolles Zeugnis für die Welt könne nur in ökumenischer Gemeinsamkeit gestaltet werden. An einem Ort wie Dresden, der zutiefst durch die Reformation und die Kirchen der Reformation geprägt ist, sieht der Leitungskreis die Chance, dies auch im Katholikentag exemplarisch zu leben. Das in gemeinsamen leidvollen Erfahrungen gewachsene Miteinander der katholischen und evangelischen Christen Dresdens bietet seiner Überzeugung nach hierfür gute Voraussetzungen.

(ZdK-Mitteilungen 393/92)

ZdK versichert jüdischen Mitbürgern seine Solidarität

Als gemeine Besudelung eines Festes hat die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüsch, den Brandanschlag auf die jüdische Gedenkstätte im KZ Sachsenhausen bezeichnet.

In einem Gruß zum gerade vergangenen jüdischen Neujahrsfest Rosc Ha Schana 5753 an die jüdischen Mitglieder des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim ZdK habe Rita Waschbüsch die Perversion, daß die kriminellen Taten mit antisemitischem Charakter gerade zu einem Zeitpunkt geschehen seien, da sich jüdische Menschen an ihrem Neujahrsfest um eine Umkehr bemühten, die gerade in der Hinwendung zu den Mitmen-

schen ihren konkreten Ausdruck finde.

„Angesichts der erschreckenden öffentlichen Gewaltakte gegen Ausländer, die die Integrität der Person, ja des Lebens anderer unmittelbar bedrohen und aufs Spiel setzen, möchte ich mich an Ihre Seite stellen und Ihnen unsere tiefste Solidarität bekunden“, schrieb die Präsidentin des Zentralkomitees. Sie forderte, daß alles getan werden müsse, um solche kriminellen Akte zu unterbinden und gleichzeitig für Würde und Recht aller in Deutschland lebenden Menschen einzutreten.

(ZdK-Mitteilungen 393/92)

Hubert Tintelott neuer Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände

Auf ihrer Delegiertenversammlung am 25./26. September 1992 in Erfurt hat die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände Deutschlands Hubert Tintelott zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Hubert Tintelott, Generalsekretär des internationalen Kolpingwerks, folgt in diesem Amt Resi König vom Katholischen Deutschen Frauenbund, die nach zwei vierjährigen Amtsperioden satzungsgemäß aus dem Vorsitz ausscheidet.

Zur stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Delegiertenversammlung der Arbeitsgemein-

schaft, in der mehr als 100 katholische Verbände zusammengeschlossen sind, Dr. Monika Pankoke-Schenk (Missio) und Bernhard Jans (Familienbund der deutschen Katholiken).

Weitere Vorstandsmitglieder wurden: Gertrud Casel (Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands), Dr. Werner Jeske (KKV-Bundesverband), Resi König (Katholischer Deutscher Frauenbund), Pfarrer Franz Konradi (Katholische Landvolkbewegung Deutschlands), Präses Paul Magino (Bund der Deutschen Katholischen Jugend, BDKJ), Josef Schmitz-Elsen (Deutscher Caritasverband), Josef Winkelheide (Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands).

(ZdK-Mitteilungen 393/92)

Begegnungstagung Kirche/Wirtschaft in Dresden

(Em) In der Dreikönigskirche von Dresden fand Ende August eine von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, den Bildungswerken der Nordrhein-Westfälischen und der Sächsischen Wirtschaft getragene Begegnungstagung Kirche und Wirtschaft statt. Etwa 200 Teilnehmer aus den Bereichen Kirche, Wirtschaft und Politik aus Ost- und Westdeutschland bezogen Position zu Erwartungen, Enttäuschungen, Illusionen und Chancen, die sie mit der Sozialen Marktwirt-

schaft im Einigungsprozeß und miteinander gemacht haben.

Einleitende Diskussionsbeiträge der evangelischen und katholischen Bischöfe, Johannes Kempel von der evangelischen Landeskirche Sachsen und Joachim Reinelt der Diözese Dresden-Meißen sowie des Hauptgeschäftsführers der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Fritz-Heinz Himmelreich, und des ehemaligen Treuhandvorstandsmitgliedes und Kirche/Wirtschaftsausschußvorsitzenden der Arbeitgeber-Bundesvereinigung, Alexander Koch, prägten den Vormittag. Entgegen früheren Differenzen bestand diesmal Konsens über die Soziale Marktwirtschaft als mögliche Wirtschaftsordnung. Bischof Hempel unterstrich, daß die evangelische Kirche die Soziale Marktwirtschaft im Sinne eines besseren Entwurfes, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, bejaht und bereit sei, am Halten und Wiederherstellen der Balance zwischen „Sozialem“ und „Marktwirtschaft“ mitzuarbeiten. Er verstehe, daß die Soziale Marktwirtschaft der alten Bundesländer in der Realität etwas anderes sei als der Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Aber er wies auch darauf hin, daß viele Ostdeutsche das „Marktwirtschaftliche“ stärker erleben als das „Soziale“. Vielen ostdeutschen Jungunternehmern würde es aber neben Kapital auch an Managementenerfahrung fehlen. Auch die Arbeitslosigkeit würde

von vielen Menschen wie ein Schock und als entwürdigend erlebt. Ebenso seien die West-Ost-Unterschiede häufig vielen nicht einsichtig und verständlich, z. B., daß in Westdeutschland um noch höhere Löhne und noch kürzere Arbeitszeiten gekämpft werde. Dies wirke nicht gerade kommunikativ zwischen Ost und West.

Der katholische Bischof Reinelt wies darauf hin, daß der Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft notwendig sei. Den Menschen müsse deutlich gemacht werden, daß eine heruntergewirtschaftete Wirtschaft und ein im Anschluß daran umfassender Umschwung, wie er derzeit erlebt würde, nicht im Handumdrehen erledigt werden könne. Entwicklungsprozesse dieser Art können nur gelingen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung durch Einsicht, Einverständnis und eigenständiges Engagement für erreichbare Ziele geworben werden könne. Klarzumachen sei auch, daß mit der Sozialen Marktwirtschaft nicht eine Ideologie eine andere ablöse, sondern sie der einzig real gangbare Weg der Gesellschaft in der heutigen Zeit sei. Eine dringende Aufgabe sei auch, die höheren Werte wieder ins Bewußtsein zu heben. Ebenfalls sollte die Eigenverantwortung der Bürger gestärkt werden, durch Beteiligung der Arbeitnehmer an der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung. Von Bedeutung sei es, eine Kultur des Teilens zu entwickeln. Die Wirtschaftsvertre-

ter Himmelreich und Koch wiesen darauf hin, daß die Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft eine *zuletzt christliche* sei. Das Problem der Transformation des sozialistischen Systems in ein marktwirtschaftliches habe zur Folge, daß Umbrüche schmerzlich empfunden würden und sie auch mit Zerstörung alter Strukturen und Unliebsamkeiten einhergehen würden, bevor sie in richtige Bahnen gelenkt würden. Das menschliche Problem der Transformation sei der Zeitfaktor. Es müßten schnell Wege gefunden werden, soziale Härten abzufedern. Gebraucht würde eine Konzeption des Übergangs von einer Zentralverwaltungswirtschaft in eine Soziale Marktwirtschaft.

Am Nachmittag wurden persönliche und praktische Erfahrungen mit dem Einigungsprozeß und dessen Umsetzung eingebracht und diskutiert. Superintendent Dietrich Klaer führte u. a. aus, daß die Aufgabe der Kirchen in der Sozialen Marktwirtschaft Parteinahme für die Schwachen sei; aber auch die Politiker zur Wahrnehmung und Ausschöpfung ihrer gesetzlichen Möglichkeiten aufzufordern sowie eine Warnung vor einer „Vermarktung“ des Menschen. Zu suchen sei ebenfalls das Gespräch mit der Wirtschaft. Die ostdeutsche Jungunternehmerin Keunecke brachte ihre Erfahrungen bei der Gründung eines Unternehmens ein, und der westdeutsche Unternehmensvertreter Prof. Dr. Kürpick stellte die

Probleme und Erfahrungen bei der Investition eines westdeutschen Unternehmens in Ostdeutschland dar, aber auch die Chancen, die darin liegen. Staatssekretär Dr. Zeller stellte eindringlich die Aufgaben der Politik bei der Umsetzung und Lösung der anstehenden Probleme dar. Er kritisierte aber auch die Kirche, bei der es lange gedauert habe, bis sie insbesondere bei Arbeitsloseninitiativen mitgemacht hätte.

(aus „Kirche und Wirtschaft“
Nr. 5 – Oktober 1992)

Die Bibel – lebendig im Klassenzimmer

4500 Schüler und Schülerinnen beteiligten sich am Preisausschreiben des Bibeljahres

Stuttgart/Kassel – Über 4500 Schüler und Schülerinnen haben sich beim Preisausschreiben zum Jahr mit der Bibel beteiligt und ihre Arbeiten eingesandt. Zu den Aufgaben gehörten neben einem Kindermalwettbewerb, die Gestaltung eines Bibelcomics, eine Kurzgeschichte „Aus dem Leben einer Bibel“, ein Porträt der irischen Rockgruppe „U2“ und die graphische Gestaltung einer Werbeanzeige für die Bibel.

Unter der Fülle der Arbeiten hat eine interkonfessionelle Jury jetzt 30 Arbeiten ausgewählt und prämiert. Zu den Hauptgewinnern in der Altersgruppe Jugendliche gehört Joachim Baumgart aus Wei-

Benbrunn, der mit seinem Aufsatz „U2 – eine religiöse Band?“ den 1. Preis, eine einwöchige Israelreise, gewann. Ute Kopshoff aus Senden belegte mit einer provokativen Werbeanzeige für die Bibel in der BRAVO den 2. Platz, ein Wochenende für 2 Personen in Dresden zur Abschlußfeier des Bibeljahres. Judith Klingler und Anja Renz aus Renningen gewannen mit ihrem originellen Comic „Die Noahgeschichte“ in der Altersgruppe Teenager eine Kanufreizeit. Daniel Schwerdling aus Rhaunen belegte mit seiner Kurzgeschichte „Senfti“ den 2. Platz. Im Kindermalwettbewerb belegten Tobias Nordt aus Marl und Anika Heider aus Lindau mit ihren Bildern zur Jonagegeschichte den 1. und 2. Platz.

Das Preisausschreiben ist eine Aktion zum Jahr mit der Bibel, das von allen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) zusammengeschlossen sind, und den christlichen Werken und Verbänden getragen wird.

Martin Dauth

**Das revolutionärste Buch,
das wir besitzen,
das Neue Testament,
ist noch nicht erschöpft.**

(C.Fr. von Weizsäcker)

Eine Brücke zur Jugend

„Wenn die Jugend nicht zur Kirche kommt, muß die Kirche zur Jugend kommen!“ – Diesen Grundsatz beherzigt der seit 45 Jahren erscheinende kath. Taschenkalender KOMM MIT. In jugendgemäßer Sprache und Aufmachung vermittelt er christliche und konservative Anliegen, die eindeutig formuliert, aber sachlich begründet werden. Hierzu gehört auch das Ja zur Bundeswehr, zum Frieden in Freiheit, zur Verteidigung der rechtsstaatlichen Ordnung. Durchaus typisch klingt, was Leser Jochen B. aus K. kürzlich schrieb: „Ihr Themenheft zum Golfkrieg war das Fundierteste und Ehrlichste, was ich bisher zu diesem Konflikt las. Bisher hatte mich ein Klassenlehrer links und pazifistisch beeinflusst. Doch nachdem ich Euer Info-Heft las, denke ich anders – und gehe jetzt zur Bundeswehr.“ Neben Religion, Politik und Ethik gibt es pädagogische und unterhaltende Artikel, die diese Fundgrube des Wissens und der Argumente auflockern. Der Jugendkalender KOMM MIT bietet nicht nur Theorie, sondern unzählige praktische Tips. Besonders wertvoll ist die Info-Liste mit über 300 verschiedenen Adressen christl. und konserv. Gruppen. Mit seinen 420 farbigen Seiten, Plastikumschlag, vielen Fotos und Grafiken ist der Kalender überaus preiswert: nur 7,90 DM beim KOMM-MIT-Verlag, 4400 Münster, Postfach 7680.

Deutsch-französische Begegnungen Animateure gesucht

Die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V., Bonn, sucht Animateure (Gruppenleiter).

Der Verein veranstaltet mit Förderung und finanzieller Unterstützung des Deutsch-Französischen Jugendwerks Jugendbegegnungen für junge Deutsche und Franzosen im Alter von 14 bis 18 Jahren.

Die Gesellschaft bietet den zukünftigen Betreuern eine Ausbildung an. Sie findet im Februar statt und bietet die Gelegenheit, sich mit der Problematik von binationalen Jugendgruppen auseinanderzusetzen sowie eine pädagogische Zusatzqualifikation zu bekommen.

Die Betreuer für diese deutsch-französischen Begegnungen sollen mindestens 21 Jahre alt sein und die deutsche und französische Sprache beherrschen. Erwartet werden zudem gute Allgemeinkenntnisse in französischer und deutscher Landeskunde und Geschichte. Von Vorteil wären pädagogische Erfahrungen im Umgang mit Jugendlichen.

Unterlagen anfordern bei der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V., Jugendabteilung, Bachstr. 32, 5300 BONN 1, Tel.: 0228/7290080.

Junge Leute aus Osteuropa suchen Brieffreunde in Deutschland

In den Ländern des östlichen Mitteleuropas läßt das Interesse an brieflichen Kontakten zu Freunden in Deutschland nicht nach. Besonders Jugendliche, die die deutsche Sprache lernen, bemühen sich um einen Brieffreund in Deutschland. Trotz offener Grenzen ist aus finanziellen Gründen nur wenigen eine echte Verbindung zu Westeuropa möglich, so daß sich Briefkontakte meist als die derzeit einzig realisierbare Möglichkeit zu einem Kontakt anbieten. Probleme sprachlicher Art sind kaum zu erwarten, denn dort, wo man sich mit Deutsch wirklich nicht helfen kann, sind englische Kenntnisse nützlich.

Interessenten an einer Brieffreundschaft mit jungen Leuten aus der *GUS, Bulgarien, Polen, Ungarn, den baltischen Staaten oder der C.S.F.R.* wenden sich bitte unter Angabe von Alter, Interessen, evtl. Sprachkenntnissen und genauer Anschrift an: Internat. Kathol. Korrespondenzdienst, Abt. OE, Veilchenweg 2, W-6634 Wallerfangen.

Wen interessiert ein Brieffreund in den USA?

Wer zwischen 11 und 18 Jahre alt ist und über englische Sprachkenntnisse verfügt, gehört zum Kreise der jungen Leute in

Deutschland, die sich gleichaltrige Amerikaner als Brieffreunde wünschen. Auch zählen einige junge Erwachsene und Senioren aus den USA zu den Interessenten solcher Briefkontakte. Das größer gewordene Deutschland weckt das Interesse vieler US-Bürger, mehr von uns zu erfahren, und bietet so die Chance, die beiderseitigen Kenntnisse von Land und Leuten zu erweitern, die Englischkenntnisse aufzufrischen und neue Freundschaften zu schließen.

Interessenten an einem amerikanischen pen-friend schreiben bitte unter Angabe von Alter, Hobbies und genauer Anschrift an: Intern. Kathol. Korrespondenzdienst, Abt. USA, Veilchenweg 2, W-6634 Wallerfangen.

KBE-Leitlinien

Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE), Bonn, hat bei ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung „Leitlinien für Qualifikation und Einstellung von hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der katholischen Erwachsenenbildung“ verabschiedet, die sie jetzt der Öffentlichkeit vorlegt. Da es bisher kein einheitliches und eindeutiges Berufsbild in der Erwachsenenbildung überhaupt gibt, wird das Positionspapier der katholischen Erwachsenenbildung wichtige Impulse geben können. Der Vorsitzende der KBE, Erwin Müller-Ruck-

witt, weist darauf hin, daß bei der Frage nach einer weiteren Professionalisierung der Erwachsenenbildung diese Leitlinien eine Orientierungshilfe geben wollen. „Erwachsenenbildung als freiheitlicher, gesellschaftsbezogener und ganzheitlicher Prozeß stellt an die hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter vielfältige Anforderungen“, die die Grundlagen dieser Leitlinien darstellen.

Die Leitlinien bestehen aus 2 Teilen: „Anforderungsprofil“ und „Berufseinführung“. Auf dem Boden eines christlichen Grundverständnisses von Mensch und Welt entfaltet das Anforderungsprofil „Zugangsvoraussetzungen für eine hauptberufliche Stelle“. Die dann dargestellten Tätigkeitsfelder sind untergliedert in: lernorganisatorische, lehrende und lernprozeßbegleitende, bildungsberatende sowie leitende und verwaltende Tätigkeiten. Die anschließend vorgestellten beruflichen Kompetenzen und Fähigkeiten nehmen die obigen Stichworte wieder auf. Der Teil 2 über die Berufseinführung für hauptberufliche pädagogische Mitarbeiter ist in folgende Kapitel aufgeteilt: angesprochene Zielgruppen, Zielsetzungen, Inhalte, Wege zur Erreichung der Ziele, Anbieter. Die von Prof. Dr. P. Alfred Schuchart SAC gegebene Einführung in die Leitlinien umfaßt: zur Entstehung der Vorlage, Begründung der Leitlinien, Erläuterungen, Empfehlungen der Kommission. Die anschlie-

Bende Mitgliederliste macht deutlich, daß die verschiedenen Leitlinien von 13 katholischen Landesarbeitsgemeinschaften, 7 Zusammenschlüssen katholischer Einrichtungen auf Bundesebene, 6 katholischen Verbänden auf Bundesebene, 27 Bischöflichen Beauftragten für Erwachsenenbildung und 2 Mitgliedern kraft Amtes getragen werden.

Die Leitlinien sind bei der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE), René-Schickele-Str. 10, 5300 Bonn 1, zu erhalten (Schutzgebühr DM 4,-).

Heinz-Josef Kessmann neuer geschäftsführender Direktor

Der bisherige stellvertretende Leiter der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz, Heinz-Josef Kessmann, wird zum 1. November 1992 neuer geschäftsführender Direktor des Jugendhaus Düsseldorf e.V. Der Jugendhaus Düsseldorf e.V. ist der gemeinsame Rechts- und Vermögensträger der Bundesstelle des BDJ und der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz mit Sitz in Düsseldorf.

Heinz-Josef Kessmann, von Beruf Diplom-Volkswirt und Diplom-Psychologe, wurde Ende September von der Mitgliederversammlung des Jugendhaus Düsseldorf e.V. zum neuen geschäftsführenden Direktor bestellt und inzwi-

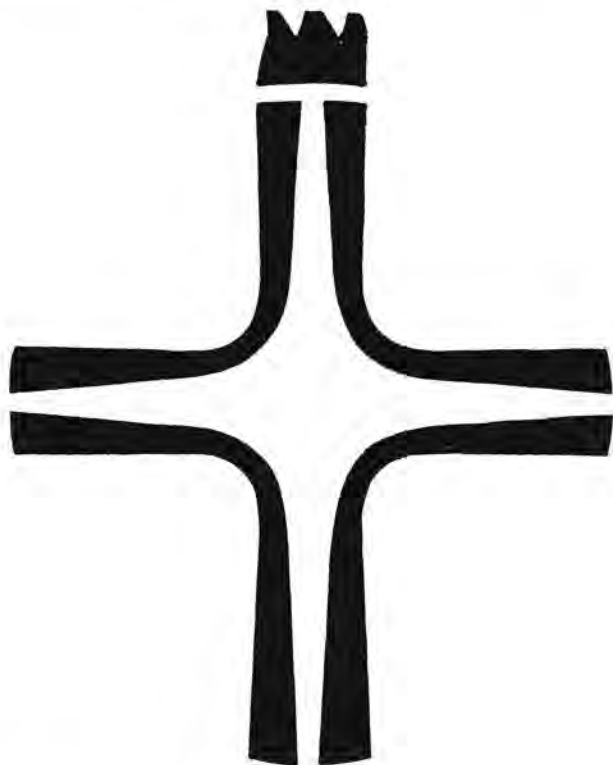
schen durch den Vorsitzenden der Jugendkommission der Deutschen Bischofskonferenz, dem Magdeburger Bischof Leo Nowak, in seiner Ernennung bestätigt.

Heinz-Josef Kessmann war seit 1986 als *Referent für politische Bildung* bei der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz tätig. Seit 1991 war er zudem Bundestutor der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB).

(bdkj-pd-45 v. 21. 10. 92)

„Kirchliche Museen und Schatzkammern in Deutschland“

Das Interesse an Museen und Ausstellungshäusern ist in den letzten Jahren auf der ganzen Welt ständig gestiegen. Allein in Deutschland gibt es derzeit fast 5000 Häuser, die jährlich mehr als 100 Mio. Besucher verzeichnen. Unter ihnen machen die kirchlichen Museen und Schatzkammern zwar nur einen kleinen Prozentsatz aus, sie können aber auf eine lange Tradition zurückblicken, die bis zu den Anfängen der Institution Museum überhaupt zurückreicht. Sie versammeln in ihren teils umfangreichen Beständen einzigartige Kulturgüter der Menschheit.



Impressum

„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint vierteljährlich

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Klaus Brandt, Oberstleutnant, verantwortlicher Redakteur

Helmut Fettweis, Oberst a.D., Redakteur

Wilhelm Lehmkämpfer, Oberstleutnant a.D., Gesellschaft und Kirche

Brief-Zuschriften: Klaus Brandt, Redakteur, Postfach 300303, 5060 Berg. Gladbach 1

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenäuerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion. Alle Bilder K. Brandt.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Schöntalweg 5, 5305 Bonn-Oedekoven

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.

Mit einer handlichen Broschüre legt das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz erstmals einen Überblick über sämtliche Diözesanmuseen und die größten Schatzkammern in Deutschland vor. Auf 108 Seiten mit 55 Farbabbildungen werden insgesamt 40 kirchliche Museen und Schatzkammern vorgestellt. Informationen über den Standort, die Geschichte der Sammlung, ihre Schwerpunkte und Hauptwerke folgen eine Reihe von praktischen Hinweisen über Öffnungszeiten, Führungen, Eintrittspreise und die Größe sowie die Ausstattung des

Museums. Sie sollen das Interesse des Lesers wecken und ihn somit zum Besuch eines kirchlichen Museums bzw. einer Schatzkammer anregen.

Die Broschüre kann in der Regel in den Diözesanmuseen oder Schatzkammern erworben werden. Größere Mengen sind gegen einen Unkostenbeitrag in den Ordinariaten/Generalvikariaten bzw. beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 5300 Bonn 1, zu erhalten.

(Pressemitteilungen der DBK-PRDA92P-10)



**durch Teilen
überwinden**

Spendenkonto: Postgiro Köln 556-505

MISEREOR

*Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt*

Mozartstr. 9
5100 Aachen